

**Deutschland Kompakt; Visumfreiheit: Heftige Kritik nach Friedrichs Asyl-Forderungen ++ Zufriedenheit: 50% ++ Neonazi-Morde: BKA-Vize räumt Versäumnisse ein ++ Steuervereinfachung: Bundesländer legen neues Konzept vor ++ Pussy Riot: Russische Punkband für Luther-Preis vorgeschlagen**

Die Welt

Freitag 26. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 251

**Length:** 711 words

## **Body**

---

Visumfreiheit

Heftige Kritik nach Friedrichs Asyl-Forderungen

Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) stößt mit seiner Forderung nach schärferen Regeln für Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien auf heftige Kritik. Der Grünen-Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, Volker Beck, kritisierte, Friedrich würde nur einen Tag nach der Einweihung des Denkmals für die in der NS-Zeit ermordeten Sinti und Roma „populistisch munter weiter Stimmung“ gegen diese Volksgruppen machen. Der Minister verlangt angesichts steigender Asylbewerberzahlen aus Serbien und Mazedonien von der EU die Aufhebung der Visumfreiheit für die Balkanländer. Beim Treffen der EU-Innenminister forderte Staatssekretär Ole Schröder (CDU) am Donnerstag in Luxemburg, rasch eine Rechtsgrundlage zu schaffen: „Wir haben es mit massivem Asylmissbrauch aus Serbien und Mazedonien zu tun.“

Zufriedenheit

50%

der Ostdeutschen sind einer Studie zufolge mit ihrem Leben zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Besonders glücklich sind sie demnach mit ihrer Wohnsituation, ihrer Partnerschaft und ihrer Freizeit. Jedoch erwartet mehr als die Hälfte der Befragten in Zukunft keine Verbesserungen in Bezug auf soziale Sicherung, Gerechtigkeit oder die Einkommensentwicklung. Das ist das Ergebnis des „Sozialreports 2012“ des Sozialverbandes VdK. „Besonders die Angst vor Altersarmut ist deutlich ausgeprägt“, sagte Verbandspräsident Gunnar Winkler. Der Wunsch nach gesellschaftlicher Teilhabe oder Mitsprache bei politischen Projekten ist hoch. „Nur 16 Prozent sind zufrieden mit den demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten“, sagte Winkler. Trotzdem unterstützten 71 Prozent

Deutschland Kompakt Visumfreiheit: Heftige Kritik nach Friedrichs Asyl-Forderungen ++ Zufriedenheit: 50% ++  
Neonazi-Morde: BKA-Vize räumt Versäumnisse ein ++ St....

generell die Demokratie. Etwa ebenso viel (69 Prozent) forderten mehr Anpassung von Migranten, 36 Prozent sagten, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gäbe.

#### Neonazi-Morde

##### BKA-Vize räumt Versäumnisse ein

Der Vizepräsident des Bundeskriminalamts, Jürgen Maurer, hat Versäumnisse bei den Ermittlungen zur rechtsextremen Terrorzelle NSU eingeräumt. „Ob der Ansatz, der gewählt wurde, ausreichend breit war, darüber muss man nachdenken“, sagte Maurer im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages. Die Behörden hätten sich unter Umständen zu früh in ihrem Blick begrenzen lassen und zu sehr auf die Hypothese konzentriert, hinter den Taten steckten Strukturen der organisierten Kriminalität. Es gebe das Grundproblem bei der Polizei, „dass wir zu schnell glauben, dass wir uns auf eine Richtung festlegen müssen“.

#### Steuervereinfachung

##### Bundesländer legen neues Konzept vor

Einigung über Parteigrenzen hinweg: Schleswig-Holstein hat gemeinsam mit Hessen, Rheinland-Pfalz und Bremen ein Konzept zur Vereinfachung des Steuersystems erarbeitet. Die darin enthaltenen elf Vorschläge sehen sowohl Mehreinnahmen als auch Mindereinnahmen vor und sind insgesamt aufkommensneutral. Dies teilten die Finanzministerien der SPD- und CDU-geführten beteiligten Länder mit. Der Arbeitnehmerpauschbetrag soll um 130 Euro auf 1130 Euro steigen, Pauschbeträge für behinderte Menschen ebenfalls wachsen und eine Pauschale von 100 Euro monatlich für das häusliche Arbeitszimmer eingeführt werden. Mehreinnahmen für den Fiskus ergeben sich unter anderem daraus, dass Aufwendungen für Handwerkerleistungen steuerlich nur noch berücksichtigt werden, wenn sie einen Sockelbetrag von 300 Euro jährlich übersteigen. Die Finanzminister der beteiligten Länder zeigten sich zuversichtlich, dass der Bundesrat die Einbringung ihres Gesetzentwurfs beim Bundestag beschließen wird. Das Vorhaben soll im November in den Bundesrat eingebracht werden.

#### Pussy Riot

##### Russische Punkband für Luther-Preis vorgeschlagen

Trotz Kritik vor allem aus den Reihen der Kirche bleibt die Stadt Wittenberg bei der Nominierung der Kreml-kritischen Punkband Pussy Riot für den renommierten Preis „Das unerschrockene Wort“. Der Stadtrat sprach sich mehrheitlich dafür aus. Die endgültige Entscheidung fällt allerdings erst im November. Bandmitglieder waren wegen eines Punkgebets in einer Moskauer Kirche gegen den Präsidenten Wladimir Putin des Rowdytums aus religiösem Hass schuldig gesprochen und zu zwei Jahren Straflager verurteilt worden. Der Zivilcouragepreis wird alle zwei Jahre von 16 deutschen Lutherstädten vergeben. Neben der Punkband liegen der Jury noch drei andere Vorschläge vor.

**Load-Date:** January 26, 2013

## *Migration im Meer; Sardelle, Sardine und Dorade ziehen in die Ostsee ein - und der Dorsch zieht aus*

Die Welt

Donnerstag 22. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; S. 1; Ausg. 195

**Length:** 336 words

**Byline:** Jiménez

Dr. Fanny

## **Body**

---

In der Ostsee ist einiges in Bewegung. Auch Meeresbewohner haben ihre Vorlieben, was die Beschaffenheit ihrer Behausung angeht, und das 415.000 Quadratkilometer große Binnenmeer ist seit 1860 ganze anderthalb Grad wärmer geworden. Das warme Wasser finden einige Fischarten äußerst anziehend, wie Thorsten Reusch vom Geomar-Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel berichtet. Weil sich die Klimazonen nach Norden verschieben, so der Meeresökologe, peilen zunehmend fremde Arten als Zuwanderer die Ostsee an.

So ziehen nun vermehrt Sardelle, Sardine, Dicklippige Meeräsche, Rote Meerbarbe und auch Dorade in die Ostsee ein. Die Neuankömmlinge werden aber wohl nicht lange ihre Ruhe im neuen Zuhause haben, denn wie auch die einheimischen Speisefische werden sie bald ihren wirtschaftlichen Nutzen auf den Tellern hungriger Menschen erfüllen, glaubt Reusch - idealerweise natürlich nachhaltig, also ressourcenschonend. Die alteingesessenen Fischarten hadern dagegen mit dem neuen Lebensgefühl. Nicht der Migranten wegen, sondern weil es ihnen schlicht zu warm wird. Nach dem Dorsch wird man vielleicht in 100 Jahren hier vergeblich suchen. Er könnte in Richtung Arktis fliehen, wo ihn Wasser erwartet, das so ist, wie er es mag: zehn Grad kalt oder gar weniger. Beim Hering sei eine Prognose zwar schwierig, so Reusch, aber vermutlich halte er sich in der Ostsee, ebenso wie die Sprotte, die es auch gern mal wärmer mag.

Wer jetzt mitgerechnet hat, dem ist klar, dass die Migration im Meer für den Menschen vor allem eines heißt: mehr Fisch! Und dieser Trend wird nicht nur anhalten, sondern sich noch verstärken. Bis zum Ende des Jahrhunderts könnte das Oberflächenwasser der Ostsee um weitere 4,5 Grad wärmer werden. Die Zuwanderung neuer Fischarten wird deshalb weiter zunehmen, sagt Reusch. Was das langfristig für das Leben im Meer bedeute, müsse man abwarten. Das sei wie beim Fußball, sagt Reusch. Wenn ein Trainer mal sechs Spieler auswechselt, könne das super funktionieren. „Es kann aber auch in die Hose gehen.“

Migration im Meer Sardelle, Sardine und Dorade ziehen in die Ostsee ein - und der Dorsch zieht aus

**Load-Date:** August 22, 2013

---

End of Document

## Das Drama um die Sprachförderung; Die Bundesregierung will Erzieher und Lehrer verpflichtet, sich mit der Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache zu beschäftigen

Die Welt

Dienstag 14. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 4; Ausg. 110

**Length:** 1143 words

**Byline:** Thomas Vitzthum

## Body

---

Wenn Kanzlerin Angela Merkel am Dienstag zum zweiten Demografie Gipfel der Bundesregierung lädt, wird einer Gruppe besonders viel Aufmerksamkeit gehören: **Migrantenkindern**. Keine Rede zur Bildungs- und neuerdings auch Wirtschaftspolitik spart sie aus. Denn im Idealfall handelt es sich um mehrsprachige junge Leute, die diverse kulturelle Bezugspunkte haben und selbstverständlich zwischen den Sphären pendeln. Brückenbauer und Fachkräfte sollen sie sein. So weit die schöne Theorie.

Ein großer Teil der **Migrantenkinder** tut sich mit der Pendelei allerdings schwer. So bedürfen immer mehr von ihnen zusätzlicher Sprachförderung, weil ihre Deutschkenntnisse für den Schulunterricht nicht ausreichen. Denn in vielen Familien wird kein Deutsch gesprochen. Obwohl sie in Deutschland geboren sind, ist die Sprache ihres Heimatlandes nur ihre Zweitsprache. Maria Böhmer, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, schlägt Alarm. „Das Eintreten für Deutsch bedeutet keine Absage an die Muttersprache. Aber wer das Deutsche nicht beherrscht, bleibt nur Zaungast“, sagte sie der „Welt“. Es müsse etwas geschehen.

In einigen Bundesländern braucht fast jedes zweite Kind gezielte Sprachförderung. In Bremen etwa. Das geht aus Zahlen hervor, die in den vergangenen Monaten von verschiedenen Statistikämtern und der Bundesregierung veröffentlicht wurden und über die die „Bild“-Zeitung berichtete. Besonders dramatisch ist die Situation in den großen westdeutschen Städten. Mitte April gab Hamburgs Kultussenator bekannt, dass die Zahl der vier- bis sechsjährigen Kinder mit Migrationshintergrund, die nur unzureichende Deutschkenntnisse haben, sogar leicht gestiegen ist: Bei der jüngsten Sprachstandserhebung aller Viereinhalbjährigen wurde bei 12,9 Prozent der Jungen und Mädchen erheblicher Förderbedarf diagnostiziert - der überwiegende Teil stammt aus Familien mit ausländischen Wurzeln.

Laut Statistikamt Nord sprechen 23 Prozent der Grundschüler in Hamburg kaum Deutsch. In Bayern ist für knapp 15 Prozent der Grundschüler die Sprache in der Familie nicht Deutsch, in Nordrhein-Westfalen trifft das auf 18 Prozent der Grundschüler zu. In Kindergärten können die Defizite dieser Kinder oft nicht ausgeglichen werden.

## Das Drama um die Sprachförderung Die Bundesregierung will Erzieher und Lehrer verpflichten, sich mit der Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache zu beschäftigen....

Denn, wie der Bildungsbericht der Bundesregierung für 2012 belegt, es gibt zunehmende Segregationstendenzen. Kinder, die zu Hause kein Deutsch sprechen, werden zu einem Drittel in Einrichtungen betreut, in denen mehr als 50 Prozent ebenfalls nicht Deutsch als Muttersprache haben. Je größer die Heterogenität, desto eher hat das Deutsche dabei eine Chance. Denn um überhaupt miteinander sprechen zu können, einigen sich die Kinder meist auf Deutsch. Anders sieht es in Gegenden aus, wo eine Gruppe die Mehrheit bildet. Gerade hier bedarf es gezielter Sprachförderung.

Die Erzieherinnen und Erzieher sind auf die Aufgabe jedoch kaum vorbereitet. Sie gehört zwar mittlerweile in allen Bundesländern zum Ausbildungsgang, allerdings in höchst unterschiedlicher Art und Weise. Meist wird das Thema nur theoretisch behandelt, ein Praxisbezug fehlt. Nicht viel besser ist die Situation der Lehrer. In einer Umfrage der Stiftung Mercator von 2012 gaben 68 Prozent an, dass weder Sprachförderung noch Deutsch als Zweitsprache Teil ihrer universitären Ausbildung waren. Mehr als 70 Prozent der Lehrer unterrichten jedoch Schüler mit Förderbedarf. Die Pflicht, an der Universität einen entsprechenden Kurs zu belegen, gibt es nur in Berlin und Nordrhein-Westfalen. Ein unhaltbarer Zustand, findet Böhmer: „Alle Erzieher und alle Lehrer müssen im Rahmen ihrer Ausbildung besser auf Deutsch als Zweitsprache vorbereitet werden. Das Thema muss Pflichtprogramm an den Fachschulen, Akademien und Universitäten werden.“

Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund in den Klassen steigt seit Jahren kontinuierlich. In der Grundschule liegt er inzwischen bei 50 Prozent bundesweit. Betrachtet man alle Schultypen, sind es 30 Prozent. Insgesamt haben aber nur 35 Prozent der Lehrer Erfahrungen mit Methoden der Sprachstandsdiagnostik. Doch ohne belastbare Befunde kann eine gezielte Förderung schlecht stattfinden. So kann es nicht verwundern, dass 61 Prozent der Lehrer nach eigenen Angaben überhaupt keine Sprachförderung betreiben. Fast die Hälfte von ihnen gibt als Grund dafür an, dass sie nicht wissen, wie sie es anstellen sollen. Auch fehlt Fachlehrern oft die Einsicht, dass nicht nur Deutschlehrer für die Sprachförderung verantwortlich sind.

Was vonseiten der einzelnen Bundesländer vorgegeben wird, hilft den Betroffenen oft nicht weiter. Jedes Bundesland hat seine eigenen Programme und Projekte. Eine Abstimmung fand bisher ebenso wenig statt wie in den meisten Fällen eine Evaluation. Programme werden gestartet, durchgeführt und wieder beendet. Ob sie geholfen haben, weiß keiner. Viel Geld und Zeit wird auf diesem Feld verschleudert. Problematisch ist auch, dass die meisten dieser Programme additiv angelegt sind, also nicht in den Unterricht integriert werden.

Die Integrationsbeauftragte nimmt deshalb die Bundesländer in die Pflicht, die für die Sprachförderprogramme verantwortlich zeichnen. „Eine Untersuchung und Bewertung der einzelnen Sprachförderprogramme ist überfällig. Nicht alle führen zu Erfolgen, wir dürfen hier nicht länger finanzielle und personelle Ressourcen vergeuden.“ Immerhin haben sich die Kultusministerkonferenz und das Bundesbildungsministerium im Oktober verständigt, die verschiedenen Programme unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu bewerten. Eilig hat man es damit aber nicht. Im Herbst 2013 soll es endlich losgehen. Das Forschungsvorhaben ist auf fünf Jahre angelegt. Bis seine Erkenntnisse greifen, wird also noch einige Zeit verstreichen.

Grundsätzliches Ziel müsse es sein, so Maria Böhmer, die Sprachförderung nicht erst mit der Schule zu starten: „Sprachförderung muss am besten schon vor dem Kindergarten, mindestens aber mit dem Eintritt in den Kindergarten beginnen. Wir müssen noch mehr Migranten überzeugen, ihre Kinder auch in diese Einrichtungen zu schicken.“ Das Hauptaugenmerk will Böhmer dabei nicht mehr auf die klassischen Gruppen, wie die Kinder von türkischstämmigen Migranten, richten. Durch Zuwanderer aus Süd- und Südosteuropa hat sich eine neue Problematik ergeben.

Die meisten dieser Migranten kommen nämlich aus EU-Staaten. Anders als Angehörige von Nicht-EU-Ländern sind sie nicht verpflichtet, Deutsch zu lernen. Das hat zur Folge, dass ihre bereits schulpflichtigen Kinder vollkommen überfordert sind und auf den letzten Metern ihrer Schulkarriere an Sprachproblemen scheitern. Die Lösung wären laut Böhmer spezielle Klassen: „Die Kinder dieser Gruppe kommen als Quereinsteiger an die Schulen. Ich halte es für geboten, sie zu Sprachförderklassen zusammenzufassen, um ihnen schnell ausreichende Deutschkenntnisse zu vermitteln. Dazu brauchen wir mehr Lehrkräfte und Sozialarbeiter.“

Das Drama um die Sprachförderung Die Bundesregierung will Erzieher und Lehrer verpflichten, sich mit der Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache zu beschäftigen....

## Graphic

---

Beate Nowak

**Load-Date:** May 14, 2013

---

End of Document

## Flüchtlingspolitik unverändert; Trotz Katastrophe: Auch Deutschland will EU-Regeln beibehalten

Die Welt

Mittwoch 9. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 7; Ausg. 235

**Length:** 657 words

**Byline:** Manuel Bewarder

### Body

---

Die Europäische Union will ihre **Flüchtlingspolitik** trotz der Schiffskatastrophe vor der italienischen Insel Lampedusa mit vielen Toten nicht grundlegend neu ausrichten. Das ist das Ergebnis des Treffens der EU-Innenminister in Luxemburg. Umfassende Reformpläne zur **Asylpolitik** scheiterten am Widerstand mehrerer Staaten, darunter auch Deutschland.

Am Donnerstag war vor Lampedusa ein mit rund 500 afrikanischen Flüchtlingen überfülltes Schiff im Mittelmeer gesunken. Rund 250 von ihnen wurden bisher tot geborgen. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder solche schweren Unglücke an den EU-Außengrenzen. Staaten wie Griechenland oder Italien fühlen sich mit dem Flüchtlingsandrang seit Jahren überfordert.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte, die bestehenden Regeln zur Aufnahme von Flüchtlingen blieben „selbstverständlich“ unverändert. Zentraler Streitpunkt ist derzeit die sogenannte Dublin-II-Regelung. Demnach ist in Europa jenes Land für das Asylverfahren verantwortlich, in dem der Flüchtling ankommt. Friedrich sperrt sich hingegen gegen einen Verteilungsschlüssel, wie es ihn innerhalb der Bundesrepublik für die einzelnen Länder allerdings schon lange gibt.

Friedrich sagte mit Bezug auf europäische Statistiken, Deutschland sei bereits eines der Länder, das im Vergleich zur eigenen Bevölkerungszahl die meisten Flüchtlinge aufnehme. In die Bundesrepublik kamen rund 945 Asylbewerber pro eine Million Einwohner, nach Italien dagegen rund 260. Auch EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström rief die Staaten dazu auf, die Verantwortung besser aufzuteilen. Derzeit entfalle die gesamte Last auf sechs oder sieben von insgesamt 28 Staaten. „Viele könnten mehr tun“, sagte Malmström.

Als langfristigen Ansatz schlug der Bundesinnenminister eine stärkere Kooperation mit den afrikanischen Staaten vor, damit sich die Lage in den Herkunftsländern verbessert und Schlepper bekämpft werden. Der außenpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder (CDU), forderte bei NDR Info einen Ausbau der Grenzsicherung und der Entwicklungshilfe. Einen Fahrplan für diese Vorhaben nannten beide Politiker jedoch nicht.



## Flüchtlingspolitik unverändert Trotz Katastrophe: Auch Deutschland will EU-Regeln beibehalten

Eine schnelle Einigung auf europäischer Ebene könnte es jedoch beim unmittelbaren Umgang mit Flüchtlingsbooten auf dem Mittelmeer geben. Malmström forderte eine neue Operation der EU-Grenzschutzagentur Frontex zur Seenotrettung im Mittelmeer: „Ich werde nach der politischen Unterstützung und den notwendigen Mitteln dafür fragen, um mehr Menschenleben zu retten“, sagte die Kommissarin. Für solch eine Operation sei jedoch die politische und finanzielle Unterstützung der Mitgliedsstaaten notwendig. Der FDP-Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff verlangte eine deutlich bessere Ausstattung von Frontex, um den Tod weiterer Flüchtlinge zu verhindern. „Jetzt geht es darum zu verhindern, dass noch mehr Menschen ums Leben kommen“, sagte er dem „Bonner General-Anzeiger“. Auch Friedrich forderte eine größere Anstrengung, um Flüchtlinge aus Seenot zu retten.

Insgesamt zeigte man sich in der EU-Kommission jedoch verärgert über die deutsche Haltung. Zumal Friedrich auch das Thema der Armutsmigration immer wieder in die EU-Debatte einbringt - also den verstärkten Zuzug von Bulgaren und Rumänen, die nach Deutschland kommen, um Geld aus den Sozialsystemen zu beantragen. Auch der Deutsche Städtetag und deutsche Politiker anderer Parteien sehen hier ein großes Problem. EU-Justizkommissarin Viviane Reding bescheinigte Friedrich hingegen „Bierzeltaussagen“.

Die Kommission präsentierte nun als Reaktion auf die Klagen einen Aktionsplan. Demnach will die EU die Staaten dabei unterstützen, Zweckehe zu bekämpfen und die Wohnsitze der Einwanderer leichter zu ermitteln. Geld aus dem Sozialfonds soll ab Januar 2014 verstärkt in die soziale Integration und den Kampf gegen Armut gesteckt werden.

„Es geht darum zu verhindern, dass noch mehr Menschen ums Leben kommen“ Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

**Load-Date:** October 9, 2013

**Bayern verteidigt Räumung des Asylbewerber-Camps; „Es gab keinerlei Bereitschaft, sich auf irgendwelche Dinge einzulassen.“ Fünf Flüchtlinge nach Hungerstreik weiter in Münchner Kliniken**

Die Welt

Dienstag 2. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 5; Ausg. 151

**Length:** 917 words

## **Body**

---

Im sommerlichen München ist fast nichts mehr zu spüren und zu sehen vom Hungerstreik der Asylbewerber. Die Sonne scheint und zieht Touristen und Einheimische gleichermaßen in die Innenstadt. Selbst am Rindermarkt, wo bis gestern noch Asylbewerber aus mehreren afrikanischen und asiatischen Ländern erschöpft in ihrem provisorischen Camp lagen, sitzen nun kurzbehoste Sonnenbader, Eis und Reiseführer in der Hand.

Die meisten der 44 Flüchtlinge, die nach der Räumung am Sonntag in Krankenhäuser gebracht wurden, sind inzwischen außer Gefahr. Nur fünf halten sich noch zur Behandlung in Kliniken auf. Von den bei der Räumung vorübergehend Festgenommenen - darunter auch der Sprecher des Camps, Ashkan Khorasani - sei keiner mehr in Gewahrsam, sagte ein Sprecher der Münchner Polizei.

Die Asylbewerber waren im Anschluss an eine Demonstration seit einer Woche im Hungerstreik gewesen und hatten sich seit vergangenem Dienstag auch zu trinken geweigert. Sie wollten eine sofortige Anerkennung ihrer Asylanträge und damit ein Aufenthaltsrecht erzwingen. Zuletzt hatten der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück (CSU), und der frühere SPD-Spitzenpolitiker Hans-Jochen Vogel vergeblich versucht zu vermitteln. Danach hatte die Politik angesichts des schlechten Gesundheitszustandes der Asylbewerber keinen anderen Weg als die Zwangsräumung gesehen. Einer der Hungerstreikenden habe wiederbelebt werden müssen, mehrere hätten im Koma gelegen, so Oberbürgermeister Christian Ude (SPD).

Auch einen Tag später geht die Debatte über die Aktion und das weitere Vorgehen weiter. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) verteidigte die Räumung am Montag im Bayerischen Rundfunk mit den Worten: „Wir mussten Leben retten.“ Dem Anführer der Aktion, dem als politischer Flüchtling anerkannten Iraner Khorasani, warf Herrmann vor, absichtlich gegen Auflagen der Stadt verstoßen und die Behandlung von Ärzten nicht zugelassen zu haben. Er habe den Tod von Flüchtlingen bewusst in Kauf nehmen und dann die Politik dafür verantwortlich machen wollen. Auch sogenannte Sympathisanten hätten die Rettungskräfte und die Abfahrt der Notarztwagen behindert. „Da fehlt mir jedes Verständnis dafür“, sagte der Minister.

Bayern verteidigt Räumung des Asylbewerber-Camps „Es gab keinerlei Bereitschaft, sich auf irgendwelche Dinge einzulassen.“ Fünf Flüchtlinge nach Hungerstreik we....

Herrmann stellte auch noch einmal klar, dass die Anerkennung von Asylanträgen nicht mit Streikmaßnahmen durchgesetzt oder auf dem Straßenpflaster verhandelt werden könne. Der Rechtsstaat lasse sich nicht erpressen. Die Entscheidung, das Camp mithilfe der Polizei aufzulösen, sei allen Beteiligten nicht leichtgefallen, betonte Ude. Die Asyldebatte sei damit aber keineswegs mit Polizeigewalt beendet worden.

Diese Debatte will der Geschäftsführer und Mitbegründer von Pro Asyl, Günter Burkhardt, fortsetzen. Er verlangte, die Verzweiflung der Hungerstreikenden ernst zu nehmen: „Wir akzeptieren nicht, dass die Politik so hartherzig reagiert, ohne selbst über die eigene Verantwortung nachzudenken“, sagte Burkhardt im Deutschlandradio Kultur. „Die Isolierung in Lagern, die zwangsweise Versorgung mit Essenspaketen - das sind ja Ursachen, die Menschen in eine so große Verzweiflung treiben, dass es zu solchen Aktionen wie in München kommt.“ Bayern bringe seine Asylbewerber in der Regel in Lagern und nicht in Wohnungen unter. Ihr Essen dürfen sie nicht selbst kaufen, sondern bekommen Essenspakete zugeteilt. Bayern gilt beim Umgang mit Asylbewerbern deshalb als besonders restriktiv. Auch ein Teil der Hungerstreikenden hatte kritisiert, dass sie zum Teil bereits seit Jahren in Asylunterkünften untergebracht seien, ohne arbeiten oder sich frei bewegen zu dürfen.

Gegen das Bild vom kalten und abweisenden Bayern wandte sich CSU-Landtagsfraktionschefin Christa Stewens. Sie hielt Teilen von SPD und Grünen vor, die wirkliche Lage in der Debatte bewusst falsch darzustellen: Der Freistaat sei ein hilfsbereites Land. Allerdings müsse er sich angesichts des deutlich wachsenden Zustroms auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentrieren. Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause nannte diese Äußerungen „borniert und weit entfernt von der Lebensrealität der betroffenen Flüchtlinge“.

Deren Sprecher Khorasani, der schon länger ein erneuertes Asylrecht verlangt, sagte der „Süddeutschen Zeitung“ bereits voriges Jahr: „Als Flüchtling ist man hier in dieser Gesellschaft der Letzte in der Reihe.“ Nach der aktuellen Aktion wird allerdings auch sein Verhalten kritisiert. Am Tag vor der Räumung hatte er in einer mit „unsere letzte Nachricht“ betitelten Erklärung mit Toten gedroht: „Entweder die Erfüllung der exakten Forderung der hungerstreikenden Asylsuchenden oder Bobby Sands und Holger Meins auf den Straßen Münchens.“ Meins und Sands waren Terroristen von RAF und IRA, die sich 1974 beziehungsweise 1981 zu Tode gehungert hatten.

Der als Vermittler eingesetzte frühere CSU-Politiker Glück hält nach den Erfahrungen mit der Gruppe die Räumung für angemessen. In der „Berliner Zeitung“ warf er dem Verhandlungsführer fehlende Kompromissbereitschaft vor. „Wir haben zweieinhalb Stunden ein sehr intensives Gespräch mit dem Sprecher der Hungerstreikenden geführt“, sagte Glück. Am Schluss habe sich herausgestellt, dass es nur zwei Positionen gebe: „Entweder ein sofortiges Aufenthaltsrecht für alle - oder der Hungerstreik wird weitergeführt. Es gab keinerlei Bereitschaft, sich auf irgendwelche anderen Dinge einzulassen.“

Der bayerische evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm warnte indes davor, nach der Räumung des Flüchtlingscamps wieder „zur Tagesordnung überzugehen“.

## Graphic

---

dpa/Inga Kjer

Nach den gescheiterten Vermittlungsversuchen räumt die Münchner Polizei am Sonntagmorgen ein Protestcamp von Asylbewerbern

Inga Kjer

**Load-Date:** July 2, 2013

Bayern verteidigt Räumung des Asylbewerber-Camps „Es gab keinerlei Bereitschaft, sich auf irgendwelche Dinge einzulassen.“ Fünf Flüchtlinge nach Hungerstreik we....

---

End of Document

**Deutschland Kompakt; Kriminalität: Einbruchssicherung: Kauder fordert Mindeststandards ++ Öffentlicher Dienst: Türkische Gemeinde fordert höheren Migrantenanteil ++ Hartz IV: Zahl der Darlehen an Empfänger steigt deutlich**

Die Welt

Dienstag 28. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 121

**Length:** 438 words

## **Body**

---

### Kriminalität

#### Einbruchssicherung: Kauder fordert Mindeststandards

Angesichts der steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen hat sich Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) für Mindeststandards bei der Einbruchssicherung von Neubauten ausgesprochen. „Um Einbrechern das Handwerk zu legen, müssen die Anforderungen an Schlösser, Riegel, Fenster und Türen deutlich verbessert werden“, sagte er der „Bild“-Zeitung. Verbesserungen bei der Sicherung vor Einbrüchen sollten „in gewissem Umfang von der Steuer absetzbar sein“. Bisher können Steuerzahler Arbeitskosten von Handwerkern als „haushaltsnahe Dienstleistungen“ geltend machen. Die gestiegene Einbruchskriminalität sei ein großes Problem, sagte Kauder. „Wir brauchen mehr Video-Überwachung an Brennpunkten der Kriminalität.“ Zudem müsse die Polizeipräsenz in Wohngegenden und an Einbruchsschwerpunkten erhöht werden. „Auch hier sind die Länder in der Pflicht, nicht an der Sicherheit der Bürger zu sparen.“ Die Zahl der Wohnungseinbrüche stieg laut Kriminalstatistik 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 8,7 Prozent. Im Bundesschnitt wurden nur 15,7 Prozent dieser Taten aufgeklärt.

### Öffentlicher Dienst

#### Türkische Gemeinde fordert höheren Migrantenanteil

Die Türkische Gemeinde in Deutschland hat sich für einen höheren Migrantenanteil im öffentlichen Dienst ausgesprochen. Der Verband legte dazu einen eigenen Gesetzentwurf vor. Es gehe nicht um eine starre Quote, sondern darum, bestimmte Zielgrößen festzuschreiben, sagte der Bundesvorsitzende Kenan Kolat. Der Verband fordert in dem Entwurf auch Änderungen im Aufenthaltsrecht. So sollen Zuwanderer, die vor der Einreise Deutsch lernen, schneller Aussicht auf eine Aufenthaltsgenehmigung und Einbürgerung bekommen. Kolat will den Entwurf am Dienstag beim Integrationsgipfel der Bundesregierung an Kanzlerin Angela Merkel (CDU) übergeben. Die

Deutschland Kompakt Kriminalität: Einbruchsicherung: Kauder fordert Mindeststandards ++ Öffentlicher Dienst:  
Türkische Gemeinde fordert höheren Migrantenanteil ....

Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), forderte eine bessere Willkommenskultur. Der „Passauer Neuen Presse“ sagte sie, auch junge, qualifizierte Einwanderer aus der EU bräuchten „passgenaue Integrationsangebote“, etwa beim Spracherwerb.

Hartz IV

Zahl der Darlehen an Empfänger steigt deutlich

Hartz-IV-Empfänger sind offenbar zunehmend auf Darlehen der Jobcenter angewiesen, um größere Anschaffungen für ihren Lebensunterhalt wie eine Waschmaschine oder einen Kühlschrank zu finanzieren. Während im Jahr 2007 knapp 12.900 Bedürftigen pro Monat ein Darlehen gewährt wurde, waren es 2012 im Schnitt mehr als 16.800 Fälle, wie die „Saarbrücker Zeitung“ unter Berufung auf Daten der Bundesagentur für Arbeit berichtete. Das entspricht einer Steigerung von 30 Prozent in fünf Jahren.

**Load-Date:** May 28, 2013

---

End of Document

**Deutschland Kompakt; Asyl: Mehr als 20.000 Syrer nach Deutschland  
geflohen ++ Justiz: Minister planen Strafrecht für Unternehmen ++ NSA-  
Affäre: Rostocker Uni will Snowden zum Ehrendoktor machen**

Die Welt

Freitag 15. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 267

**Length:** 453 words

## **Body**

---

### **Asyl**

Mehr als 20.000 Syrer nach Deutschland geflohen

Die Zahl der Syrer, die in Deutschland Schutz vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat suchen, steigt weiter. Wie das Bundesinnenministerium mitteilte, stellten allein im Oktober mehr als 1600 Syrer einen Erstantrag auf **Asyl**. Damit stieg die Zahl der seit Beginn des Konflikts 2011 in Deutschland angekommenen syrischen **Flüchtlinge** auf mehr als 21.500. Etwa die Hälfte davon suchte in diesem Jahr **Asyl** in Deutschland. Syrien war im Oktober damit auch das Hauptherkunftsland der **Asylantragsteller**. Insgesamt beantragten im vergangenen Monat knapp 13.000 Menschen **Asyl** in Deutschland. Das waren 30 Prozent mehr als im Oktober 2012. Hinter Syrien folgen auf der Liste der Herkunftsländer Serbien (1553 **Asylanträge**), Mazedonien (999), Eritrea (691) und Afghanistan (652). Ägypten rückte auf Platz sechs vor, weil sich die Zahl der ägyptischen **Asylsuchenden** im Vergleich zum Vormonat auf 640 fast verdoppelte. Insgesamt wurden im Oktober 1303 Antragssteller als **Flüchtling** nach der Genfer Konvention anerkannt, wie das Ministerium weiter mitteilte. 907 **Flüchtlinge** erhielten sogenannten subsidiären Schutz.

### **Justiz**

Minister planen Strafrecht für Unternehmen

Die Justizminister der Länder wollen durch ein neues Unternehmensstrafrecht strenger gegen Wirtschaftskriminalität vorgehen. Bei der Herbstkonferenz der Ressortchefs in Berlin sprach sich die Mehrheit der Minister am Donnerstag für eine solche Neuregelung aus. Über die genaue Ausgestaltung wollen die Länder aber noch weiter beraten. Unklar ist, welche Chancen eine solche Initiative über den Bundesrat anschließend im Bundestag hätte. Ein Gesetzentwurf Nordrhein-Westfalens sieht Sanktionen wie Geldstrafen, den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen oder von Subventionen vor sowie - als schärfste Waffe - die Auflösung der Firma. Bisher

Deutschland Kompakt Asyl: Mehr als 20.000 Syrer nach Deutschland geflohen ++ Justiz: Minister planen  
Strafrecht für Unternehmen ++ NSA-Affäre: Rostocker Uni wil....

können nur natürliche Personen nach dem Strafrecht belangt werden, aber nicht Unternehmen. Firmen und Juristen kritisierten die Pläne.

#### NSA-Affäre

Rostocker Uni will Snowden zum Ehrendoktor machen

Die Rostocker Universität prüft derzeit, ob sie den ehemaligen NSA-Mitarbeiter Edward Snowden (30) zum Ehrendoktor macht. Eine Expertenkommission werde jetzt die rechtlichen Voraussetzungen für eine Verleihung der Ehrendoktorwürde klären, sagte der Pressesprecher der Hochschule, Ulrich Vetter, am Donnerstag und bestätigte damit eine entsprechende Vorab-Meldung der „Ostsee-Zeitung“. Die Dekane der Philosophischen Fakultät begründeten ihren Antrag mit der herausragenden Bedeutung, die der Zivilcourage und dem zivilen Ungehorsam von Snowdens Handeln zukomme. Der Ex-NSA-Mitarbeiter Edward Snowden hatte die weltweite Spähaffäre ins Rollen gebracht und befindet sich derzeit im Asyl in Moskau.

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document



**Ausland Kompakt; Syrien: Chemiewaffen werden auf See vernichtet ++**  
**Russland: Parlament beschließt Putins Massenamnestie ++ Vatikan:**  
**Gänswein dämpft Erwartungen an Papst ++ Italien: EU droht wegen**  
**Misständen in Flüchtlingslagern**

Die Welt

Donnerstag 19. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 296

**Length:** 647 words

## Body

---

### Syrien

#### Chemiewaffen werden auf See vernichtet

Mit der Hilfe zahlreicher Länder sollen die Chemiewaffen aus dem Bürgerkriegsland Syrien abtransportiert und dann auf See vernichtet werden. Die Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen (OPCW) legte in Den Haag den endgültigen Plan zur Zerstörung der Kampfstoffe vor. Auf russischen Lastwagen und beobachtet von US-amerikanischen Satelliten und chinesischen Überwachungskameras würden die Chemiewaffen von 12 Lagerorten zum syrischen Hafen Latakia transportiert. Syriens Führung sei für die Sicherheit in dem Konfliktgebiet verantwortlich, teilte OPCW-Generaldirektor Ahmet Üzümcü mit. Von dänischen und norwegischen Schiffen sollen die Chemikalien in einem Hafen in Italien auf das US-Marineschiff „Cape Ray“ umgeladen und dort unschädlich gemacht werden.

### Russland

#### Parlament beschließt Putins Massenamnestie

Das russische Parlament hat eine von Präsident Wladimir Putin veranlasste Massenamnestie beschlossen. Demnach sollen etwa 25.000 Verurteilte oder Angeklagte auf freien Fuß kommen, darunter auch viele politische Gefangene wie die beiden zu zwei Jahren Straflager verurteilten Mitglieder der Punkband Pussy Riot oder die zeitweise festgehaltenen Greenpeace-Aktivisten. Die Staatsduma nahm die Anordnung in dritter und letzter Lesung an. Nach der Veröffentlichung in der Regierungszeitung „Rossijskaja Gaseta“ haben die Behörden sechs Monate Zeit, um die Amnestie umzusetzen. Der seit Jahren inhaftierte Oligarch Michail Chodorkowski fällt nicht unter die Amnestie.

Ausland Kompakt Syrien: Chemiewaffen werden auf See vernichtet ++ Russland: Parlament beschließt Putins Massenamnestie ++ Vatikan: Gänswein dämpft Erwartungen a....

## Vatikan

### Gänswein dämpft Erwartungen an Papst

Der Präfekt des Päpstlichen Hauses, Georg Gänswein, hat vor zu großen Reformerwartungen an Papst Franziskus gewarnt. „Manche Kräfte, auch und gerade in Deutschland, möchten Franziskus gerne vor ihren eigenen Karren spannen. Ich glaube aber kaum, dass der Papst sich in seinem Pontifikat von gewissen deutschen Initiativen drängen lässt“, sagte Gänswein dem Magazin „Cicero“ (Januar-Ausgabe). „Er hat eine andere Agenda.“ Der Erzbischof hält es beispielsweise für „ausgeschlossen“, dass es unter Franziskus ein Diakonat der Frau gibt. „Bei der verstärkten weiblichen Präsenz denken viele sofort an die Ämterfrage. Mir ist aber keine Äußerung von Papst Franziskus bekannt, dass er in dieser Hinsicht Änderungen vornehmen will - genauso wenig wie zuvor Papst Benedikt.“ Auf die Frage, ob mancher reformbegeisterte Basiskatholik, der Franziskus jetzt zujubelt, bald enttäuscht sein könnte, antwortete Gänswein: „Ja. Es kann sein, dass solchen Jublern schnell der Jubel in der Kehle stecken bleibt.“ Zu Spekulationen, er werde als Diözesanbischof nach Deutschland wechseln, sagte Gänswein: „Das hängt vom Heiligen Vater und dem jeweiligen Domkapitel ab.“ Seinen Aussichten seien aber eher gering.

## Italien

### EU droht wegen Missständen in Flüchtlingslagern

Die EU-Kommission hat Italien wegen vermuteter Missstände in Flüchtlingslagern mit rechtlichen Schritten gedroht. Es werde geprüft, ob die Behandlung von Migranten in Italien den EU-Regelungen entspreche, sagte die EU-Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström, am Mittwoch. Einen Tag zuvor hatte ein in einem Auffanglager auf der italienischen Insel Lampedusa aufgenommenes Video für Empörung gesorgt. In dem im Fernsehen ausgestrahlten Film war zu sehen, wie nackte Flüchtlinge aus Afrika in der Kälte stehend mit einer Art Desinfektionsmittel abgesprüht wurden. „Die Bilder, die wir aus dem Lager gesehen haben, waren entsetzlich und nicht hinnehmbar“, sagte Malmström. „Wir zögern nicht, ein Verstoßverfahren einzuleiten, um sicherzustellen, dass EU-Standards in vollem Umfang respektiert werden.“ Die EU-Staats- und Regierungschefs werden die Flüchtlingsproblematik auch auf ihrem Gipfel am Donnerstag und am Freitag erörtern. In den vergangenen Monaten waren Hunderte Einwanderer ertrunken, die in überfüllten Booten die Insel Lampedusa südlich Siziliens erreichen wollten.

**Load-Date:** December 19, 2013

**Bulgarien hat die Absicht...; ... eine Mauer zu errichten. Hunderte Menschen aus Syrien und anderen Teilen des Nahen Ostens kommen täglich illegal über die Grenze**

Die Welt

Dienstag 5. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 8; Ausg. 258

**Length:** 1589 words

**Byline:** Boris Kálnoky

## **Body**

---

Golyam Dervent/Pastrogor

Mit dröhnendem Motor frisst sich der Militärbagger ins Erdreich. Ein großer Fels ist im Weg, aber nicht groß genug, um dem Monstrum auf Ketten zu widerstehen - ein Panzerchassis, auf welches ein Lkw-Fahrerhaus montiert ist und allerlei Spezialgerät - vorne Baggerschaufel, hinten ein Kran. Die Maschine gehört zur 1. Kompanie des Pionierbataillons der bulgarischen motorisierten Brigade. Die Kompanie sei auf „horizontale Bauarbeiten“ spezialisiert, sagt Bataillons-Kommandeur Oberst Ivan Syarow. Die 2. Kompanie mache hingegen „vertikale Bauarbeiten“. Sie wird demnächst einen seit Wochen in den Medien umstrittenen Zaun an der Grenze zur Türkei errichten. Die 1. Kompanie plant seit einer Woche das Terrain, bahnt Wege durchs Dickicht, damit später das Baumaterial herangebracht werden kann. Denn ein Graben alleine reicht nicht: Hier schottet sich das Land gegen eine unkontrollierbare Flut von **Flüchtlingen** ab, die der „arabische Frühling“ und der syrische Bürgerkrieg an Europas Grenzen spült, und dafür braucht es eine Art Mauer.

Drei Meter hoch werde der Zaun, 37 Kilometer lang, für die Vorarbeiten habe er 50 Mann und 40 Baumaschinen, sagt Syarow. Bis um den 8. November herum werde man wohl fertig sein, dann könnte die 2. Kompanie mit dem Zaunbau beginnen. Insgesamt soll alles zusammen rund fünf Millionen Euro verschlingen. Auf der anderen Seite, jenseits eines weißen Grenzsteins mit der Nummer 246, ist die Türkei. Da steht eine türkische Kuh im Dickicht, drei Meter trennen sie davon, zu einer illegalen Einwanderungskuh zu werden.

„Natürlich sehen wir die Flüchtlinge, jeden Tag“, sagt Syarow. „Sie kommen meistens am Morgen.“ Seine Leute kontaktieren dann immer die Grenzpolizei. Syarow meint, dass es täglich 150 bis 200 Menschen sind, die allein an diesem 37 Kilometer langen Abschnitt jeden Tag aufgegriffen werden. Die meisten kommen aus Syrien, insgesamt sind mehr als 10.000 von ihnen bereits in Bulgarien.

Bulgarien hat die Absicht... eine Mauer zu errichten. Hunderte Menschen aus Syrien und anderen Teilen des Nahen Ostens kommen täglich illegal über die Grenz....

Um die Flut zu stoppen, wird nun der Grenzzaun gebaut, an dieser durchlässigsten Stelle der grünen Grenze. Hier gibt es weit und breit keine Menschenseele, es ist eine bewaldete Hügellandschaft ohne Wege und Straßen - bis auf jene, die die Pioniere gerade durch die Natur brechen. Der nächste Ort, Golyam Dervent, ist ein paar Kilometer entfernt. Zumeist verlassene, eingestürzte Häuser, außer vielleicht 20 oder 30 Rentnern wohnt da niemand.

Nun prangen entlang der nur dürtig markierten Grenze graue Kästen an hohen Masten. Überwachungskameras, eben aufgebaut, noch nicht in Betrieb. Alle 40 Meter steckt eine rote Fahne im Boden, da werden Bewegungssensoren installiert. Und vor den Kameras und Sensoren wird dann der Zaun stehen.

Die Soldaten sind nicht sicher, dass es eine gute Idee ist. „Was sollen die Tiere denn machen?“, fragt einer. Für sie ist die Welt am Zaun dann auch zu Ende. Und: „Nicht die Flüchtlinge sind das Problem, sondern der Krieg in Syrien“, sagt ein Soldat. Der werde vielleicht nächstes Jahr vorbei sein, aber der Zaun wird dann immer noch stehen.

Für Flüchtlinge, die hier aufgegriffen werden, beginnt ein Leben im Niemandsland. Etwa drei Tage verbringen sie bei der Grenzpolizei. Dann kommen sie in ein Auffanglager in der Stadt Harmanli. „Da gibt es keinen Strom. Es ist angelegt für 450 Personen, jetzt müssen da 600 bis 700 hausen. Und Wasser mal ja, mal nein“, sagt Georgi Markow. Er leitet als Vizechef ein anderes Lager, nahe dem Dörfchen Pastrogor im Grenzgebiet. Auch dort ist alles überfüllt, 430 Personen statt der 300, für die es im Mai 2012 errichtet wurde. Aber die Lebensbedingungen sind sehr viel besser. Strom, ein moderner Bau, 25 Quadratmeter große Zimmer mit drei Etagenbetten, je sechs Schlafplätze.

Wer hier wohnt, hat das Schlimmste hinter sich. Es ist ein Transittlager, alle Bewohner haben bulgarische Aufenthaltspapiere für drei Monate, dürfen sich im Land frei bewegen. Theoretisch.

In der Praxis sind sie hier eingeschlossen, jeder Schritt vor das Tor erfordert die Erlaubnis und einen Passierschein wenig höflicher Wächter - und danach gibt es nichts, nur die Straße. „Wir bekommen pro Kopf 65 Lewa monatlich (ca. 32 Euro; d. Red.) für Verpflegung“, sagt ein Palästinenser, der seinen Namen mit Guevara angibt. Die nächste Stadt ist nicht weit, Slivengrad, sechs Lewa hin und sechs zurück im Taxi. Billiger ist es ins nächste Dorf, Pastrogor. Notfalls geht es auch zu Fuß.

In dem kleinen Dorf von 80 Seelen gibt es einen Laden. Man kann auch Kaffee oder ein Mittagessen bekommen, 1,50 Euro für einen großen Tomatensalat mit Schafskäse, knusprig gebratene Hackfleischrollen und Brot. Fast alle Kunden sind vom Flüchtlingslager.

„Ah, bist du deutsch?“, fragt ein Herr, der seinen Namen nicht nennen will und offenbar schon ein paar Bier getrunken hat. Er kommt aus Syrien, sagt er, ist Kurde und will nach Deutschland. 1000 Dollar hat ihn die Wanderung über die grüne Grenze gekostet. Pro Person, denn er kam mit mehreren Verwandten. „Es ist eine Katastrophe in Syrien“, sagt er, „niemand weiß, woher gerade die Raketen kommen, alle kämpfen gegen alle.“ Er spricht perfekt Deutsch. 1997 bis 2001 lebte er in Frankfurt, wurde dann aber nach Syrien zurückgeschickt. Nun versucht er es erneut. „Ich bin mit einer Deutschen verheiratet, da müssen die Deutschen mich doch nehmen, oder?“ Vor vier Jahren war die Hochzeit, sagt er, 64 Jahre ist er alt, die Braut kam nach Syrien um dort zu heiraten: „Wir haben alle offiziellen syrischen Papiere.“ Sie sei jetzt aber in Deutschland. Da ist eine gewisse Sorge zu spüren, dass es am Ende vielleicht doch nicht klappen könnte.

Alle wollen nach Deutschland. Javid, ein pakistanischer Flüchtling, der mit einer Bulgarin verheiratet ist und seit Jahren in Bulgarien wohnt, weiß genau, worum es den Leuten geht. Aus eigener Erfahrung: Vor 16 Jahren kam auch er über die grüne Grenze, nach Griechenland, und schaffte es nach zehn Jahren dort bis nach Deutschland. Zum Beweis zeigt er seine gültige deutsche Aufenthaltskarte. Er kennt viele Flüchtlinge. „Hier bekommen die Leute 65 Lewa pro Monat, aber in Deutschland bekam ich damals 320 Euro - und konnte wie die meisten Asylanter die Hälfte davon sparen und nach Hause schicken. Davon träumt jeder hier.“

Bulgarien hat die Absicht... eine Mauer zu errichten. Hunderte Menschen aus Syrien und anderen Teilen des Nahen Ostens kommen täglich illegal über die Grenz....

Der Laden von Pastrogor ist mehr als nur Geschäft und Kaffeehaus. Die Frau des Besitzers Georgi Genew - sie will ihren Namen nicht nennen - genießt Vertrauen bei den Flüchtlingen. Sie ist Ratgeber und so etwas wie ein Geldinstitut.

„Die Frauen bringen mir teilweise sehr große Summen, mehr als Tausend Euro, ich bin ihre Bank - denn im Lager beklaue sie einander“, sagt sie. Weil es langweilig ist in Pastrogor lernt sie bei einer Syrerin arabisch. „Es interessiert mich eben“, sagt sie. Der Syrerin bringt sie umgekehrt Bulgarisch bei. Georgi Genews Gemahlin ist in den Augen der Syrer so etwas wie eine „große Schwester“, ihre Beschützerin in Bulgarien.

Dennoch will auch sie, wie alle Bulgaren hier, dass der Staat die Grenze dichtmacht. Den in den Medien umstrittenen Zaun findet sie gut, und ihr Mann auch. „Die ersten Syrer, die kamen, waren gute Menschen“, sagt Georgi Genew. „Man spürte richtig, die kamen wegen des Kriegs, waren ordentliche Menschen in Not, benahmen sich würdevoll. Aber die, die jetzt kommen, sind oft gar keine Syrer, sie behaupten das nur. Das sind Querulanten aus Marokko und Algerien.“

Es ist auffallend, wie viele der Flüchtlinge schon einmal in Deutschland waren oder in Frankreich oder sonst wo in Europa. Oft wurden sie abgeschoben, meist vor wenigen Jahren als Ergebnis einer verschärften Haltung gegenüber Migranten. Jetzt versuchen sie es erneut. Als Syrien-Flüchtling hat man noch eine echte Chance. Viele haben Freunde und Verwandte in europäischen Ländern. Es kann sein, dass von den 600.000 Flüchtlingen, die von Syrien in die Türkei gingen, vor allem jene nach Bulgarien kommen, die in Europa bereits Kontakte und Erfahrung haben.

Und da kommt wieder die Frau von Georgi Genew ins Spiel. „Viele haben ein wenig Geld, sie bekommen etwas per Western Union geschickt“, sagt sie. Vor dem Flüchtlingslager ist zu beobachten, wie Asylbewerber mit Autos ankommen und abfahren, einer gar mit einem BMW. Viele haben Mobiltelefone, Smartphones.

Die meisten haben freilich alles verkauft oder verloren. Khalil Jono, ebenfalls ein Syrer und jesidischen Glaubens, hat die Menschenhändler an der Grenze mit dem Erlös aus dem Verkauf seines Hauses nahe Aleppo bezahlt. Rund 700 Euro waren es. Die Preise variieren wild, die Schlepper fordern viel, scheinen aber notfalls auch mit weniger als 400 Euro zufrieden zu sein, wenn jemand nicht mehr geben kann. Kein Wunder, der Arbeitsaufwand hält sich in Grenzen.

„Sie nehmen einen mit bis in die Nähe der Grenze, zeigen auf den Wald und sagen dann: Dort ist Bulgarien, lauft“, sagt Guevara. Er ist einer der wenigen an diesem Tag, die nicht sagen, dass sie schon einmal im Westen waren. Er sei nur in Rumänien, Bosnien, „in vielen Balkanländern“ gewesen, als Folkloretänzer. Seinen echten Namen will er aber nicht angeben, und er ist unruhig, weil die Überprüfung seiner Fingerabdrücke auf sich warten lässt.

Das macht den meisten hier Sorge: Bulgarien verschickt die Fingerabdrücke nach ganz Europa, verbunden mit der Frage, ob es zur Person Kriminalakten gibt. Für alle hier ist die nächste Station Serbien. „Wer es von dort nach Ungarn schafft, hat gewonnen“, sagt Javid, „der ist in der Schengen-Zone.“ Aber bis dahin sind weitere Schlepper zu bezahlen, wenn man es denn schafft, sich den bulgarischen Behörden zu entwinden. Western Union macht derzeit gute Geschäfte.

## Graphic

---

Boris Kalnoky

Khalil Jono musste sein Haus nahe Aleppo verkaufen, um die Schlepper zu bezahlen

AFP/Getty Images/DIMITAR DILKOFF

Bulgarien hat die Absicht... ... eine Mauer zu errichten. Hunderte Menschen aus Syrien und anderen Teilen des Nahen Ostens kommen täglich illegal über die Grenz....

Ein Mädchen schaut durch den Zaun, den die bulgarische Regierung an der Grenze zur Türkei errichten lässt

Boris Kalnoky

DIMITAR DILKOFF

**Load-Date:** November 5, 2013

---

End of Document

**Bildung, Bildung, Bildung; Eine Studie erhellt, warum Migranten ihre Kinder seltener in Kitas schicken**

Die Welt

Donnerstag 6. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 129

**Length:** 354 words

**Byline:** Andrea Seibel

## Body

---

Längst hat die Kita-Frage den weltanschaulichen Zenit überschritten und ist im Bereich der erschöpften Pragmatik gelandet. Wer sein Kind zu Hause erziehen will, soll dies tun. Darin sehen viele Eltern immer noch die beste Form der Kindsförderung. Wenn sie denn finanziell in der Lage sind, dieser Einsicht zu folgen. Das ist immer mehr ein Privileg in Zeiten, in denen die meisten Familien nicht mehr von einem Gehalt leben können und die traditionellen Familienbande über mehrere Generationen und große Entfernungen kaum funktionieren. Zudem wurde die Ausbildung der Frauen optimiert, und ihr Ehrgeiz, einen eigenen Beitrag zum Wohlergehen der Familie zu leisten, hat sie beflügelt. Frauen gehen mehrheitlich arbeiten.

Diese Tendenz findet ihre Entsprechung in dem ab 1. August geltenden Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für jedes Kind. Schon jetzt häufen sich die Berichte über Unterversorgung und verzweifelte Elternsuche nach geeigneten Plätzen. Eine Studie, die auch Migranten-Eltern befragte, kommt zu erhellenden Ergebnissen: Noch der ersten Einwanderergeneration ist die Kita so fremd wie fast alles Deutsche, und man bleibt unter sich. Doch wer der zweiten Generation entstammt, ist der Kita gegenüber schon aufgeschlossener - wenn selbst besser gebildet. Besonders das frühkindliche Erlernen des Deutschen wird anerkannt als Voraussetzung besserer Chancen.

Einen Kita-Platz zu ergattern setzt heute Beharrungsvermögen, Finesse und Organisationstalent voraus. Man kann auch sagen: einen Willen, der Berge versetzt. Daran scheitern weniger Gebildete, ob deutsch oder mit türkischen Wurzeln. Es ist also nicht der Migrationshintergrund, sondern die geringe Schulbildung von Eltern, die sie sich manchmal für die Betreuung zu Hause entscheiden lässt. Ganz im Gegensatz zur proaktiven Entscheidung eingangs erwähnter Eltern, ihr Kind selbst zu betreuen, ist dies ein Akt der Zurückgenommenheit, gar Passivität der Eltern. Bis sich diese Situation entkrampft, muss zuallererst die Qualität all der neuen Kitas gewährleistet sein. Weiterhin gilt: Es geht zuvorderst um Wahlfreiheit. Und die setzt Wissen und Willen voraus.

**Load-Date:** June 6, 2013

Bildung, Bildung, Bildung Eine Studie erhellt, warum Migranten ihre Kinder seltener in Kitas schicken

---

End of Document



**„Die Mühe lohnt sich nicht mehr“; Waren die USA einst das gelobte Land für Millionen Mexikaner, kehren immer mehr zurück. Die Regierung lockt mit Krediten und neuen Jobs**

Die Welt

Freitag 27. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 8; Ausg. 23

**Length:** 1657 words

**Byline:** Sandra Weiss

**Highlight:** Der Wohlstand in Mexiko ist gestiegen: Heute können sich viele Telefone und Autos leisten

## Body

---

### Puebla

Von der Putzfrau zur Unternehmerin - in den vergangenen zwölf Monaten hat sich das Leben von Maria del Carmen Llanos komplett verändert. War die stämmige Mittvierzigerin früher eineinhalb Stunden täglich im Bus unterwegs bis in die Provinzhauptstadt Puebla, um bei anderen zu putzen, kümmert sie sich nun um den heimischen, bäuerlichen Betrieb. Ein kleines Steinhäuschen am Fuße des verschneiten Popocatepetl-Vulkans in San Gregorio Atzompa im Bundesstaat Puebla. Ein Dutzend Kühe, Hühner und Schweine müssen versorgt werden. Die Milch wird zu Frischkäse verarbeitet, den Llanos auf dem Markt und an Nachbarn verkauft. Ihr Mann, der fast zehn Jahre lang in den USA lebte und im vergangenen Jahr zurückkehrte, kümmert sich um die Feldarbeit. Zwei Hektar fruchtbare Vulkanäcker hat er erstanden, auf denen er Mais, Bohnen und Esskakteen angebaut hat.

Möglich wurde dies nicht nur durch die gesparten Dollar von Llanos Mann, sondern auch durch einen Kredit und ein Beratungsprogramm für Jungunternehmer, das die mexikanische Regierung den Heimkehrern bietet. Und von diesen gibt es immer mehr. „Wenn man in den vergangenen Jahren die Zahl der Rückkehrer und die der Auswanderer gegeneinander aufrechnet, sind wir fast bei null, das ist ein historischer Wendepunkt“, sagt der für **Migrationsfragen** zuständige mexikanische Staatssekretär René Zenteno.

Eine Tendenz, welche die US-Republikaner gern als Erfolg ihrer strikten Einwanderungspolitik und der verschärften Grenzkontrollen preisen. Inzwischen erschwert ein elektronisch überwachter Grenzzaun über weite Strecken der 3000 Kilometer langen Landgrenze die illegale Einwanderung. Außerdem hat sich die Zahl der Grenzschützer versechsfacht - auf inzwischen 20 000. Striktere Migrationsgesetze und mehr als eine Million Abschiebungen in den vergangenen drei Jahren haben ebenfalls abschreckend und preistreibend gewirkt. Kostete ein Schlepper in den 80er-Jahren noch 700 Dollar, sind es mittlerweile 2500 und mehr.

„Die Mühe lohnt sich nicht mehr“ Waren die USA einst das gelobte Land für Millionen Mexikaner, kehren immer mehr zurück. Die Regierung lockt mit Krediten und ne....

Experten sehen die wahren Gründe für die zurückgehende Zahl der Auswanderung in die USA aber woanders. Die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten und die Gefahren durch mordende Drogenbanden an der US-mexikanischen Grenze haben laut der Nichtregierungsorganisation Pew Hispanic Center die Auswanderungsoption weniger attraktiv gemacht. Gleichzeitig schuf der Boom in Lateinamerika neue Arbeitsplätze und gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten. Und weil die Latinas deutlich weniger Kinder als früher haben, können sie auch mehr Geld in die Ausbildung jedes Nachkommen investieren. Brasilien liegt mit 1,9 Kindern pro Frau auf europäischem Niveau, Mexiko mit 2,2 nur knapp darüber. Durch die rückläufige Geburtenrate sinkt der Druck auf den heimischen Arbeitsmarkt.

„Früher hat jeder Auswanderer so viel Angehörige wie möglich nachgeholt; heute raten viele ihren Angehörigen von der Reise ab, weil sich die Mühe nicht mehr lohnt“, sagt Scott Nicholson von der Organisation Borderlinks. Konnte man in den USA einige Zeit in einem vergleichbaren Aushilfsjob bis zu zehnmal mehr verdienen, liegt die Lohndifferenz heute nur noch beim 3,7-Fachen.

Früher war die Migrationsbewegung für Mexikos Regierungen ein soziales Ventil und ein politisches Randthema. Das hat sich allerdings völlig verändert. Die konservativen Regierungen, die seit dem Jahr 2000 an der Macht sind, haben die politische Bedeutung und das wirtschaftliche Potenzial des Phänomens erkannt und konsequent einen rechtlichen Rahmen geschaffen. Durch intensive Lobbyarbeit wurden die exorbitanten Kosten für den Devisentransfer nach Mexiko gesenkt, was nicht nur eine finanzielle Erleichterung für die betroffenen Familien ist, sondern auch die Wirtschaft in den Heimatgemeinden belebt.

Im Jahr 2009 wurde ein Fonds für rückkehrende Migranten aufgelegt, und das Landwirtschaftsministerium unterstützt Heimkehrer mit Krediten und Ausbildungsprogrammen. Eine weitere Errungenschaft ist das aktive und passive Wahlrecht für Migranten, selbst wenn sie in den USA geboren wurden und die dortige Staatsangehörigkeit besitzen.

Der wichtigste Vorkämpfer und Symbolfigur dieser Reformen ist der 2009 im Alter von 58 Jahren verstorbene „Tomatenkönig“ Andrés Bermúdez. Einst hatte er sich, in einem Kofferraum versteckt, in die USA abgesetzt und war dort zu Reichtum gekommen - dank einer neuartigen Sämaschine für Gemüse, die er erfunden hatte. 2001 kehrte Bermúdez in sein Heimatdorf Jérez in Zacatecas in Nordmexiko zurück und wurde prompt zum Bürgermeister gewählt. Wegen seiner US-Staatsangehörigkeit durfte er das Amt aber nicht antreten. Das löste eine landesweite Debatte aus, und Zacatecas wurde der erste Bundesstaat, der nicht nur Doppelstaatlern alle politischen Rechte einräumte, sondern im Landtag auch eine Migranten-Quote einführte.

Bermúdez wurde auch deshalb so berühmt, weil er antizyklisch zurückkehrte: 2000 bis 2004 war die Hochphase der Emigration, seither gehen die Zahlen stetig zurück. Im Jahr 2010 überquerten nur noch geschätzte 100 000 Mexikaner illegal die Grenze zu den USA. Die geschätzte Zahl illegal in den USA lebender Migranten ist von zwölf Millionen im Jahr 2008 auf elf Millionen 2010 gesunken. Entsprechend sind auch die sogenannten Remissen, die Devisenüberweisungen der Auswanderer an die Familie, gesunken. Mexiko ist dabei mit 21 Milliarden Dollar in Lateinamerika aber immer noch einsamer Spitzenreiter. Allerdings gehört Mexiko trotz des sichtbaren Rückgangs der Auswanderung nach Angaben der Internationalen Migrationsorganisation noch immer zu den größten Auswanderungsländern der Welt. Rund zehn Prozent seiner Bevölkerung leben im Ausland.

Weihnachten vor einem Jahr kehrte Llanos' Ehemann aus den USA zurück in seine mexikanische Heimat. Fast zehn Jahre lang hatte er in der Emigration als Verkäufer, Erntehelfer und Bauarbeiter gearbeitet - alles Arbeiten, die eben gefragt waren. An die Familie überwies er jeden Monat zwischen 300 und 400 Dollar; genug, um die laufenden Kosten daheim zu decken. Bei der Entscheidung zurückzukehren, hat für ihn auch sein Alter eine Rolle gespielt. „Er ist jetzt 50, da ist es nicht mehr so einfach, in den USA Arbeit zu finden. Und den Lebensabend möchte er gerne zu Hause mit den Enkeln verbringen“, sagt Llanos.

Dieses Jahr feierte die Familie erstmals in einem Restaurant das Weihnachtsfest. Auswärts zu essen war vor zehn Jahren noch ein Luxus für einige wenige. Die Hacienda Cocoyoc im Bundesstaat Morelos, ein koloniales Anwesen mit mehreren Schwimmbädern, gepflegtem englischem Rasen und traditionsreichem Restaurant, liegt eineinhalb

„Die Mühe lohnt sich nicht mehr" Waren die USA einst das gelobte Land für Millionen Mexikaner, kehren immer mehr zurück. Die Regierung lockt mit Krediten und ne....

Stunden Fahrtzeit von der Hauptstadt entfernt. Cocoyoc war früher ein beliebtes Wochenendziel für die Oberschicht. Auch dieses Jahr an Weihnachten war die Hacienda bis auf den letzten Platz ausgebucht. Aber Pianomusik und Haute Cuisine haben einem lärmenden Durcheinander von Kleinkindern, gedrunghenen Männern in Jogginghosen und stark geschminkten jungen Damen Platz gemacht: Mexikos neue Mittelschicht.

Sogar Llanos fühlt sich zur Mittelschicht gehörig, wie fast 80 Prozent aller Mexikaner laut einer Umfrage. Und das, obwohl statistisch, gemessen am Einkommensniveau, nur 32 Prozent dies wirklich sind. Ausgeweitet haben sich aber die Konsum- und Bildungsmöglichkeiten in Mexiko. Das hat die jüngste Volksbefragung ergeben.

Dem Nationalen Statistikinstitut zufolge verfügen 98 Prozent aller Mexikaner über Strom. Die Zahl derjenigen, die ein Telefon besitzen, stieg in den vergangenen zehn Jahren von 36 auf 43 Prozent, bei Computern von neun auf 29 Prozent und bei Autos von 32 auf 44 Prozent. Vier Millionen Mexikaner konnten sich in den vergangenen fünf Jahren sogar ein Eigenheim leisten. Der Grund dafür sind vor allem die billigen Kredite eines nationalen Bausparprogramms.

Die Zahl der Analphabeten sank um die Hälfte. Auch die Zahl der 15- bis 24-Jährigen, die eine weiterführende Schule besuchen, ist auf 40 Prozent angestiegen. Allerdings ähnelt die Mittelschicht eher noch der Unterschicht, wie die Forscher Luis Rubio und De la Calle in ihrem Buch „Clasemedieros" (Mittelschichtler) feststellen. Denn die Gehälter sind zwar gestiegen, aber deutlich geringer als die Inflation. Und ein Drittel der Mexikaner verdient weniger als zwei Mindestlöhne, monatlich umgerechnet etwa 80 Euro. Um einen gewissen Konsum aufrechtzuerhalten und den Kredit für das Haus abzubezahlen, müssen oft mehrere Familienmitglieder arbeiten. Einen Teil ihres Einkommens sparen können nur die wenigsten der sogenannten Clasemedieros.

Das Risiko des sozialen Abstiegs schwebt ständig über ihnen wie ein Damoklesschwert - und damit auch die Gefahr einer neuen Migrationswelle. Die neuesten Zahlen sind alarmierend: Der OECD zufolge hat die Armut wieder zugenommen. 2011 lebten demnach 52 Millionen Mexikaner in Armut, 2006 waren es 46 Millionen. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt ist in dem Zeitraum um 1,3 Prozent geschrumpft. Die Hälfte der Allerärmsten stammt aus ländlichen Gegenden wie Llanos. Für sie hängt der soziale Abstieg vor allem von einem ab: dem Wetter. Und das macht ihr große Sorgen. Dieser Winter gehört zu den trockensten seit 50 Jahren. Die Regierung hat bereits die Hälfte des Landes zum Katastrophengebiet erklärt. Mehr als eine halbe Million Kleinbauern haben deswegen ihre Ernte durch Wetterschäden verloren.

Der Wetterzyklus ist erheblich durcheinandergeraten. Die Regenzeit fängt später an und hört früher auf, dafür sind die Niederschläge sehr viel heftiger geworden und verhageln die Ernte viel häufiger als früher. Das mexikanische Militär hat den Klimawandel in seinem jüngsten Weißbuch als eine der größten strategischen Gefahren für das Land ausgemacht und schließt deswegen neue Migrationsbewegungen nicht aus. Auch Llanos Familienbetrieb ist bedroht, eine Bewässerungsanlage wäre für sie zu teuer. Sie hofft nur, dass es nicht so weit kommt - und ihr Mann wieder in den USA arbeiten muss.

„Heute raten viele ihren Angehörigen von der Reise ab" Scott Nicholson, Organisation Borderlinks

## Graphic

---

LAIF/Redux/laif Getty Images LAIF/Hemis/laif

Über eine Brücke kehren Mexikaner aus der texanischen Grenzstadt El Paso in ihre Heimat zurück (o.). Autoschlange am mexikanischen Grenzübergang San Ysidro in Richtung USA (M.). Ein Zaun an der 3000 Kilometer langen Grenze soll illegale Einwanderung verhindern

„Die Mühe lohnt sich nicht mehr" Waren die USA einst das gelobte Land für Millionen Mexikaner, kehren immer mehr zurück. Die Regierung lockt mit Krediten und ne....

**Load-Date:** January 27, 2012

---

End of Document

## „Der Begriff Ehre ist innen hohl“; Angeklagter legte das Tatmesser in den Koran

Die Welt

Mittwoch 18. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 8; Ausg. 15

**Length:** 440 words

**Byline:** Freia Peters

### Body

---

Die Welt:

Herr Erdogan, warum haben Migranten der dritten Generation häufig größere Probleme als ihre Eltern?

Kazim Erdogan:

Die Kinder sind stärker mit Perspektivlosigkeit konfrontiert. Als Lehrer habe ich in den 80er-Jahren viele Seiteneinsteiger unterrichtet. Die sind mit 13, 14, 15 Jahren gekommen, auf der Hauptschule gelandet, und trotzdem haben sie alle Ausbildungsplätze bekommen. Das ist heute nicht mehr so.

Leben desillusionierte muslimische Zuwanderer deshalb stärker in ihren Traditionen?

Natürlich bekomme ich mit, dass sich immer mehr Migranten abkapseln und Zuflucht in ihrem Glauben suchen. Ich sehe auch die zunehmende Anzahl verschleierter Frauen, die in Neukölln hinter ihrem Mann laufen. Das Beispiel des Mordes in Lichtenrade zeigt: Beide jungen Menschen, Opfer und Täter, haben gelitten unter ihrer fehlenden Heimat. Und Verzweiflung ist nun mal ein Nährboden für Gewalt.

Nicht jeder verzweifelte Mensch begeht einen Mord. Was kommt hinzu?

Leider isolieren sich viele Migranten.. Bei Menschen, die das tun und nur noch introvertiertes Verhalten an den Tag legen, ist die Gefahr viel größer, dass sie in eine schwere Krise geraten.

Der Täter hat das Tatmesser in den Koran gelegt. Hat er gedacht, seine Tat so reinwaschen zu können?

Der Begriff Ehre wird von vielen muslimischen Männern nicht hinterfragt. In meiner Vätergruppe thematisieren wir das sehr häufig, dieser Begriff ist nahezu lebensbestimmend für die Männer. Doch er ist innen hohl und nicht mit Inhalten gefüllt. Die Männer haben das häufig eher auswendig gelernt: Du bist ein Mann, deine Ehre ist das

„Der Begriff Ehre ist innen hohl" Angeklagter legte das Tatmesser in den Koran

Wertvollste in deinem Leben! Die Gefahr, dass man im Affekt dann eine Straftat begeht, die man hinterher kaum erklären kann, ist sehr groß. Ich habe mit vielen Tätern gesprochen. 90 Prozent zeigen eine große Reue.

Warum begehen mehr männliche als weibliche Zuwanderer Straftaten?

Ein Großteil der Menschen, die ein Messer in die Hand nehmen - ich würde mal schätzen, 80 Prozent -, macht das, weil sie in ihrer Familie etwas Ähnliches erlebt haben. Wer Gewalt in der Familie erlebt hat, zieht später mit ziemlicher Sicherheit eher in Erwägung, wieder Gewalt als Mittel der Lösung einzusetzen. Den jungen Männern fehlen häufig ihre Väter als Vorbilder, die in der muslimischen Tradition eher wenig an der Erziehung ihrer Kinder beteiligt sind. Deshalb ist es so wichtig, mit den Vätern zu sprechen.

Kazim Erdogan arbeitet als Psychologe in Berlin-Neukölln. 2007 gründete er die erste türkische Männergruppe, die er bis heute leitet. Er war ein enger Vertrauter der Jugendrichterin Kirsten Heisig. Für seine engagierte Arbeit hat er zahlreiche Auszeichnungen erhalten.

**Load-Date:** January 18, 2012

---

End of Document

**Blue Card wird zum Ladenhüter; Bei den Hochqualifizierten außerhalb Europas verhallt der Lockruf weitgehend ungehört. Noch kommen genügend andere Fachkräfte**

Die Welt

Montag 19. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 6; Ausg. 271

**Length:** 1092 words

**Byline:** Stefan Von Borstel

**Highlight:** Gerade einmal drei Ausländer fanden dank der Neuregelung den Weg zur Arbeitssuche nach Deutschland

## **Body**

---

Make it in Germany - so wirbt das Willkommensportal der Bundesregierung im Internet um qualifizierte Fachkräfte im Ausland. Mit bunten Bildern von grünen Alleen, Windrädern und einer zünftigen Brotzeit präsentiert sich Deutschland als Standort der Visionen, Stabilität und „Lebensfreude pur“. Bei einem „Quick Check“ können die Interessenten erfahren, ob sie und ihre Qualifikationen in Deutschland gefragt sind. „Deutschland sucht Sie“, heißt es da: „Als Fachkraft haben Sie gute Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt.“ In fünf Schritten wird gezeigt, wie die Interessenten zu einem Job in Deutschland kommen.

Doch bei den Hochqualifizierten außerhalb Europas verhallt der Lockruf weitgehend ungehört. An der eigens im August eingeführten Blue Card, die den Qualifizierten aus aller Welt den Weg nach Deutschland ebnen soll, zeigt kaum jemand Interesse. Gerade einmal 139 Blue Cards wurden in den ersten zwei Monaten nach Zahlen des zuständigen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vergeben. Davon gingen 112 an Ausländer, die bereits vor 2012 nach Deutschland eingereist sind. Die meisten waren bereits mit einem anderen Aufenthaltstitel im Lande und wechselten lediglich in den neuen Blue-Card-Status.

„Der Massenansturm von Fachkräften bleibt aus“, stellt Gunilla Fincke, Geschäftsführerin des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) fest. Nach Jahrzehnten der Abschottung hänge Deutschland nach wie vor der Ruf an, Zuwanderer seien nicht willkommen - obwohl das Zuwanderungsrecht deutlich liberaler geworden sei. „Deutschland wird als nicht so attraktiv wahrgenommen und ist auch wegen der Sprache schwierig“, erklärt die Expertin.

Dabei hatte sich die Bundesregierung viel von der neuen Blue Card versprochen. Die Attraktivität des Standortes Deutschland für qualifizierte Zuwanderer werde spürbar steigen, war sich Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) im August sicher. Nach zähem Ringen in der schwarz-gelben Koalition wurden die Hürden für qualifizierte

Blue Card wird zum Ladenhüter Bei den Hochqualifizierten außerhalb Europas verhallt der Lockruf weitgehend ungehört. Noch kommen genügend andere Fachkräfte

Einwanderer in diesem Sommer deutlich gesenkt. Vor allem die FDP und die Wirtschaft hatten darauf gedrängt. Die Wirtschaft hatte dabei für ein Punktesystem nach dem Vorbild klassischer Einwanderungsländer wie Kanada und Australien plädiert.

Daraus wurde zwar nichts, aber immerhin kam die Blue Card. Die blaue Karte können Hochschulabsolventen aus Staaten außerhalb Europas erhalten, wenn sie einen Arbeitsvertrag mit einem Arbeitgeber in Deutschland mit einem Gehalt von mindestens 44.800 Euro im Jahr vorlegen. In Berufen, in denen bereits jetzt Fachkräftemangel herrscht, wie bei Ärzten oder Ingenieuren, liegt die Gehaltsschwelle nur bei 35.000 Euro. Darüber hinaus dürfen Akademiker aus aller Welt sechs Monate nach Deutschland kommen, um hier eine Arbeitsstelle zu suchen, wenn sie den Lebensunterhalt in dieser Zeit selbst tragen.

SVR-Expertin Fincke lobt diese Regelung als bahnbrechende Neuerung. Erstmals könnten auch Hochqualifizierte ohne Arbeitsvertrag nach Deutschland kommen. Fincke spricht von einem „Mini-Punktesystem“, das weiter ausgebaut werden könnte. Allerdings würde es „extrem schlecht beworben“. Tatsächlich sind die aktuellen Zahlen niederschmetternd: Gerade einmal drei Ausländer fanden dank der Neuregelung den Weg zur Arbeitssuche nach Deutschland. In drei Jahren soll die Neuregelung überprüft werden. „Wir fürchten, dass sie dann wieder abgeschafft wird, mit der Begründung, es sei ja ohnehin niemand gekommen“, sagt Fincke. Eine große Chance, mit neuen Zuwanderungsregeln zu experimentieren, werde somit vertan.

Das zuständige Bundeswirtschaftsministerium hielt sich angesichts der enttäuschenden Zahlen bedeckt. Internationale Fachkräfte könnten erst seit wenigen Monaten die Möglichkeit der Blue Card nutzen. „Vor dem Hintergrund dieser erst kurzen Geltungsdauer erscheint eine Bewertung der Annahme der Blue Card zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht“, teilte das Ministerium mit. Ähnlich äußerte sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Die erleichterte Zuwanderung sei grundsätzlich richtig, sagte DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann der „Welt“. „Die Neuregelungen hätten ihre Wirkung noch nicht entfalten können“, vermutet Driftmann. „Das deutsche Zuwanderungsrecht ist aber nach wie vor kompliziert und für ausländische Fachkräfte wenig transparent“, kritisierte der DIHK-Chef. Deshalb sei es wichtig, im Ausland über die Zuwanderungsmöglichkeiten aber auch über die dafür nötigen Abläufe ganz konkret zu informieren und dort für Deutschland als Arbeits- wie Studienort zu werben.

Für ein aktives Zuwanderungsmarketing in Drittstaaten außerhalb Europas spricht sich auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) aus. Die Blue Card setzte zwar erste gute Signale, sagte der zuständige BA-Vorstand Raimund Becker der „Welt“. „Klar ist aber, dass eine Gesetzesänderung allein nicht reichen kann, um Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiv zu machen.“ Leider sei Deutschland im Ausland noch nicht berühmt für seine Willkommenskultur. Becker sprach sich für eine „kluges Zuwanderungsmanagement“ aus, „vielleicht in Form eines Punktesystems, ausgerichtet auf die Berufe, in denen es in absehbarer Zeit Engpässe oder sogar Mangelsituationen geben wird“.

Vielleicht sind die Zuwanderer aus Indien, China oder der Türkei auch gar nicht mehr so heiß ersehnt. Schließlich kommen genügend Europäer aus dem Osten und den Krisenländern im Süden, um ihr Glück in Deutschland zu machen, weil es von der Krise noch weitgehend verschont wurde. Mehr als 300.000 kamen im ersten Halbjahr 2012. Aus Spanien, Griechenland und Portugal waren es rund 32.700 Menschen, gut zwei Drittel mehr als im ersten Halbjahr 2011.

Aus den zehn Ländern, die 2004 der EU beigetreten waren, stieg die Zuwanderung mit knapp 20 Prozent zwar viel schwächer. Mit rund 138.000 lag die Zahl aber deutlich höher. Für diese Länder gilt seit Mai 2011 die Arbeitnehmerfreizügigkeit, sie dürfen also in Deutschland arbeiten - auch ohne Blue Card. Insgesamt zogen im ersten Halbjahr 2012 mehr als eine halbe Million Menschen nach Deutschland. Das waren 15 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Doch BA-Vorstand Becker warnt: „Es reicht nicht, auf die Fachkräfte im Europäischen Ausland zu schauen. Denn die anderen Staaten in Europa würden in den nächsten Jahren vor den gleichen demografischen Herausforderungen stehen wie wir.“ Jetzt müsse die Basis für eine gesteuerte Zuwanderung aus den Staaten



Blue Card wird zum Ladenhüter Bei den Hochqualifizierten außerhalb Europas verhallt der Lockruf weitgehend ungehört. Noch kommen genügend andere Fachkräfte

außerhalb Europas legen, sagt auch Migrationsexpertin Fincke. „Sonst werden wir den enormen Fachkräftebedarf der Zukunft nicht decken können.“

## Graphic

---

dpa PA/ R4200

Die Bundesregierung sucht mit neuen Initiativen nach Fachkräften auch aus dem außereuropäischen Ausland

**Load-Date:** January 26, 2013

---

End of Document

**Wirtschaft Kompakt I; Böse Überraschung: Mannheim prüft Klage wegen geringer Einwohnerzahl ++ Weniger Großstädte: Rutsch unter die magische 100.000er-Marke ++ Grundausrüstung: Viele Bundesbürger leben ohne sanitäre Anlagen ++ Migrationshintergrund: Die meisten Zuwanderer kommen aus der Türkei ++ Ausbildung: Berlin und Hamburg haben die meisten Akademiker ++ Erwerbstätigkeit: Fast jede zweite Frau in Bayern ist berufstätig**

Die Welt

Samstag 1. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** WIRTSCHAFT; Kompakt; S. 9; Ausg. 125

**Length:** 601 words

## Body

---

### Böse Überraschung

#### Mannheim prüft Klage wegen geringer Einwohnerzahl

Die Stadt Mannheim erwägt als erste Kommune eine Klage gegen das im Zensus ermittelte Ergebnis ihrer Einwohnerzahl. „Wir haben mit einem Rückgang der Einwohnerzahl gerechnet. Die aktuellen Zahlen des Zensus liegen jedoch weit jenseits dessen, was erklärlich und vorstellbar ist“, sagte Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) am Freitag. Nach dem jüngsten Zensus-Ergebnis hat Mannheim 23.473 Einwohner weniger als bislang angenommen. Bürgermeisterin Felicitas Kubala (Grüne) meinte dazu: „Da wir ein sehr gut gepflegtes Melderegister haben, müssen wir die Qualität der Erhebung in Frage stellen.“

### Weniger Großstädte

#### Rutsch unter die magische 100.000er-Marke

Doch nicht nur Mannheim leidet unter dem „Bevölkerungsschwund“. Gleich vier deutsche Städte dürfen sich nach den Ergebnissen der Erhebung nicht mehr als Großstädte bezeichnen. Salzgitter (98.895 Einwohner), Siegen (99.187), Hildesheim (99.554) und Cottbus (99.984) gelten durch die Korrekturen bei den Einwohnerzahlen nach den Begriffsbestimmungen der Internationalen Statistikkonferenz von 1887 nur noch als „Mittelstädte“.

### Grundausrüstung

Wirtschaft Kompakt I Böse Überraschung: Mannheim prüft Klage wegen geringer Einwohnerzahl ++ Weniger Großstädte: Rutsch unter die magische 100.000er-Marke ++ Gr....

### Viele Bundesbürger leben ohne sanitäre Anlagen

Eigentlich ist es kaum zu glauben: Doch in Hunderttausenden Wohnungen in Deutschland mangelt es an sanitären Einrichtungen. So gibt es in knapp 680.000 Wohnungen - das sind 1,7 Prozent der erfassten Unterkünfte - entweder keine Toilette oder keine Dusche/Bad. In 330.000 oder 0,8 Prozent aller Wohnungen fehlt sogar beides. Besonders häufig finden sich derart dürftig ausgestattete Wohnungen im Osten des Landes, beispielsweise in Sachsen (1,9 Prozent) oder Thüringen (1,5 Prozent). In westdeutschen Großstädten wie Hamburg oder Bremen sind es hingegen nur 0,2 Prozent der Wohnungen, die eine in sanitärer Hinsicht mangelhafte Ausstattung haben. Überraschender Ausreißer ist hier München. Dort weisen 1,5 Prozent der Wohnungen (11.902) keine sanitäre Ausstattung auf.

### Migrationshintergrund

Die meisten Zuwanderer kommen aus der Türkei

Rund 15 Millionen Einwohner Deutschlands haben einen sogenannten Migrationshintergrund. Doch eine deutliche Mehrheit unter ihnen besitzt inzwischen einen deutschen Pass. Nur 6,2 Millionen haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die meisten Zuwanderer stammen dabei aus der Türkei. Mit 17,3 Prozent aller Migranten stellen sie die größte Gruppe. Dahinter folgen Zuwanderer aus Polen (13,1 Prozent), Russland (8,7 Prozent), Kasachstan (8,2 Prozent) und Italien (5,3 Prozent). Danach folgen als Herkunftsländer Rumänien und Griechenland.

### Ausbildung

Berlin und Hamburg haben die meisten Akademiker

Die Hauptstadt hat zwar lange mit dem Image „Arm aber sexy“ kokettiert, was den Akademikeranteil angeht, liegt Berlin im Vergleich der Bundesländer jedoch ganz vorn. Fast jeder vierte Einwohner (24,3 Prozent) hat einen Hochschulabschluss. Ähnlich hoch liegt diese Quote nur in einem anderen Stadtstaat, nämlich in Hamburg mit 21,7 Prozent. Unter den Flächenländern liegt Hessen mit 16,8 Prozent an der Spitze. Die wenigsten Akademiker finden sich im Saarland (11,8 Prozent) und in Schleswig-Holstein (12,9 Prozent).

### Erwerbstätigkeit

Fast jede zweite Frau in Bayern ist berufstätig

Gern sagt man den Bayern im Norden der Republik ja eine gewisse Rückständigkeit nach. Was die Erwerbstätigkeit der Frauen angeht, stimmt dieses Bild auf jeden Fall schon einmal nicht. Denn tatsächlich ist der Anteil der arbeitenden Frauen in Bayern mit 48,3 Prozent bundesweit am höchsten. Auf Platz zwei folgt dann Brandenburg mit 48,1 Prozent vor Baden-Württemberg mit einem Anteil von 47,4 Prozent.

**Load-Date:** June 1, 2013

**Die salafistische Verführung; Der radikale Islam wächst in Deutschland schnell. Junge Migranten und Deutsche werden zu Anhängern einer hasserfüllten Gewalt-Ideologie. Die Politik scheint noch hilflos**

Die Welt

Samstag 10. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 6; Ausg. 264

**Length:** 1519 words

**Byline:** Florian Flade

**Highlight:** Experten rufen nach Prävention: Auch im Internet muss der Kampf gegen die Extremisten geführt werden

## Body

---

Es ist der 16. Oktober, 07:30 Uhr, als Hilal Bulut die elterliche Wohnung in Ratingen bei Düsseldorf verlässt. Die 16-jährige Türkin hat an diesem Morgen einen Arzttermin. Sie trägt eine schwarze Jacke, ein braunes Kopftuch und braune Turnschuhe. Es ist das letzte Mal, dass Hilals Eltern ihre Tochter gesehen haben. Hilal kam nicht mehr nach Hause. Am späten Abend alarmierten die Eltern die Polizei, die daraufhin eine Suchaktion einleitet. Bislang erfolglos. Wurde Hilal Opfer eines Gewaltverbrechens? Die Ermittler in Düsseldorf sagen, darauf gebe es bislang keine Antwort. Die Eltern der Vermissten hätten einen ganz anderen Verdacht geäußert. Sie befürchten, ihre Tochter könnte sich in einen Islamisten verliebt haben.

Hilal, eine ausgezeichnete Gymnasiastin, war nach Angaben der Eltern zuvor häufig im Umfeld radikaler Islamisten, sogenannter Salafisten, gesehen worden. Sie soll dort einen 18-Jährigen kennengelernt haben. Ihr Interesse am radikalen Islam wuchs. Das Mädchen bat die Eltern angeblich sogar um Erlaubnis, den Nikab - ein Gesichtsschleier - tragen zu dürfen. Doch die lehnten ab. Inzwischen suchen Freunde per YouTube-Video und Facebook nach der verschwundenen 16-Jährigen. Der Staatsschutz hat wegen des vermuteten islamistischen Hintergrundes Ermittlungen aufgenommen.

Der Fall verdeutlicht, wie schnell der Salafismus Jugendliche in seinen Bann zieht und dabei mitten in Deutschland ganze Familien zerstört. Experten warnen, es bedürfe dringend umfangreicher Aufklärung und Frühwarnsysteme. Junge Menschen müssten vor dem radikalen Islam geschützt werden, noch bevor die extremistische Ideologie ihren Verstand vergifte. „Niemand wird als Dschihadist geboren“, sagt Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU). Radikalisierungsprozesse müssten daher so früh wie möglich unterbrochen, am besten von vornherein verhindert werden.

Die salafistische Verführung Der radikale Islam wächst in Deutschland schnell. Junge Migranten und Deutsche werden zu Anhängern einer hassefüllten Gewalt-Ideol....

Doch während Salafisten mit Zehntausenden Koran-Übersetzungen in Fußgängerzonen Anhänger gewinnen und Jugendliche in sozialen Netzwerken ködern, steckt die Präventionsarbeit noch in den Anfängen fest. In den vergangenen Jahren setzte der Staat in erster Linie auf Beobachtung und Repression. Die Überwachung und Verhaftung von mutmaßlichen und echten Bombenbauern hat vielleicht Anschläge verhindert. Den Zuwachs in der salafistischen Szene konnte das aber nicht verhindern. Im Gegenteil: Die Festgenommenen sind häufig sogar zu Idolen für den Nachwuchs geworden.

Jetzt denken die Innenminister der Länder um. Hauptaugenmerk, so der Konsens von Behörden und Experten, müsse darauf liegen, zukünftige Salafisten, deren Eltern, Freunde und das weitere soziale Umfeld über die Gefahren des Extremismus aufzuklären - sei es zu Hause, in der Schule, bei der Arbeit oder auf dem Fußballplatz. Vor allem Eltern müssen für das Thema sensibilisiert werden. Sie können in vielen Fällen präventiv eingreifen, noch bevor das Kind zum islamistischen Gotteskrieger mutiert und auf dem Radar der Geheimdienste erscheint. Allerdings fehlt den Eltern oft das entsprechende Wissen. Sie können selten unterscheiden zwischen Mainstream-Islam und dem Salafismus. Und selbst wenn sie es können, wissen sie oft nicht, wie sie reagieren sollen. Viele haben Angst, ihr Kind komplett an die islamistische Szene zu verlieren.

Die Zeit drängt, denn die Zahlen sind alarmierend. Allein in Nordrhein-Westfalen hat sich die Zahl der Islamisten laut Verfassungsschutz binnen Jahresfrist auf fast 1000 Personen verdoppelt. „Diese Entwicklung bereitet mir große Sorgen“, sagte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) der „Welt“. „Die Salafisten sprechen Jugendliche mit Migrationshintergrund genauso an wie Konvertiten und Nichtmuslime. Oft sind das junge Leute in einer kritischen Lebenssituation.“ Das Angebot der Seelenfänger: ein einfaches Weltbild von Gut gegen Böse, Gruppenzugehörigkeit, das Heilsversprechen vom Paradies. Die Radikalen bieten Orientierung und einfache Alltagsregeln in der hektischen Welt von heute. Sie zielen dabei auf orientierungslose Teenager, die Halt und Anerkennung suchen. „Das Einstiegsalter in die Szene wird immer niedriger, im Einzelfall liegt es schon bei 14 oder 15 Jahren“, warnt Hans Wargel, Präsident des niedersächsischen Verfassungsschutzes. „Über die soziale Dynamik des Salafismus' hierzulande wissen wir allerdings immer noch zu wenig.“

Sektenberatungen und Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten und Scientologen blicken inzwischen auf jahrzehntelange Erfahrung zurück. Der Salafismus als Jugend-Subkultur ist aber Neuland. Wer hier erfolgreich sein will, muss Religion, Kultur, Sprache und nicht zuletzt auch radikalislamischen Strukturen kennen. Ab wann ist Glaube nicht mehr nur Frömmigkeit sondern Fanatismus? Wo endet Extremismus und wo beginnt Terrorismus? Der Staat - sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene - tut sich bislang schwer mit den richtigen Antworten.

Präventionsprojekte in den Bundesländern und eine bundesweite Plakataktion ernten harsche Kritik. Als „unsensibel“ und „ineffektiv“ verspotteten Kritiker die Kampagne „Vermisst“ des Bundesinnenministeriums (BMI), die im August startete. Ziel war es, mit Plakaten auf die Beratungsstelle „Radikalisierung“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufmerksam zu machen. Mehrere muslimische Verbände fühlten sich diffamiert und kündigten daraufhin die Sicherheitspartnerschaft mit dem Bundesinnenministerium. Dennoch wertet man dort die Kampagne als Erfolg. „Wer wirklich betroffen ist, findet diese Plakat-Aktion gut“, sagt Barbara Slowik, Referatsleiterin im Innenministerium. Die Zahl der Beratungsfälle habe zugenommen. Eltern wüssten nun, dass es ein Beratungstelefon gibt.

Die Bundesländer gehen aber eigene Wege. In Niedersachsen rief das Innenministerium kürzlich das Handlungskonzept „Antiradikalisierung“ ins Leben. Eine Info-Broschüre richtete sich an Behörden, Eltern, Sozialarbeiter, Lehrer und Arbeitgeber. Als „Islamisten-Checkliste“, die Vorurteile und Misstrauen schüre, verhöhnten SPD-Politiker das Papier. Ähnlich harte Kritik erteten NRW-Behörden schon vor vier Jahren für einen „Aufklärungs-Comic“, der Schulkinder vor dem Salafismus warnen soll. Solche Projekte zeigen, dass es staatlichen Institutionen schwerfällt, das Vertrauen muslimischer Gemeinden zu gewinnen. Allzu oft verbinden Muslime Ansprechpartner bei Polizei, Verfassungsschutz und Ministerien mit Überwachung und Stigmatisierung. Andererseits kuschen politische Akteure oft davor, von Muslimen ein stärkeres Engagement zu fordern. Sie fürchten, als ausländerfeindlich abgestempelt zu werden.

Die salafistische Verführung Der radikale Islam wächst in Deutschland schnell. Junge Migranten und Deutsche werden zu Anhängern einer hasserfüllten Gewalt-Ideol....

Der palästinensische Psychologe und Islamismus-Experte Ahmad Mansour von der European Foundation for Democracy berät seit Jahren Lehrer, Sozialarbeiter und Eltern. Für ihn verläuft die wahre Front im Klassenzimmer. Er hält es für unverzichtbar, Lehrer und Sozialarbeiter auf kommunaler Ebene, besonders in Brennpunkten wie Berlin-Neukölln oder Bad-Godesberg bei Bonn, verstärkt für den islamischen Extremismus zu sensibilisieren: „Lehrer müssen extremistischen Strömungen im Klassenzimmer und auf dem Schulhof selbstsicher und mit Argumenten begegnen können.“ Zu häufig werde radikales Gedankengut, Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit muslimischer Schüler aus Unwissenheit oder Angst toleriert oder als kulturelle Differenz verklärt. Es gelte klare Grenzen aufzuzeigen - aber auch die religiöse und kulturelle Identität der Schüler zu respektieren. Ein Grundproblem sei, dass in vielen traditionellen Migranten-Familien kritisches Denken nicht gefördert werde, sagt Mansour. „Muslimische Jugendliche müssen verstärkt lernen, kritisch zu hinterfragen. Dann sind sie weniger anfällig für Salafismus.“

Auch im Internet muss nach Expertenmeinung den salafistischen Rekrutierern der Kampf angesagt werden. Es bedarf Alternativangebote zu den radikalen Inhalten, sagt der Berliner Soziologe Phillip Holtmann. Er erforscht die Internetstrategien von islamistischen Terroristen und fordert, deren Propaganda im Netz stärker zu bekämpfen: „Im Gegensatz zu den traditionellen Moscheevereinen und Verbänden wissen Salafisten sehr genau um die Macht des Internets.“ Gezielt würden soziale Netzwerke wie Facebook oder Videoplattformen wie YouTube genutzt, um gewaltverherrlichende Ideologien zu verbreiten.

„Junge Muslime, die im Internet nach islamischen Themen suchen, landen schon bei den ersten Treffern auf Salafisten-Webseiten, deren einschränkendes Weltbild keinerlei Spielraum für Interpretationen lässt“, sagt Holtmann. „Dort muss es moderate Alternativen geben. Google ist voll von Salafismus.“ Dessen Anziehungskraft sei ein großes Problem, meint Psychologe Mansour. Es seien einfache Botschaften in jugendgerechter Sprache, die Aufwertung der eigenen Identität, die klaren Feindbilder und die Opferrolle als Muslime, die den fundamentalistischen Islam so attraktiv für junge Menschen mache. Dahinter verberge sich jedoch eine äußerst flache Theologie. Der Islam werde von den salafistischen Missionaren einseitig dargestellt und extrem vereinfacht. Mansour empfiehlt: „Das muss man entlarven.“

„Das Einstiegsalter in die Szene wird immer niedriger“ Hans Wargel, Verfassungsschutz Niedersachsen

## Graphic

---

dpa/Henning Kaiser

Ein junger Muslim bei einer islamistischen Demonstration in Bonn

**Load-Date:** January 26, 2013

## Faire Auswahl von Stipendiaten; Wissenschaftler evaluieren Deutsche Studienstiftung

Die Welt

Samstag 8. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; S. 10; Ausg. 288

**Length:** 410 words

**Byline:** Michler

Dr. Inga

### **Body**

---

Deutschlands größtes Begabtenförderwerk, die Studienstiftung des Deutschen Volkes, öffnet sich immer mehr für Studenten aus nicht-akademischem Elternhaus und Migrantenfamilien. Das geht aus einer umfassenden Evaluierung des Auswahlverfahrens hervor, das die Studienstiftung in dieser Woche vorlegt hat. Kinder dieser beiden Gruppen würden fair vorgeschlagen und hätten gute bis überdurchschnittliche Chancen, in die Förderung aufgenommen zu werden, urteilen Experten des Zentrums für Evaluation und Methoden der Uni Bonn.

Unter den Kandidaten, die nach dem Abitur vorgeschlagen wurden, stammte jeder Vierte von Eltern, die nicht studiert hatten. Das entsprach in etwa ihrem Anteil unter den fünf Prozent der besten Abiturienten (26 Prozent). Migrantenkinder waren unter den Vorgeschlagenen mit zwölf Prozent sogar leicht überproportional vertreten. Einmal Kandidat - ob über Vorschläge aus der Schule, der Hochschule oder Selbstbewerbung - standen die Chancen recht gut, es auch in den Kreis der Stipendiaten zu schaffen. Unter sämtlichen knapp 3000 Neustipendiaten des Jahres 2011 waren 15 Prozent Migrantenkinder. Unter den Bewerbern lag ihr Anteil dagegen nur bei elf Prozent. Aus nicht-akademischem Elternhaus kamen 31 Prozent der Neustipendiaten, aber insgesamt nur 29 Prozent der Bewerber.

Das Bemühen der Stiftung um faire Teilhabe, etwa durch die neu geschaffene Selbstbewerbung, zeigt offenbar erste Ergebnisse. Über alle Stipendiaten lag der Anteil der Akademikerkinder im Jahr 2012 noch bei über 70 Prozent. Nun rücken etwas mehr Kinder von nicht-studierten Eltern nach. Der große Durchbruch ist das noch nicht. Wissenschaftler kritisieren seit Jahren, dass mit Steuergeldern in deutschen Förderwerken überwiegend Kinder aus sozialen Milieus gefördert werden, die es nicht nötig hätten. Andererseits ist es zum Zeitpunkt der Studienwahl oft zu spät, um soziale Gräben zu überbrücken, werden doch die wichtigen Weichen für die Bildungskarriere schon im Kleinkindalter gestellt.

## Faire Auswahl von Stipendiaten Wissenschaftler evaluieren Deutsche Studienstiftung

Einen deutlichen Missstand offenbart die jüngste Evaluierung der Studienstiftung übrigens: Frauen haben bei der Bewerbung schlechtere Chancen als Männer. Sie machten 52 Prozent der Kandidaten aber nur 46 Prozent der Aufgenommenen aus. „Dieses Ergebnis nehmen wir sehr ernst“, sagte die neue Generalsekretärin der Stiftung, Annette Julius. Grundlage der Evaluation ist eine Online-Befragung von 16.000 Stipendiaten, Alumni, abgelehnten Bewerbern, Vorschlagenden und Auswählenden.

**Load-Date:** January 26, 2013

---

End of Document



## **Doppelpass passé?; Reform der Staatsbürgerschaft ist vorerst gescheitert. Migrationsexperten warnen vor Schwäche der Optionsregel**

Die Welt

Montag 11. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 4; Ausg. 263

**Length:** 903 words

**Byline:** Freia Peters

### **Body**

---

Die Koalitionsverhandlungen zur doppelten Staatsbürgerschaft sind vorerst gescheitert. Die Untergruppe Integration und **Migration** konnte sich nicht einigen. Die SPD fordert die Abschaffung des Optionszwanges, nach dem sich junge Leute mit anfangs zwei Staatsbürgerschaften zwischen dem 18. und 23. Geburtstag für eine entscheiden müssen. Die CDU ist bislang ab nur bereit, die Entscheidungsfrist bis zum Alter von 30 Jahren zu verlängern.

Der SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy fordert: „Wer auf Dauer in Deutschland lebt, soll unabhängig von der Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft eingebürgert werden können.“ Und der Rechtspolitiker verweist auf die Praxis: „Bereits heute erfolgen mehr als 50 Prozent der Einbürgerungen von Erwachsenen unter Beibehalt ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft - ohne dass dadurch Probleme entstehen.“

Die SPD hat Experten wie den Osnabrücker Migrationsforschern Klaus J. Bade auf ihrer Seite. „Die Verschiebung des Entscheidungszeitraums auf das 30. Lebensjahr würde die bekannten Probleme nur vertagen und damit verschlimmern“, sagte Bade der „Welt“. „Was wäre mit dem Vater mehrerer Kindern, die von ihren Eltern die doppelte Staatsangehörigkeit ererbt haben, die die Eltern dann wieder zugunsten einer Staatsangehörigkeit abgeben müssen?“ Damit verstärke „man also nur die Probleme, die schon jetzt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Ausländerrechtler sind“.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) findet, die deutsche Staatsbürgerschaft müsse man sich verdienen: „Wir glauben, dass wir nicht die deutsche Staatsangehörigkeit wie Sauerbier irgendjemandem anbieten müssen.“ Immerhin entschieden sich „98 Prozent der betroffenen Jugendlichen für einen deutschen Pass. Das Optionsmodell hat sich damit bewährt.“ Diese Regelung trat 2000 in Kraft - und gilt rückwirkend auch für die Kinder von Zuwanderern, die seit 1990 geboren sind. Die Erkenntnisse dieser „Sondergruppe“, die sich zu 98 Prozent für den deutschen Pass entscheiden, kann man nicht verallgemeinern. Denn ihnen wird die Staatsangehörigkeit nur auf Antrag der Eltern gewährt. Wer einen solchen Antrag stellt, legt also schon von vornherein auf den deutschen Pass großen Wert.

## Doppelpass passé? Reform der Staatsbürgerschaft ist vorerst gescheitert. Migrationsexperten warnen vor Schwäche der Optionsregel

„Das Grundproblem wird durch eine Verlängerung der Optionspflicht nicht gelöst, sondern vielmehr verschärft“, sagt auch Christine Langenfeld, Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). „Aus dem Wahlzwang entsteht ein Konflikt, der vermutlich größer ist zu einem Zeitpunkt wo die Personen als Deutsche vielleicht Beamte oder Mandatsträger in einem Parlament geworden sind, ihre doppelte Staatsbürgerschaft bereits an ihre Kinder vererbt haben.“ Langenfeld hat aber Verständnis für die Argumentation der Union, dass Einwanderer irgendwann eine Entscheidung treffen sollten. „Irgendwann ist der Auswanderungsprozess abgeschlossen“, sagt sie und plädiert für ein „Hinausgleiten“ aus der Herkunftsstaatsbürgerschaft und für ein „Hineingleiten“ in die deutsche. So, wie es in vielen Staaten bereits praktiziert wird.

In Dänemark, Finnland, Großbritannien, Portugal ist zum Beispiel die doppelte Staatsbürgerschaft möglich, wird aber nicht automatisch per „Jus sanguinis“ (lat. Recht des Blutes) weitervererbt. So bekommen etwa Kinder von Iren, die im Ausland geboren werden, von ihren Eltern die irische Staatsbürgerschaft. Aber die Enkelkinder erhalten die Staatsbürgerschaft des Landes, in dem sie geboren werden, nach dem „Jus soli“ (lat. Recht des Bodens).

So sieht es übrigens auch das deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz vor. Angenommen, eine Deutsche und ein Türke heiraten, ziehen nach Istanbul und bekommen eine Tochter. Dann erhält dieses Mädchen den deutschen und den türkischen Pass. An ihre Kinder gibt das Mädchen die deutsche Staatsangehörigkeit jedoch nicht mehr automatisch weiter. Sie bekommen nur noch den türkischen Pass - es sei denn, die Eltern beantragen zusätzlich den deutschen.

Das Modell „Doppelpass mit Generationenschnitt“ jedenfalls wäre aus Sicht des Sachverständigenrates auch ein gutes Angebot für Migranten in Deutschland. Demnach sollen hier geborene Kinder von Zuwanderern den Doppelpass bekommen - und zwar lebenslang. Diese wiederum sollen ihren Kindern aber die Staatsangehörigkeit ihrer Großeltern nicht mehr automatisch, sondern nur noch auf Antrag weitergeben. In der vierten Generation dann soll keine Weitergabe mehr möglich sein. So soll vermieden werden, dass Personen die Staatsangehörigkeit eines Landes besitzen, das ihre Familien bereits vor Generationen verließen. Ein solches Modell müsste freilich in einem zwischenstaatlichen Abkommen geregelt werden. Die Bedenken aus der Union: Die Türkei würde sich wohl kaum darauf einlassen.

Unionspolitiker wie Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), haben das Modell einer „ruhenden und einer aktiven Staatsbürgerschaft“ ins Gespräch gebracht. „Dort, wo man sich aufhält, ist man mit allen Rechten und Pflichten dabei“, beschreibt Bouffier das Modell. Es solle aber nicht für alle, sondern nur in „begründeten Ausnahmefällen“ zugelassen werden. Der CDU-Rechtsexperte Günter Krings machte deutlich, wozu die Union auch bereit wäre: „Wer sich mit 23 für die türkische und gegen die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden hat, der soll sein Leben lang in der Lage sein können, zur deutschen Staatsbürgerschaft zurückzukehren.“

## Graphic

---

dpa/Daniel Bockwoldt

Ein türkischer und ein deutscher Pass - beide kann man bislang nur bis 23 haben

Daniel Bockwoldt

**Load-Date:** November 11, 2013

Doppelpass passé? Reform der Staatsbürgerschaft ist vorerst gescheitert. Migrationsexperten warnen vor Schwäche der Optionsregel

---

End of Document

## *Dem Bürgerkrieg endlich entkommen; Bundesinnenminister Friedrich empfängt 107 Flüchtlinge aus Syrien in Hannover*

Die Welt

Donnerstag 12. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 6; Ausg. 213

**Length:** 1097 words

**Byline:** Eva Marie Kogel

Marcel Leubecher

### **Body**

---

Hannover

Als Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) vor die Presse tritt, dringt das Geräusch von klackenden Stempeln durch eine Stellwand. Für 107 Menschen bedeutet dieser Stempel auf unbestimmte Zeit ein Leben in Frieden und Freiheit. Kurz zuvor waren die syrischen **Flüchtlinge** mit dem Charterflieger angekommen. Das erste Kontingent wurde von der Bundesregierung aus der libanesischen Hauptstadt Beirut eingeflogen. Ein Bruchteil der betroffenen Menschen. Schätzungsweise sieben Millionen Syrer sind nach jüngsten UN-Zahlen derzeit auf der Flucht - im In- und Ausland. Das ist beinahe ein Drittel der Bevölkerung.

Innenminister Friedrich hat die 38 Kinder und 69 Erwachsenen direkt auf dem Rollfeld begrüßt. Die Syrer, unter ihnen sind Muslime wie Christen, sehen abgekämpft und müde aus, aber dennoch wirken sie fröhlich. Etwa der 19-jährige Mohammed aus Aleppo, der die vergangenen Monate in Beirut verbracht hat. „Wir wohnten in einem Beiruter Stadtteil, in dem es mehr Syrer als Libanesen gab, das Leben war sehr gefährlich.“ Was genau er mit gefährlich meint, will er nicht sagen. Die 107 Neuankömmlinge wurden noch am Abend in das Durchgangslager Friedland bei Göttingen gebracht. Dort bleiben sie zwei Wochen und werden von verschiedenen Wohlfahrtsverbänden mit Dolmetschern und Kursen unterstützt. Vom kommenden Montag an werden ihnen Grundkenntnisse der deutschen Sprache vermittelt und ihnen sogenannte Wegweiskurse über Gesundheits- und Sozialversorgung, das politische System und Ausbildungsmöglichkeiten angeboten. Danach werden sie nach dem Königsteiner Schlüssel, der sich nach dem Steueraufkommen und der Bevölkerungszahl richtet, auf die Bundesländer verteilt. Nordrhein-Westfalen bekommt mit 1060 die meisten, Bremen als kleinstes Bundesland nur etwa 50 Flüchtlinge.

## Dem Bürgerkrieg endlich entkommen Bundesinnenminister Friedrich empfängt 107 Flüchtlinge aus Syrien in Hannover

Friedrich betonte bei der Begrüßung, wie viel die Flüchtlinge in den vergangenen Monaten durchgemacht hätten. „Sie sind jetzt in Sicherheit“, rief er ihnen zu. Zugleich bekräftigte der Minister seine Forderung nach einer gesamteuropäischen Initiative. Er werde weiterhin auf die schnelle Einberufung einer europäischen Flüchtlingskonferenz dringen. „Ich glaube, dass wir am Ende eine europäische Antwort brauchen.“ Bisher haben Schweden und Deutschland zusammen mehr syrische Flüchtlinge aufgenommen als das restliche Europa.

Der Bund hat sich zur Aufnahme von insgesamt 5000 UN-Kontingentflüchtlings aus Syrien verpflichtet. Etwa 300 syrische Flüchtlinge, die ihre Reise selbst organisiert hatten, sind bereits seit Ende Juli in Deutschland. Zusätzlich haben etwa 18.000 Syrer seit Beginn des Krieges im März 2011 in Deutschland Asylanträge gestellt. Derzeit seien es 1000 pro Monat. Viele von ihnen kamen ohne Visum ins Land und haben hohe Summen an Schlepperbanden bezahlt. Die Kontingentflüchtlinge sind keine Asylbewerber, sie bekommen sofort eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und haben Anspruch auf Grundsicherung. Im Gegensatz zu Asylbewerbern werden sie nur in Ausnahmefällen in Sammelunterkünften untergebracht, sondern bekommen möglichst eigene Wohnungen. Sie wurden von der Bundesregierung in enger Abstimmung mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ausgewählt.

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) sagte nach dem Empfang der Flüchtlinge am Flughafen: „Das sind nur 107 von mehreren Millionen, von denen wir reden. Das geht unter die Haut.“ Er habe „gerade mit einer Familie gesprochen, die mit ihrem zwei Monate alten Sohn Syrien verlassen musste, weil der Vater gefoltert wurde. Das ist eine menschliche Tragödie.“ Der syrische Bürgerkrieg sei angesichts von Millionen Menschen auf der Flucht die „größte humanitäre Katastrophe des jungen 21. Jahrhunderts“, sagte Pistorius.

Politiker aller Parteien begrüßten die Ankunft der ersten Flüchtlinge, zugleich nahmen die Forderungen nach der Aufnahme von deutlich mehr Menschen zu. Der Spitzenkandidat der Grünen zur Bundestagswahl, Jürgen Trittin, sagte: „Als größtes Land in der Europäischen Union sind wir verpflichtet, die meisten Flüchtlinge aufzunehmen.“ Als Erstes sollte Deutschland allen hier lebenden Syrern erlauben, ihre Verwandten nach Deutschland zu holen. „Damit könnten schon einmal 50.000 kommen.“ Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl forderte die „Öffnung aller europäischen Grenzen“ für Syrer. Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt sagte, die Aufnahme von 5000 Flüchtlingen sei, gemessen an der Katastrophe in Syrien, wenig mehr als eine Geste. Er sagte: „Wenn man die Region entlasten will, muss Deutschland in Europa mit einer viel größeren Zahl vorangehen.“ Im Kosovo-Krieg habe Deutschland 15.000 bis 20.000 Flüchtlinge aufgenommen, aus Bosnien sogar 300.000.

Die Bundesregierung will das Kontingent der syrischen Flüchtlinge in Deutschland nicht erhöhen. Berlin werbe aber bei den europäischen Partnerländern dafür, die Anstrengungen zur Hilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge zu verstärken, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert in Berlin. Schwerpunkt müsse die direkte Hilfe in der Region bleiben, für die Deutschland etwa 350 Millionen Euro zur Verfügung gestellt habe. Auch der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach wehrte sich gegen Vorwürfe, dass Deutschland zu wenig für die Menschen aus Syrien tue. Die Bundesrepublik biete nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch im Verhältnis zu seiner Bevölkerung etwa doppelt so vielen Syrern Schutz wie der Durchschnitt der EU-Länder, sagte der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses.

In der vergangenen Woche haben auch die Bundesländer die Bereitschaft zu weiteren Anstrengungen signalisiert. Im Einverständnis mit dem Bundesinnenminister wollen sie zusätzlich zu den 5000 Kontingentflüchtlings solche Syrer aufnehmen, die Angehörige in Deutschland haben. Diese müssen vorher eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, dass sie für die eingereisten Verwandten alle Kosten von der Unterkunft bis zur Krankenversicherung abdecken. Nordrhein-Westfalen möchte 1000, Baden-Württemberg 500 zusätzliche Syrer ins Land lassen. Die übrigen Länder nannten noch keine Zahlen.

Ganz reibungsfrei erfolgt der Umgang mit dem Syrien-Problem nicht. Die Kommunen fühlen sich vom Bund im Stich gelassen, der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), appellierte an die Länder, die Asylverfahren für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge zu vereinfachen.

Dem Bürgerkrieg endlich entkommen Bundesinnenminister Friedrich empfängt 107 Flüchtlinge aus Syrien in Hannover

Innenminister Friedrich sicherte den Flüchtlingen bei dem Empfang am Flughafen zu, die Bundesregierung werde auf der politischen Ebene alles tun, um eine gute Zukunft für ihr Heimatland zu ermöglichen. Zunächst einmal könne er aber sagen: „Herzlich willkommen in Deutschland.“

## Graphic

---

dpa/Holger Hollemann; Augmentierung: Eva Marie Kogel

Herzlich willkommen: Innenminister Hans-Peter Friedrich (4. v. l.) mit den ersten Flüchtlingen aus Syrien

Holger Hollemann

**Load-Date:** September 12, 2013

---

End of Document

**„Herr Rösler, sind Sie Migrant?"; Die „Tageszeitung" soll den FDP-Chef rassistisch beleidigt haben**

Die Welt

Mittwoch 11. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 5; Ausg. 212

**Length:** 632 words

**Byline:** Thomas Vitzthum

## Body

---

Der vermeintliche Skandal gehört in Medienhäusern zum Alltag: Man führt ein Interview, gerät sich über die Autorisierung mit dem Interviewten in die Wolle und findet keinen Konsens. In ganz seltenen Fällen, wo man gar nichts mehr voneinander erwartet, druckt eine Zeitung eine leere Fläche oder nur die Fragen. Letzteres ist geschehen bei der „Tageszeitung“ (taz) nach einem Interview mit FDP-Chef Philipp Rösler. Die „taz“ fühlt sich in ihrer Unabhängigkeit beschränkt, da Rösler das Gespräch nicht freigeben wollte. In dem Text ging es um seine vietnamesische Herkunft und den sich daraus aus Sicht der Redaktion offenbar zwingend ergebenden Fragen nach dem Rassismus in der Gesellschaft.

„Taz“-Chefredakteurin Ines Pohl spricht von einem „groben Bruch der gängigen Spielregeln“. Ziel einer Autorisierung sei, dass Antworten sachlich richtig und nicht missverständlich wiedergegeben werden. „Sie darf aber nicht dazu führen, dass im Nachhinein unliebsame Antworten oder Einlassungen gestrichen werden.“ Sie hat recht: Es ist ein unausgesprochener Kodex. Alle Fragen, die gestellt wurden, müssen auftauchen.

Nun hat sich laut FDP aber auch die „taz“ nicht an den Kodex gehalten: Ein Interview muss die gesamte Bandbreite eines Gesprächs wiedergeben. Das ist laut FDP aber nicht geschehen. „Das Interview war keineswegs unter dem Stichwort ‚Hass‘ angefragt, wie Ines Pohl behauptet“, teilte ein Sprecher der „Welt“ mit. Vereinbarter Schwerpunkt sei vielmehr „Stil und Anstand im Wahlkampf“ gewesen. Das Interview habe nicht dem Verlauf des Gesprächs entsprochen. „Vor allem rückt es einen Aspekt in den Mittelpunkt, der im Leben Philipp Röslers keine wahrnehmbare Rolle spielt.“ Eine Überarbeitung habe die „taz“ abgelehnt. Die Zeitung hat mit der Veröffentlichung der Fragen und dem Auslassen der Antworten aber nicht nur einen PR-Coup gelandet. Auf „taz.blogs“ ergießt sich Entrüstung über die „taz“. Die Fragen werden als „rassistisch“ und „dumm“ bezeichnet. Etwa diese: „Sie bekommen immer wieder Hassmails. Weil Sie FDP-Chef sind? Oder weil man Ihnen Ihre nichtdeutschen Wurzeln ansieht?“

Der Geschäftsführer der Amadeu-Antonio-Stiftung, Timo Reinfrank, äußert großes Verständnis für Röslers Reaktion: „Die Fragen haben etwas Obsessives. Sie reproduzieren die Unterscheidung zwischen dem Herkunftsdeutschen und Einwanderern.“ Nicht jeder Migrant sei ein Experte für Rassismus. „Allein diese Annahme

„Herr Rösler, sind Sie Migrant?" Die „Tageszeitung" soll den FDP-Chef rassistisch beleidigt haben

hätte mich als Philipp Rösler veranlasst, das Interview, schon während es geführt wurde, abzubrechen", sagte er der „Welt". Selbst der politische Gegner ist entrüstet. „Mit 17 Fragen Rösler auf seine Herkunft reduziert. Unmöglich!", schreibt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Thomas Oppermann, auf Twitter.

Röslers Nein ist konsequent. Er hat aus seiner Herkunft nie ein großes Thema gemacht. Diese Gleichgültigkeit hat bei Migrantenorganisationen für Ärger gesorgt. Rösler wollte sich aber nie als das leuchtende Beispiel für Integration darstellen. Er war und ist auf eine offenbar provozierende Weise deutsch.

Natürlich gab es Versuche in seiner Partei, etwa durch den FDP-Vorsitzenden von Hessen, Jörg-Uwe Hahn, das Äußere Röslers gegen ihn zu wenden. Darauf weisen auch die „taz"-Journalistinnen hin. Hahn mutmaßte, dass die Deutschen noch nicht reif seien für einen asiatisch aussehenden FDP-Chef. Doch Rösler parierte die Unsäglichkeit mit Coolness, als ginge es ihn nichts an. So muss man sich wohl auch das Interview in der „taz" vorstellen. Da sitzt ein Mann, der irgendwie nicht begreifen will, was das Gegenüber von ihm will. Etwa wenn er, der als Baby adoptiert wurde, gefragt wird, ob er sich selbst als Migrant bezeichnet. Zumal das Blatt seiner Grundthese zuwiderläuft, dass Rassismus Karrieren unmöglich macht. Es sprach mit einem, der doch „ganz oben" angekommen ist.

## Graphic

---

„Taz"-Interview: viele Fragen, keine Antworten

**Load-Date:** September 11, 2013

---

End of Document



**Bitte bleiben Sie zu Hause!; Die Briten wollen mit einer Negativkampagne  
Bulgaren und Rumänen vergraulen**

Die Welt

Mittwoch 30. Januar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; S. 1; Ausg. 25

**Length:** 316 words

**Byline:** Tina Kaiser

## Body

---

Das Wetter ist noch mieser als die Isolierung unserer Häuser, unsere Staatsverschuldung wächst uns über den Kopf, wir steuern geradewegs auf die dritte Rezession in Folge zu, unser Essen macht Sodbrennen, und unsere Frauen tragen vor allem dann kurze Röcke, wenn sie es sich am wenigsten leisten können.,, So oder so ähnlich könnte die Werbekampagne aussehen, mit der die britische Regierung **Migranten** vergraulen will.

Ende des Jahres läuft eine Übergangsregel aus, die die Zuwanderung von Bulgaren und Rumänen beschränkt. Bislang dürfen die jüngsten EU-Mitglieder nur als Selbstständige ihr Glück im Vereinigten Königreich suchen. Ab Dezember 2013 ist es dagegen jedem mit bulgarischem oder rumänischem Pass erlaubt, nach Großbritannien zu ziehen.

Die Lobbygruppe Migration Watch befürchtet, bis zu 250.000 Menschen aus den beiden Staaten könnten in den kommenden fünf Jahren einwandern. In der wirtschaftlich ohnehin angeschlagenen Verfassung von Großbritannien gilt es, das unbedingt zu verhindern, findet offenbar die Regierung. Mehrere britische Medien berichten, Downing Street prüfe, ob man sich Migranten mit einer abschreckenden Negativkampagne vom Leib halten könnte. Die Einwanderer sollten nicht meinen, dass "die Straßen hier mit Gold gepflastert sind.,, Ein Dementi gab es dazu von der Regierung leider keines. "Es stimmt, dass wir verschiedene Optionen prüfen, aber wir wollen die spezifischen, genannten Dinge nicht kommentieren.,, teilte Downing Street mit.

Längst nicht alle sind von den Plänen begeistert. "Die Idee, Geld für Propaganda gegen Rumänen oder Bulgaren auszugeben, hat schon etwas Possenhaftes", sagte beispielsweise der Labour-Abgeordnete Keith Vaz. Auch britische Zeitungen zweifeln, dass das Geld für eine solche Aktion gut angelegt wäre. Hatte das Königreich nicht gerade erst 500.000 Pfund für eine Kampagne investiert, um Besucher zu den Olympischen Spielen zu locken?

**Load-Date:** January 30, 2013

Bitte bleiben Sie zu Hause! Die Briten wollen mit einer Negativkampagne Bulgaren und Rumänen vergraulen

---

End of Document

**Ausland Kompakt; Opferfest: Syrische Armee will kurze Waffenruhe einhalten ++ Afghanistan: Taliban verlieren erneut einen wichtigen Führer ++ Kuba: Flüchtlinge dürfen wieder heimkehren ++ Wikileaks: Portal veröffentlicht neue US-Militärdokumente ++ Israel: Netanjahu und Lieberman wollen gemeinsame Partei**

Die Welt

Freitag 26. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 251

**Length:** 647 words

## **Body**

---

### Opferfest

#### Syrische Armee will kurze Waffenruhe einhalten

Die syrischen Streitkräfte stimmen einer viertägigen Waffenruhe zum islamischen Opferfest Eid al-Adha zu. Das teilte die syrische Armeeführung in einer vom Staatsfernsehen übertragenen Erklärung mit. Die Waffen sollen demnach von Freitagmorgen an bis zum Ende der Feiern am Montag schweigen. Der internationale Sondergesandte Lakhdar Brahimi hatte die Konfliktparteien zur Einstellung des Feuers während des viertägigen Opferfests aufgefordert. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) begrüßte die Waffenruhe. Dass sich Armee und Rebellen zu einem Waffenstillstand bereiterklärt hätten, sei „ein kleiner Schimmer der Hoffnung für die leidgeprüften Menschen in Syrien.“

### Afghanistan

#### Taliban verlieren erneut einen wichtigen Führer

Wenige Tage nach dem Schlag der Bundeswehr gegen die Taliban haben die Aufständischen in Afghanistan erneut einen „Schatten-Gouverneur“ verloren. Der Taliban-Anführer Mullah Yar Mohammed und 24 seiner Kämpfer seien bei einem Gefecht mit afghanischen Polizisten im Nordwesten des Landes getötet worden, sagte der Sprecher des Innenministeriums, Sediq Sediqqi. Bei den Gefechten seien auch fünf Polizisten ums Leben gekommen. Die Aufständischen hatten einen Kontrollposten in einer kleinen Stadt im Distrikt Paschtunkot angegriffen. Die afghanische Polizei habe mit lokalen Kräften darauf reagiert. Nato-Truppen waren nach Angaben eines Militärsprechers nicht an den Kämpfen beteiligt.

Ausland Kompakt Opferfest: Syrische Armee will kurze Waffenruhe einhalten ++ Afghanistan : Taliban verlieren erneut einen wichtigen Führer ++ Kuba: Flüchtlinge ....

## Kuba

### Flüchtlinge dürfen wieder heimkehren

Früher galten sie als Vaterlandsverräter, künftig dürfen kubanische Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren. Das sehen neue Maßnahmen der Migrationsreform vor, die im kubanischen Staatsfernsehen verkündet wurden. In den Genuss dieser Reform kommen Kubaner, die nach 1994 vor allem in die USA geflohen sind. Bislang vertraten die Behörden den Standpunkt, Flüchtlinge hätten das Recht auf eine Rückkehr nach Kuba verwirkt. Die Reform zielt offenbar darauf ab, der Abwanderung dringend benötigter Fachkräfte, die der kubanischen Gesellschaft fehlen, entgegenzuwirken. Profitieren dürften auch Sportler, Wissenschaftler und Ärzte, die dem Regime den Rücken gekehrt hatten. Nach Schätzungen verließen mehr als 30.000 Menschen die Insel.

## Wikileaks

### Portal veröffentlicht neue US-Militärdokumente

Die Enthüllungsplattform Wikileaks hat mit der Veröffentlichung von mehr als hundert neuen US-Militärdokumenten begonnen. Darunter befanden sich auch Anweisungen zum Umgang mit Häftlingen in den umstrittenen Militärgefängnissen im Irak und im Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba, teilte Wikileaks-Gründer Julian Assange mit. Insbesondere verfüge Wikileaks über ein Handbuch, das im Jahr 2002 kurz nach der Gründung des Lagers Guantánamo herausgebracht worden war und einen rechtsfreien Raum definiere. Assange ist noch immer in Ecuadors Botschaft in London, wohin er geflohen war, nachdem er alle Rechtsmittel gegen seine Auslieferung an Schweden ausgeschöpft hatte. Dort soll er wegen mutmaßlicher Sexualdelikte befragt werden, fürchtet aber die Auslieferung an die USA, wo ihm der Prozess wegen Geheimnisverrats gemacht werden könnte.

## Israel

### Netanjahu und Lieberman wollen gemeinsame Partei

Israel steht vor einer Fusion der beiden wichtigsten Regierungsparteien zu einer neuen nationalistischen Rechtspartei. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Außenminister Avigdor Lieberman verständigten sich nach Angaben eines Ministers darauf, die von ihnen geführten Parteien zu fusionieren und gemeinsam in die vorgezogene Parlamentswahl im Januar zu ziehen. Netanjahu steht an der Spitze der konservativen Likud-Partei und Lieberman ist der Chef der Partei Israel Beiteinu („Unser Haus Israel"). Gemeinsam könnte eine Likud-Beiteinu-Partei Umfragen zufolge mit großem Abstand stärkste Partei in der neuen Knesset werden. Bereits ohne Fusion sehen Umfragen Netanjahus Wahlsieg als nahezu sicher.

**Load-Date:** January 26, 2013

**Ausland Kompakt; Armutszuwanderung: Europäische Union kann  
Visafreiheit aufheben ++ Norwegen: Nach Rechtsruck um internationalen  
Ruf besorgt ++ Ägypten: Ausnahmezustand um zwei Monate verlängert ++  
China: Forderung nach nuklearfreiem Nordkorea ++ Niederlande:  
Entschuldigung für Kolonialverbrechen**

Die Welt

Freitag 13. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 214

**Length:** 637 words

## Body

---

### Armutszuwanderung

#### Europäische Union kann Visafreiheit aufheben

Die Europäische Union kann Ländern, aus denen viele Armutszuwanderer nach Europa kommen, künftig vorübergehend die Visafreiheit entziehen. Das Europaparlament in Straßburg verabschiedete nach einer langen Debatte die Regeln für einen solchen Mechanismus. „Ich hoffe, dass es nie zu einer solchen Situation kommen wird“, sagte die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström. Mehrere EU-Länder, darunter Deutschland, hatten auf einen Notfallmechanismus gedrungen, nachdem zahlreiche **Migranten** aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina bei ihnen **Asyl** beantragt hatten. Die zuständigen **Asylbehörden** waren dabei immer wieder zu dem Ergebnis gekommen, dass bei den Einwanderern keine echte Schutzbedürftigkeit vorliege.

### Norwegen

#### Nach Rechtsruck um internationalen Ruf besorgt

Nach dem Erfolg der norwegischen Rechtspopulisten bei der Parlamentswahl ist das Land um seinen internationalen Ruf besorgt. In der rechten Fortschrittspartei war der spätere Massenmörder Anders Behring Breivik in seiner Jugend Mitglied, bevor er sich radikalisierte. Zahlreiche internationale Medien hatten diese Verbindung in ihrer Berichterstattung hergestellt. Die Rechtspopulisten hoffen als drittstärkste Partei, erstmals an der Regierung in Norwegen beteiligt zu werden. „Anti-Einwanderer-Partei mit Verbindungen zu Massenmörder Anders Behring Breivik soll zur Regierung unter Konservativen-Chefin Erna Solberg gehören“, schrieb der britische „Independent“. Zudem wurden Bilder von Breivik und Fortschrittspartei-Chefin Siv Jensen nebeneinander gestellt. Auch Italiens „Corriere della sera“ brachte Breivik und Rechtspopulisten zusammen.

Ausland Kompakt Armutzuwanderung: Europäische Union kann Visafreiheit aufheben ++ Norwegen: Nach Rechtsruck um internationalen Ruf besorgt ++ Ägypten: Ausnahme....

## Ägypten

### Ausnahmezustand um zwei Monate verlängert

Der nach den blutigen Unruhen im August verhängte Ausnahmezustand soll in Ägypten noch zwei weitere Monate andauern. Das berichtete der Nachrichtensender al-Arabija. Der Ausnahmezustand gibt den Behörden und der Polizei weitreichende Möglichkeiten bei der Festnahme von Verdächtigen. Außerdem können sie öffentliche Versammlungen auflösen. In 14 Provinzen gilt derzeit zudem eine Ausgangssperre von 23.00 Uhr bis 6.00 Uhr, sowie freitags ab 19.00 Uhr. Offiziell wurde die Verlängerung um zwei Monate zunächst nicht bestätigt. Regierungschef Hasem al-Beblawi hatte diese Möglichkeit allerdings schon am Mittwoch in einem Interview angedeutet.

## China

### Forderung nach nuklearfreiem Nordkorea

China hat sich besorgt über mögliche neue Atomaktivitäten Nordkoreas gezeigt. Die Regierung in Peking forderte gemeinsame Anstrengungen „aller Seiten“, um die koreanische Halbinsel zu einer nuklearfreien Zone zu machen. China wolle den Frieden und die Sicherheit wahren, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Hong Lei, während der täglichen Pressekonferenz. China reagiert damit auf Nachrichten vom Vortag, wonach das kommunistische Nordkorea offenbar einen 2007 abgestellten Atomreaktor wieder hochgefahren hat. Die Berichte über die mögliche Wiederinbetriebnahme des Fünf-Megawatt-Reaktors in Nyongbyon haben auch die Sorgen des Westens über das nordkoreanische Atomprogramm wieder steigen lassen.

## Niederlande

### Entschuldigung für Kolonialverbrechen

Die Niederlande haben offiziell um Entschuldigung für die Verbrechen ihrer Kolonialtruppen während des Unabhängigkeitskriegs in Indonesien gebeten. „Im Namen der niederländischen Regierung entschuldige ich mich für diese Exzesse“, sagte Botschafter Tjeerd de Zwaan. Dies solle dabei helfen, „ein schmerzhaftes Kapitel“ für die von den Massakern zwischen den Jahren 1945 und 1949 Betroffenen zu schließen. Den Haag hatte sich bereits zuvor für bestimmte Verbrechen entschuldigt und angekündigt, den Witwen der Getöteten 20.000 Euro zu zahlen. Die frühere Kolonie hatte sich 1945 vom Mutterland losgesagt, doch wurde die Unabhängigkeit von Den Haag erst 1949 anerkannt.

**Load-Date:** September 13, 2013

**Wie faschistisch ist Griechenlands Polizei?; Das Durchgreifen der Justiz gegen die rechtsextreme Goldene Morgenröte führt auch zu Ermittlungen gegen Sicherheitskräfte**

Die Welt

Montag 30. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 8; Ausg. 228

**Length:** 1015 words

**Byline:** B. Kálnoky

D. Moutzouri

## **Body**

---

Athen/Berlin

Nach der Verhaftung der gesamten politischen Führung der neofaschistischen Partei Goldene Morgenröte (GM) macht sich in Griechenland Erleichterung breit - aber auch Entsetzen. Erleichterung darüber, dass der große Schlag gegen die Neonazis bislang zu keinerlei Gewaltausbruch der Rechtsextremen geführt hat, obwohl sogar Parteichef Nikos Michaloliakos wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation“ hinter Gittern sitzt. Mit krimineller Organisation ist seine Partei gemeint, der unter anderem vier Morde, mehrere Mordversuche, Körperverletzungen, Geldwäsche und Erpressung vorgeworfen werden. Der Liste der Vorwürfe umfasst nach Medienberichten mehr als 100 separate Fälle und, wie ein Experte etwas flapsig formulierte, „das halbe Strafgesetzbuch“.

Entsetzen herrscht indes darüber, dass die GM offenbar die Polizei unterwandert hatte. Wie eng und verbreitet die Verflechtungen waren, das wird sich erst noch herausstellen, aber die Details, die seit Samstag nach und nach bekannt werden, sind beunruhigend. Zunächst war am Samstag von drei verhafteten Polizeibeamten die Rede gewesen, darunter eine Frau. Ausgerechnet bei ihr sollen „zahlreiche Waffen“ gefunden worden sein. Nach Angaben des Senders Skai-TV soll sie regelmäßig Ladeninhaber, die bei der Polizei über Vergehen von Migranten klagten, an die Goldene Morgenröte verwiesen haben. Viele Polizisten sind wütend darüber, dass die bisherige Tatenlosigkeit der Regierung in den letzten Jahren zu einer riesigen illegalen Einwanderungswelle nach Griechenland geführt hat, mit deren Folgen sich die Polizei nun herumschlagen muss.

Am Sonntag wurde dann bekannt, dass mittlerweile bereits gegen 20 Polizisten wegen „illegaler Aktivitäten“ im Zusammenhang mit der Goldenen Morgenröte ermittelt wird. Und um die Aktion gegen die Partei erfolgreich

## Wie faschistisch ist Griechenlands Polizei? Das Durchgreifen der Justiz gegen die rechtsextreme Goldene Morgenröte führt auch zu Ermittlungen gegen Sicherheitsk....

vorbereiten zu können, dafür musste offenbar ein für die Observierung der Neonazis zuständiger Polizeibeamter versetzt werden, der sich angeblich gegen eine Ausweitung der Beschattung ausgesprochen hatte. Er soll mit einem GM-Parlamentarier verwandt sein.

Dass Polizisten und Neofaschisten Verbindungen unterhalten, war seit geraumer Zeit bekannt - immer wieder berichteten Medien darüber, sagten Opfer aus: Polizisten sahen tatenlos zu, wenn die Rechtsradikalen Migranten durch die Straßen jagten und verprügelten oder aus den öffentlichen Verkehrsmitteln warfen. Schläger der Goldenen Morgenröte brüsteten sich gern öffentlich mit ihren Kontakten zur Polizei, drohten ihren Opfern gar damit.

Insofern stellt sich die Frage, weshalb erst jetzt in den Reihen der Sicherheitsbehörden nach Neonazi-Anhängern geforscht wird. Und man sollte genau hinhören, wenn Parteichef Nikos Michaloliakos wütet: Der Schlag gegen ihn und seine Partei sei nur möglich geworden, weil die Regierung zuvor Personaländerungen bei der Polizei angeordnet habe.

Das harte Vorgehen der Behörden gegen die Morgenröte erfolgte als Reaktion auf die Ermordung eines griechischen Musikers namens Pavlos Fyssas, der oft als antifaschistischer Aktivist auftrat. Auch hier stellt sich die Frage, warum man nicht früher Konsequenzen zog - denn der Partei werden vier Morde und mehrere Mordversuche zur Last gelegt. Die Opfer waren bisher aber meist Migranten gewesen. Erst als ein Grieche sterben musste, schritt die Regierung zur Tat.

Die Hintergründe des Mordes an Fyssas zeichnen sich nun immer klarer ab - offenbar war sogar die höchste Führung der Morgendämmerung informiert gewesen, zumindest nachträglich. Davon zeugen die abgehörten Telefonate der Beteiligten, die nun auszugsweise in den griechischen Medien erscheinen. Demnach wurde Parteichef Michaloliakos 28 Minuten nach der Bluttat vom - nun ebenfalls verhafteten - GM-Abgeordneten Giannis Lagos per Telefon über den Vorfall mit tödlichem Ausgang informiert. Der Parlamentarier soll zusammen mit dem örtlichen GM-Chef George Patelis die „Strafaktion“ gegen Fyssas und dessen Freunde organisiert haben. Ein Mord war wohl nicht unbedingt geplant gewesen, der tödliche Ausgang scheint die Folge eines Handgemenges zu sein. Ursprünglich hatte der mutmaßliche Täter, ein Lkw-Fahrer namens George Roupakias, alle Schuld auf sich genommen und jede Verwicklung anderer oder der Partei geleugnet. Die abgehörten Telefonate scheinen nun aber zu belegen, dass jede einzelne Person, mit der der Haupttäter in der besagten Nacht telefonierte oder unterwegs war, zur Partei gehörte.

Den Informationen zufolge telefonierte die Täter nach dem Mord mit den Parteioberen - insbesondere mit dem örtlichen Morgenröte-Chef George Patelis - um Rat zu suchen, und den bekamen sie auch: Sie sollten Spuren beseitigen und die Tatwaffe sowie andere Waffen, die sie bei sich führten, wegwerfen.

Die Details der Affäre werden die griechische Öffentlichkeit noch lange beschäftigen. Vorerst aber herrscht vor allem Erleichterung: Darüber, dass der Staat hart gegen die Partei vorgeht, und noch mehr darüber, dass eine gewalttätige Reaktion der Rechtsextremen bislang ausbleibt. Nachdem auch Michaloliakis' Stellvertreter Christos Pappas sich am Sonntagmorgen der Polizei stellte, ist die gesamte innere Führung der Partei in Haft - mehr als 20 Festnahmen sind es bislang, nach elf weiteren wird derzeit noch gefahndet. Aber nur wenige Hundert Anhänger fanden sich ein, um dagegen zu protestieren.

Ohnehin waren die Zustimmungswerte der Partei nach dem Mord an Fyssas in den jüngsten Umfragen stark gesunken, auf zuletzt 6,8 Prozent. Das entspricht immerhin noch ungefähr ihrem Ergebnis bei den letzten Parlamentswahlen, zwischendurch aber hatte sie durchaus auch zweistellige Ergebnisse erzielt.

Der Umstand aber, dass nun niemand auf die Straße geht, legt immerhin einen Schluss nahe: Die meisten Wähler der Morgenröte waren eben doch keine Neonazis, sondern Protestwähler, die über die endlose Wirtschaftskrise und die illegalen Migranten wütend sind. Der harte, gewaltbereite Kern der Partei ist wahrscheinlich so klein, wie er immer schon war - als noch niemand von der 1987 gegründeten Splittergruppe redete.

Polizisten sahen tatenlos zu, wenn Neonazis Migranten jagten



Wie faschistisch ist Griechenlands Polizei? Das Durchgreifen der Justiz gegen die rechtsextreme Goldene Morgenröte führt auch zu Ermittlungen gegen Sicherheitsk....

**Load-Date:** September 30, 2013

---

End of Document

**Gauck fordert Migranten auf, Lehrer zu werden; Appell an junge Menschen mit ausländischen Wurzeln: Verteidigen Sie die freiheitliche Grundordnung, lassen Sie keine Parallelgesellschaften zu**

Die Welt

Freitag 27. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; S. 1; Ausg. 99

**Length:** 563 words

**Byline:** Thomas Vitzthum

**Highlight:** Für die Absage der Ukraine-Reise wegen des Falls Timoschenko erntet der Präsident Anerkennung von allen Seiten

## Body

---

Bundespräsident Joachim Gauck hat in der Frankfurter Paulskirche an junge Menschen mit ausländischen Wurzeln appelliert, beim Schutz von Demokratie und Freiheit in Deutschland mitzuwirken. „Eine solche demokratische, freiheitliche Grundlage ist - wie wir an manchen Erfolgen nationalistischer und fundamentalistischer Gruppen sehen - keineswegs selbstverständlich und will immer wieder verteidigt und manchmal auch erkämpft sein“, sagte Gauck bei einem Festakt zum zehnjährigen Bestehen des Stipendiaten-Programms der Hertie-Stiftung für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte. „Parallelgesellschaften wollen wir nicht. Und schon gar nicht können wir Gegenkulturen akzeptieren, die sich gegen unsere freiheitliche Grundordnung richten“, sagte der Präsident.

Gauck forderte die jungen Menschen auf, die Ermutigung, die sie selbst erfahren, weiterzugeben. „Noch mehr würde ich mich freuen, wenn Sie den Lehrerberuf ergreifen. Es gibt so viele Schulen, die Unterstützung brauchen“, ergänzte er. Gauck verwies dabei auf Schulen in Frankfurt, wo bereits jetzt die Hälfte der Kinder einen Migrationshintergrund habe. „In einigen Jahren werden solche Biografien die Mehrheit sein. Die Lehrerzimmer sind darauf noch nicht überall vorbereitet.“

Tatsächlich hat kaum mehr als ein Prozent der Lehrer in Deutschland ausländische Wurzeln. Und obwohl die Bundesregierung seit 2007 gezielte Werbemaßnahmen ergreift, studieren nur rund sechs Prozent der Studenten mit Migrationshintergrund ein Lehramt. Dabei haben sie eine Schlüsselfunktion für die Integration. In einer der wenigen Studien zu dem Thema befragten vor zwei Jahren Forscher der Freien Universität Berlin 200 Lehrkräfte. Das Ergebnis: Knapp 70 Prozent gaben an, sich wegen eigener Erfahrungen für den Bildungserfolg von Kindern aus Familien von Einwanderern zu engagieren. Ihrer Vorbildfunktion sind sich die Pädagogen bewusst.

Gauck fordert Migranten auf, Lehrer zu werden Appell an junge Menschen mit ausländischen Wurzeln:  
Verteidigen Sie die freiheitliche Grundordnung, lassen Sie kei....

Gauck wollte die jungen Menschen aber nicht auf ihre Funktion für die Gesellschaft beschränken. Er sagte: „Die Botschaft lautet: Wir glauben an euch! Nicht nur als Fachkräfte von morgen, sondern als Bürger, Menschen an unserer Seite, hier in diesem unserem Land!"

Mit seiner Paulskirchen-Rede lenkte Gauck ein zweites Mal innerhalb eines Tages die Aufmerksamkeit auf sich. Zuvor war bekannt geworden, dass er eine für Mitte Mai geplante Reise in die Ukraine abgesagt hatte. Gauck sollte in Jalta an einem Treffen zentraleuropäischer Präsidenten teilnehmen. Die Entscheidung sei in enger Rücksprache mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gefallen, teilte ein Sprecher Gaucks mit. Die Bundesregierung ist in Sorge um den Gesundheitszustand der inhaftierten früheren ukrainischen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Die Ukraine richtet zusammen mit Polen vom 8. Juni bis 1. Juli die Fußball-Europameisterschaft (EM) aus.

Politiker würdigten parteiübergreifend Gaucks Besuchsabsage als starkes Signal. Im Kanzleramt fand nach Angaben aus Regierungskreisen ein Gespräch mit dem ukrainischen Vize-Außenminister Pawlo Klimkin statt. Dabei sei ihm signalisiert worden, dass ein EM-Besuch Merkels in der Ukraine keinesfalls sicher sei. EU-Justizkommissarin Viviane Reding teilte bereits mit, sie habe ihren Besuch beim ersten EM-Spiel in der Ukraine abgesagt. Boxweltmeister Vitali Klitschko rief hingegen europäische Fußballfans dazu auf, zu den Spielen in seinem Heimatland zu reisen.

Siehe Kommentar und Seite 6

## Graphic

---

dpa/Boris Rössler; AFP/FRANCOIS GUILLOT

Bundespräsident Joachim Gauck trifft in der Frankfurter Paulskirche Migranten. Seine Botschaft: „Wir glauben an euch!"

**Load-Date:** April 27, 2012

**Migration: Friedrich wirft EU Untätigkeit vor; Furcht vor Missbrauch des Freizügigkeitsrechts**

Die Welt

Freitag 6. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 6; Ausg. 285

**Length:** 246 words

## **Body**

---

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat der EU-Kommission Untätigkeit bei Missbrauch des Freizügigkeitsrechts durch Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien vorgeworfen. „Diskussionsveranstaltungen oder irgendwelche Booklets zu entwerfen, das reicht nicht“, sagte Friedrich. „Macht eure Hausaufgaben“, konterte die zuständige EU-Justizkommissarin Viviane Reding. Die Mitgliedstaaten müssten auf nationaler Ebene verhindern, dass Menschen aus vornehmlich osteuropäischen Staaten nur einreisen, um Sozialleistungen des Gastlandes in Anspruch zu nehmen. Anstatt multilateral vorzugehen, solle Friedrich lieber „mal was national machen“.

Friedrich kündigte an, dass Deutschland notfalls mit anderen EU-Ländern an Brüssel vorbei Maßnahmen beschließen werde, um Missbrauch bei der freien Wahl des Wohnortes zu verhindern. „Notfalls werden wir uns außerhalb der Strukturen der Europäischen Union multilateral verständigen müssen, um ein gemeinsames Vorgehen zu wählen“, betonte der Minister. Ihm geht es vor allem um eine Präzisierung der Gesetze zur Freizügigkeit. Friedrich will konkretere Festlegungen zum Straftatbestand der Scheinehe und Flexibilität bei Wiedereinreisesperren für EU-Migranten, die sich in ihrem Gastland gesetzeswidrig verhalten haben. Länder wie Großbritannien und Deutschland sind zunehmend unzufrieden mit der EU-Kommission. Sollte Friedrich seinen Ankündigungen wahr machen, könnte dies gravierende Auswirkungen auf das Recht auf Freizügigkeit haben.

**Load-Date:** December 6, 2013

**Deutschland Kompakt; Länderfusionen: Tiefensee: Verwaltungen stärker zusammenlegen ++ Psychiatrie-Affäre: Vermisste Mollath-Unterlagen lagern bei Ex-Ehefrau ++ Asylbewerber: Union gegen Lockerung der Regeln für Flüchtlinge**

Die Welt

Samstag 10. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 185

**Length:** 418 words

**Byline:** Greive

Martin

## **Body**

---

### Länderfusionen

#### Tiefensee: Verwaltungen stärker zusammenlegen

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und frühere Beauftragte für den Aufbau Ost, Wolfgang Tiefensee, fordert eine engere Zusammenarbeit der Länder. „Für kleine können wir uns eigentlich schon heute keine separaten ministerialen Verwaltungsapparate und Landesbehörden mehr leisten“, sagte er der „Welt“. „Wir sollten deshalb schnell damit beginnen, Verwaltungen länderübergreifend zusammenzulegen.“ Warum gründen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nicht eine Personalverwaltung Mitteldeutschland? Solche Dinge ließen sich doch schnell und einfach umsetzen, so Tiefensee. Wenn in 15 Jahren zwei Drittel der Verwaltungen zentralisiert seien, „ist der Schritt zu politischen Länderfusionen nicht mehr weit und der Bevölkerung leichter zu vermitteln“.

### Psychiatrie-Affäre

#### Vermisste Mollath-Unterlagen lagern bei Ex-Ehefrau

Viele der angeblich verschollenen Unterlagen des mittlerweile aus der Psychiatrie entlassenen Gustl Mollath lagern nach einem Bericht bei seiner Ex-Ehefrau in Nürnberg. Sein Habe sei „nur einen Anruf weit entfernt“, in mehreren Kisten „sauber verpackt und akribisch gefaltet“, sagte sie dem „Nordbayerischen Kurier“. Dazu gehörten neben Zeugnissen auch Fotos, Urkunden, Mollaths Führerschein und sein inzwischen abgelaufener Personalausweis. Der

Deutschland Kompakt Länderfusionen: Tiefensee: Verwaltungen stärker zusammenlegen ++ Psychiatrie-Affäre: Vermisste Mollath-Unterlagen lagern bei Ex-Ehefrau ++ A....

56-Jährige hatte mehrfach erklärt, er habe mit der Versteigerung seines Hauses sein gesamtes Hab und Gut verloren. Mollath war 2006 als gemeingefährlich in die Psychiatrie eingewiesen worden. Er sieht sich als Opfer eines Komplotts seiner früheren Ehefrau und der Justiz.

Asylbewerber

Union gegen Lockerung der Regeln für Flüchtlinge

Angesichts immer neuer Proteste auch in Deutschland streiten Grüne und Union über den Umgang mit Flüchtlingen. Während die Grünen sich für Lockerungen der Vorschriften starkmachen, warnen Innenpolitiker von CDU und CSU davor, weitere Anreize für einen Zuzug zu setzen. "Wir erleben überall in Deutschland einen Aufschrei der Flüchtlinge, die sagen: Wir haben nichts mehr zu verlieren", sagte Grünen-Chefin Claudia Roth. Asylbewerber sollten Arbeit annehmen dürfen, auch gehöre die Residenzpflicht zum Aufenthalt in einem bestimmten Gebiet abgeschafft. Der Innenausschuss-Vorsitzende Wolfgang Bosbach (CDU) hielt dagegen: Viele Flüchtlinge kämen mithilfe von Schleppern und Schleusern nach Deutschland. Die Nachricht von einer Arbeitserlaubnis vom ersten Tag an würde sich in den Heimatländern der Flüchtlinge in Windeseile verbreiten.

**Load-Date:** August 10, 2013

## *Türken wählen anders; Immigranten stimmen wie die Alteingesessenen - mit einer Ausnahme*

Die Welt

Donnerstag 15. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 189

**Length:** 327 words

**Byline:** Ulrich Clauß

### **Body**

---

Es ist eine gute Nachricht. Die Wahlpräferenzen von Mitbürgern mit ausländischen Wurzeln ähneln denen von hier geborenen Wahlbürgern. Es sind also milieu- und schichtenspezifische Faktoren, die die Wahlentscheidung bestimmen - und eben nicht vor allem die Herkunft. Aus diesen Studienergebnissen kann man auf eine durchaus funktionierende Integrationsfähigkeit dieser Gesellschaft schließen. Wenn das, was einer hierzulande tut, seine Verankerung in Beruf und Gesellschaft, seine ökonomische Interessenlage, das Wahlverhalten bestimmt und nicht sein Status als **Migrant**, dann heißt das vor allem: Die Wirkmacht der Herkunft tritt hinter das Sein und Werden in der neuen Gesellschaft zurück.

Allerdings gibt es eine signifikante Ausnahme bei diesem Trend. Türkischstämmige Menschen zeigen eine deutlich höhere Neigung, ihr Wahlkreuz bei den Sozialdemokraten zu machen. Diese Abweichung bei der mit Abstand in Deutschland größten Zuwanderergruppe mag zwei Gründe haben: Zum einen hat es die Union in der Vergangenheit gerade türkischen Zuwanderern nicht gerade leicht gemacht, sich ebenso wie Einheimische nach Milieu und ökonomischem Status auch in die Parteienlandschaft einzufädeln. Viele türkische Zuwanderer konnten sich nicht als wirklich gewünscht empfinden.

Zum anderen ist die SPD in diese Identifikationslücke mit Verve gesprungen. Und das auf eine Art und Weise, die den oft aus unterentwickelten, ländlichen Regionen stammenden türkischen Migranten auf eine fatale Weise entgegenkam. Neben dem ausdrücklichen Bleibe-Versprechen signalisierte sozialdemokratische Einwanderungspolitik auch eine Bereitschaft zur besonderen sozialen Daseinsfürsorge. Zum Beispiel die Bereitschaft, die Folgen von mangelndem Integrationswillen seitens der Zugewanderten dauerhaft zu alimentieren. Kurz gesagt: Es konnte als Versprechen verstanden werden, eine Parallelgesellschaft finanziell abzusichern. Damit hat sie allerdings den Menschen keinen wirklichen Gefallen getan.

**Load-Date:** August 15, 2013

Türken wählen anders Immigranten stimmen wie die Alteingesessenen - mit einer Ausnahme

---

End of Document



**Mission Migrant in der CDU; Die Parteiführung fördert Karrieren von Zuwanderern. Doch die Quereinsteiger stoßen auf Vorbehalte an der Basis**

Die Welt

Freitag 1. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 7; Ausg. 51

**Length:** 1120 words

**Byline:** Kristian Frigelj

**Highlight:** Nagelprobe in Hagen: Dort bewirbt sich eine muslimische Deutsch-Griechin um die Bundestagskandidatur

## Body

---

Düsseldorf

Cemile Giousouf hat zu wenig Zeit. Sie ruft zuverlässig zurück und meldet sich auch spätabends noch per SMS. Sie klingt freundlich und meist etwas eilig. Ein Treffen sagt sie ab; ein unerwarteter Abendtermin, noch eine Vorstellungsrunde bei einer CDU-Ortsunion in Hagen. Die 34-Jährige ist seit Wochen im Vorwahlkampfstress. Sie wohnt in Aachen, arbeitet in Düsseldorf und hält sich oft in Hagen auf, im Bundestagswahlkreis 138.

Die eingewanderte Griechin, deren Familie einer türkischstämmigen Minderheit aus Thrakien entstammt, ist CDU-Mitglied und bewirbt sich in Nordrhein-Westfalen um ein Direktmandat für die Bundestagswahl im September. Wenn sie sich am heutigen Freitag bei der Delegiertenversammlung in Hagen durchsetzt und als Direktkandidatin aufgestellt wird, wäre dies ein bundesweites Signal für die CDU. Die Führung um Parteichefin Angela Merkel will sich Zuwanderern stärker öffnen und hat 2012 ein Netzwerk Integration gegründet. Man könnte von einer Mission **Migrant** in der CDU sprechen.

„Bei meiner Bewerbung geht es um eine politisch-strategische Frage“, sagt Giousouf der „Welt“. Die CDU habe „bisher weder im Bundestag noch in den Landesparlamenten ausreichend Mandatsträger mit Zuwanderungsgeschichte“, obwohl immer mehr Zuwanderer ihre politische Heimat in der CDU fänden.

Allerdings bleibt dieses Vorhaben nicht ohne Konflikte. Giousouf weiß den gesamten CDU-Kreisvorstand hinter sich. Aber die Parteimitglieder diskutieren darüber, ob die bisher unbekannte Muslimin als Kandidatin geeignet sei. Dies klingt kurios in einer Stadt, in der fast jeder dritte Einwohner eine Zuwanderungsbiografie besitzt. Aber so etwas bestärkt zuweilen auch Abgrenzungstendenzen. Es ist eine Art Lokalstolz erwacht. Giousouf kommt von außen und wird von NRW-Landeschef Armin Laschet getragen. Parteimitglieder fragen sich, ob man nicht einem eigenen Kandidaten den Vorzug geben sollte.

## Mission Migrant in der CDU Die Parteiführung fördert Karrieren von Zuwanderern. Doch die Quereinsteiger stoßen auf Vorbehalte an der Basis

Giousouf registriert Zustimmung bei ihren Vorstellungsrunden und reagiert schlagfertig bei heiklen Themen. „Ich werde häufig gefragt, wie ich es mit dem C halte. Religion ist für mich wichtig. Ich könnte in keiner Partei sein, die areligiös ist. Ich stehe mit den religiösen Werten der CDU, die sich am christlichen Bild vom Menschen und seiner unantastbaren Würde orientieren, vollkommen im Einklang“, sagt die Referentin im NRW-Integrationsministerium und fügt hinzu: „Monotheistische Religionen gleichen sich in ihrer Botschaft. Christen und Muslime haben mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes.“ Für einfache Parteimitglieder sind solche Ansichten mitunter ein Kulturschock.

Im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin sieht man ein erhebliches Wählerpotenzial bei eingebürgerten Migranten und, dass Grüne und SPD diese besser ansprechen. Deshalb gründete CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe 2012 das „Netzwerk Integration“, dem auch Giousouf angehört. Bülent Arslan, Chef des einflussreichen Deutsch-Türkischen Forums (DTF) in der CDU, führt es.

Das Gremium verbuchte erste wichtige Erfolge. Der Bundesparteitag im Dezember wählte vier Migranten in den Bundesvorstand: die nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Serap Güler, Niedersachsens Ex-Integrationsministerin Aygül Özkan, die Staatssekretärin in Berlins Senatsverwaltung, Emine Demirbüken-Wegner (wiedergewählt), und den Bundestagsabgeordneten Younes Ouagasse - drei türkischstämmige Frauen und einen Sohn von Marokkanern.

Giousouf soll als sichtbare Repräsentantin für Migranten eine Lücke in der Bundestagsfraktion schließen. Ihre Bewerbung in Hagen ist eine weitere Bewährungsprobe für das Netzwerk, denn ähnliche Versuche in Baden-Württemberg und Niedersachsen scheiterten. Die Deutsch-Griechin gehört dem Landesvorstand an und hat wichtige Unterstützer. Vor allem steht der Landeschef und frühere NRW-Integrationsminister, Armin Laschet, hinter ihr.

„Wir sind Volkspartei und wollen die ganze Gesellschaft ansprechen. Wir müssen aus der Erfahrung der amerikanischen Republikaner lernen, die am Ende nur noch eine Partei der weißen alten Männer war“, sagt Laschet und fügt hinzu: „Wenn wir in der CDU Vielfalt glaubwürdig zeigen wollen, brauchen wir Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die sich zu unseren Grundsätzen bekennen. Das muss sich auch in den Parlamenten widerspiegeln.“ Der CDU-Bundesvize verweist auf die eingebürgerte 32-jährige Serap Güler, die mit seiner Hilfe 2012 als erste Migrantin für die CDU über die Liste in den NRW-Landtag eingezogen ist und sich etabliert hat. Laschet sagt: „Jetzt geht es darum, ob wir es schaffen, dass erstmals eine Abgeordnete mit türkischer Zuwanderungsgeschichte in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgenommen wird.“

Giousouf sieht sich in Hagen mit einem Gegenkandidaten konfrontiert, der erst nach ihrem Erscheinen aktiv wurde. Sie meint: „Die Mitglieder befürchten, man könne die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht ausreichend vertreten, wenn man nicht im Wahlkreis aufgewachsen ist. Ich hoffe aber, dass ich bei meinen vielen Gesprächen diese Zweifel ausräumen konnte.“

Der Bundestagswahlkreis 138 umfasst Hagen und einen Teil des Ennepe-Ruhr-Kreises und steht in der CDU für sichere Niederlagen. Die Menschen wählen dort mehrheitlich SPD. Dennoch könnte die hiesige CDU nach 25 Jahren wieder jemanden in den Bundestag entsenden, denn Giousouf steht als Wunschkandidatin der Parteiführung ein günstiger Platz auf der Reserveliste in Aussicht. Um die Partei rasch neu auszurichten, lässt Laschet notfalls langjährige Mitglieder nach hinten rutschen. Betroffene sind vor allem Frauen. Im CDU-Kreisverband in Aachen, den Laschet bis 2012 führte, verfolgte man staunend, wie er Güler und Giousouf gleichsam auf der Überholspur förderte. Sie arbeiteten in seinem Integrationsministerium und wurden 2008/2009 Parteimitglieder in Aachen. Gülers Landtagskandidatur 2012 sorgte für Unmut, weil die Reserveliste durcheinandergewirbelt wurde.

„Viele im Kreisverband sagen, dass Armin bei seinen integrationspolitischen Bemühungen in diesem Punkt zu weit geht“, sagt der Ex-Schatzmeister der Aachener CDU, Michael Mahr. Giousouf habe „noch zu wenig Erfahrung, um eine so wichtige Aufgabe angeboten zu bekommen. Es gehören Abgeordnete in den Bundestag, die nicht nur die richtige Religion besitzen.“ Das sollten „vor allen Dingen Personen sein, die in einer Partei einen großen Wissensschatz angeeignet haben. Darüber hinaus ist wichtig, dass sie inhaltlich die CDU-Linie vertreten.“

Mission Migrant in der CDU Die Parteiführung fördert Karrieren von Zuwanderern. Doch die Quereinsteiger stoßen auf Vorbehalte an der Basis

Ähnliche Vorbehalte hört man in Hagen. Es ist schwer zu sagen, ob sie von einer stillen Mehrheit geteilt werden. Die Ausgangslage scheint für Cemile Giousouf jedenfalls günstiger zu sein als vor elf Jahren. Damals hatte Bülent Arslan vergeblich versucht, sich in Hagen als Direktkandidat für die Bundestagswahl 2002 aufstellen zu lassen.

## Graphic

---

dpa/Horst Ossinger

Cemile Giousouf kandidiert in Hagen

Horst Ossinger

**Load-Date:** March 1, 2013

---

End of Document

**„Entscheidet euch für Deutschland!"; CDU-Vorstandsmitglied Younes Ouaqasse meint: Migranten brauchen keine zwei Pässe**

Die Welt

Freitag 22. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 5; Ausg. 45

**Length:** 1459 words

**Byline:** Robin Alexander

## Body

---

Die schwarz-gelbe Koalition streitet über das Staatsbürgerschaftsrecht. Die FDP möchte, dass **Migranten** künftig zwei Pässe haben können. Die Union besteht hingegen darauf, dass sie sich für ein Land entscheiden. Younes Ouaqasse hat sich entschieden: Für Deutschland und für die CDU, die den 24-Jährigen im Dezember sogar in die Parteiführung wählte.

Die Welt:

Als Mitglied des CDU-Bundesvorstandes besprechen Sie alle zwei bis drei Wochen mit Angela Merkel und ihren Ministern die aktuelle politische Lage. Bald dürfte es dort um ein Thema gehen, das Sie persönlich betrifft...

Younes Ouaqasse:

... wenn es um das Thema Doppelpass für Migranten geht, meinen Sie? Also, ich selbst bezeichne mich als deutscher Europäer mit marokkanischen Wurzeln. Geboren wurde ich 1988 zwar schon in Mannheim, bin aber im dritten Lebensjahr, nachdem meine Eltern sich getrennt hatten, mit meinem Vater nach Marokko gegangen, dem Heimatland meiner Eltern. Dort lebte ich vier Jahre, bevor ich nach Deutschland zurückkehrte. Diese vier Kindheitsjahre waren meine einzige Zeit, in der ich nicht in Deutschland lebte. Dennoch hatte ich damit meinen Anspruch auf einen deutschen Pass erst einmal verloren. Ich hatte nur noch Aufenthaltserlaubnisse, die zuerst alle drei Monate, später alle sechs Monate verlängert wurden. Nachdem ich so acht Jahre durchgängig in Deutschland lebte, wurde ich berechtigt, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Das tat ich, sobald es möglich war: Exakt an meinem 16. Geburtstag wurde ich Deutscher.

War das damals für Sie als Teenager ein bedeutendes Ereignis?

Ja, sehr. Ich wollte unbedingt Deutscher werden. Ich bin in diesem Land aufgewachsen, und ich identifiziere mich mit Deutschland. Ich achte durchaus meine marokkanischen Wurzeln, bin gläubiger Moslem und spreche bis heute mit meiner Mutter Arabisch, schon damit ich es nicht verlerne. Dennoch habe ich die Möglichkeit, meine

„Entscheidet euch für Deutschland!“ CDU-Vorstandsmitglied Younes Ouaqasse meint: Migranten brauchen keine zwei Pässe

marokkanische Staatsbürgerschaft noch ein paar Jahre neben der deutschen zu behalten, bewusst abgelehnt. Denn mein Land ist Deutschland. Das war mir früh klar - und auch wichtig. Als ich zum ersten Mal meinen deutschen Personalausweis überreicht bekam, gab ich der gleichen Beamtin meinen marokkanischen Pass wie in einer symbolischen Geste zurück. Sie hat ihn dann an das Konsulat gesendet.

Warum haben Sie die Möglichkeit einer übergangsweisen doppelten Staatsbürgerschaft ausgeschlagen?

Ich wollte Deutscher werden und mir auch meinen Platz in der deutschen Gesellschaft erarbeiten - unbedingt. Dies war für mich eine Lebensentscheidung, die ich bewusst ohne Hintertürchen treffen wollte. Damals war ich in der neunten Klasse einer Hauptschule, und mir wurde in dieser Zeit bewusst, dass ich mit einem Hauptschulabschluss nicht viele Möglichkeiten haben würde. Deshalb habe ich anschließend mein Fachabitur gemacht und studiere heute Betriebswirtschaftslehre. So einen Weg hätte ich in Marokko nicht gehen können.

Wie hat Ihre Familie damals darauf reagiert?

Positiv. Meine Mutter hat sich selbst auch erfolgreich um die deutsche Staatsangehörigkeit bemüht - nachdem sie schon 15 Jahre hier gearbeitet hatte. Heute führt sie gemeinsam mit meinem Stiefvater ein Unternehmen für Gebäudereinigung. Ganz kompliziert liegt der Fall bei meinem Bruder. Er ist wie ich in Mannheim geboren, aber sieben Jahre älter als ich, und als wir nach unserer Episode in Marokko nach Deutschland zurückkehrten, sprach er viel besser Französisch als Deutsch. Deshalb hat er für seine Bildungskarriere einen Umweg genommen: Er zog damals zu meinem Onkel nach Frankreich, machte sein Abitur und studierte auch dort. Doch vor ein paar Jahren ist er nach Deutschland zurückgekehrt und arbeitet im Unternehmen meiner Eltern mit. Seine Frau stammt aus Montenegro, ist aber ebenfalls schon in Deutschland geboren. Die beiden haben ein kleines Kind zusammen. Jetzt hat mein Bruder - mit 31 Jahren - gemeinsam mit seiner Frau ebenfalls die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt.

Was muss man eigentlich konkret tun, um Deutscher zu werden?

Erst einmal muss man selbstverständlich alle Dokumente vorlegen und übersetzen lassen. Die Prüfung kann dann schon einmal ein halbes Jahr dauern. Außerdem muss man einen Sprachtest machen. Bei mir war das allerdings anders: Als die Beamten auf dem Amt mich hörten und meine Zeugnisse sahen, haben sie auf den Test verzichtet. Leider gab es damals keine Einbürgerungszeremonie. Ich bekam den Personalausweis schlicht unter einer Scheibe durchgereicht. Das hatte ich mir vorher feierlicher vorgestellt. Dennoch weiß ich noch wie heute, wie ich das Amt verließ und vor Stolz ganz glücklich war.

Nationalstolz ist in Deutschland ein Gefühl, über das selten gesprochen wird.

Leider! Wir müssen die Leute doch bei ihrem Stolz und ihrem Selbstbewusstsein ansprechen. Da habe ich mich in dieser Woche auch ausnahmsweise einmal über die Rhetorik innerhalb der CDU geärgert. Denn der zuständige Obmann unserer Fraktion hat in der Debatte über den Doppelpass hauptsächlich vor Kriminellen gewarnt, die sich diese Regelung zunutze machen könnten. Aber die Migranten, um die es geht, sollten wir nicht als potenzielle Verbrecher sehen, sondern als potenzielle Landsleute!

Die FDP-Justizministerin hat jetzt angeregt, die Regelung zur Doppelstaatsangehörigkeit zu überdenken. Bisher muss man sich bis zum 23. Lebensjahr für einen Pass entscheiden. Die CDU will, das dies so bleibt. Sie auch?

Ja, ich verstehe nicht, warum Menschen über eine Übergangszeit hinaus zwei Staatsangehörigkeiten besitzen sollten. Sehen Sie, warum sollte ich zusätzlich zu meinen Rechten als Deutscher noch die Rechte eines marokkanischen Staatsbürgers genießen? Warum soll ich dort wählen dürfen? Ich wohne doch gar nicht dort, warum soll ich über diese Gesellschaft mitentscheiden dürfen? Aus meinem persönlichen Fall kann ich nur sagen: Der Druck, irgendwann eine Entscheidung für ein Land treffen zu müssen, kann durchaus hilfreich für die Integration eines Menschen sein.

Was halten Sie von dem Argument, die jungen Deutschtürken - um die es ja in der Mehrheit geht - bräuchten mehr Zeit für die Entscheidung?

„Entscheidet euch für Deutschland!" CDU-Vorstandsmitglied Younes Ouaqasse meint: Migranten brauchen keine zwei Pässe

Sie haben ja heute schon Zeit bis zum 23. Lebensjahr. Wir sollten diese Frist nicht verlängern. Aber wir sollten stärker um diese Menschen werben, denn wir brauchen möglichst viele von ihnen. Deshalb sollte die Entscheidung nicht unvermittelt kommen, sondern wir sollten im Rahmen einer Willkommenskultur vermitteln: Wir wollen euch. Wir brauchen euch. Ihr könnt hier arbeiten und euch ein gutes Leben aufbauen. Wir freuen uns, wenn ihr zu uns gehören wollt. Aber eine Entscheidung können wir schon von ihnen verlangen. Ich habe mich ja auch entschieden - zwischen dem wunderschönen Marokko und meinem Deutschland.

Andere müssen sich nicht entscheiden. Im CDU-Vorstand sitzen Sie neben David McAllister, der auch neben dem deutschen einen britischen Pass hat. Bei einem schottischen Vater geht das, bei einem türkischen oder marokkanischen Vater nicht.

Ich gebe zu, dies ist den Betroffenen schwierig zu erklären. Aber es steht ein Sinn dahinter: Großbritannien ist eben in der Europäischen Union, die nicht nur ein Wirtschaftsraum, sondern auch eine historisch gewachsene Wertegemeinschaft ist. Für die Türkei oder Marokko gilt das so nicht.

Interessant, dass Sie das sagen. Sie sind selbst gläubiger Muslim.

Ich fühle mich als Muslim nicht fremd in Deutschland. Auch nicht in seiner christlich-jüdischen Tradition: Der Islam baut ja auf diesen beiden Religionen auf.

Als eine andere erfolgreiche Migrantin in der CDU, Aygül Özkan, als Kultusministerin von Niedersachsen die Kreuze in den Schulklassen entfernen wollte, haben Sie widersprochen.

Damals meldete ich mich zu Wort, weil ich Vorsitzender der Schüler Union war. Aber ich finde auch heute noch: Kreuze gehören zur europäischen Kultur, und es gibt keinen Grund, sie zu entfernen. Ich glaube im Übrigen, dass sich die Migranten am allerwenigsten an Kreuzen in Klassenzimmern stören.

Die Union hat 1999 gegen die rot-grüne Reform des Staatsbürgerschaftsrechts eine erfolgreiche Kampagne gemacht. Wäre das heute noch denkbar?

Nein. Heute müsste der Slogan der Union lauten: Entscheidet euch für Deutschland, denn wir wollen und brauchen euch!

Bislang wählen die Deutschen mit Migrationshintergrund vor allem linke Parteien. Ist das ein Naturgesetz?

Überhaupt nicht. Die gleichen Leute würden - das zeigen Umfragen - in ihren Heimatländern ja meist für konservative Parteien stimmen. Früher hat die CDU diese Leute manchmal mit ihrer Rhetorik abgeschreckt. Heute dürften wir nicht den gegenteiligen Fehler machen und die rot-grüne Multikulti-Romantik kopieren. Die braucht keiner, am wenigsten die Deutschen mit türkischen und arabischen Wurzeln. Sie wollen vor allem einen funktionierenden Staat - auf den sie dann auch stolz sein wollen.

## Graphic

---

Reto Klar

Der Landesvorsitzende der christlich-demokratischen Studenten (RCDS) in Thüringen, Younes Ouaqasse, bei einem Besuch des Reichstagsgebäudes in Berlin

Reto Klar

„Entscheidet euch für Deutschland!" CDU-Vorstandsmitglied Younes Ouqasse meint: Migranten brauchen keine zwei Pässe

**Load-Date:** February 22, 2013

---

End of Document

**Deutschland Kompakt; Wulff-Affäre: Bundespräsidialamt erwartet  
Stellungnahme von Glaeseker ++ Gipfeltreffen: „Aktionsplan“ zur Integration  
von Migranten beschlossen ++ Bundesarbeitsgericht: 3421 ++ Prozess:  
Saarland-Museum: Ex-Chef wegen Untreue angeklagt ++ Kriminalität:  
Innenminister verbietet Kieler Hells Angels**

Die Welt

Mittwoch 1. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 27

**Length:** 601 words

## **Body**

---

Wulff-Affäre

Bundespräsidialamt erwartet Stellungnahme von Glaeseker

Bundespräsident Christian Wulff erwartet von seinem Ex-Sprecher Olaf Glaeseker eine Stellungnahme zu den Bestechlichkeitsvorwürfen, die die Staatsanwaltschaft Hannover gegen Glaeseker erhebt. Wie eine Sprecherin des Bundespräsidialamts der „Welt“ mitteilte, habe das Haus unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe in den Medien auch Glaeseker um eine Stellungnahme gebeten. „Diese Stellungnahme liegt noch nicht vor“, sagte die Sprecherin. Eine Entscheidung, ob Glaeseker mit einer Kündigung oder anderen arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen muss, sei noch nicht gefallen. Das Bundespräsidialamt warte das Ergebnis der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hannover ab, eine mögliche strafrechtliche Verurteilung könne „Auswirkungen auf das derzeit ruhende Arbeitsverhältnis mit dem Bundespräsidialamt haben“. Vergangene Woche hatte die Staatsanwaltschaft Glaesekers Arbeitsraum im Präsidialamt durchsucht. Zudem erfuhr die „Welt“, dass die Bezüge des Ex-Sprechers mit einer „Gewinnungszulage“ versehen waren, „um Herrn Glaeseker mit seiner vorherigen Tätigkeit in Niedersachsen finanziell gleichzustellen“, wie das Präsidialamt erklärte. Die Vergütung des außertariflich Beschäftigten sei an die Besoldungsgruppe B9 angelehnt gewesen. Das entspricht nach Informationen dieser Zeitung etwa 9400 Euro pro Monat.

Gipfeltreffen

„Aktionsplan“ zur Integration von Migranten beschlossen

Der Integrationsgipfel im Kanzleramt hat einen „Nationalen Aktionsplan“ zur besseren Eingliederung von Migranten in die Gesellschaft beschlossen. Dies gab die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, nach



Deutschland Kompakt Wulff-Affäre : Bundespräsidialamt erwartet Stellungnahme von Glaeseker ++  
Gipfeltreffen: „Aktionsplan“ zur Integration von Migranten beschlo....

dem Treffen mit rund 120 Teilnehmern in Berlin bekannt. Bund, Länder und kommunale Verbände verpflichten sich darin, weitere Anstrengungen in der Integrationspolitik zu unternehmen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die den Vorsitz hatte, lobte den Aktionsplan. „Wir müssen klarer werden in unseren Zielsetzungen.“

#### Bundesarbeitsgericht

3421

Fälle landeten 2011 beim Bundesarbeitsgericht - so viele wie noch nie zuvor. Die Zahl der Fälle sei im Vergleich zum Vorjahr sprunghaft um 38,4 Prozent gestiegen, sagte die Präsidentin des höchsten deutschen Arbeitsgerichts, Ingrid Schmidt. „Die Bereitschaft zur gütlichen Einigung und Bereinigung von Konflikten nimmt ab.“

#### Prozess

##### Saarland-Museum: Ex-Chef wegen Untreue angeklagt

In Saarbrücken hat der Prozess gegen den Ex-Chef des Saarland-Museums, Ralph Melcher, wegen Untreue und Vorteilsannahme begonnen (Az.: 2KLs 5Js 161/11). Zum Auftakt warf der Staatsanwalt Melcher unter anderem vor, mehr als 40 Mal mit dem von der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz beschäftigten Projektsteuerer für die Erweiterung des Saarland-Museums in teuren Restaurants gespeist sowie Privatreisen zum Teil dienstlich abgerechnet zu haben. Zudem soll Melcher Schmiergeld von dem Architekten kassiert und durch einen fingierten Beratervertrag kaschiert haben. Die Kosten für die Erweiterung sollen sich inzwischen auf 25 Millionen Euro verdreifacht haben.

#### Kriminalität

##### Innenminister verbietet Kieler Hells Angels

Schleswig-Holstein verstärkt den Kampf gegen Rockerkriminalität. Nach dem Verbot der Hells Angels Flensburg und der Bandidos Neumünster im April 2010 hat Innenminister Klaus Schlie (CDU) den Verein Hells Angels MC Charter Kiel verboten. Der Rechtsstaat dulde keine „kriminellen Parallelgesellschaften“, sagte Schlie. Die entsprechende Verfügung sei den 25 meist in Kiel wohnenden Vereinsmitgliedern von Polizisten zugestellt worden. Damit sei der 1994 gegründete Verein mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

**Load-Date:** February 1, 2012

## Ungenutzte Potenziale; Es könnten deutlich mehr Frauen, Migranten und Senioren arbeiten

Die Welt

Freitag 19. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** SONDERTHEMEN; Ausg. 245

**Length:** 777 words

**Byline:** Alexandra Grossmann

**Highlight:** Allein 270.000 Mütter würden arbeiten, wenn die Betreuung ihrer Kinder gesichert wäre

## Body

---

Die deutsche Bevölkerung altert. Künftig stehen immer weniger Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Ausländische Fachkräfte ins Land zu holen, ist eine Möglichkeit, um für Entspannung zu sorgen. Eine weitere: Die vorhandenen Potenziale besser auszuschöpfen und vor allem Frauen, **Migranten** und Älteren Chancen für einen Ein- beziehungsweise Wiedereinstieg ins Berufsleben zu geben.

Das größte Potenzial sehen Experten bei Frauen. Zwar arbeiten nach Erhebungen mit 71,9 Prozent heute bereits mehr Frauen als früher. Auch im europäischen Durchschnitt, der bei 55 Prozent liegt, sind die Deutschen weit vorn. Doch könnten bei einer besseren Förderung nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) bis zu 2,1 Millionen Frauen zusätzlich Vollzeitarbeitsplätze aufnehmen.

Deren Hauptproblem ist noch immer die Kinderbetreuung. Würde diese deutlich ausgebaut werden, könnten nicht nur in Teilzeit arbeitende Mütter ihre Arbeitszeit wieder verlängern. Vor allem könnten Mütter, die wegen des Nachwuchses ganz zuhause bleiben, wieder ins Berufsleben einsteigen.

Laut IAB würden rund 270.000 Frauen gern arbeiten, wenn sie eine Betreuung für ihre Kinder hätten. „Frauen wollen arbeiten, aber es fehlt an Kita-Plätzen“, bestätigt Anja Huth, Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit. „Darum unterstützen wir zum Beispiel Unternehmen darin, Betriebskindergärten einzurichten. Zudem beraten wir Betriebe, wie sie Arbeitszeiten und Abläufe anders gestalten können, etwa mit Tele-Arbeitsplätzen“, sagt Huth. Man müsse einfach weg von der starren Vollzeit von acht bis 18 Uhr, so die Expertin. Eine Reihe von Mittelständlern wie die Außenwerbefirma Ströer oder das Esslinger Unternehmen Eberspächer, ein weltweit gefragter Spezialist für Angastechnik und Fahrzeugelektronik, haben deshalb bereits eigene Kitas gegründet.

Erheblichen Förderungsbedarf gibt es auch bei Menschen mit ausländischen Wurzeln: Viele dieser etwa 15,7 Millionen Menschen wurden zwar in Deutschland geboren und sprechen Deutsch als zweite Muttersprache. Etwa 50 Prozent sind im erwerbsfähigen Alter, dennoch ist die Arbeitslosigkeit bei ihnen mehr als doppelt so hoch wie bei

## Ugenutzte Potenziale Es könnten deutlich mehr Frauen, Migranten und Senioren arbeiten

Deutschen. Die Gründe sind zahlreich, zu ihnen zählen Vorurteile, durchschnittlich schlechtere Schulabschlüsse ebenso wie Sprachprobleme. „Die Agentur bietet unter anderem eine Sprachberatung an“, sagt Huth, „wir fördern spezielle Kurse, die auf die jeweiligen Fachsprachen bestimmter Berufsgruppen zugeschnitten sind.“ Zudem ginge die Agentur sehr stark in die Beratung auch mittelständischer Unternehmen: „Es ist heute wichtig, die Belegschaft innerhalb der Betriebe kulturell bunter zu gestalten, weil auch das Arbeitsumfeld immer bunter wird“, sagt Huth. Eine Heizungsfirma in einer größeren Stadt etwa sei gut beraten, einen türkischstämmigen Monteur zu beschäftigen, der gegebenenfalls türkische Familien betreuen könne.

Für Migranten sei vor allem die Anerkennung von Ausbildungs- und Berufsabschlüssen wichtig, so Huth. Rund drei Millionen Menschen betrifft dies nach Aussage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Die Behörde hat darum das Berufsqualifikationsportal [www.bq-portal.de](http://www.bq-portal.de) (<http://www.bq-portal.de>) eingerichtet, mit dem ausländische Berufsabschlüsse bewertet und eingeordnet werden können. „Wir wollen, dass Migranten einen möglichst guten Start in den deutschen Arbeitsmarkt bekommen“, so Huth: „Da wir hierzulande großen Wert auf qualifizierte Abschlüsse legen, soll belegt werden, was sie tatsächlich können.“

Ebenfalls nicht ausgeschöpft ist das Potenzial der Menschen, die älter als 50 Jahre sind. Das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) errechnete, dass die Arbeitslosenquote bei 55- bis 64-Jährigen 2010 bei knapp acht Prozent lag. Bis zu 1,2 Millionen zusätzlicher Fachkräfte in Vollzeit könnten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, wenn es gelänge, die sogenannte Generation 50 Plus besser zu integrieren, so das IZA. Denn ältere Mitarbeiter bringen Unternehmen eine Vielzahl von Vorteilen: Oft haben sie eine langjährige Berufserfahrung hinter sich und konnten sich dadurch ein umfangreiches Fachwissen aneignen, so dass sie oft auch flexibel in verschiedenen Arbeitsfeldern einsetzbar sind. Zudem bleiben Ältere länger im Unternehmen. Denn sie erhöhen ihre Karrierechancen nicht mehr, wenn sie den Arbeitsplatz wechseln.

Laut Huth von der Agentur für Arbeit findet derzeit ein Wandel statt: „Wir beobachten, dass ältere Menschen länger in Betrieben bleiben als noch vor einigen Jahren.“ Auch werde ihnen seltener gekündigt. „Offenbar haben Arbeitgeber erkannt, dass Ruhe und Erfahrung ebenso nützlich sein können wie der Elan der Jugend“, so Huth.

**Load-Date:** January 26, 2013

**Politik Kompakt; Zentralafrika: Französischer Militär-Einsatz hat begonnen**  
**++ Jemen: Deutschland führt Botschaft „im Notbetrieb“ ++ NS-Verbrechen:**  
**Angeklagter Ex-Wachmann verhandlungsunfähig ++ Zuwanderung: Kein**  
**Asylanspruch für Balkan-Flüchtlinge ++ Kriminalität: BKA-Chef Ziercke**  
**warnt vor Banden aus dem Osten ++ Russland: Neue Verfahren gegen**  
**Chodorkowski geplant**

Die Welt

Samstag 7. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 286

**Length:** 534 words

## **Body**

---

### Zentralafrika

#### Französischer Militär-Einsatz hat begonnen

In der Zentralafrikanischen Republik ist ein französischer Militäreinsatz angelaufen, für den Deutschland logistische Luftunterstützung angeboten hat. „Die Operation hat faktisch begonnen“, sagte Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian dem Hörfunksender RFI. In dem Land droht eine religiöse und ethnische Spaltung, nachdem muslimische Rebellen im März Präsident François Bozize gestürzt haben. Die Mission ist nach Mali der zweite französische Militäreinsatz in Afrika in diesem Jahr.

### Jemen

#### Deutschland führt Botschaft „im Notbetrieb“

Nach dem Tod zweier Deutscher bei einem Anschlag in Sanaa hat Berlin die Krisenstufe für den Jemen erhöht. Die Botschaft in der jemenitischen Hauptstadt werde „im Notbetrieb“ weitergeführt, Entwicklungshelfer der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) müssten den Jemen verlassen, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amts. Zuvor hatte sich al-Qaida zum Anschlag auf das Verteidigungsministerium bekannt, bei dem 52 Menschen getötet worden waren.

### NS-Verbrechen

#### Angeklagter Ex-Wachmann verhandlungsunfähig

Politik Kompakt Zentralafrika: Französischer Militär-Einsatz hat begonnen ++ Jemen: Deutschland führt  
Botschaft „im Notbetrieb“ ++ NS-Verbrechen: Angeklagter Ex....

Der angeklagte Ex-Wachmann des Konzentrationslagers Auschwitz, Hans Lipschis, ist verhandlungsunfähig. Deswegen komme der 94-Jährige auf freien Fuß, teilte das Landgericht Ellwangen mit. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Das Gericht habe „erhebliche Zweifel daran“, dass der Angeschuldigte angesichts einer beginnenden Demenz verhandlungsfähig sei. Lipschis sollte wegen Beihilfe zum hundertfachen Mord vor Gericht gestellt werden.

#### Zuwanderung

##### Kein Asylanspruch für Balkan-Flüchtlinge

Union und SPD haben im Koalitionsvertrag beschlossen, dass Flüchtlinge vom Westbalkan künftig keinen Anspruch mehr auf Asyl erhalten sollen. Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien sollen als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft werden. Ziel sei es, „aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können“. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) erklärte gegenüber der „Welt“: „Es ist eine kleine Erleichterung und eine kleine Beschleunigung.“

#### Kriminalität

##### BJA-Chef Ziercke warnt vor Banden aus dem Osten

Der Präsident des Bundeskriminalamtes (BJA), Jörg Ziercke, hat auf der Innenministerkonferenz in Osnabrück vor organisierter Kriminalität eurasisch-russischer Banden gewarnt. Nach Informationen der „Welt“ nannte Ziercke in seinem internen Bericht zur Sicherheitslage eine Zahl von 40.000 bis 50.000 eurasisch-russischen Tätern, die sich in Deutschland aufhielten. Es gebe inzwischen Einzeltäter und kleine Brigaden, die sich das Land in Aktionsgebiete aufgeteilt hätten.

#### Russland

##### Neue Verfahren gegen Chodorkowski geplant

Im Fall des seit zehn Jahren inhaftierten Kremlgegners Michail Chodorkowski hat die russische Justiz erstmals weitere geplante Verfahren angekündigt. Die Behörden prüften Strafsachen, einige könnten sich zu Verfahren entwickeln, sagte Vize-Generalstaatsanwalt Alexander Swjaginow laut Interfax. Mit einer Amnestierung durch Präsident Wladimir Putin in diesem Jahr rechnete er nicht. Chodorkowskis „planmäßige“ Freilassung ist für August 2014 vorgesehen.

**Load-Date:** December 7, 2013

## Massenansturm aus dem Osten bleibt aus; Seit Öffnung der Grenzen in der EU kamen vor allem Polen

Die Welt

Montag 6. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 104

**Length:** 777 words

**Byline:** Stefan Von Borstel

### Body

---

Der vielfach befürchtete Massenansturm von osteuropäischen Arbeitskräften auf den deutschen Arbeitsmarkt ist bislang ausgeblieben. In den zwei Jahren seit Öffnung der Grenzen am 1. Mai 2011 kamen per saldo 100.856 Zuwanderer aus den acht osteuropäischen Beitrittsländern nach Deutschland. Das geht aus dem Wanderungsmonitor des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hervor. Im gleichen Zeitraum (bis Februar 2013) stieg die Zahl der Beschäftigten aus Osteuropa nach einer Bilanz der Bundesagentur für Arbeit (BA) um 133.000 oder 59 Prozent auf rund 360.000. Der Anteil der osteuropäischen Beschäftigten lag damit gerade einmal bei 1,1 Prozent. Der weit überwiegende Teil kam nach BA-Angaben aus Polen.

Vor der Einführung der Freizügigkeit hatte es große Befürchtungen gegeben, Osteuropäer könnten in Massen auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hatte eine Netto-Zuwanderung von bis zu 140.000 Osteuropäern im Jahr vorhergesagt, andere Institute hatten gar eine Bugwelle von 800.000 Arbeitskräften in den ersten zwei Jahren nach der Freizügigkeit prophezeit. Gewerkschaften warnten, durch die Zuwanderer könnte sich der Druck auf die Löhne noch erhöhen. Als Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Ungarn und die drei baltischen Staaten 2004 in die Europäische Union aufgenommen wurden, nutzte Deutschland eine Sonderregelung und schottete seinen Arbeitsmarkt für die neuen EU-Mitglieder weitere sieben Jahre ab. Viele mobile Osteuropäer wanderten daraufhin in andere EU-Länder, die ihnen sofort Freizügigkeit gewährten. In Deutschland konnten sie im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit nur als Selbstständige arbeiten. So erklärt sich auch die Differenz zwischen Beschäftigten und Zuwandererzahlen: Viele Osteuropäer, die nach dem 1. Mai 2011 eine Beschäftigung aufnahmen, waren bereits zuvor nach Deutschland gezogen.

„Die frühere Zurückhaltung bei der Öffnung des Arbeitsmarktes hat dazu geführt, dass viele Menschen aus den neuen EU-Staaten zum Beispiel nach Großbritannien ausgewandert sind“, sagt auch Raimund Becker, der zuständige Vorstand der Bundesagentur für Arbeit. „Von dort bilden manche von ihnen Netzwerke mit der Heimat und holen Verwandte und Bekannte nach“, sagt Becker. „So haben sich Wanderungsströme entwickelt, von denen ein Teil an Deutschland vorbei führt.“ Im „Wettstreit um die klügsten Köpfe“ konkurrierte Deutschland mit anderen

Massenansturm aus dem Osten bleibt aus Seit Öffnung der Grenzen in der EU kamen vor allem Polen

Staaten. „Leider ist Deutschland im Ausland noch nicht bekannt dafür, Menschen mit offenen Armen zu empfangen“, bedauert Becker. „Daran müssen wir noch arbeiten.“

Bis zum Februar stieg die Zahl der Beschäftigten aus den acht europäischen Beitrittsstaaten gegenüber dem Vorjahr um 77.000 oder 27 Prozent. Noch stärker war das Plus bei Bulgaren und Rumänen mit 30 Prozent. Insgesamt arbeiteten 117.000 Bulgaren und Rumänen in Deutschland, obwohl die Freizügigkeit mit diesen beiden erst 2007 beigetretenen Ländern noch bis zum Jahresende beschränkt ist. Rumänen und Bulgaren brauchen in der Regel eine Arbeitsgenehmigung. Der Deutsche Städtetag hatte jüngst Alarm geschlagen: Etliche deutsche Großstädte seien mit den Armutsflüchtlings aus Südosteuropa überfordert.

Aber auch für Südeuropäer wird Deutschland immer attraktiver: In den vergangenen zwölf Monaten erhöhte sich die Beschäftigung von Personen aus den südeuropäischen Krisenstaaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien um 34.000 oder acht Prozent. Bei Spaniern und Griechen fiel der Anstieg mit 18 beziehungsweise elf Prozent am stärksten aus. „Es kann angenommen werden, dass zumindest ein Teil der gestiegenen Zuwanderung durch die Auswirkungen der EU-Schuldenkrise bedingt ist“, heißt es in der Analyse der Bundesagentur. Die Zahl der Beschäftigten aus Süd- und Osteuropa kletterte im Vergleich zum Vorjahr um 17 Prozent oder 138.000. Im Vergleich dazu erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in Deutschland insgesamt um 1,2 Prozent oder knapp 400.000. Jede dritte neue Stelle wird damit von einem Zuwanderer aus Süd- oder Osteuropa besetzt.

Migrationsexperten wie BA-Vorstand Becker warnen davor, allein auf Zuwanderer aus der Europäischen Union zu setzen. „Die anderen Staaten in Europa werden in den nächsten Jahren vor den gleichen demografischen Herausforderungen stehen wie wir.“ Daher müsse es auch eine Strategie für die gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten außerhalb der EU geben. Nach Schätzungen des IAB wird das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland bis zum Jahr 2035 um 5,4 Millionen schrumpfen - selbst bei einer Nettozuwanderung von 200.000 Menschen.

„Viele Menschen sind nach Großbritannien ausgewandert“ Raimund Becker, BA-Vorstand

## Graphic

---

Jutta Setzer

**Load-Date:** May 6, 2013

**Deutschland Kompakt I; Grüne: Kretschmanns Ratschläge kommen nicht gut an ++ Flüchtlinge: Hungerstreik am Brandenburger Tor eskaliert ++ Rente: 42 % ++ Zuwanderung: „Bildungsausländer“ am besten integriert ++ Sachsen-Anhalt: Landesrechnungshof klagt erstmals gegen Regierung ++ NRW: 6000 Euro Geldstrafe für Ex-Staatssekretärin**

Die Welt

Dienstag 15. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 240

**Length:** 587 words

## **Body**

---

Grüne

Kretschmanns Ratschläge kommen nicht gut an

Führende Grünen-Politiker im Bund und in der EU haben Kritik von Baden-Württembergs grünem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann am Kurs der Partei zurückgewiesen. Es sei falsch, wenn sich die Grünen auf den unterschiedlichen Ebenen gegenseitig Ratschläge erteilten, sagte Ex-Spitzenkandidat Jürgen Trittin in Berlin. Kretschmann hatte der Bundespartei im „Spiegel“ empfohlen, sich stärker auf das Stuttgarter Vorbild auszurichten. „Die Partei ist aus der Spur geraten“, sagte er. Die Fraktionschefin Renate Künast sagte: „Ich finde, wir sind auf der Spur.“ Die Grünen-Chefin im Europaparlament, Rebecca Harms, sagte: „Das Lernen aus der Niederlage kann nicht an Baden-Württemberg vorbeigehen.“

Flüchtlinge

Hungerstreik am Brandenburger Tor eskaliert

Die in einen Hungerstreik getretenen Flüchtlinge am Brandenburger Tor in Berlin nehmen seit Montag keine Flüssigkeit mehr zu sich. Bereits vier Personen mussten medizinisch versorgt werden, sagte Flüchtlingssprecher Brook Tadele. Die 28 Personen hatten am Mittwoch vergangener Woche den Hungerstreik begonnen, mit dem sie eine Anerkennung ihrer Asylanträge fordern. Im Juni hatten Flüchtlinge in München versucht, auf ähnliche Weise ihr Asyl zu erzwingen. Ihr Camp wurde von der Polizei geräumt, als Asylbewerber in Lebensgefahr gerieten.

Rente



Deutschland Kompakt I Grüne: Kretschmanns Ratschläge kommen nicht gut an ++ Flüchtlinge: Hungerstreik am Brandenburger Tor eskaliert ++ Rente: 42 % ++ Zuwanderu....

42 %

der Beschäftigten in Deutschland sehen ihrer Rente äußerst skeptisch entgegen: 42 Prozent glauben einer Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zufolge, dass ihre künftige Rente nicht zum Leben reichen werde. Dies seien vier Prozentpunkte mehr als 2012, teilte der DGB mit. Nur 18 Prozent der Beschäftigten glauben, dass ihre Rente gut oder sehr gut reichen werde. Der DGB forderte die neue Bundesregierung auf, „den Absturz der Rentenniveaus“ zu stoppen.

Zuwanderung

„Bildungsausländer“ am besten integriert

Zuwanderer, die in Deutschland studiert haben, gliedern sich besonders gut in den hiesigen Arbeitsmarkt ein. Diese sogenannten Bildungsausländer verfügten zudem überdurchschnittlich oft über ingenieurwissenschaftliche Abschlüsse und leisteten somit einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung, wie zwei in Köln vorgestellte Studien des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ergaben. Positiv auch: Von den „Bildungsausländern“, die zwischen 2001 und 2010 einen Abschluss gemacht haben, lebten 2011 noch 44 Prozent hier, deutlich mehr als bisher angenommen.

Sachsen-Anhalt

Landesrechnungshof klagt erstmals gegen Regierung

Erstmals in seiner Geschichte klagt der Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt gegen die Landesregierung. „Grund dafür ist die Weigerung, uns einen vollständigen Blick auf die öffentlichen Krankenhausinvestitionen werfen zu lassen“, sagte Rechnungshofpräsident Ralf Seibicke in Magdeburg. Es gebe einen prüfungsfreien Raum von mehr als einer halben Milliarde Euro. Hintergrund ist ein gesondertes Krankenhausinvestitionsprogramm für die östlichen Länder. Das Geld fließt auf ein Sonderkonto außerhalb des Landeshaushaltes. Gespräche bis hin zum Ministerpräsidenten hätten nichts gebracht.

NRW

6000 Euro Geldstrafe für Ex-Staatssekretärin

Das Amtsgericht Duisburg-Hamborn hat einen Strafbefehl gegen die entlassene nordrhein-westfälische Integrations-Staatssekretärin Zülfiye Kaykin erlassen. Sie muss demnach 30 Tagessätze à 200 Euro zahlen unter anderem wegen Beihilfe zum Betrug in ihrer früheren Beschäftigung als Geschäftsführerin einer Moschee-Begegnungsstätte. Sie kann innerhalb von zwei Wochen noch Einwände gegen die Strafe erheben.

**Load-Date:** October 15, 2013

## Deutschland ist Magnet für qualifizierte Zuwanderer; Studie: Demografischer Wandel abfederbar

Die Welt

Samstag 13. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 4; Ausg. 86

**Length:** 301 words

**Byline:** Freia Peters

### Body

---

Deutschland profitiert gerade in Zeiten der europäischen Schuldenkrise in Europa von der Zuwanderung. Deutschland sei zu einem „Magneten für gut qualifizierte Zuwanderer aus der EU“ geworden, schreibt der Sachverständigenrat der Deutschen Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in seinem Jahresgutachten 2013. Der Trend, dass vor allem Mittel- und Hochqualifizierte Deutschland verlassen und Geringqualifizierte zuwandern, konnte gestoppt werden.

Zwei Drittel aller Zuwanderer im ersten Halbjahr 2012 stammten aus der EU - und sie sind rund zehn Jahre jünger sowie besser qualifiziert als die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Jeder Fünfte (20,7 Prozent) der seit 2004 zugewanderten EU-Bürger (vornehmlich Polen, Tschechen, Ungarn) zwischen 25 und 44 Jahren hat einen Hochschulabschluss, ebenso 20,9 Prozent der Rumänen und Bulgaren. Bei den gleichaltrigen Deutschen liegt der Akademikeranteil bei 18,1 Prozent.

Zum ersten Mal seit 15 Jahren hat die Zuwanderung damit wieder ein Maß erreicht, das den demografischen Wandel abfedern kann. „Wir sind vom Auswanderungsland wieder zum Einwanderungsland geworden“, sagt SVR-Vorsitzende Christine Langenfeld. „Es entwickelt sich ein echter europäischer Arbeitsmarkt. Die EU-Freizügigkeit bewährt sich gerade in Zeiten der Staatsschuldenkrise.“

Zugleich forderte Langenfeld für die Zeit nach der Bundestagswahl ein eigenes Ministerium für Integration. Die Zuständigkeit für die Integrationspolitik müsse „aus dem Innenministerium abgezogen werden“, betonte die Rechtswissenschaftlerin. Insbesondere kritisierte sie, dass das bislang federführende Innenressort stets den „Sicherheitsaspekt“ in den Vordergrund gestellt habe. Stattdessen müsste ein eigenständiges Ministerium für Integration und Migration künftig einen stärkeren Akzent auf den Arbeitsmarkt setzen.

**Load-Date:** April 13, 2013



## **Bundespolizei fasst Scheich der Schleuser; Mehr als 300 Beamte gehen in 30 Orten gegen Bande vor. Offenbar organisierte ein Iraker die bezahlte Flucht von Syrern**

Die Welt

Mittwoch 5. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 8; Ausg. 128

**Length:** 1481 words

**Byline:** Florian Flade

### **Body**

---

Twistringen, das ist eine Kleinstadt mit gerade mal 12.000 Einwohnern südlich von Bremen, mitten in der norddeutschen Provinz. Felder, Wiesen, ein Kirchturm, drum herum Häuser, viele aus rotem Klinker und Fachwerk. Norddeutsches Kleinstadtidyll also. Es ist die Heimat von TV-Moderator Reinhold Beckmann. „Wo die Väter erdverbunden, schaffen mit der Söhne Kraft“, heißt es im Gedicht „Mein Twistringen“, das der Lehrer Franz Berger Anfang der 30er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts verfasste. „Wo der Fremde hergefunden, gern sich eine Heimat schafft.“

Seit Dienstagmorgen hat das mit dem „Fremden“ und der „Heimat“ eine ganz andere Bedeutung. Denn da rückte auf einmal die Staatsmacht an. Ohne Vorwarnung stürmten gegen 5:30 Uhr schwarz verummte, uniformierte Beamte einer Sondereinheit der Bundespolizei, ausgestattet mit kugelsicheren Westen und Schusswaffen, ein Haus im Ortskern. Sie waren auf der Suche nach dem „Scheich“.

Der gebürtige Iraker soll Kopf einer bundesweit operierenden Schleuserbande sein, die in den vergangenen Monaten offenbar dutzendfach syrische **Flüchtlinge** ins Land geschmuggelt hat. Mehrere Monate hatte die Bundespolizei gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft Verden ermittelt. Am Dienstagmorgen rückten schließlich mehr als 300 Beamte in mehreren Bundesländern gegen die Schleusermafia vor. An mehr als 30 Orten, vor allem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, kam es zu Razzien.

„Wir ermitteln gegen einen Schleuserring, der Menschen aus Syrien und dem Irak nach Deutschland gebracht hat“, bestätigte der Sprecher der Bundespolizei, Holger Jureczko, am Dienstag der „Welt“.

Die Aktion wirft ein Schlaglicht auf ein bislang kaum beachtetes Phänomen: das lukrative Geschäft mit Flüchtlingen aus Syrien. Der blutige Bürgerkrieg im Reich des Baschar al-Assad geht mit immer brutalerer Härte weiter. Und mit ihm das Leid der Zivilbevölkerung. Zehntausende Menschen sollen bei den Kämpfen zwischen Regierungstruppen

Bundespolizei fasst Scheich der Schleuser Mehr als 300 Beamte gehen in 30 Orten gegen Bande vor. Offenbar organisierte ein Iraker die bezahlte Flucht von Syrern

und oppositionellen Rebellen schon ums Leben gekommen sein. Hunderttausende Syrer befinden sich auf einer meist lebensgefährlichen Flucht. Und viele von ihnen zieht es nach Europa, auch nach Deutschland.

Der Mann, der mutmaßlich den Krieg in Syrien als Geschäftsmodell entdeckt hat, heißt Ammer Malo Mirza al-H. Er wurde im irakischen Singar geboren und lebt seit 2006 mit einer Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik, zuletzt im niedersächsischen Twistringen. Der 35-jährige ist Jeside, Angehöriger einer monotheistischen Religionsgemeinschaft, die vor allem in Syrien und dem Irak ansässig ist. In Deutschland sollen rund 60.000 Jesiden leben. Innerhalb der als sehr verschlossen geltenden Gemeinden hat al-H. den Rang eines Scheichs.

Die Bundespolizei hatte im Dezember 2012 erste Hinweise erhalten, wonach Al-H. der Kopf eines professionellen syrisch-irakischen Schleusernetzwerks sein soll. Er sei Anlaufstelle für Syrer, die Angehörige nach Deutschland holen wollen, hieß es.

Die Ermittler fanden heraus, dass al-H. mit zwei Brüdern offenbar eine Art „Reisebüro für Flüchtlinge“ betrieb. Das Trio soll sich selbst stets im Hintergrund gehalten haben. Sie seien zu erfahren, um sich direkt die Finger schmutzig zu machen. Für den Iraker al-H. und seine Brüder war zuletzt offenbar ein Netzwerk von rund 30 Helfern und Mittelsmännern im In- und Ausland tätig.

Ihr Angebot: raus aus Syrien, rein nach Deutschland. Die Reiserouten richteten sich nach der Summe, die Angehörige oder die Flüchtlinge selbst bereit waren zu zahlen.

Monatelang beobachtete die Bundespolizei das Treiben der Schleuserbande. Aus Sicht der Ermittler ergab sich schnell ein präzises Bild, wie die Schleusungen abliefen. So wollte beispielsweise eine in Deutschland lebende Jesiden-Familie Verwandte aus Syrien in die Bundesrepublik holen. Sie sprachen den Scheich und dessen Brüder an, baten um Hilfe. Dann wurde der Preis ausgehandelt. Das Minimum lag bei 4500 Euro pro Person. In Einzelfällen, so ermittelte die Bundespolizei, sollen bis zu 10.000 Euro bezahlt worden sein. Das Geld zahlten die Familien an einen Mann im ostwestfälischen Minden, der am Dienstag ebenfalls festgenommen wurde. Er soll der „Finanzchef“ der Schleuserbande sein, sprich der Banker.

Der Mann, dessen Herkunft nicht bekannt ist, betrieb in Minden eine Art Filiale für das sogenannte Hawala-Banking (arabisch für „überweisen“). Das Finanzwesen entstand vor Jahrhunderten und funktioniert nach einem simplen, aber erfolgreichen Prinzip: Irgendwo in der Welt wird mit einem Codewort und einem Empfängeramen Geld bei einem Banker, genannt Hawaladar, eingezahlt. Sofort kann eine andere Person an einem anderen Ort weit weg bei einem dortigen Hawaladar das Geld entgegennehmen. Es sind Finanztransaktionen vorbei an jeder Finanzaufsicht, basierend auf dem Vertrauen der Hawala-Banker. Und in Deutschland verboten.

Im Fall der jesidischen Schleuserrings bezahlte der Mindener Hawala-Banker von einem Teil des eingezahlten Betrags die Mittelsmänner und Helfer in Drittländern. Diese mieteten Autos an, besorgten gefälschte Ausweispapiere oder wurden für die eigentliche Schleusung gebraucht. In Einzelfällen sollen Angehörige den Geschleusten ihre Papiere überlassen haben.

Die Reise führte die syrischen Flüchtlinge in der Regel auf dem Landweg über die türkische Grenze oder auf dem Seeweg nach Griechenland. Letzteres war der günstigere, aber auch gefährlichere Weg. Die eingesetzten Boote waren oft zu klein und veraltet. Bei der Überfahrt gab es dem Vernehmen nach Tote.

In Italien erreichten geschleuste Flüchtlinge zunächst die Küstenstädte, wurden dann weiter in den Norden des Landes transportiert. Ein beliebter Sammelort war und ist Mailand. Von hier aus führt die nächste Etappe meist per Auto nach Deutschland. In einigen Fällen konnten die Ermittler beobachten, wie Verwandte aus Deutschland die Syrer in Italien abholten. Immer dabei: ein Mitglied der Schleuser-Mafia um al-H.

Sobald die Flüchtlinge in der Bundesrepublik waren, versuchten die Schleuser mit allen möglichen Tricks, aus dem illegalen Aufenthalt einen legalen zu machen. Das Ziel sei immer gewesen, so heißt es aus Kreisen der Behörden, die geschleusten Flüchtlinge am Wunschort in das Asylverfahren zu bringen.

Bundespolizei fasst Scheich der Schleuser Mehr als 300 Beamte gehen in 30 Orten gegen Bande vor. Offenbar organisierte ein Iraker die bezahlte Flucht von Syrern

Zwischen 80 und 100 Syrern sollen Scheich Ammer al-H. und sein Netzwerk auf diese Weise in den vergangenen Monaten nach Deutschland gebracht haben. Darunter waren offenbar auch zahlreiche Minderjährige.

Ob die Flüchtlinge in Deutschland in die Schwarzarbeit vermittelt oder gar gezwungen wurden, etwaige Schulden abzarbeiten, ist unklar. Andere Schleuserbanden, das steht fest, haben sich darauf spezialisiert, die Asylanten als Arbeitssklaven zu missbrauchen. Sie zwingen die Männer und Frauen, die angeblichen Kosten für die Aktion abzarbeiten - unter teils unmenschlichen Bedingungen auf Baustellen, im Bordell oder auf dem Straßenstrich. In Ermittlerkreisen heißt diese Art der Sklavenbeschaffung etwas zynisch „Intelligentes Schleusen“.

Das Risiko für die Flüchtlinge, bereits auf ihrem Weg nach Deutschland aufgegriffen zu werden, ist inzwischen sehr hoch. Grund dafür sind auch die verschärften Asylgesetze innerhalb der Europäischen Union. Wird beispielsweise ein Flüchtling in Italien registriert, dann muss er gemäß der sogenannten Dublin-II-Verordnung dort auch Asyl beantragen. Um das sicherzustellen, muss die Person mit Fingerabdrücken und Foto erfasst und in eine europaweite Datenbank aufgenommen werden. Sollte der Flüchtling anschließend in einem anderen Land, etwa Deutschland, auftauchen, können Polizeibeamte innerhalb kürzester Zeit feststellen, dass bereits Asyl in Italien beantragt wurde. Deutschland als Asylland fällt somit aus.

Das Netzwerk von Scheich al-H. wusste um diese Maßnahmen. Deshalb boten die Schleuser den syrischen Flüchtlingen an, deren Fingerkuppen abschleifen lassen. So sollte verhindert werden, dass ihre Fingerabdrücke in Deutschland erfasst werden können. Der Preis für die äußerst schmerzhafteste Prozedur betrug dem Vernehmen nach mehrere Hundert Euro. Mit zweifelhaftem Ergebnis: Denn die sogenannten Papillarlinien der Fingerkuppen wachsen in identischer Form wieder nach. Einige Flüchtlinge gingen wohl dennoch auf das Angebot ein, mindestens zwei Syrern sollen tatsächlich die Fingerkuppen mit Werkzeugen abgeschliffen worden sein.

Wie viele Flüchtlinge durch die Schleuserbande um Ammer Malo Mirza al-H. tatsächlich in die Bundesrepublik gebracht wurden, ist unklar. Auch die Frage, wie viele Flüchtlinge die Strapazen der Schleusung womöglich mit ihrem Leben bezahlten, können die Ermittler nicht eindeutig beantworten. Die Gewalt im eigenen Land, die Hoffnung auf ein besseres Leben in Sicherheit und Frieden, sie wird weiterhin Tausende Syrern aus ihrer Heimat in Richtung Westeuropa ziehen lassen. Und so in die Hände skrupelloser Schleuserbanden.

„Diese Menschen sind aus juristischer Sicht illegal hier“, sagt ein Fahnder. „Letztendlich aber sind sie Opfer.“

## Graphic

---

Christian Burkert

Razzia im Morgengrauen: Im niedersächsischen Twistringen durchsuchen die Beamten das unscheinbare Haus des mutmaßlichen Organisators des Schlepperrings

dpa/Florian Kater

Polizisten führen nach der Razzia in Twistringen den mutmaßlichen Organisator des Schlepperrings ab. Ein weiterer Verdächtiger wurde in Minden festgenommen

Jörn Baumgarten

\*\*

Florian Kater

Bundespolizei fasst Scheich der Schleuser Mehr als 300 Beamte gehen in 30 Orten gegen Bande vor. Offenbar organisierte ein Iraker die bezahlte Flucht von Syrern

**Load-Date:** June 5, 2013

---

End of Document

**Politik Kompakt; Verkehr: Alternative Autobahnstrecke zur A 2 im Gespräch**  
**++ Asylpolitik: Flüchtlinge planen Protestmarsch nach Berlin ++**  
**Entwicklung: Niebel reist zu eintägigem Kurzbesuch nach Mali ++ Slowakei:**  
**Doktor für EU-Kommissar aus Gefälligkeit? ++ USA: Washington hilft**  
**Vietnam bei Beseitigung von Umweltgift**

Die Welt

Freitag 10. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 186

**Length:** 630 words

## **Body**

---

### Verkehr

#### Alternative Autobahnstrecke zur A 2 im Gespräch

Zur Entlastung der vielbefahrenen Ost-West-Verbindung A 2 erwägt Niedersachsen den Bau einer alternativen Autobahnstrecke. Es gebe Überlegungen, die A 39 vom Autobahndreieck Salzgitter in Richtung Nordrhein-Westfalen über Holzminden zur A 44 zu verlängern, sagte ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums in Hannover. Angedacht sei zur A-2-Entlastung auch der Ausbau der Bundesstraße 65 von Hannover nach Minden sowie der B 188 von Wolfsburg in Richtung Berlin.

### Asylpolitik

#### Flüchtlinge planen Protestmarsch nach Berlin

Die derzeit in mehreren deutschen Städten protestierenden Flüchtlinge planen für Anfang September einen gemeinsamen Protestmarsch nach Berlin. Am 8. September sollen die Flüchtlinge von Würzburg aus aufbrechen, heißt es in einer Mitteilung des „Koordinationskomitees der protestierenden Flüchtlinge in Deutschland“. Die Flüchtlingsproteste hatten Mitte März in Würzburg begonnen und sich auf mehrere Städte ausgeweitet. Die Flüchtlinge wollen eine schnellere Bearbeitung ihrer Asylanträge sowie für die Abschaffung des Arbeitsverbots, der Essenspakete und der Residenzpflicht.

### Entwicklung

#### Niebel reist zu eintägigem Kurzbesuch nach Mali



Politik Kompakt Verkehr: Alternative Autobahnstrecke zur A 2 im Gespräch ++ Asylpolitik: Flüchtlinge planen Protestmarsch nach Berlin ++ Entwicklung: Niebel rei....

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) ist im Zuge seiner Westafrikareise zu einem Besuch im von einer politischen Krise erschütterten Mali eingetroffen. Nach seiner Ankunft in der Hauptstadt Bamako besuchte Niebel Entwicklungsprojekte, anschließend waren Treffen mit dem Übergangspräsidenten, dem Übergangsregierungschef und dem Außenminister geplant. Der Minister bezeichnete die humanitäre Lage im Norden Malis, der vor mehreren Monaten in die Hände bewaffneter Islamistengruppen gefallen war, als „unerträglich und inakzeptabel“. Oberste Priorität der Übergangsregierung müsse es sein, die Kontrolle über den Norden wiederherzustellen.

Slowakei

Doktor für EU-Kommissar aus Gefälligkeit?

Der erste slowakische EU-Kommissar Jan Figel soll seinen Dokortitel zu Unrecht führen. „Aufgrund von Medienveröffentlichungen haben wir den Eindruck, dass es da einen großen Fehltritt gab“, sagte ein Sprecher des Bildungsministeriums. Das Ministerium in Bratislava habe eine Überprüfung eingeleitet. Die Tageszeitung „Sme“ hatte zuvor berichtet, Figel habe 2007 neben seiner Tätigkeit als EU-Kommissar für Bildung eine methodisch und rechtlich zweifelhafte Dissertation vorgelegt. Eine von einem Freund geleitete Privathochschule in Bratislava habe ihm aus Gefälligkeit den Dokortitel verliehen. Figel habe seine Dissertation auch nicht allein verfasst, sondern eine zuvor mit anderen Autoren und Regierungsbeamten gemeinsam veröffentlichte politische Broschüre nochmals verwendet, ohne die Mitautoren zu nennen. Hochschulrektor Vladimír Krčmery räumte gegenüber „Sme“ bereits am Mittwoch ein, für die kleine Privathochschule sei es eben „eine Prestigeangelegenheit“ gewesen, den damaligen EU-Kommissar für Bildung (2004-2009) als Doktoranden präsentieren zu können. Nach Auskunft des Bildungsministeriums droht der Hochschule eine existenzbedrohende Strafe.

USA

Washington hilft Vietnam bei Beseitigung von Umweltgift

Die USA beteiligen sich erstmals seit Ende des Vietnam-Krieges vor 37 Jahren an der Beseitigung von Umweltschäden durch das von ihnen eingesetzte Entlaubungsmittel „Agent Orange“. Am Flughafen Danang in einer Tourismusregion am Südchinesischen Meer begannen umfangreiche Arbeiten, um das Erdreich von dem dioxinhaltigen Mittel zu dekontaminieren. Während des Krieges bis 1975 lagerten die US-Streitkräfte in Danang „Agent Orange“-Vorräte. Über die Urwälder des Landes sprühten Flugzeuge rund 45,5 Millionen Liter des hochgiftigen Mittels ab. Die Militärs wollten damit Nachschubwege der kommunistischen Vietcong unter dem dichten Blätterdach des Dschungels aufdecken.

**Load-Date:** December 9, 2012

**Flüchtlingspolitik treibt Schwarz-Grün auseinander; Grüne Spitzenpolitiker werfen der Union Unmenschlichkeit vor. Sucht die Öko-Partei einen Ausweg, die Sondierung platzen zu lassen?**

Die Welt

Donnerstag 10. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 4; Ausg. 236

**Length:** 916 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Claudia Kade

Thomas Vitzthum

## **Body**

---

Streng blickt Katrin Göring-Eckardt in die Kameras. Es ist ihr erster großer Presseauftritt als frisch gewählte Grünen-Fraktionschefin - und der letzte, bevor am heutigen Donnerstag die Sondierungsgespräche mit der Union über die Chancen für eine schwarz-grüne Koalition beginnen. Und Göring-Eckardt zeigt sich als unnachgiebige Unterhändlerin ihrer Partei: „Die Rhetorik der angeblichen Überforderung angesichts der furchtbaren Katastrophe vor Lampedusa können und wollen wir nicht akzeptieren“, sagt sie. „Mehr Hilfe für Bootsflüchtlinge muss kommen. Das machen wir sehr deutlich, auch mit Blick übrigens auf die Sondierungsgespräche.“

Das **Flüchtlingsdrama** vor der italienischen Mittelmeerinsel mit bislang weit mehr als 200 Toten berührt ur-grüne Kernthemen: Mehr Rechte für **Flüchtlinge**, Lockerung des **Asylrechts** - auf all das pochen die Grünen seit jeher mit Leidenschaft. So weit, so bekannt. Aber kurz vor dem Spitzentreffen mit CDU und CSU haben die Grünen das **Flüchtlingsstema** mit neuer Bedeutung aufgeladen. Es taugt nun nicht nur zur Abgrenzung und zur Profilierung, es könnte auch die Folie liefern, vor der ein Scheitern der Sondierungsgespräche vor allem für die eigenen Anhänger plausibel gemacht werden kann.

Denn die Grünen sind derzeit so mit dem Umbau ihrer Führungsspitze, der inhaltlichen Neuorientierung nach der Wahlschlappe und mit Vorbeugearbeit zur Verhinderung eines Richtungsstreits beschäftigt, dass das Interesse der meisten Spitzenpolitiker am Wagnis einer ersten schwarz-grünen Regierung im Bund begrenzt ist. Da sich die Grünen nach der Niederlage mit einem Wahlprogramm voller Steuererhöhungen wieder auf ihre Kernthemen

Flüchtlingspolitik treibt Schwarz-Grün auseinander Grüne Spitzenpolitiker werfen der Union Unmenschlichkeit vor. Sucht die Öko-Partei einen Ausweg, die Sondieru....

besinnen wollen, ist Göring-Eckardts Strategie naheliegend: Sie erklärt die Flüchtlingsfrage zur Nagelprobe für Schwarz-Grün.

Steuern, Betreuungsgeld und Euro-Krise - gewichtige Wahlkampfthemen der Grünen - spricht sie jedenfalls nicht mehr von sich aus an, als sie bei ihrem Auftritt nach ihren Bedingungen an die Union gefragt wird. Es geht um den Markenkern: Ökologie, Gerechtigkeit, Flüchtlinge - und da besonders Lampedusa. Die Grünen-Kritik konzentriert sich auf Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), der sich gegen einen neuen europäischen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge gewandt hat. „Eine ernsthafte Zusammenarbeit kann man sich nur vorstellen, wenn hier sich entscheidend etwas ändert“, sagt Göring-Eckardt. „Die Rhetorik vom vollen Boot hat nichts, aber auch gar nichts mit unserer Vorstellung von humaner Flüchtlingspolitik zu tun.“

In der Union werden die scharfen Töne als taktisches Manöver gewertet. „Vor allem die Wortwahl der Grünen zeigt, dass viele Spitzenleute auf Konfrontation setzen und nicht auf Gemeinsamkeiten“, sagt der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach der „Welt“. „Dies zeigt, dass es bei den Grünen sehr viele gibt, die überhaupt nicht daran denken, zusammen mit der Union Regierungsverantwortung für Deutschland zu übernehmen.“ Bosbach weist die Angriffe zurück: „Die Kritik ist sachlich ungerechtfertigt und in einem hohen Maße polemisch, weil die Grünen nicht mitteilen, wie die Zuwanderungsregeln ganz konkret geändert werden müssten.“

Die Entrüstung der Union hat auch damit zu tun, dass sie in den vergangenen Jahren eine Läuterung erfahren hat. Die Zeiten, als ein Roland Koch Unterschriften gegen den Doppelpass sammelte, sind vorbei. Übrig geblieben sind Rudimente vergangener Ausländerpolitik wie die Verteidigung der Optionspflicht, die junge Menschen zwingt, sich für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Im Wahlkampf verzichtete die Union sogar gänzlich auf das Thema. Auch das Pochen darauf, dass es keine Zuwanderung in die Sozialsysteme geben darf, ist mehr ein rhetorisches Motiv. In die Öffentlichkeit will die Union anderes tragen. Etwa den Einsatz ihres Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU) für weltweit verfolgte Christen und dessen Forderung, dass man sie natürlich in Deutschland aufnehmen müsse.

Selbst die CSU hat sich gewandelt. Parteichef Horst Seehofer hat vor der Wahl nicht etwa vor den Gefahren durch Überfremdung gewarnt, sondern die jungen arbeitslosen Europäer in der „Welt am Sonntag“ aufgefordert, nach Bayern zu kommen und sich am besten gleich Dirndl und Lederhose zu kaufen. Spätestens nach dem Hungerstreik von Asylbewerbern am Münchner Rindermarkt im Juni wurde der CSU klar, dass die alten Zeiten vorbei sind. Der Halbsatz, wonach die Unterbringung der Asylbewerber darauf ausgerichtet sein müsse, „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland zu fördern“, wurde aus Bayerns Asylrecht gestrichen. Faktisch war die Asylpolitik schon länger weniger inhuman, als sie scheinen wollte.

Die Partei des Bundesinnenministers weist die Kritik der Grünen denn auch zurück. „Deutschland wird seiner humanitären Verantwortung gerecht und ist gegenüber seinen europäischen Nachbarn solidarisch. Wer anderes sagt, verdreht die Realität“, sagt die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, der „Welt“. Minister Friedrich habe mehrfach gegenüber der EU-Kommission die Einberufung einer europäischen Flüchtlingskonferenz eingefordert: „Es braucht ein gemeinsames Vorgehen bei der Aufnahme von Flüchtlingen“, so Hasselfeldt. Eines müsse aber klar sein: „Es kann nicht Aufgabe Deutschlands oder der EU sein, alle Menschen aufzunehmen, denen es nicht so gut geht wie den Menschen hier.“

Ziel müsse es sein, „die Fluchtgründe in den Heimatländern abzubauen und Perspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen“. Das klingt dann sogar fast wieder wie bei den Grünen.

## Graphic

---

Flüchtlingspolitik treibt Schwarz-Grün auseinander Grüne Spitzenpolitiker werfen der Union Unmenschlichkeit vor. Sucht die Öko-Partei einen Ausweg, die Sondieru....

Die Neuen: die grüne parlamentarische Geschäftsführerin Britta Haßelmann und der Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter

Wolfgang Kumm

**Load-Date:** October 10, 2013

---

End of Document

**Bildung Kompakt; Arbeitsmarkt: Zuwanderer mit hohem Bildungsniveau ++  
Universität St. Gallen: Akademikerinnen bereiten sich auf Berufsrückkehr  
vor ++ Universität Göttingen: Neue Masterstudiengänge in Steuern und  
Statistik**

Die Welt

Samstag 23. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FINANZEN; Kompakt; S. 21; Ausg. 70

**Length:** 268 words

## Body

---

Arbeitsmarkt

Zuwanderer mit hohem Bildungsniveau

Neuzuwanderer aus Nicht-EU-Staaten integrieren sich zunehmend schnell in den deutschen Arbeitsmarkt: Jeder dritte **Migrant**, der 2010 und 2011 aus einem Drittland nach Deutschland kam, hatte spätestens zwölf Monate nach seiner Einreise eine Erwerbstätigkeit angenommen, wie eine am Freitag veröffentlichte Untersuchung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) und des Statistischen Bundesamts ergab. Noch Mitte der 90er-Jahre galt dies nur für jeden sechsten **Migranten** aus einen Nicht-EU-Staat.

Universität St. Gallen

Akademikerinnen bereiten sich auf Berufsrückkehr vor

Eine Management-Weiterbildung der Universität St. Gallen bereitet Frauen auf den Wiedereinstieg in den Beruf vor. Das Programm gibt Teilnehmerinnen, die etwa aufgrund der Familienphase seit Jahren nicht berufstätig waren, Einblicke in neue Entwicklungen von Konzern-Strukturen. Ebenso richtet es sich das an Frauen, die in Teilzeitarbeit unter ihrer Qualifikation bleiben. Das Ziel des Kurses ist, die Teilnehmerinnen bei der Rückkehr in den Beruf oder dem Wechsel an eine passende Stelle zu unterstützen. Die Kursgebühr beträgt 24.000 Franken (rund 19.000 Euro), Stipendien sind auf Anfrage möglich. Anmeldungen für den Kurs nimmt die Universität bis Mai entgegen.

Universität Göttingen

Neue Masterstudiengänge in Steuern und Statistik

Bildung Kompakt Arbeitsmarkt: Zuwanderer mit hohem Bildungsniveau ++ Universität St. Gallen:  
Akademikerinnen bereiten sich auf Berufsrückkehr vor ++ Universität....

Die Universität Göttingen hat im Wintersemester 2013/2014 zwei neue Masterstudiengänge im Angebot. Steuerlehre und angewandte Statistik dauern jeweils vier Semester, ein Bachelor ist erforderlich. Bewerbungsschluss ist für beide Studiengänge der 15. Mai.

**Load-Date:** March 23, 2013

---

End of Document

**„Islamophobie? Ein Gag!"; Gerade erhielt sie den Axel-Springer-Ehrenpreis für ihren Mut: Ein Gespräch mit der Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali**

Die Welt

Samstag 12. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** KULTUR; S. 25; Ausg. 111

**Length:** 1536 words

**Byline:** Andrea Seibel

## Body

---

Am Donnerstagabend erhielt die Islamkritikerin und Publizistin Ayaan Hirsi Ali den Freiheitspreis des Verlags Axel Springer, den ihr Verlegerin Friede Springer in Berlin überreichte; die Verleihung fand im Rahmen des Axel-Springer-Preises statt, der als wichtigste Auszeichnung für Nachwuchsjournalisten im deutschsprachigen Raum gilt. Ali, deren Familie sie genital verstümmeln ließ und zwangsverheiraten wollte, war einst aus Somalia geflohen und hatte in den Niederlanden nicht nur Asyl gefunden, sondern auch Heimat. Als Parlamentsabgeordnete kritisierte sie den laschen Umgang der Politik mit integrationsunwilligen Muslimen und erhielt Morddrohungen. Die Stimmung drehte sich gegen sie, weil man ihr vorwarf, bei den eigenen Einwanderungsangaben geschummelt zu haben. 2006 ging sie nach Amerika ans konservative Free Enterprise Institute. Die so fragile wie furchtlose Frau ist mit dem britischen Historiker Niall Ferguson verheiratet. Er brachte ihr kurz vor der Preisverleihung ihr kleines Schwarzes samt High Heels. Sie lachte und sagte: „Thank you, darling sweet.“ Man denkt an Leonhard Cohens „She called it love, I called it service“.

Die Welt:

Gerade las ich erneut das „Manifest der 12“, in dem Sie 2006 gemeinsam mit Bernard-Henri Lévy, Salman Rushdie und Irshad Manji den Islamismus als neuen Totalitarismus bezeichneten. Und heute?

Ayaan Hirsi Ali:

Die Islamisten übernehmen die Macht im Mittleren Osten, das hat sich geändert! Es ist sehr traurig, dass sie die Wahlen in Tunesien und Ägypten gewonnen haben, dass sie Libyen kontrollieren. Die schlechten Nachrichten kriegt man schnell zusammen, und die guten? Immerhin: Menschen sind aufgestanden gegen die Diktatoren. Zwar wählen sie die Islamisten, aber es ist ihre Wahl, und mit den Konsequenzen müssen sie leben und können nicht mehr die Juden oder Amerika zum Sündenbock machen. Sie allein haben sich das eingebrockt.

„Islamophobie? Ein Gag!“ Gerade erhielt sie den Axel-Springer-Ehrenpreis für ihren Mut: Ein Gespräch mit der Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali

Sie haben in den Niederlanden ein modernes Märchen erlebt, von der Asylantin zur Parlamentarierin. Und dann einen tiefen Fall. Waren Sie zu radikal, zu anstrengend?

Mein Leben ist durchaus kein Märchen gewesen. 2001, nach dem 11. September, war auch die Wahrnehmung von Multikulti in den Niederlanden gebrochen. Damals fragte man mich, warum ich als Muslima, die erst zehn Jahre im Land war, assimilierter schien als viele andere Muslime selbst nach zwei Generationen. Darauf wollte ich nicht nur intellektuell antworten, sondern meine Identität war darin verwoben. Daraus erklärt sich der Rest der Geschichte. Heute führe ich ein ruhiges Leben und habe meine Privatsphäre.

Integration ist und bleibt ein Kraftakt. Stehen die Dinge heute besser?

Beide Seiten, die Einwanderungsgesellschaft und der Migrant, haben ein völlig anderes Bild davon, wie Gesellschaft aussehen soll und was der eigene Beitrag dazu ist. Allzu lange haben die Einwanderergesellschaften die Neuankömmlinge im Glauben gelassen, dass Sozialhilfe in Ordnung wäre, die eigene Kultur und Religion auch. Und dann auf einmal legt man den Hebel um und sagt: Tut uns leid, so nicht. Ihr habt etwas dafür zu tun. Das führt zu Verwirrung, und so kommt es, dass islamistische Gruppen jenen einfachen Migranten zuflüstern: Integriert euch nicht, das sind Ungläubige! Alles wird lauter, erregter, natürlich auch auf Seiten der rechten Populisten, die gar keine Immigranten wollen. Aber soll man ihretwegen nicht Probleme benennen dürfen? Das Schweigen ist jedenfalls gebrochen. Ich hoffe, dass jetzt endlich mehr Offenheit herrscht und wirkliche Integration möglich ist.

Hoffnung aus Ihrem Munde zu hören ist besonders schön.

Multikulturalismus in dieser Form der Ignoranz hat nicht funktioniert. Angela Merkel und viele andere Staatsmänner Europas haben das erkannt. Das ist gut.

Sie haben immer Ihr Recht verteidigt, zu provozieren, auch zu verletzen. Gibt es Grenzen?

Aber ja. Wenn man zur Gewalt aufruft. Tue ich das? Ich bin eine Frau des Wortes, ich will leben, nicht sterben. Nicht aber die Dschihadisten, sie gehen an den Körper, sie wollen den Geist, der frei denkt, physisch vernichten. Die freie Rede ist ein kostbares Gut. In Europa hat man sich sehr damit befasst, und es gibt klare Grenzen in Verfassungen. Mehr Einschränkungen braucht es nicht.

Was sagen Sie, wenn man Sie eine Islamophobe nennt, eine Fundamentalistin der Aufklärung?

Mich nervt das einfach. Ich kann nur sagen: Aufklärung kann niemals fundamentalistisch sein. Ihr Wesenskern ist kritisches Denken, und das ist dynamisch. Ich hinterfrage, was du denkst, und du tust das Gleiche. Und nun zur Islamophobie, dem größten Schwachsinn unserer Zeit! Es gibt sie nicht. Es gibt vielleicht Christophobie, denn Christen werden weltweit verfolgt. Aber Islamophobie? Ein PR-Gag der Islamisten im Westen, um den Gesellschaften Schuldgefühle einzupflanzen. Islam wird psychologisch auf die gleiche Stufe gestellt wie Ethnie oder sexuelle Orientierung. Paradox: Eine Religion wie der Islam, bigott gegen Frauen, Ungläubige, Homosexuelle, stilisiert sich selbst zum Opfer!

Für Sie ist Multikulturalismus gescheitert. Wie sollte ein besseres Zusammenleben aussehen, oder denken Sie, besonders Muslime seien nicht integrationsfähig?

Viele Muslime sind in der Tat integriert, das ist eine gute Nachricht. Aber eben nicht die Mehrheit, sonst würden wir nicht hier sitzen. Es werden wegen der Umwälzungen in Nordafrika noch mehr Muslime kommen. Gehen Sie nach Lampedusa, das ist eine Insel der Flüchtlinge geworden, die nach Europa wollen. Wir müssen uns dem stellen: Nur wer einen Eid ablegt, wie jenen in Amerika, unsere Werte zu akzeptieren, also die Freiheit des Individuums und die Gleichheit von Mann und Frau, der Respekt des Eigentums, unsere westliche Minima Moralia, nur die dürfen herein. Und jene, die schon hier sind: eine Rückweisung des politischen Islam wie auch kultureller Praktiken, die anderen Individuen Schaden zufügen. Ich meine Zwangsbeschneidungen, Zwangsheirat, „Ehrenmord“. Das beschädigt Individuen.

Hat Amerika Ihnen Freiräume gegeben, die Sie in Europa nicht kannten?



„Islamophobie? Ein Gag!“ Gerade erhielt sie den Axel-Springer-Ehrenpreis für ihren Mut: Ein Gespräch mit der Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali

In den Niederlanden erreichte ich einen Punkt, wo niemand mehr neben mir wohnen wollte. Selbst die Nachbarn gingen vor Gericht, weil sie ihre Immobilie durch meinen Sicherheitsschutz entwertet sahen. Furchtbar!

2005 wählte das „Time Magazine“ Sie zu den 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt. 2006 wurden Sie zur Europäerin des Jahres. Es ist ruhiger geworden um Sie.

Wie messen Sie Einfluss? Manchmal schreibe ich Artikel, die eine große Resonanz haben. Mir reicht das. Freiheit des Ausdrucks, keine parteipolitischen Rücksichtnahmen, Anregungen zu geben.

War der Krieg gegen den Terrorismus umsonst? Irak, Afghanistan, Pakistan - vergebliche Mühe?

Nein, immerhin gab es Wahlen im Irak und in Afghanistan. Ein Hauch von Demokratie weht durch diese Länder. Ich finde dennoch bedauerlich, dass die Amerikaner gehen, besonders aus Afghanistan. Sie haben den falschen Krieg geführt und den Krieg der Ideologie des Islam und von al-Qaida nicht beantwortet. Der Westen sagt immer noch, der Islam sei eine Religion des Friedens und habe nichts mit Gewalt zu tun. Das geht aber so nicht.

Was hat Ihren Freiheitsdrang inmitten einer traditionellen Familie erweckt: Kinderbücher der Britin Enid Blyton? Mutter und Großmutter konnten nicht lesen.

Meine Welt öffnete sich durch Lesen. Ich glaube felsenfest, besonders für Mädchen sind Lesen und Schreiben erste Schritte zur Emanzipation. Man transzendiert die Armut.

Wieso sind Menschen, die im Westen studieren und mit seinen Werten in Berührung kommen, so verstockt? Ich denke an Pol Pot, der in Paris studierte, Assad in London Medizin.

Welche Erziehung? Sie bekommen eine Ausbildung in Ökonomie, Ingenieurwissenschaften, Physik, aber nicht in Humanität und Freiheit des Individuums. Das verstehen sie nicht.

Sie erleben etwas, das Ihr Leben mehr ändern könnte als manches andere: Sie sind mit über vierzig Jahren Mutter geworden.

Wenn man Mutter wird, muss man sich um ein anderes hilfloses Lebewesen kümmern. Ich bin einerseits glücklich und unglaublich müde.

Ihr Mann, der Historiker Niall Ferguson, ist stolz, mit einer Feministin zusammen zu sein. Das sagt auch nicht jeder Mann.

Das hat er gesagt? Freut mich.

Der „arabische Frühling“ verblasst. Welchem muslimischen Land wird Demokratisierung und Modernisierung am ehesten gelingen?

Einige der Länder werden getestet. Der Iran ist verrückterweise nicht nur ein Land, das mit seinem Atompoker einen Weltkrieg auslösen könnte, sondern auch ein Land der Hoffnung. Die Gesellschaft will die Mullahs weg haben. Sie haben sie satt. Scharia und all das. Also zeigt sich doch, dass die menschliche Erfahrung der mächtigste Lernmechanismus ist.

In Ihrem letzten Buch haben Sie einen Brief an Ihre ungeborene Tochter veröffentlicht. Nun ist es ein Junge geworden. Er heißt Thomas, nach wem benannt? Jefferson, von Aquin?

Es ehrt mich, dass Sie diese großen Namen nennen. Aber er ist einfach nach Nialls Großvater mütterlicherseits benannt. Er förderte seinen Enkel, er inspirierte ihn, zu lesen, Worte zu lieben, die Geschichte zu ergründen.

Vorbild sein wollen Sie nicht, Sie sagen aber, man müsse an einem „Baum rütteln“. Was ist abgefallen?

Dummheit.

„Islamophobie? Ein Gag!“ Gerade erhielt sie den Axel-Springer-Ehrenpreis für ihren Mut: Ein Gespräch mit der Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali

„Es gab einen Punkt, wo niemand mehr neben mir wohnen wollte“

„Islamophob? Das ist ein PR-Gag“

## Graphic

---

M. Lengemann

Ayaan Hirsi Ali ist 42 Jahre alt. In einem ihrer Bücher bezeichnete sie sich als Nomadin. Sie ist sesshaft in Amerika geworden

**Load-Date:** May 12, 2012

---

End of Document

**Ausland Kompakt; Ägypten: Merkel fordert Freilassung Mursis ++ Russland: Noch immer kein Asylantrag von Snowden ++ Syrien: Syriens Regime verkündet Chemiewaffenfund ++ Spanien: Schwarzgeld-Vorwürfe gegen Rajoy's Partei bekräftigt ++ Bangladesch: Parlament verabschiedet strengeres Arbeitsrecht ++ Island: Reykjavík kündigt Partnerschaft mit Moskau ++ Ukraine: Menschenrechtler fordern Prüfung von Polizeigewalt**

Die Welt

Dienstag 16. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 8; Ausg. 163

**Length:** 933 words

## Body

---

### Ägypten

#### Merkel fordert Freilassung Mursis

Der Ruf nach einer Freilassung des gestürzten ägyptischen Präsidenten Mursi wird lauter. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dringt darauf. „Ich teile die Auffassung von Außenminister Guido Westerwelle, dass Herr Mursi wieder freigelassen werden sollte“, sagte sie am Sonntag im ARD-„Sommerinterview“. Derweil prüft die Staatsanwaltschaft in dem nordafrikanischen Land Spionage-Vorwürfe gegen den Anfang Juli vom Militär abgesetzten Präsidenten und ließ die Vermögen von 14 führenden Kadern der Muslimbruderschaft, aus der Mursi stammt, sperren. Die Islamisten hatten für Montagabend neue Massenproteste im ganzen Land angekündigt.

### Russland

#### Noch immer kein Asylantrag von Snowden

Der frühere US-Geheimdienstler Edward Snowden hat ungeachtet seiner Ankündigung noch immer keinen Asylantrag in Russland gestellt. Der 30-Jährige halte sich weiter in Moskau auf dem Flughafen Scheremetjewo auf, meldete die Agentur Interfax unter Berufung auf die Migrationsbehörde und den Flughafen. Menschenrechtler, die den IT-Experten im Transitbereich am Freitag besucht hatten, äußerten Unverständnis. „Ich habe den Sinn dieses Treffens bis heute nicht verstanden“, sagte Tanja Lokschina von der Organisation Human Rights Watch (HRW). Wahrscheinlich sei es nur darum gegangen, Snowdens tatsächliche Anwesenheit in Russland zu beweisen. „Mir ist unklar, warum Snowden uns versammelt hat und ob er der Initiator des Treffens war“, sagte sie.

Ausland Kompakt Ägypten: Merkel fordert Freilassung Mursis ++ Russland: Noch immer kein Asylantrag von Snowden ++ Syrien: Syriens Regime verkündet Chemiewaffenfund....

## Syrien

### Syriens Regime verkündet Chemiewaffenfund

Während einer Militäroffensive gegen Rebellen wollen Streitkräfte von Präsident Baschar al-Assad eine Chemiewaffenanlage der Rebellen entdeckt haben, wie die staatliche Nachrichtenagentur Sana meldete. Der Fund kommt unmittelbar vor geplanten Gesprächen mit UN-Vertretern über Chemiewaffen-Vorwürfe gegen das Regime. Die Opposition wies die Anschuldigungen scharf zurück. Sana meldete, Assad-Soldaten hätten ein Labor und ein Lager in einem Versteck der „Terroristen“ nahe Dschobar östlich von Damaskus entdeckt. Dort sei unter anderem auch Chlorgas sichergestellt worden. Die Chemikalien seien im Ausland produziert worden - unter anderem in Saudi-Arabien. Das führende Mitglied der oppositionellen Nationalen Koalition, George Sabra, reagierte empört. Er sagte, dies seien „ekelhafte Anschuldigungen vonseiten eines Regimes, das seit Jahrzehnten Chemiewaffen besitzt“.

## Spanien

### Schwarzgeld-Vorwürfe gegen Rajoys Partei bekräftigt

Der frühere Schatzmeister der spanischen Konservativen, Luis Bárcenas, hat den Vorwurf bekräftigt, dass in der Volkspartei (PP) von Ministerpräsident Mariano Rajoy schwarze Kassen geführt worden seien. Wie aus Justizkreisen verlautete, gab Bárcenas am Montag bei seiner Vernehmung durch einen Ermittlungsrichter zu, dass die in der Presse veröffentlichten Abrechnungen über illegale Parteispenden von ihm stammten. Rajoys Volkspartei (PP) hatte die Existenz schwarzer Kassen stets bestritten. Nach Informationen des staatlichen Rundfunks RNE legte Bárcenas dem Richter Belege über angebliche Schwarzgeldzahlungen an Parteiführer vor. Rajoy wies Rücktrittforderungen zurück. „Ich werde die politische Stabilität verteidigen und das Mandat zu Ende führen“, sagte er.

## Bangladesch

### Parlament verabschiedet strengeres Arbeitsrecht

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Bangladesch hat das Parlament in Dhaka am Montag ein schärferes Arbeitsrecht verabschiedet. Die neuen Gesetze garantierten „volle Arbeitnehmerrechte“ für Millionen Arbeiter und hätten auch Gültigkeit in den Fabriken, die Kleider für westliche Konzerne nähten, sagte der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Arbeitsfragen, Israful Alam, der Nachrichtenagentur AFP. Demnach können sich Arbeiter künftig ohne Zustimmung des Fabrikbesitzers gewerkschaftlich organisieren. Zudem muss für Arbeiter künftig eine Versicherung abgeschlossen werden. Beim schlimmsten Industrieunglück in der Geschichte Bangladeschs waren im April beim Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza am Rande der Hauptstadt Dhaka mehr als 1100 Menschen ums Leben gekommen.

## Island

### Reykjavík kündigt Partnerschaft mit Moskau

Nach der Verabschiedung eines umstrittenen Homosexuellen-Gesetzes in Russland will Reykjavíks Oberbürgermeister die Partnerschaft der isländischen Hauptstadt mit Moskau beenden. Das bestätigte eine Sprecherin der vom früheren Komiker Jón Gnarr geführten Stadt auf dpa-Anfrage. Die Duma hatte im Juni ein international kritisiertes Verbot von „Homosexuellen-Propaganda“ beschlossen. Wer in Russland im Beisein von Kindern über Homosexualität spricht, riskiert demnach künftig hohe Geldstrafen. Reykjavík und Moskau sind seit 2007 Partnerstädte, unter anderem um in der Familien- und Jugendpolitik zu kooperieren.

## Ukraine

### Menschenrechtler fordern Prüfung von Polizeigewalt

Ausland Kompakt Ägypten: Merkel fordert Freilassung Mursis ++ Russland: Noch immer kein Asylantrag von Snowden ++ Syrien: Syriens Regime verkündet Chemiewaffen....

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International fordert von der Ukraine eine unabhängige Untersuchung von Kriminalität bei Polizeistellen. Solange die Regierung bei Gewalt nur zuschaut, würden Fälle von Selbstjustiz weiter zunehmen, warnte die Menschenrechtsorganisation auf ihrer Homepage. Die jüngsten Angriffe auf Polizeistellen zeugten von fehlendem Vertrauen der Öffentlichkeit, dass die Regierung polizeiliche Misshandlungen in den Griff bekomme, so Amnesty-Ukraine-Chef Max Tucker. In den vergangenen Monaten war es in der früheren Sowjetrepublik zu mehreren schweren Fällen von Selbstjustiz gekommen. Ende vergangener Woche hatte eine aufgebrachte Menge eine Polizeistation in der Hauptstadt Kiew gestürmt. Zuvor war eine Marktfrau von mehreren Polizisten zusammengeschlagen worden, als sie sich weigerte, Russisch zu sprechen.

**Load-Date:** July 16, 2013

---

End of Document

## **Burkini-Republik; Schwimmen in Zeiten von Religionsfreiheit und Schulpflicht**

Die Welt

Donnerstag 12. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 213

**Length:** 343 words

**Byline:** Andrea Seibel

### **Body**

---

Was ist Integration? Sie meint Mitmachen, nicht Nachmachen. Dabei werden irgendwann die Distinktionsmerkmale der Minderheiten transzendiert, also auf den Kopf gestellt, und sie werden damit unwichtig. Getragen wird der Prozess maßgeblich von den Migranten selbst. Sie bewegen sich auf die Mitte zu. Ist es bedeutsam, ob eine Muslima ein Kopftuch beim Joggen trägt? Nein, faszinierend ist doch, dass sie joggt, manchmal sich sogar im langen Mantel in Nordic Walking übt und damit einem Lieblingssport der deutschen Mehrheitsgesellschaft frönt. So wie man auch immer mehr fahrradfahrende Migranten sieht, die zudem anfangen, sich Hunde zu halten, nicht mehr die bösen Beißer der Jungs mit Goldkettchen und breiten Schultern, sondern Schoßhündchen.

Integration ist auch eine Frage von Flexibilität, Witz und Gefühl. Bis sie die Religionsfreiheit berührt, doch auch da dehnen sich die Ränder. Mögen wenige muslimische Eltern eisern bis vor die Gerichte gehen, um zu verhindern, dass ihre Mädchen in den Turn- oder Schwimmunterricht gehen oder bei Klassenfahrten im Landschulheim übernachten: Die Schulen zeigen sich innovativ (man wünschte sich dies generell bei allen schulischen Belangen!) und bieten Ganzkörperschwimmzüge an oder dass Eltern ihr Mädchen abends aus dem Landschulheim abholen können.

Ist dies falsch verstandene Toleranz? Härte und Prinzipialismus bringen manchmal nicht weiter. Dafür gibt es wie gesagt die Gerichte. Der Impuls der Teilhabe geht von den Kindern selbst aus. Sie wollen mitmachen. Also wie? Neopren zu tragen ist auch gut gegen Chlorallergien, und davon sind viele Kinder betroffen. In früheren Jahren schwammen muslimische Mädchen oft in ihren Kleidern, bis die Wollfussel die Abflüsse zu verstopfen drohten. Läge Afghanistan am Meer, die Frauen würden mit der Burka hineinspringen wie die Palästinenserinnen am Strand von Gaza. Warum darüber nachdenken? Weil auch die Europäer zu Beginn der bürgerlichen Gesellschaft schwimmen lernten. Heute sollten alle Frei-Schwimmer sein, um im gleichen Fluss des Lebens nicht unterzugehen.

**Load-Date:** September 12, 2013

---

End of Document

**Feuilleton Kompakt I; Theater: Razzia in Moskau während einer  
Uraufführung ++ Kino: Isabelle Adjani lehnt Rolle in Strauss-Kahn-Film ab**

Die Welt

Montag 4. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** KULTUR; Kompakt; S. 23; Ausg. 53

**Length:** 387 words

## Body

---

### Theater

#### Razzia in Moskau während einer Uraufführung

Das Dokumentartheaterstück des Schweizer Regisseurs Milo Rau „Die Moskauer Prozesse“ wurde am Sonntag durch eine Razzia des russischen **Migrationsdienstes** unterbrochen. Vier Beamte in roten Westen kamen ins Moskauer Sacharow-Zentrum, während dort der Prozess der Punk-Band Pussy Riot rekonstruiert wurde. Das Theaterstück wurde unterbrochen. Die Beamten erklärten, sie wollen Dokumente der anwesenden Ausländer prüfen. Außerdem wollten sie prüfen, ob im Museum „unerlaubte Arbeitstätigkeit“ des Schweizer Regisseurs und seiner Mitarbeiter stattfindet. Sie wurden von Journalisten des staatsnahen Fernsehsenders NTV begleitet. „Nur einer dieser Menschen wollte seinen Ausweis zeigen“, sagte Michail Kaluschski, Koordinator des Theater-Programms im Sacharow-Zentrum und einer der Teilnehmer des Projekts „Die Moskauer Prozesse“. „Der Leiter des russischen **Migrationsdienstes** Ramadanowski, den wir angerufen haben, wusste nichts von der Aktion.“ Nach etwa einer Stunde sind die Beamten wieder abgereist, das Stück wurde fortgesetzt. Kurz darauf kamen mehrere patriotische Kosaken zum Sacharow-Zentrum und wollten das Museum stürmen. Fünf Kosaken wurden als Zuschauer in den Saal eingelassen. „Wir sehen, dass hier eine politische Show stattfindet, eine Legitimisierung des Bösen“, sagte der orthodoxe Aktivist Kirill Frolov in der Pause. Nach 20 Minuten im Saal erklärten die Kosaken, dass sie einen Befehl bekommen haben, wieder zu gehen, und verließen das Museum.

### Kino

#### Isabelle Adjani lehnt Rolle in Strauss-Kahn-Film ab

Die französische Schauspielerin Isabelle Adjani will nun doch nicht in einem geplanten Film über die New Yorker Sex-Affäre des früheren IWF-Chefs Dominique Strauss-Kahn mitspielen. „Obwohl ich anfangs von der Idee begeistert war, an der Seite von Gérard Depardieu zu spielen, ziehe ich es vor, mich aus dem Projekt zurückzuziehen“, kündigte die 57-Jährige in der auf der Kinowebsite „CinéObs“ veröffentlichten Erklärung an. Hintergrund seien die jüngsten Angriffe auf die Privatsphäre von Strauss-Kahn und dessen Ex-Partnerin Anne



Feuilleton Kompakt I Theater: Razzia in Moskau während einer Uraufführung ++ Kino: Isabelle Adjani lehnt Rolle in Strauss-Kahn-Film ab

Sinclair. Adjani spielte damit auf die Veröffentlichung des Buches „Belle et Bête“ von Marcela Iacub an. In der Erzählung hat die Autorin nach eigenen Angaben eine mehrmonatige Beziehung zu Strauss-Kahn im Jahr 2012 verarbeitet.

**Load-Date:** March 4, 2013

---

End of Document

**Wirtschaft Kompakt II; Bayer: Konzern setzt mit Zukauf auf biologischen Pflanzenschutz ++ Etihad Airways: Fluggesellschaft aus Dubai legt deutlich zu ++ Kölnmesse: Unverändert in der Verlustzone ++ Drogeriemärkte: Kampf um frühere Schlecker-Kunden ++ Einwanderung: Migranten gründen besonders oft Unternehmen**

Die Welt

Donnerstag 5. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** WIRTSCHAFT; Kompakt; S. 13; Ausg. 155

**Length:** 630 words

## **Body**

---

Bayer

Konzern setzt mit Zukauf auf biologischen Pflanzenschutz

Der Pharma- und Chemiekonzern Bayer greift für den Ausbau seines Pflanzenschutzgeschäfts tief in die Tasche. Für 425 Mio. Dollar übernimmt der Konzern den kleinen Anbieter AgraQuest aus Kalifornien. Das US-Unternehmen setzte mit 250 Beschäftigten zuletzt rund 40 Mio. Dollar um. Zum Kaufpreis kämen noch erfolgsabhängige Zahlungen, teilte Bayer mit. AgraQuest stellt auf Basis von Mikroorganismen Pflanzenschutzmittel her, die beispielsweise im Obst- und Gemüseanbau angewendet werden. Der Zukauf soll im dritten Quartal unter Dach und Fach sein. Bayer verspricht sich von der Übernahme eine deutliche Stärkung seines Geschäfts mit Pflanzenschutzmitteln auf biologischer Basis. Dazu zählen beispielsweise Präparate, die mittels Bakterien Schadpilze bekämpfen. Im Obst- und Gemüseanbau gibt es eine hohe Nachfrage nach chemikalienfreien Mitteln zur Schädlingsbekämpfung. Bei biologischen Präparaten ist zudem das Risiko geringer, dass die Schädlinge mit der Zeit Resistenzen entwickeln.

Etihad Airways

Fluggesellschaft aus Dubai legt deutlich zu

Für die Fluggesellschaft Etihad Airways hat sich die Partnerschaft mit internationalen Linien ausgezahlt: Das Unternehmen mit Sitz in Abu Dhabi meldete einen Umsatz von 1,25 Mrd. Dollar (995 Mio. Euro) im zweiten Quartal. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 957 Mio. Dollar. Die Zahl der Passagiere legte um 34 Prozent auf 2,6 Millionen zu. Vorstandschef James Hogan erklärte, die Partnerschaften mit anderen Fluggesellschaften funktionierten, weil durch sie mehr Passagiere Etihad-Verbindungen nutzten. Etihad kaufte in den vergangenen

Wirtschaft Kompakt II Bayer : Konzern setzt mit Zukauf auf biologischen Pflanzenschutz ++ Etihad Airways: Fluggesellschaft aus Dubai legt deutlich zu ++ Kölnmes....

Monaten Anteile an Aer Lingus, Virgin Australia, Air Berlin und Air Seychelles. Etihad gehört dem Emirat Abu Dhabi.

## Kölnmesse

Unverändert in der Verlustzone

Die Kölnmesse schreibt weiterhin rote Zahlen. Zwar legte der Umsatz im Geschäftsjahr 2011 um 14 Prozent gegenüber den Vorveranstaltungen auf 235 Mio. Euro zu. Unter dem Strich stand aber ein Verlust von knapp fünf Mio. Euro. Geschäftsführer Gerald Böse rechnet frühestens 2013 mit positiven Ergebnissen. 2011 organisierte die Kölnmesse weltweit 87 Veranstaltungen mit gut 34.000 Ausstellern und fast 1,5 Mio. Besuchern. In den kommenden Jahren wollen die Rheinländer das Auslandsgeschäft konsequent ausbauen. Dazu sind auch Übernahmen und strategische Allianzen geplant. cadi

## Drogeriemärkte

Kampf um frühere Schlecker-Kunden

Nach dem Schlecker-Aus kämpfen Drogerieketten, Supermärkte und Discounter um die Kunden. Aldi Süd hat nach Angaben von Branchenbeobachtern in dieser Woche bei rund 20 Drogerieartikeln Preise gesenkt. „Alle wollen vom Schlecker-Aus profitieren. Dazu gehören auch die Discounter“, erläuterte Discountexperte Matthias Queck vom Handelsinformationsdienst Planet Retail. Der Supermarktriese Rewe habe bereits vor einiger Zeit die Preise bei einigen Drogerieartikeln gesenkt. GfK-Experte Wolfgang Adlwarth schätzt, dass nur etwa 40 Prozent der ehemaligen Schlecker-Umsätze zu anderen Drogerieketten wandern werden. Supermärkte, SB-Warenhäuser, Fachgeschäfte wie Parfümerien sowie Apotheken hätten Chancen auf einen ähnlich großen Umsatzanteil.

## Einwanderung

Migranten gründen besonders oft Unternehmen

Menschen aus anderen Ländern gründen einer Studie zufolge besonders häufig Unternehmen. 2011 hätten sich in Deutschland rund 184.000 Menschen selbstständig gemacht, gab die staatseigene Förderbank KfW bekannt. Etwas weniger als ein Viertel davon (rund 22 Prozent) seien Menschen mit Migrationshintergrund gewesen. Die Zahl ausländischer Gründer sei 2011 um rund 15 Prozent gestiegen, insgesamt jedoch sei die Gründerzahl um elf Prozent geschrumpft. Besonders häufig seien Gründungen von Menschen aus der Türkei oder Russland, gefolgt von Österreichern, Polen oder Italienern.

**Load-Date:** September 12, 2012

**Deutschland Kompakt I; Asyl: Deutlich mehr Bewerber im ersten Halbjahr ++  
Kita-Ausbau: Südwesten verfehlt Betreuungsquote ++ Hessen: Grüne: CDU-  
Aussagen zu Koalition unglaublich ++ Kinderschutzbund: Drei Millionen  
Kinder machen keinen Urlaub ++ Bundestag: Thierse fordert mehr  
Ostdeutsche im Parlament**

Die Welt

Dienstag 16. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 163

**Length:** 690 words

## **Body**

---

### **Asyl**

Deutlich mehr Bewerber im ersten Halbjahr

Im ersten Halbjahr 2013 sind insgesamt 43.016 Menschen nach Deutschland **geflüchtet** und haben hier **Asyl** beantragt. Wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte, waren es damit rund 86 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2012. Die meisten **Flüchtlinge** (knapp 10.000) kamen aus Russland. Auf Platz zwei der Hauptherkunftsländer folgte Syrien, von dort kamen rund 4500 **Flüchtlinge**. An dritter Stelle steht Afghanistan mit mehr als 3400 **Flüchtlingen**. Als **Flüchtling** nach der Genfer Konvention anerkannt wurden von Januar bis Juni knapp 4800 **Flüchtlinge**, das waren 15 Prozent aller Antragsteller. Für rund 5200 weitere **Flüchtlinge** wurde ein Abschiebeverbot verhängt. Die Zahl der seit Beginn des Bürgerkriegs nach Deutschland **geflüchteten** Syrer erhöhte sich im Juni auf mehr als 13.000. Sie werden in der Regel als **Flüchtlinge** anerkannt. Die Innenminister der Länder hatten wiederholt ein Abschiebeverbot für Syrien beschlossen.

Kita-Ausbau

Südwesten verfehlt Betreuungsquote

Baden-Württemberg hat beim Ausbau der Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren stark aufgeholt - doch die angepeilte Quote von 37 Prozent zum 1. August wird verfehlt. Im kommenden Jahr werde aber für gut jedes dritte Kleinkind ein Platz bereitstehen, versprach Staatssekretärin Marion von Wartenberg (SPD) in Stuttgart. Dann soll es etwa 100.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige geben. Aktuell werde mit 68.000 betreuten Kindern eine Quote von 25 Prozent erreicht, weitere 30.000 Plätze seien aber in Bau oder Planung.

Deutschland Kompakt I Asyl: Deutlich mehr Bewerber im ersten Halbjahr ++ Kita-Ausbau: Südwesten verfehlt  
Betreuungsquote ++ Hessen : Grüne: CDU-Aussagen zu Koal....

## Hessen

### Grüne: CDU-Aussagen zu Koalition unglaublich

Mit Kritik und Ablehnung haben die hessischen Grünen auf die Aussagen der CDU-Spitze zu einem möglichen Bündnis nach der Landtagswahl im September reagiert. „An einem Tag beschimpft die CDU die Grünen als sozialistische Deindustrialisierer, am nächsten schwadroniert sie über Schwarz-Grün“, teilte Wahlkampfmanager Kai Klose in Wiesbaden mit. „Das ist unglaublich und beruht nicht auf Gegenseitigkeit.“ Der CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident Volker Bouffier hatte in einem am Sonntag veröffentlichten Interview ein Bündnis mit den Grünen nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Bouffier hatte auf die gute Zusammenarbeit von CDU und Grünen in Frankfurt verwiesen und erklärt, vor allem in der Bildungspolitik sehe er Gemeinsamkeiten beider Parteien.

## Kinderschutzbund

### Drei Millionen Kinder machen keinen Urlaub

Nach Einschätzung des Deutschen Kinderschutzbundes können drei Millionen Kinder aus Armut nicht in den Urlaub fahren. Die Zahl der Familien in Deutschland, die sich keinen Urlaub leisten können, sei in den vergangenen zehn Jahren um 50 Prozent gestiegen, sagte Kinderschutzbundpräsident Heinz Hilgers der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Er forderte eine sommerliche Einmalzahlung für Kinder aus Hartz-IV-Familien in Höhe von 300 Euro. Kinder sozial schwacher Familien dürften beim Urlaub nicht abgehängt werden, mahnte Hilgers. Gezielte Ferienangebote von Sozialverbänden für arme Familien seien nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem kritisierte der Kinderschutzbundpräsident, in vielen Feriengemeinden würden Kinder nur „als Störfaktor gesehen“. Deutschland sei „kindentwöhnt“.

## Bundestag

### Thierse fordert mehr Ostdeutsche im Parlament

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse wünscht sich mehr Parlamentarier mit ostdeutschen Biografien im Bundestag. Es sei „bedauerlich, dass die existenziellen Erfahrungen einer Diktatur, des Zusammenbruchs eines Systems, der Entwertung von Lebenserfahrungen immer weniger präsent sind“, sagte der SPD-Politiker im Interview mit „Zeit Online“. „Denn Erfahrungen grundieren politisches Handeln.“ Er beobachte, dass die Zahl der Ostdeutschen im Parlament weiter abnehme, sagte Thierse. „In allen Parteien sind auch die Kandidaten aus Ostdeutschland häufig Westdeutsche.“ Er pflichtete SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück bei, der ein fehlendes Verständnis der Westdeutschen für DDR-Biografien bemängelt hatte. Das negative Faszinosum Stasi habe die Bewertung ostdeutscher Biografien überschattet. Von der Regierung forderte Thierse, gnädiger zu sein und die Stasi-Überprüfung im öffentlichen Dienst abzuschaffen.

**Load-Date:** July 16, 2013

**Italien lockert nach Lampedusa-Tragödie Asylbestimmungen; Parlament will scharfe Gesetze der Berlusconi-Regierung rückgängig machen. EU hilft bei der Sanierung maroder Auffanglager**

Die Welt

Freitag 11. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 6; Ausg. 237

**Length:** 905 words

**Byline:** Tobias Bayer

## **Body**

---

Mailand

Der Justizausschuss des italienischen Senats hat sich mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der ökolinken Partei Sinistra Ecologia Libertà (SEL) und der Protestbewegung Fünf Sterne darauf geeinigt, die Straftat „illegale Einwanderung“ abzuschaffen. Sie war unter der Regierung Silvio Berlusconis zusammen mit der rechtskonservativen Lega Nord eingeführt worden. „Die Bestrafung erscheint unverhältnismäßig und ungerecht“, sagte Staatssekretär Cosimo Maria Ferri.

Darüber hinaus beschloss die Regierung von Ministerpräsident Enrico Letta, Aufenthaltsbewilligungen großzügiger als bisher zu erteilen. Anerkannte **Flüchtlinge** dürfen bisher bis zu fünf Jahre bleiben. Personen, die subsidiären oder humanitären Rechtsschutz genießen, dürfen sich nur drei Jahre beziehungsweise ein Jahr in Italien aufhalten. Mit dem Kabinettsbeschluss erhalten nun auch Personen, die unter subsidiären Rechtsschutz stehen, eine langfristige Aufenthaltsbewilligung. Der Nachweis, die italienische Sprache zu beherrschen und über eine Unterkunft zu verfügen, fällt für sie künftig weg. Damit die Regelungen in Kraft treten können, muss das Parlament noch zustimmen.

Seit der Tragödie vor Lampedusa am 3. Oktober, als ein Boot mit 500 afrikanischen Flüchtlingen an Bord kenterte und Hunderte in den Tod riss, steht Italien im Fokus der Weltöffentlichkeit. Wegen seiner geografischen Lage ist das Land für Flüchtlinge aus Afrika eines der Haupttore zur EU. Allein in den ersten acht Monaten 2013 brachen mehr als 21.200 Menschen über das Mittelmeer in Richtung italienische Küste auf. Für viele endete die Reise tödlich. Laut der Organisation A buon diritto, die sich für die Rechte des Einzelnen einsetzt, kamen zwischen 1988 und 2013 vor den Küsten Italiens mehr als 19.000 Menschen ums Leben. Diese Zahl korrespondiert mit der Erhebung der Organisation Fortress Europe, die mehr als 19.100 Tote registrierte.

Italien lockert nach Lampedusa-Tragödie Asylbestimmungen Parlament will scharfe Gesetze der Berlusconi-Regierung rückgängig machen. EU hilft bei der Sanierung m....

Zwar ist Italien bei der Gewährung von Asyl großzügig. Laut der Statistikbehörde Eurostat genehmigte Italien im vergangenen Jahr 57 Prozent der 15.715 Asylanträge. Das liegt weit über dem europäischen Durchschnitt von 27 Prozent. Doch dann werden die Menschen alleingelassen. Viele Flüchtlinge landen nach ein paar Monaten auf der Straße. Auf dem Papier haben sie zwar das Recht auf Arbeit und auf medizinische Leistungen durch das Gesundheitssystem. De facto aber haben sie keine Aussicht auf Arbeit und werden auch nicht dabei unterstützt, eine zu finden. Ein nationales Integrationsprogramm gibt es nicht. In vielen Fällen versuchen die Flüchtlinge deshalb zu vermeiden, sich in Italien zu melden, und reisen in den Norden Europas weiter. Das widerspricht allerdings den europäischen Bestimmungen, die vorsehen, dass sich ein Flüchtling im Land seiner Ankunft registrieren und dort auch bleiben muss.

In Italien gibt es kein Asylgesetz, das die verschiedenen, teilweise widersprüchlichen Dekrete bündelt und harmonisiert. Das Strafrecht ist streng. Weil illegale Einwanderung eine Straftat ist, wurde gegen die 155 Überlebenden der Havarie vor Lampedusa Anklage erhoben. Ihnen drohen Geldstrafen von bis zu 5000 Euro pro Kopf und die Abschiebung. Die zuständige Staatsanwaltschaft Agrigent verteidigte sich mit dem Hinweis auf das Gesetz. Sie sei zu diesem Schritt verpflichtet, teilte sie mit. „Ich habe mich geschämt“, sagte Premier Letta über den Zeitpunkt, als er von der Anklage gegen die Flüchtlinge in Kenntnis gesetzt wurde. Letta besuchte Lampedusa zusammen mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Er verweilte auch Minuten in der Halle, in der die Särge der Opfer aufgereiht sind. Bislang wurden 302 Leichen geborgen.

Die Zahl der Unterkünfte für Flüchtlinge in Italien ist ungenügend, die Qualität oft mangelhaft. Es gibt mehrere Arten von Einrichtungen. Die Centri di Accoglienza (CDA) und die Centri Accoglienza Richiedenti Asilo (Cara) sind eigentlich nur als Bleibe für die ersten Tage nach der Ankunft gedacht. Sie befinden sich beispielsweise in Lampedusa, in Cagliari auf Sardinien und in der Nähe des Flughafens in Bari. Die Aufenthaltsdauer ist theoretisch auf 20 bis 35 Tage beschränkt. „Es ist aber häufig der Fall, dass die Flüchtlinge eineinhalb Jahre dort bleiben“, sagt Christopher Hein, Direktor des Flüchtlingshilfswerks Consiglio Italiano per i Rifugiati in Rom. „Mit wenigen Ausnahmen sind die Unterkünfte schrecklich.“

Als gut werden die Auffangzentren eingeschätzt, die von den Städten und Gemeinden betrieben werden. Das sind nicht nur bloße Unterkünfte, hier werden auch Sprachkurse oder Schulungen zur beruflichen Weiterbildung angeboten. Inzwischen gibt es mehr als 8400 dieser Plätze. Die Regierung will die Kapazität in den nächsten drei Jahren auf 16.000 Plätze ausbauen. Der Staat garantiert durch EU-Gelder die Finanzierung. Die Kommunen und private Dritte reichen Konzeptvorschläge ein, die bestimmte Kriterien erfüllen müssen.

Die EU lässt Italien nicht allein. EU-Kommissionspräsident Barroso sicherte dem Land zusätzliche 30 Millionen Euro zu, um mit den Flüchtlingsströmen fertig zu werden. Die Gelder, die Ende des Jahres freigegeben werden sollen, dienen auch dazu, die Unterkünfte zu verbessern. „In einigen Auffangzentren sind die Standards sehr hoch“, sagte Cecilia Malmström, die schwedische EU-Kommissarin für Innenpolitik. „Auf andere trifft das nicht zu.“

„Ich habe mich geschämt“ Enrico Letta, Italiens Premier, als er von der Anklage gegen die 155 Überlebenden der Havarie erfuhr

**Load-Date:** October 11, 2013

## **Stachel im Fleisch; Die Aufklärung der NSU-Morde geht nur schleppend voran. Warum?**

Die Welt

Montag 5. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 259

**Length:** 354 words

**Byline:** Andrea Seibel

### **Body**

---

Nicht nur die rechtsradikale Mordserie gegen **Migranten** ist grauenhaft. Alles, was seither an Ermittlungs- und Aufklärungsversuchen geschah, ist unerträglich fehler- und stümperhaft und verstärkt den Eindruck eines komplexen, ja notorischen Versagens nicht nur der Polizei, nicht nur der Dienste, sondern auch der Politik und Öffentlichkeit. Letztere hat angesichts der Singularität der brutalen Exekutionen wirklich nicht das Mitgefühl, das angemessen wäre, gezeigt. Auch die staatliche Trauerfeier zu Beginn dieses Jahres, so gut sie gemeint war und mit Merkels Satz von der „Schande für unser Land“ auch deutlich, hat nicht dauerhaft bewirken können, dass nicht nur die Aufklärung vorankommt, sondern auch die Angehörigen sich trotz der Taten in diesem Land und diesem Staat aufgehoben fühlen können. Doch es kommen immer neue Irritationen hinzu, die am Ende in die entscheidenden Fragen münden: Ist dieser Staat, sind seine Behörden im Umgang mit Neonazis zu lasch, ist man auf dem rechten Auge tatsächlich blind? Zählen gar die Leben von **Migranten** weniger? Gerade die jüngsten Enthüllungen über dem Ku-Klux-Klan verbundene Polizisten oder vom Verfassungsschutz vor Strafverfolgung geschonte rechtsradikale V-Leute sind unerträglich. Warum finden weder Polizei noch Sicherheitsbehörden hierzu Worte?

Von den Angehörigen der Opfer, die in unserer Täter-fixierten Gesellschaft oft ignoriert werden, wird der Prozess gegen Beate Zschäpe mit großer Hoffnung erwartet. Aber wird diese Sehnsucht nach Wahrheit und Respekt vor den Toten auch erfüllt werden? Die Verteidiger der Kläger machen sich Sorgen um ihre Mandanten, denn schon der Bundesgerichtshof signalisierte deutlich, es werde nicht möglich sein, in diesem Prozess alle Fragen zu klären, die die Betroffenen stellen.

Man kann wie im Falle der RAF-Prozesse davon ausgehen, dass die Täterin nicht aussagebereit oder zur Selbstkritik fähig ist. Also wird man das Verfahren auf strafrechtliche Aspekte reduzieren und „kurzen Prozess“ machen. Die NSU-Morde sitzen wie ein giftiger Stachel im Fleisch unserer jüngeren Geschichte. Warum nur tut er nicht weh?

[andrea.seibel@welt.de](mailto:andrea.seibel@welt.de)



Stachel im Fleisch Die Aufklärung der NSU-Morde geht nur schleppend voran. Warum?

**Load-Date:** January 26, 2013

---

End of Document

**Zuwanderer als Vorbild; Die Schulabschlüsse werden besser, doch auf dem Arbeitsmarkt haben es Migranten weiterhin schwer. Oft bleibt nur ein Weg zum Erfolg: der Sprung in die Selbstständigkeit**

Die Welt

Montag 25. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 6; Ausg. 146

**Length:** 1328 words

**Byline:** Freia Peters

**Highlight:** Fast jedes dritte Unternehmen in Deutschland wird inzwischen von Menschen ohne deutschen Pass gegründet

## Body

---

Der Mann mit dem türkischen Namen und fränkischem Akzent ist Multimillionär. „Meine beiden Brüder und ich haben immer viel Computer gespielt“, sagt Avni Yerli. „Irgendwann haben wir uns überlegt, solche Spiele auch zu entwickeln, und haben einfach angefangen. 2000 hatten wir den ersten Prototyp fertig. Wir sind zu dritt zur weltgrößten Spielemesse in Los Angeles geflogen, um einen Verleger für das Spiel zu finden.“ Aber keiner habe mit ihnen sprechen wollen. „Erst als wir verzweifelt erklärt haben, dass wir alles auf eine Karte gesetzt haben und extra nach Amerika gekommen sind, hat es geklappt. Danach hieß es immer: Ach, die drei Brüder aus Deutschland.“

Das Unternehmen, das die Yerlis gegründet hatten, heißt Crytek, hat heute weltweit etwa 600 Mitarbeiter und Studios in Frankfurt am Main, aber auch Kiew, Budapest, Seoul und Nottingham. Die Startschwierigkeiten als Unternehmer hingen weniger damit zusammen, dass die Brüder Türken sind, glaubt Avni Yerli. Sondern mit der Unerfahrenheit. Avni (42) und Faruk (40) wurden im türkischen Inisdibi geboren, der jüngste, Cevat (34), kam im bayerischen Coburg zur Welt. Ihr Vater ging von einem kleinen Dorf am Schwarzen Meer nach Deutschland, um als Schreiner in einer Fabrik für Polstermöbel zu arbeiten.

In zwei Kulturen aufgewachsen zu sein begreift Avni Yerli als Vorteil. „Von den Deutschen haben wir Disziplin, Gründlichkeit und Qualitätsbewusstsein. In der türkischen Kultur ist man dagegen risikofreudiger, kommunikativer. Es wird nicht alles so ernst gesehen. Respekt und Ehrlichkeit spielen aber eine große Rolle. Wenn man sein Wort gibt, gilt das auch.“ Türken gingen oft intuitiver vor. Dafür punkten Deutsche bei der Gründlichkeit, gerade in der Vorbereitung. Eine gute Kombination aus Kreativität und Planung sei das. „Die deutsche und die türkische Mentalität ergänzen sich im Grunde perfekt“, sagt Avni Yerli.

Zuwanderer als Vorbild Die Schulabschlüsse werden besser, doch auf dem Arbeitsmarkt haben es Migranten weiterhin schwer. Oft bleibt nur ein Weg zum Erfolg: der ....

Dass die nunmehr 50 Jahre währende Migration aus der Türkei für Deutschland eine große Chance birgt, ist bislang bei vielen Firmenchefs noch nicht angekommen. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben nicht im gleichen Maß an der Entwicklungsdynamik des Arbeitsmarktes teil wie Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Das besagt der 9. Integrationsbericht der Bundesregierung, der am kommenden Mittwoch vom Kabinett beschlossen wird und der „Welt“ vorliegt. Zwar habe es seit 2005 „maßgebliche Fortschritte“ gegeben, lobt die Integrationsbeauftragte der Regierung, Maria Böhmer, im Vorwort des mehr als 700 Seiten starken Berichts. So besuchten immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund eine Kindertagesstätte. Die Zahl der Schulabbrecher unter den Migrantenkindern sinke, während die Zahl der Zuwandererkindern mit höheren Bildungsabschlüssen steige. Die Statistiken zeigen, dass der Abstand zur deutschen Bevölkerung zwar nach wie vor beträchtlich ist. Doch die Zuwanderer holen auf.

Dass die Zuwanderungsfamilien immer stärker in der frühkindlichen Bildung eine erste Weiche für die spätere Schulkarriere sehen, wertet der Integrationsbericht als großen Erfolg. Zwischen 2008 und 2011 nahm der Anteil der Kleinkinder aus Zuwandererfamilien um 53 Prozent und damit deutlich stärker zu als bei deutschen Kindern (39 Prozent). Mittlerweile wird jedes siebte Zuwandererkind unter drei Jahren in einer Kita betreut. Fast aufgeschlossen zu den deutschen Kindern haben die Zuwanderer, wenn es um die Kindergartenplätze für die Drei- bis Sechsjährigen geht: Hier liegt die Betreuungsquote inzwischen bei 86 Prozent.

Die Entwicklung der Arbeitslosenquote weist jedoch darauf hin, dass sich die Position von Migranten gleichwohl verschlechtert hat: 2011 war die Arbeitslosenquote von Zuwanderern 2,35 Mal höher als die der Deutschen. In den letzten sechs Jahren ist sie stetig gestiegen. Oft bleibt nur ein Weg zum Erfolg: der Sprung in die Selbstständigkeit. „Unternehmensgründungen von Menschen mit Migrationshintergrund stellen oft einen Weg zu Integration dar“ heißt es im neuen Bericht. Die Selbständigenquote von Zuwanderern stieg seit 2005 kontinuierlich auf 12,3 Prozent.

Fast jedes dritte Unternehmen in Deutschland wird inzwischen von Menschen ohne deutschen Pass gegründet. In Deutschland gab es im Jahr 2010 rund dreimal so viele türkische Unternehmen wie vor 20 Jahren. Etwa 80.000 türkische Unternehmen beschäftigen heute rund 400.000 Mitarbeiter und setzen rund 36 Milliarden Euro um. Je nach Branche sind dort etwa 35 bis 40 Prozent Deutsche beschäftigt. „Größe und Zahl der türkischen Unternehmen wird in den nächsten Jahren stark zulegen“, sagt Rainhardt Freiherr von Leoprechting, Präsident der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer mit Sitz in Köln. „Das wird viele Arbeitsplätze schaffen, von denen alle profitieren.“

Avni Yeri glaubt, dass Deutschland dafür noch mehr tun kann. „Gerade am Anfang kann es für türkische Unternehmer Probleme geben - etwa bei der Kreditvergabe. Da gibt es noch fundamentale Mängel. Teils versuchen die Banken zu wenig, die Ideen der Menschen zu verstehen. Da muss das Vertrauen auf der Geldgeberseite noch wachsen.“

Die Qualitäten der Türken würden dabei oftmals übersehen. „Türken sind beim Marketing sehr stark. Sie können besser reden, das macht sich beim Verkauf bemerkbar. Man muss nur über einen türkischen Basar gehen - am Ende kauft man immer etwas.“ Das Unternehmen der Yerlis beschäftigt rund 130 deutsche Mitarbeiter und etwa 20 türkische. Die restlichen kommen aus 38 unterschiedlichen Nationen. Bürosprache ist Englisch.

Für die Zukunft Deutschlands ist die erfolgreiche Integration der Zuwanderer von entscheidender Bedeutung. Denn jedes dritte Kind unter fünf Jahren hat einen Migrationshintergrund. Sie in Zukunft erfolgreicher als in der Vergangenheit in den Arbeitsmarkt zu integrieren ist angesichts des wachsenden Fachkräftemangels unabdingbar, wenn Deutschland weiterhin als Wirtschaftsnation in der ersten Liga spielen will. Yasemin Tümis (26) hat gerade mit der Note zwei an der Freien Universität Berlin ihr Politikstudium abgeschlossen. Nun überlegt sie, als Beraterin in eine große internationale Firma einzusteigen. Tümis ist Mitglied der Jugendorganisation der Türkischen Gemeinde Deutschlands.

Sie und viele andere junge Deutsch-Türken begleiten Schüler der ersten Klasse als Lotsen in Berlin, Stuttgart und Kiel. „Wir machen zusammen Hausaufgaben, stellen den Kontakt zwischen Eltern und Lehrern her, die oft gar nicht miteinander reden und gegenseitig ihre Vorurteile pflegen.“ Die türkischen Eltern können oft die Briefe mit den

Zuwanderer als Vorbild Die Schulabschlüsse werden besser, doch auf dem Arbeitsmarkt haben es Migranten weiterhin schwer. Oft bleibt nur ein Weg zum Erfolg: der ....

Einladungen zu Elternabenden nicht lesen; die Lehrer denken, die Eltern seien desinteressiert. „Gerade in Grundschulklassen mit jahrgangsübergreifendem Lernen fallen Zuwandererkinder oft durchs Raster“, sagt Tümis. „Da können wir helfen.“ An der Uni kennt Tümis viele Kommilitonen aus dem Ausland oder Deutsche mit ausländischen Eltern. „Ich sehe die Integration in Deutschland als Erfolgsgeschichte. Wir sind in den Medien präsent. Wenn ich das Fernsehen einschalte, ist eigentlich immer auf einem Kanal ein Zuwanderer zu sehen.“

Mittlerweile gibt es auch Mentoren, die ausländischen Studenten erklären, wie die Uni funktioniert oder wie türkischstämmige Schüler ticken. „Die Türkisch-Tutorien, an denen ich mitwirke, richten sich an Lehramtsstudierende“, sagt Mehdi Özgoren, die im Masterstudiengang Deutsch und Wirtschaftspädagogik studiert. „Ein Deutscher wundert sich, wenn ein Türke sagt: ‚Ich gehe Schule.‘ Aber wenn man weiß, dass es im Türkischen keine Präpositionen gibt und grammatische Funktionen durch das Anhängen von Silben ausgedrückt werden, bekommt man ein besseres Gefühl dafür, wie Fehler bei Muttersprachlern entstehen.“

Auch kulturelle oder landeskundliche Aspekte sind Themen in den Tutorien, etwa das türkische Bildungssystem oder die Rolle der türkischen Frauen. „Das soll den Teilnehmern helfen, später mit der türkischstämmigen Schülerschaft besser klarzukommen“, sagt Özgoren. „Andererseits denke ich, dass die Unterschiede immer mehr verschwimmen werden.“

## Graphic

---

Alexander Heimann

Die deutsch-türkischen Brüder Faruk, Avni und Cevat (v.l.) gründeten ein PC-Spiele-Unternehmen, das heute weltweit 600 Mitarbeiter beschäftigt

**Load-Date:** September 12, 2012

**Asyl Hellersdorf - ein Tag in der Skandalzone; Bilderwelt und Wirklichkeit -  
was als neuer Nazi-Skandal über die Schirme flimmert, ist bei näherer  
Betrachtung eine Ansammlung vieler kleiner praktischer Probleme.  
Gemanagt von einer patenten Bürgermeisterin**

Die Welt

Samstag 24. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 8; Ausg. 197

**Length:** 1506 words

**Byline:** Wolfgang Büscher

## **Body**

---

Ja, wo geht's denn hier jetzt zum Skandal? Eine Wohngegend im äußersten Berliner Osten, so weit draußen, so verwechselbar, dass nur der sich hier zurechtfindet, der sich auskennt. Hellersdorf, Plattenbau, Peripherie. Da - Polizei. Das muss er sein, der Schauplatz des derzeit krassesten, weltweit beachteten deutschen Asylbewerber-Antifa-Neonazi-Großskandals, da liegt er still in der Spätsommersonne. Schon 800 Meter weiter zucken die Hellersdorfer, die man nach der Skandalstraße fragt, mit den Schultern. Sie kennen Skandal und Straße nur aus dem Fernsehen.

Ja, es hat hier Rabatz gegeben, vor Tagen. Ein Linker verletzte einen Polizisten mit einer Flasche schwer am Auge. Davon gibt es kein Foto. Ein Rechter reckte den Arm zum Hitlergruß. Dieses Foto, klar, lief überall.

Und jetzt? Ein Einsatzwagen - die polizeiliche Dauerpräsenz. Ein Solidaritätsstand - die linke Dauerkundgebung für die Asylbewerber. Die aber lassen sich nicht sehen, und wenn doch, gehen sie meist raschen Schrittes an der Solidarität vorbei. Und Journalisten, Fotografen, Fernsightteams - die Dauerberichterstattung über ein Ereignis, das sich blöderweise nicht so recht ereignen will. Schon den ganzen Tag nicht.

Und so filmt man sich halt gegenseitig. Die jungen Leute vom Soli-Stand werden gedreht. Die Musiktruppe, die nachmittags auftaucht und ein bisschen trommelt und rappt, über und gegen Deutschland, dieses miese, ausländerfeindliche Land. Und eine Professorin wird interviewt, sie möchte gern ein Kunstprojekt mit den Asylbewerbern dort drinnen machen.

Dort drinnen - das ist das aufgegebenes Gymnasium, die Hellersdorfer Asyl-Notunterkunft, um die der Skandal sich dreht. Eine der vier Etagen des Plattenbaus hat frische lila Vorhänge, alle sind zugezogen. Vor dem Eingang steht ein freundlicher Wachmann. Seine Hauptbeschäftigung ist es, sich um die vielen Nachbarn zu kümmern, die eine Spende abgeben wollen für die meist unsichtbaren Asylbewerber. Ältere Damen oder junge Mütter meist, die

Asyl Hellersdorf - ein Tag in der Skandalzone Bilderwelt und Wirklichkeit - was als neuer Nazi-Skandal über die Schirme flimmert, ist bei näherer Betrachtung ei....

Männer sind tagsüber an der Arbeit. Alle halbe Stunde kommt jemand, manchmal alle zehn Minuten. Die einen bringen ein Kinderfahrrad, andere geben einen Tretroller ab. „Der ist nagelneu!“

Der Wachmann erklärt jetzt zwei älteren Damen mit prall gepackten Tüten, Lebensmittel würden nicht angenommen, „außer Schokolade, die geht immer. Aber bitte kein Obst, das haben wir alles im Haus.“ Die eine Dame sächzelt unüberhörbar, sie muss über sich selber lachen. „Jetzt wohne ich schon 25 Jahre in Hellersdorf, und man hört noch immer, dass ich aus Sachsen bin. Ich bin ja auch eine Fremde in Berlin.“

Ihre Freundin stimmt ein, ihr Sohn lebe in Norwegen. Sie hat Kuscheldecken mitgebracht. „Die Enkel sind weg, da wollte ich mal den Schrank ausräumen, und die Leute da drin können die Decken vielleicht gebrauchen.“

Ein paar Meter weiter kontroverse Debatten unter Nachbarinnen. „Mein Mann war Wachmann“, sagt eine, „der war in solchen Heimen eingesetzt. Was der berichtet hat! Die Zustände da drin - mir muss keiner was erzählen!“ Sie spricht es nicht aus, aber sie meint natürlich die hygienischen Standards mancher Asylbewerber. Eine andere schüttelt den Kopf. „Die Kinder. Wenn ich die kleinen Kinder sehe - wer selbst Mutter ist, kann doch gar nicht anders, als Mitleid zu haben.“ So geht es hin und her.

Ist das fremdenfeindlich, bräunlich gar? Nur für den, der nur eine Meinung erträgt - seine eigene. Das Gespräch dieser Frauen auf der Straße in Hellersdorf, es klingt verdächtig nach dem grundgesetzlich erträumten und geschützten Austausch erfahrungsgestützter Meinungen in einem zivilisierten Gespräch.

Klar, so sind nicht alle. Wo mehr als sieben Leute zusammenlaufen, da muss er hin - der Agitator. Ein mittelalter Mann mit Sonnenbrille und Hosenträgern, er redet und redet. Redet auf jeden ein, den er findet. Man müsse, sagt er, die Sache doch mal an der Wurzel packen. In einem Halbsatz ist er bei Israel. Dort gebe es 60 Prozent Arbeitslose, und die israelische Regierung halte ihr Volk ruhig, indem sie überall in der Region Aufruhr und Krieg schüre. Daher die vielen Flüchtlinge. Dabei gebe es alles Mögliche unter den Juden. Schwule, Lesben, sogar Linksradike. Seine Rede gleitet sanft ins Nirwana. Er fasst sich und kommt auf seinen Punkt zurück, die Flüchtlinge: „Was wollen die hier bei uns? Die können nicht mal Deutsch.“ Er will sie nicht, so viel ist klar. Die sollen raus. Er legt sich mit einem TV-Team an, schimpft, die TV-Typen seien alles Proleten und Psychopathen. Geht ab.

Es ist nun Zeit für ein paar Fakten. Die syrischen Flüchtlinge, von denen so viel geredet wird: Gibt's hier gar nicht. Es ist kein einziger Syrer im Hellersdorfer Gymnasium. Wer ist dann da drinnen? Familien aus Afghanistan und Serbien. Theoretisch 40 bis 45, aber die meisten wohnen nicht hier, die haben sich auf die Stadt verteilt. Tatsächlich, hier drinnen wohnen derzeit zwölf bis 15 Flüchtlinge. Um zwölf bis 15 Menschen dreht sich die ganze Aufregung, der Nazi-Skandal, das Menetekel von Rostock und Hoyerswerda. Vielleicht werden es ein paar mehr werden. Im Hof hinter dem Heim laden Arbeiter Rigipsplatten, Vierkantstangen und Glaswolle ab. Handwerker richten eine weitere Etage her.

Jetzt kommt eine der Familien heraus, um Besorgungen zu machen. Zwei Brüder mit ihrer Großmutter und dem kleinen Kind des einen jungen Mannes. Sie sind aus Afghanistan geflohen, erzählt der eine der Brüder, aus der Stadt Ghazni nahe der pakistanischen Grenze. Wegen des Krieges? „Ich bin 22 Jahre alt“, sagt er, „ich lebe seit 22 Jahren im Krieg. Jeden Tag. Wie alle in Afghanistan. Aber bei mir kommt noch etwas hinzu. Ich bin Hindu. Für die Muslime sind wir ‚kuffar‘.“ Ungläubige. Gottesleugner.

Wie sind sie aus Afghanistan herausgekommen? „Es war schwer, wir haben über zwei Jahre lang einen Weg gesucht. Dann fanden wir den richtigen Mann, der uns herausbrachte.“ Für Geld? „Ja, für Geld.“ Wie viel kostet das? „15.000 Dollar pro Person.“

Seine Familie ist mindestens zu fünf geflüchtet. Macht mindestens 75.000 Dollar. Und dieses Ergebnis der kleinen Rechenaufgabe passt zum Auftreten und Erscheinungsbild der Brüder und ihrer traditionell in einen Sari gekleideten Großmutter. Es sind keine einfachen Leute, sie gehörten in ihrer Heimat mindestens zur Mittelschicht, sie sprechen fließend Englisch. Sie gehen am Soli-Stand vorüber, an dem Plakat, das sie auf Arabisch begrüßt, einer Sprache, die nicht ihre ist, vorüber an den deutschen Soli-Mädels, bleich wie Vampire und eine Menge Metall im Gesicht.

Asyl Hellersdorf - ein Tag in der Skandalzone Bilderwelt und Wirklichkeit - was als neuer Nazi-Skandal über die Schirme flimmert, ist bei näherer Betrachtung ei....

Suchte man ein Bild für kulturelle Missverständnisse in der aufgeregten deutschen Asyldebatte - hier ist es. Aber dieses Bild suchen die Kameras nicht. Man ahnt, sie suchen, was sie so gern finden wollen.

Als Nächstes verlässt eine Person das Haus, die gewiss nicht aus Afghanistan kommt. Sie erweist sich als die herzerwärmendste Begegnung dieses Tages. Rot-weißer Ringelpulli, freundliches Gesicht, die typische Kurzhaarfrisur einer berufstätigen deutschen Frau über 40. Arbeitet sie in dem Asylheim? Sie schaut den depperten Reporter belustigt an. „Ich bin die Bürgermeisterin hier.“

Die amtierende, ergänzt sie, eigentlich sei sie nur der Vize, aber der Bürgermeister sei krank, und nun mache sie es. „Und ich komme jeden Tag her“, sagt sie. Jeden Tag sucht Dagmar Pohle das ihrem Bezirk bescherte Asyl auf, um mit der Heimleitung die drängendsten Probleme zu besprechen.

Ihr Blick wandert hinüber zum Solidaritätsstand, der - es geht gegen Abend - allmählich zu einer kleinen Soli-Wiese anwächst. „Antifa“-Aktivisten haben ihre schwarz-rote Fahne wie ein Badetuch ausgelegt und lagern darauf. Der Blick der Bürgermeisterin verdüstert sich. „Es ist diesen jungen Leuten nicht beizubringen, dass das, was sie da tun, nicht hilft! Die haben eine Dauerkundgebung angemeldet, das nervt alle hier. Was wir jetzt am dringendsten brauchen, ist Ruhe. Ruhe reinbringen!“

Natürlich, sagt sie, gebe es Murren im Viertel, unterschiedliche Haltungen zum Asylheim. „Das ist hier eine ganz ruhige Gegend. Als plötzlich die Notunterkunft hermusste, wurde in dem Haus Tag und Nacht gearbeitet, um es herzurichten. Manche Anwohner sind davon genervt.“ Und nun tagtäglich von früh bis spät TV-Teams, Aktionen, Polizei. Sie wolle jetzt Nachbarschaft organisieren, sagt sie, kleine Treffs. Und die Flüchtlingsfamilien selbst hätten andere Sorgen als Transparente und Soli-Aktionen. „Die müssen Behördengänge machen, ihre Kinder müssen in Schulen, wir müssen Plätze für sie finden.“

Die Welt draußen am Bildschirm, sei er nun fix oder mobil, sie hat wieder mal ihren Skandal. Die Bürgermeisterin von Hellersdorf aber hat ein paar verdammt konkrete Sorgen am Hals und die Performance der Skandalritter obendrein. Das ist der Unterschied. Das ist es, was sie aufregt.

Eine Frage noch, Frau Pohle, für welche Partei sind Sie eigentlich im Amt? Einen Moment lang schaut sie aus, als überrasche sie die Frage, als müsse sie kurz nachdenken über die Antwort. Dann sagt sie: „Für die Linke.“

Die Linke kann sich zu so einer Frau nur herzlich gratulieren. Denn wir leben in einer hysterischen Zeit.

## Graphic

---

Amin Akhtar

Blumen für die Flüchtlinge: Eine Studentin bringt Willkommensgrüße zum Asylbewerberheim an der Carola-Neher-Straße in Berlin-Hellersdorf

Amin Akhtar (2); Joachim Schulz

Alltag am ehemaligen Schulgebäude: Kaum ein Bewohner der Unterkunft kommt unbefragt an den Fernsehkameras vorbei

Joachim Schulz

Pragmatisch und links: Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin

Amin Akhtar

Asyl Hellersdorf - ein Tag in der Skandalzone Bilderwelt und Wirklichkeit - was als neuer Nazi-Skandal über die Schirme flimmert, ist bei näherer Betrachtung ei....

Amin Akhtar

Joachim Schulz

**Load-Date:** August 24, 2013

---

End of Document



**Feuilleton Kompakt II; Engagement: Die Toten Hosen für Reform des Asylrechts ++ Zeitgeschichte: East Side Gallery in Stiftung Berliner Mauer**

Die Welt

Mittwoch 4. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** KULTUR; Kompakt; S. 30; Ausg. 283

**Length:** 220 words

## Body

---

### Engagement

Die Toten Hosen für Reform des **Asylrechts**

30.000 Unterschriften für die Reform des **Asylrechts** hat die Düsseldorfer Band Die Toten Hosen bei ihren Konzerten unter den Fans gesammelt. Gefordert wird eine humanere **Flüchtlingspolitik**. Die Liste der Unterschriften wurde gemeinsam mit der Organisation „Pro **Asyl!**“ an die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth übergeben. Seit 1988 seien mehr als 19.000 Menschen bei dem Versuch ums Leben gekommen, auf dem Weg über das Mittelmeer Schutz in Europa zu finden, betonte Sänger Campino. In dem Aufruf wird die EU aufgefordert, die „tödliche Abschottungspolitik“ zu beenden.

### Zeitgeschichte

East Side Gallery in Stiftung Berliner Mauer

Die East Side Gallery soll ab 2015 in die Obhut der Stiftung Berliner Mauer kommen. Das haben die Berliner Regierungsfractionen SPD und CDU jetzt bei den Beratungen des Haushalts beschlossen, so die „Berliner Morgenpost“. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses habe jetzt eine Verpflichtungsermächtigung über 125.000 Euro pro Jahr in den Doppelhaushalt 2014/2015 eingestellt, sagte die Kulturexpertin der SPD-Fraktion, Brigitte Lange. Das stehe jedoch unter einem Sperrvermerk, dass der Bund sich mit der gleichen Summe beteilige. Die von Künstlern bemalte East Side Gallery ist von Durchbrüchen und Graffiti-Schmierereien bedroht.

**Load-Date:** December 4, 2013

## „Der Begriff Ehre ist innen hohl“; Angeklagter legte das Tatmesser in den Koran

Die Welt

Mittwoch 18. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 8; Ausg. 15

**Length:** 440 words

**Byline:** Freia Peters

### Body

---

Die Welt:

Herr Erdogan, warum haben Migranten der dritten Generation häufig größere Probleme als ihre Eltern?

Kazim Erdogan:

Die Kinder sind stärker mit Perspektivlosigkeit konfrontiert. Als Lehrer habe ich in den 80er-Jahren viele Seiteneinsteiger unterrichtet. Die sind mit 13, 14, 15 Jahren gekommen, auf der Hauptschule gelandet, und trotzdem haben sie alle Ausbildungsplätze bekommen. Das ist heute nicht mehr so.

Leben desillusionierte muslimische Zuwanderer deshalb stärker in ihren Traditionen?

Natürlich bekomme ich mit, dass sich immer mehr Migranten abkapseln und Zuflucht in ihrem Glauben suchen. Ich sehe auch die zunehmende Anzahl verschleierter Frauen, die in Neukölln hinter ihrem Mann laufen. Das Beispiel des Mordes in Lichtenrade zeigt: Beide jungen Menschen, Opfer und Täter, haben gelitten unter ihrer fehlenden Heimat. Und Verzweiflung ist nun mal ein Nährboden für Gewalt.

Nicht jeder verzweifelte Mensch begeht einen Mord. Was kommt hinzu?

Leider isolieren sich viele Migranten.. Bei Menschen, die das tun und nur noch introvertiertes Verhalten an den Tag legen, ist die Gefahr viel größer, dass sie in eine schwere Krise geraten.

Der Täter hat das Tatmesser in den Koran gelegt. Hat er gedacht, seine Tat so reinwaschen zu können?

Der Begriff Ehre wird von vielen muslimischen Männern nicht hinterfragt. In meiner Vätergruppe thematisieren wir das sehr häufig, dieser Begriff ist nahezu lebensbestimmend für die Männer. Doch er ist innen hohl und nicht mit Inhalten gefüllt. Die Männer haben das häufig eher auswendig gelernt: Du bist ein Mann, deine Ehre ist das

„Der Begriff Ehre ist innen hohl" Angeklagter legte das Tatmesser in den Koran

Wertvollste in deinem Leben! Die Gefahr, dass man im Affekt dann eine Straftat begeht, die man hinterher kaum erklären kann, ist sehr groß. Ich habe mit vielen Tätern gesprochen. 90 Prozent zeigen eine große Reue.

Warum begehen mehr männliche als weibliche Zuwanderer Straftaten?

Ein Großteil der Menschen, die ein Messer in die Hand nehmen - ich würde mal schätzen, 80 Prozent -, macht das, weil sie in ihrer Familie etwas Ähnliches erlebt haben. Wer Gewalt in der Familie erlebt hat, zieht später mit ziemlicher Sicherheit eher in Erwägung, wieder Gewalt als Mittel der Lösung einzusetzen. Den jungen Männern fehlen häufig ihre Väter als Vorbilder, die in der muslimischen Tradition eher wenig an der Erziehung ihrer Kinder beteiligt sind. Deshalb ist es so wichtig, mit den Vätern zu sprechen.

Kazim Erdogan arbeitet als Psychologe in Berlin-Neukölln. 2007 gründete er die erste türkische Männergruppe, die er bis heute leitet. Er war ein enger Vertrauter der Jugendrichterin Kirsten Heisig. Für seine engagierte Arbeit hat er zahlreiche Auszeichnungen erhalten.

**Load-Date:** January 18, 2012

---

End of Document

**Noch hat Deutschland einen schlechten Ruf; OECD lobt die neue deutsche Migrationspolitik. Doch trotz niedriger Hürden kommen bislang kaum Hochqualifizierte**

Die Welt

Dienstag 5. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 30

**Length:** 920 words

**Byline:** Stefan Von Borstel

**Highlight:** Unternehmen klagen über Fachkräftemangel. Doch vor der Suche nach Mitarbeitern im Ausland scheuen sie zurück Die deutschen Regeln werden von Zuwanderern immer noch als „Anwerbestopp mit Ausnahmen“ gesehen

## **Body**

---

Trotz niedriger Hürden kommen nur vergleichsweise wenige hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb Europas nach Deutschland. Das geht aus dem Bericht „Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte: Deutschland“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, der am Montag in Berlin vorgestellt wurde.

Demnach kommen jährlich rund 25.000 Arbeitsmigranten aus Ländern außerhalb der EU und der Europäischen Freihandelsregion EFTA nach Deutschland. Das seien etwa 0,02 Prozent der Bevölkerung. Australien, Dänemark, Kanada und England verzeichneten dagegen fünf bis zehn Mal so viele beschäftigungsorientierte Zuwanderer. Die OECD kritisierte auch, dass nur die Hälfte dieser Zuwanderer länger als drei Jahre in Deutschland bleibe.

Das deutsche Zuwanderungssystem werde „im In- und Ausland als restriktiv und schwer zugänglich wahrgenommen“: als „Anwerbestopp mit Ausnahmen“. Aus OECD-Sicht sollte Deutschland einen Perspektivwechsel vornehmen und Arbeitsmigration unter klar definierten Voraussetzungen grundsätzlich erlauben.

Aber auch die deutschen Unternehmen nutzten die neue Offenheit für qualifizierte Zuwanderer nur beschränkt. Trotz Fachkräftemangels hat jedes zweite Unternehmen die Möglichkeit, Personal im Ausland zu rekrutieren, noch gar nicht in Erwägung gezogen. Jedes dritte erklärte in einer Befragung unter 1100 Unternehmen, das Anwerben im Ausland sei zu kompliziert.

Dabei ist das deutsche Zuwanderungssystem nach den Worten von OECD-Vizegeneralsekretär Yves Leterme mittlerweile eines der offensten der Welt. In Deutschland gebe es keine Begrenzung für die Zahl hochqualifizierter Einwanderer pro Jahr, die Bearbeitungszeit der Anträge sei kurz, das Verfahren kostengünstig und nur selten

Noch hat Deutschland einen schlechten Ruf OECD lobt die neue deutsche Migrationspolitik. Doch trotz niedriger Hürden kommen bislang kaum Hochqualifizierte

würden Bewerber abgelehnt. Leterme empfahl, Arbeitgeber, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, bei der Personalsuche im Ausland stärker zu unterstützen. „Reformen ändern die Wahrnehmung der Menschen nicht über Nacht, weder hier in Deutschland noch bei potenziellen Migranten im Ausland“, sagte der Vize-Generalsekretär der OECD.

In den vergangenen drei Jahren hatte die Bundesregierung die Zuwanderung insbesondere für Akademiker deutlich erleichtert. Im vergangenen Jahr traten Gesetze zur leichteren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und geringeren Einkommensgrenzen für Zuwanderer in Kraft. Die „Vorrangprüfung“ der Arbeitsagenturen in Mangelberufen wie Arzt oder Ingenieur wurde abgeschafft. Außerdem dürfen Hochschulabsolventen, die in Deutschland studiert haben, jetzt länger im Land bleiben, um sich hier eine Stelle zu suchen. Leterme betonte, Universitäten seien ein „ideales Zugangstor“ für Arbeitsmigranten. Ein Drittel der Zuwanderer, die im Jahr 2010 einen Aufenthaltstitel erhalten hatten, waren internationale Studenten. Allerdings gehe Deutschlands Anteil am umkämpften Markt für internationale Talente zurück. Leterme empfahl verstärkte Sprachförderung und eine bessere Vermarktung des Studienstandorts Deutschland.

Nachholbedarf sieht die OECD auch bei der Zuwanderung von Nicht-Akademikern. Deutschland müsse neue Wege für die Migration von Arbeitskräften mit mittleren Qualifikationen eröffnen. Vor allem im Mittelstand sei der Mangel an Fachkräften ohne Universitätsabschluss schon jetzt ein Problem.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) kündigte an, die Beschäftigungsverordnung zu ändern, um auch für diese Mangelberufe Ausgebildete aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland holen zu können. Die geänderte Beschäftigungsverordnung soll noch im Februar vom Bundeskabinett verabschiedet werden und bereits im Juli in Kraft treten. Die Ministerin nannte unter anderem den Bereich der Kranken- und Altenpflege. Aber auch Lokomotivführer, Klempner, Heizungsbauer, Elektrotechniker und Fachkräfte im Sanitärbereich würden gebraucht.

Als großes Hindernis für die Zuwanderer bezeichnete die OECD die deutsche Sprache. Es gebe in Europa immer weniger Menschen, die Deutsch sprechen. Gute Deutschkenntnisse seien jedoch die wichtigste Einstellungsvoraussetzung für die deutschen Arbeitgeber, insbesondere der kleineren Unternehmen. Das aktuelle Zulassungssystem ignoriere dies weitgehend.

Berufsspezifische Deutschkurse für Mangelberufe sowohl vor Arbeitsaufnahme als auch nach der Einstellung könnten eine große Hilfe sein. Außerdem müsse die „Infrastruktur für die Vermittlung der deutschen Sprache im Ausland“ ausgebaut werden. Leterme lobte das vor kurzem aufgelegte deutsche Programm für arbeitslose Jugendliche aus anderen EU-Ländern.

Ministerin von der Leyen verwies auf erste Erfolge der Einwanderungspolitik. So war der Wanderungssaldo in den vergangenen zwei Jahren wieder positiv: Es kamen mehr Menschen nach Deutschland als abwanderten. Weitaus bedeutender als die Einwanderung aus Drittstaaten sind für Deutschland die Einwanderer aus Europa, vor allem aus Osteuropa. Das wichtigste Herkunftsland für Arbeitsmigranten bleibt Polen, erklärte die OECD. Aber auch die Zahl der Arbeitsuchenden aus den Krisenländern Südeuropas steige ständig an.

Mittelfristig werde Deutschland seine offenen Stellen aber nicht allein durch Inländer und Europäer füllen können. Leterme kritisierte die Debatte um die „Willkommenskultur“ in Deutschland als „überzogen“. Deutschland sei als Zielland durchaus attraktiv, viele gut gebildete Migranten würden gerne nach Deutschland kommen. In Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Russland, Polen, Türkei und Serbien belegt Deutschland der OECD zufolge bei der Frage nach dem beliebtesten Zielland Platz eins.

## Graphic

---

Noch hat Deutschland einen schlechten Ruf OECD lobt die neue deutsche Migrationspolitik. Doch trotz niedriger Hürden kommen bislang kaum Hochqualifizierte

**Load-Date:** February 5, 2013

---

End of Document

**Politik Kompakt; Migranten: EU-Kritik löst Debatte über Deutsch-Test aus ++ Flughafen Berlin: Ramsauer will Aufsichtsrat nicht übernehmen ++ Wahl in Mali: 39,2 % ++ Auftragsmord: Justiz: Islamkritiker sollte ermordet werden ++ Vatikan: Kirchenstaat bittet Italien um Rechtshilfe ++ Frankreich: Justiz ermittelt gegen Tochter von Usbekistans Staatschef**

Die Welt

Samstag 3. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 179

**Length:** 575 words

## Body

---

### Migranten

EU-Kritik löst Debatte über Deutsch-Test aus

Erneut wird in Berlin eine Debatte über den Familiennachzug von **Migranten** geführt. Nachdem die EU-Kommission gegen Deutschland ein formelles Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat, weil es eine Richtlinie nicht umgesetzt habe, verteidigte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Hans-Peter Uhl (CSU), die bestehende Regelung. Er warf Brüssel „Realitätsferne“ vor. Die Linke sprach dagegen von „gesetzlichen Schikanen“. Nach der Regelung müssen Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die zum Ehepartner in Deutschland ziehen wollen, zuvor im Herkunftsland einen Deutschtest bestehen, um die Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Dies war von der großen Koalition 2007 eingeführt worden, vor allem auch, um gegen Zwangsehen vorzugehen. Die SPD will das Gesetz inzwischen wieder zurücknehmen.

Flughafen Berlin

Ramsauer will Aufsichtsrat nicht übernehmen

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer steht nach eigenen Worten nicht als Aufsichtsratsvorsitzender für den Berliner Großflughafen zur Verfügung. „Die Nachfolge von Matthias Platzeck (SPD) sollte das Land Brandenburg klären“, sagte der CSU-Politiker der „Bild“-Zeitung. Platzeck hatte am Montag seinen Rücktritt als Ministerpräsident und als Aufsichtsratschef verkündet. Ramsauer schließt die Neubesetzung des Postens mit einer Person außerhalb der Eigentümergemeinschaft von Brandenburg, Berlin und dem Bund nicht aus.

Wahl in Mali

Politik Kompakt Migranten: EU-Kritik löst Debatte über Deutsch-Test aus ++ Flughafen Berlin: Ramsauer will Aufsichtsrat nicht übernehmen ++ Wahl in Mali : 39,2 ....

39,2 %

Zustimmung konnte der ehemalige Ministerpräsident Malis, Ibrahim Boubacar Keita, bei der Präsidentenwahl auf sich vereinen, aber die notwendige 50-Prozent-Hürde nicht nehmen. Da es in der ersten Runde keinen offiziellen Sieger gab, muss nun eine Stichwahl am 11. August die Entscheidung bringen. Keitas Gegner ist dabei der Zweitplatzierte Soumaila Cissé, der 19,4 Prozent der Stimmen erhielt.

Auftragsmord

Justiz: Islamkritiker sollte ermordet werden

Der islamkritische Autor Zahid Khan ist nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft Darmstadt nur knapp einem Mordanschlag entgangen. Der 56-Jährige habe am späten Montagabend in Notwehr drei Angreifer auf einem Waldparkplatz mit Schüssen aus seiner legalen Waffe in die Flucht getrieben und dabei einen schwer verletzt. Der mutmaßliche Auftraggeber des Mordes, der 40 Jahre alte islamische Aktivist Stefan Salim N. aus Marburg, sitze in U-Haft, so die Staatsanwaltschaft. Das Offenbacher Amtsgericht erließ Haftbefehl wegen gemeinschaftlichen versuchten Mordes. N. weist die Vorwürfe zurück.

Vatikan

Kirchenstaat bittet Italien um Rechtshilfe

Im Fall des unter Geldwäscheverdacht stehenden Vatikan-Prälaten Nunzio Scarano hat die vatikanische Justiz erstmals in der Geschichte ein Rechtshilfeersuchen an Italien gestellt. Wie die Zeitung „Corriere della Sera“ berichtete, bat Vatikan-Staatsanwalt Giampiero Milano die Behörden um Mithilfe bei den Ermittlungen. Bereits Mitte Juli hatte er die Konten des früheren Rechnungsprüfers der päpstlichen Güterverwaltung bei der Vatikanbank IOR einfrieren lassen.

Frankreich

Justiz ermittelt gegen Tochter von Usbekistans Staatschef

Gegen die älteste Tochter von Usbekistans Staatschef Islam Karimow wird in Frankreich wegen des Verdachts der Geldwäsche ermittelt. Die Behörden versuchen herauszufinden, wer wirtschaftlicher Nutznießer von mehreren Unternehmen und Immobilien ist. Karimowa hatte die Behörden stutzig gemacht, als sie 2012 in einer Bank des Landes mehrmals versuchte, etwa 485 Millionen Euro abzuheben.

**Load-Date:** August 3, 2013



**Muslime: Religion ist wichtiger als das Gesetz; Europa-Studie zu Fundamentalismus**

Die Welt

Donnerstag 12. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 5; Ausg. 290

**Length:** 271 words

## Body

---

Religiöser Fundamentalismus ist einer Studie zufolge unter Muslimen in Westeuropa kein Randphänomen. Zwei Drittel der befragten Muslime aus sechs Ländern halten demnach religiöse Gesetze für wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben. Drei Viertel finden, es gebe nur eine mögliche Auslegung des Korans. Befragt wurden 9000 Personen mit türkischem oder marokkanischem **Migrationshintergrund** in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Österreich und Schweden, sowie jeweils eine einheimische Vergleichsgruppe.

Diese Werte der Muslime sind deutlich höher als die von einheimischen Christen. Von diesen stellen nur 13 Prozent religiöse Regeln über staatliches Recht, und knapp 20 Prozent bestreiten, dass die Bibel unterschiedlich ausgelegt werden kann. Die starke Tendenz zu religiösem Fundamentalismus unter Europas Muslimen ist für Migrationsforscher Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) alarmierend. „Fundamentalismus ist keine unschuldige Form strenger Religiosität“, erklärt der Soziologe. „Unsere Untersuchung zeigt vielmehr, dass Menschen mit fundamentalistischer Haltung gleichzeitig Gruppen, die von ihrem Standard abweichen - wie Homosexuellen oder Juden - , feindselig gegenüberstehen.“ Fast 60 Prozent der Muslime lehnten Homosexuelle als Freunde ab, 45 Prozent denken, dass man Juden nicht trauen kann, und ebenso viele glauben, dass der Westen den Islam zerstören will. Bei den Christen sind immerhin neun Prozent offen antisemitisch, 13 Prozent wollen keine homosexuellen Freunde, und 23 Prozent glauben, dass Muslime die westliche Kultur zerstören wollen.

**Load-Date:** December 12, 2013

## Schwache besser fördern

Die Welt

Donnerstag 16. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** WIRTSCHAFT; Kommentar; S. 9; Ausg. 191

**Length:** 451 words

**Byline:** Inga Michler

## Body

---

Bildung muss ankommen, viel stärker als bisher auch bei den Schwächsten in der Gesellschaft. Das belegt eindrucksvoll der aktuelle Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft. Die nachweislich Schwachen in unserem Bildungssystem, das sind die Kinder von Migranten und Alleinerziehenden. Und das ist allein deswegen brisant, weil deren Zahl steigt. Beide Gruppen bleiben bei der Bildung hinter ihren Altersgenossen zurück. Wer in Deutschland mit ausländischen Eltern oder bei Mutter oder Vater allein aufwächst, hat ein deutlich erhöhtes Risiko, die Schule abzubrechen. Er schafft mit geringerer Wahrscheinlichkeit als andere das Abitur, ganz zu schweigen von einem Hochschulstudium.

Allein das sollte Bildungspolitiker aufhorchen lassen. Aufrütteln muss sie der Lösungsansatz der Ökonomen: Der Staat kann diese Gerechtigkeitslücke schließen - und das lohnt sich sogar für ihn. Das Rezept ist relativ einfach: Fördern, fördern, fördern. Je früher desto besser. Je mehr Migrantenkinder eine Kita besuchen, desto mehr starten durch, bis aufs Gymnasium. Je mehr Plätze an Ganztagschulen es gibt, desto weniger Kinder von Alleinerziehenden bleiben auf der Strecke.

Kinder in Deutschland sollten faire Chancen auf Bildung haben, egal woher sie kommen. Alles andere ist zutiefst ungerecht. Und auch ökonomisch unsinnig. Die Schulabbrecher von heute sind die fehlenden Fachkräfte von morgen. Die deutsche Wirtschaft kann es sich angesichts des demografischen Wandels nicht mehr leisten, dass reihenweise Jugendliche bei der Ausbildung hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben.

Mehr Geld für Kindergärten und Ganztagschulen, das allerdings müssen wir uns unbedingt leisten. Denn es ist bestens investiert. Die Ökonomen haben errechnet: Gäbe es genügend Ganztags-Plätze für alle, bescherte das der deutschen Wirtschaft einen kräftigen Wachstumsschub. Der Staat würde darüber sogar mehr Steuern einnehmen, als ihn die verbesserte Betreuung kosten würde.

Wichtig ist bei allen Rechenexempeln allerdings eines: Die Politik sollte ein gutes Angebot an ganztägiger Betreuung schaffen. Die Eltern aber müssen die Wahl haben, ob sie dieses Angebot annehmen. Staatlich verordnete Fremdbetreuung, täglich von acht bis 18 Uhr, passt nicht in eine freiheitliche Gesellschaft. Abwägen

## Schwache besser fördern

sollten die Politiker auch, wofür genau sie Geld unter der Rubrik Betreuung ausgeben. Geht es um Sprachförderung für Einwanderkinder oder die Ausbildung von Lehrern, liegt der Nutzen auf der Hand. Anders verhält es sich da beim geplanten Betreuungsgeld - auch als Herdprämie verschrien - für Eltern, die ihre Krippen-Kinder daheim betreuen. Hier konnten die Ökonomen beim besten Willen keine positiven Effekte für die Wirtschaft erkennen.

**Load-Date:** December 14, 2012

---

End of Document

## **Das Prinzip Hoffnung; Eine neue Studie belegt: Migranten sind glücklicher als Ostdeutsche**

Die Welt

Mittwoch 6. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 259

**Length:** 329 words

**Byline:** Alan Posener

### **Body**

---

Seit Angela Merkel Bundeskanzlerin ist, haben sich die Deutschen im europäischen Glücksvergleich nach vorn geschoben, vom 15. auf den achten Platz. Nicht weil die Deutschen glücklicher, sondern weil viele andere Europäer dank Finanz- und Euro-Krise unglücklicher geworden sind. Doch ist der Zusammenhang zwischen materiellem Wohlstand und emotionaler Zufriedenheit nicht ganz so einfach, wie dieses Ergebnis nahelegt. Das belegt der Glücksvergleich zwischen dem Norden und Süden und dem Osten und Westen Deutschlands sowie zwischen Zuwanderern und Einheimischen.

Betrachtet man den deutschen Glücksatlas, so wundert man sich. Dass die Ostdeutschen weniger glücklich sind als die Westdeutschen, überrascht nicht. Doch dem Nord-Süd-Gefälle in der Wirtschaftsleistung und im Wohlstand der westlichen Bundesländer entspricht ein umgekehrtes Gefälle im Glücksgefühl - außer in Baden-Württemberg, wo die Leute im kraftstrotzenden Württemberg weniger glücklich sind als im südlicheren, ärmeren Baden. Warum?

Einen Hinweis geben die Migranten, die nicht nur im Schnitt zufriedener sind als die Ostdeutschen, sondern - wenn sie gut integriert sind - sogar glücklicher als der durchschnittliche Einheimische. Die Zuwanderer glauben vor allem an den Aufstieg. Sie glauben, dass es ihnen selbst wahrscheinlich, ihren Kindern aber sicher in Zukunft besser gehen wird als heute. Das ist zunächst ein Kompliment an Deutschland und die Integrationsleistung von Schulen, Ämtern, Betrieben, Medien, Freunden, Nachbarn.

Das ist auch ein Hinweis auf den positiven Effekt der Zuwanderung. Wer hierherkommt, hat die neue Heimat aus freien Stücken gewählt. Sie bietet vor allem eins: Hoffnung. Und die macht glücklich, auch wenn man arm ist. Wer hingegen Besitzstände wahrt und Veränderung fürchtet, kann nicht glücklich sein in einer Welt, die sich im revolutionären Tempo verändert. Vielleicht sollte man lernen, Deutschland mit den Augen der Zuwanderer zu sehen. Als Land der unbegrenzten Möglichkeiten

**Load-Date:** November 8, 2013

Das Prinzip Hoffnung Eine neue Studie belegt: Migranten sind glücklicher als Ostdeutsche

---

End of Document

**Deutschland Kompakt I; Arbeitsmarkt: Mehr Menschen über 60 sind  
erwerbstätig ++ Beschneidung: Juristin hält Verbot für verfassungsrechtlich  
möglich ++ Migration: 45 % ++ Hessen: Unmut bei FDP über Islam-Kritik aus  
CDU**

Die Welt

Dienstag 7. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 183

**Length:** 626 words

## **Body**

---

### Arbeitsmarkt

#### Mehr Menschen über 60 sind erwerbstätig

Die Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen hat sich in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt. Während sie im Jahr 1991 noch bei 20,8 Prozent lag, stieg sie bis zum Jahr 2010 auf 44,2 Prozent, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg mitteilte. Zu diesem Anstieg habe die höhere Erwerbstätigkeit von Frauen entscheidend beigetragen. Auch der bessere Gesundheitszustand der Älteren sowie die veränderten politischen Rahmenbedingungen bei der Frühverrentung und den Vorruhestandsregelungen hätten den Anstieg begünstigt, berichtete das Institut der Bundesagentur für Arbeit. Obwohl aufgrund des Geburtenrückgangs die Zahl der 15- bis 64-Jährigen in der Bevölkerung um 1,2 Millionen gesunken ist, gibt es heute 1,9 Millionen Erwerbstätige und Arbeitsuchende mehr als vor 20 Jahren. Langfristig werde die Zahl der erwerbsfähigen Menschen sinken. Der Rückgang werde bis 2025 gut drei Millionen und bis 2050 sogar rund zehn Millionen betragen, erwarten die Arbeitsmarktforscher.

### Beschneidung

#### Juristin hält Verbot für verfassungsrechtlich möglich

Die Juristin Susann Bräcklein hält ein Beschneidungsverbot verfassungsrechtlich für möglich. Der Gesetzgeber könne auf Bundesebene zum selben Abwägungsergebnis kommen wie das Kölner Landgericht, sagte die frühere Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht dem Berliner „Tagesspiegel“. In diesem Falle hätte die körperliche Unversehrtheit des Kindes Vorrang vor dem Elternrecht, so die Juristin. Nach Bräckleins Ansicht würde im Streitfall das Verfassungsgericht diesen Eingriff in Religionsfreiheit und Elternrecht vermutlich als verhältnismäßig bestätigen. „Das lässt sich nach der Kopftuch-Entscheidung 2003 und der Kruzifix-Entscheidung 1997 vermuten, in

Deutschland Kompakt | Arbeitsmarkt: Mehr Menschen über 60 sind erwerbstätig ++ Beschneidung: Juristin hält Verbot für verfassungsrechtlich möglich ++ Migration:....

denen das Verfassungsgericht den Gesetzgeber zur Lösung der Konflikte aufgefordert hatte." Bräcklein glaubt, dass es künftig mehr Ersatzrituale und weniger Kindesbeschneidungen geben werde. Der Prozess der Aufklärung fange aber erst an. Das Kölner Landgericht hatte im Mai religiöse Beschneidung als unzulässige Körperverletzung gewertet. Die Bundesregierung strebt für Herbst einen Gesetzentwurf an.

## Migration

45 %

aller Kinder und Jugendlichen in Hamburg haben ausländische Wurzeln. Anfang 2012 waren es in Stadtteilen wie Billbrook sogar 94 und auf der Veddel 91 Prozent, teilte das Statistikamt Nord mit. Anders sieht es in den ländlichen Stadtteilen aus, dort liegt der Anteil der Minderjährigen mit ausländischen Wurzeln zwischen neun und elf Prozent. In Francop sind es sogar nur 3,3 Prozent. In wohlhabenden Stadtteilen wie Blankenese sind es rund 23 Prozent. Insgesamt wurden in der Hansestadt Hamburg Ende vorigen Jahres 513.000 Menschen mit Migrationshintergrund registriert. Das sind knapp 30 Prozent der Bevölkerung.

## Hessen

### Unmut bei FDP über Islam-Kritik aus CDU

Bei der hessischen FDP wächst der Unmut über die Dauerkritik des CDU-Vizefraktionsvorsitzenden Hans-Jürgen Irmer am geplanten islamischen Religionsunterricht. Irmer bezweifelte am Wochenende in seiner Zeitung „Wetzlar Kurier“ die Eignung der türkischen Moscheenvereinigung Ditib, Partner für Schulunterricht zu sein. Sie sei vom türkischen Staat abhängig. CDU und FDP prüfen derzeit zwei theologische und zwei verfassungsrechtliche Gutachten zu den muslimischen Organisationen Ditib und Ahmadiyya. „Ich sehe eine sehr, sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass zum Schuljahr 2013/2014 der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht eingeführt wird, bekräftigte Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) in Wiesbaden. Sein Fraktionskollege Hans-Christian Mick sagte: "Irmer sollte sich bewusst machen, dass er damit immer auch der Koalition und seinem eigenen Landesvorsitzenden Volker Bouffier in den Rücken fällt."

**Load-Date:** September 12, 2012

## Die Sklaven von Moskau; Migranten aus Zentralasien werden in Kellern als unbezahlte Arbeiter gehalten

Die Welt

Mittwoch 14. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 7; Ausg. 267

**Length:** 1168 words

**Byline:** Julia Smirnova

**Highlight:** Die Chancen, dass die Ausbeuter bestraft werden, sind gering

## Body

---

### Moskau

Bakija Kassimowa schaut durch das Autofenster auf Moskau. Sie fährt an den neuen Büros und Einkaufszentren aus Glas und Stahl vorbei, an den kleinen Cafés und den neuen Kirchen. Die Stadt hat sich in den zehn Jahren, die sie in Moskau verbrachte, verändert. Doch das hat sie nicht mitbekommen. In der ganzen Zeit hat sie nichts anderes gesehen als das Lebensmittelgeschäft, in dem sie unbezahlt arbeitete. Als die Lkws im Hof entladen wurden, kam sie heraus und sah die Plattenbauten des Randbezirks Goljanowo, der als der gefährlichste Stadtteil von Moskau gilt. So hatte sie sich die Arbeit hier nicht vorgestellt. Sie hatte nach einem besseren Leben gesucht und war in der Sklaverei gelandet. Als Kassimowa ihr Heimatdorf nahe der usbekischen Hauptstadt Taschkent 2002 verließ, war sie 24 Jahre alt. Wie viele ihre Landsleute brauchte sie eine Arbeit, um ihre Familie zu ernähren. Das Angebot der Kasachin Schanulu Istanbekowa hörte sich wie ein Traum an. 800 Dollar im Monat, 1000 Dollar, wenn man gut arbeitet. Kassimowa sagte Ja und bat ihre Mutter, auf die anderthalbjährige Tochter aufzupassen. Kassimowa stellte sich vor, dass sie nun genug Geld verdienen würde, um etwas davon nach Hause zu schicken. Vielleicht würde sie die Tochter irgendwann nachholen, dachte sie damals. Seitdem haben sie sich nicht mehr gesehen.

Im Lebensmittelgeschäft musste sie hinter der Theke, an der Kasse oder als Putzfrau arbeiten. Ihren Pass musste sie abgeben, doch da ahnte sie noch nichts Schlimmes. Die Arbeit begann jeden Tag um sechs Uhr morgens und endete erst nach Mitternacht. Kassimowa arbeitete und freute sich auf das versprochene Geld, doch es kam nicht. Die Ladenbesitzerin sagte, sie bekomme es später, alles für mehrere Monate, damit sie noch mehr nach Hause schicken könne. Dann kamen die Schläge für die kleinsten Verstöße. „Wir durften nicht das Geschäft verlassen, nicht miteinander sprechen“, erzählt Kassimowa. Die Sicherheitsleute passten auf sie auf. Die Besitzerin drohte, Kassimowa und ihre Familie in Usbekistan umzubringen, falls sie jemandem von ihrer Situation erzählen würde. Kassimowa zweifelte nicht, dass sie dazu fähig wäre. Ihr fehlen jetzt vier vordere Zähne, der Zeigefinger ihrer rechten Hand ist krumm, weil die gebrochenen Knochen falsch zusammengewachsen sind. Die Frauen im



## Die Sklaven von Moskau Migranten aus Zentralasien werden in Kellern als unbezahlte Arbeiter gehalten

Lebensmittelgeschäft wurden regelmäßig vergewaltigt und brachten Kinder zur Welt. „Meine Tochter hat sie (die Besitzerin) mir gleich nach der Geburt weggenommen und gesagt, sie wird bei ihren Verwandten in Kasachstan aufwachsen“, erzählt Kassimowa. Zwei Jahre später sagte man ihr, die Tochter sei gestorben. Das Gleiche passierte mit dem Kind von Leila Aschirowa. Vor fünf Jahren gebar Kassimowa einen Sohn und durfte ihn behalten. Doch da er den kleinen Raum im Geschäft nie verlassen hat und schlecht ernährt wurde, braucht er jetzt medizinische Hilfe und kann noch nicht laufen.

Fünf Frauen, vier Männer und drei Kinder kamen vor Kurzem frei, nachdem sich die Mutter einer Frau mit der Bitte um Hilfe an Nichtregierungsorganisationen gewandt hatte. Sie erfuhr über die Zustände von einer anderen jungen Frau aus Usbekistan, der vor wenigen Monaten die Flucht aus dem Geschäft gelungen ist. Kassimowa und Aschirowa haben am längsten im Laden gearbeitet, zehn und neun Jahre. Beide haben versucht zu fliehen. Aschirowa lief zu einer Polizeistation und zeigte ihre Chefin an. Sie erzählt, die Polizisten sagten ihr, sie komme gleich frei und dürfe nach Hause fahren, wenn sie ihre Anzeige zurückziehe. Dann kam ihre Chefin, holte sie ab und sperrte sie wieder ein. Als Kassimowa später durch die nicht verschlossene Hintertür floh, wusste sie, dass ihr die Polizei nicht helfen würde. Sie übernachtete in Treppenhäusern. „Ich sah eine Kundin (aus dem Geschäft) und bat sie um Hilfe“, erzählt Kassimowa. „Sie rief aber meine Chefin an, und die holte mich zurück.“ Mit Drohungen und Misshandlungen, aber manchmal mit Versprechen, bald eine große Geldsumme zu zahlen und sie nach Hause fahren zu lassen, hielt Istanbekowa ihre kostenlosen Arbeiter im Griff. Sie alle kamen entweder aus Usbekistan oder Kasachstan und wurden mit dem Versprechen guter Gehälter gelockt. Einige arbeiteten mehrere Jahre, die anderen erst mehrere Monate. Adil Achmedow hat am Anfang tatsächlich 500 Dollar im Monat bekommen, dann zwei Jahre lang kein Geld. „Die Besitzer haben uns manchmal gezwungen, aufeinander einzuprügeln“, erzählt er. Alle wohnten in einer kleinen Kammer ohne Fenster und schliefen auf den Regalen oder auf dem Fußboden.

Das fehlende Wissen über eigene Rechte, schlechte Sprachkenntnisse und oft Naivität bringen Arbeitsmigranten in Russland in Gefahr, Opfer von Sklaverei zu werden. Von der russischen Polizei können sie keinen Schutz erwarten, auch weil sich die Arbeitgeber in solchen Fällen nie um eine Aufenthalts- oder Arbeitsgenehmigung kümmern. Die Polizei vom Bezirk Goljanowo hat das Lebensmittelgeschäft mehrmals geprüft, nachdem Anrufe von den besorgten Einwohnern kamen, die Verkäuferinnen immer wieder mit blauen Flecken sahen. Doch die Polizei fand keine Verstöße. Kassimowa vermutet, die Polizisten wurden dafür bezahlt. „Bis jetzt hat die lokale Polizei nicht geholfen, in dem Fall zu ermitteln, sondern nur gestört“, sagt die Anwältin Irina Birjukowa von der Nichtregierungsorganisation Bürgerlicher Beistand, die zusammen mit den Kollegen von Memorial die Interessen von befreiten Migranten vertritt. „Wir bitten jetzt, den Fall den höheren Ermittlungsbehörden zu überlassen.“ Zuerst versuchte die Polizei, den Fall herunterzuspielen und die Opfer wegen illegalen Aufenthalts auszuweisen. Nachdem die Migranten mithilfe von Nichtregierungsorganisationen und der Presse befreit wurden, hielt die Polizei sie für mehrere Stunden fest, die Anzeigen gegen die Besitzer des Geschäfts wurden nicht akzeptiert. Die Besitzer galten lange nicht als mutmaßliche Täter, sondern als Zeugen. „Jetzt heißt es bei der Polizei, sie seien verschwunden“, sagt die Anwältin Birjukowa.

Arbeitssklaverei von Migranten ist in Russland nicht selten. Im August flog im Gebiet Moskau eine illegale Fabrik mit unbezahlten Arbeitern aus Vietnam auf. Die 75 Sklaven wurden ausgewiesen, Strafanzeige gegen die Besitzer wurde nicht erstattet. In einer anderen Fabrik kamen bei einem Brand 14 vietnamesische Arbeiter ums Leben, weil die Tür des Raums, in dem sie wohnten, von außen abgesperrt war. Im Juli wurde im Gebiet Moskau gegen einen Polizeibeamten ermittelt, der mehrere Monate lang Migranten aus Zentralasien unbezahlt auf seinem Grundstück arbeiten ließ. „Menschen werden auf Baustellen gebracht, ihnen werden die Dokumente weggenommen. Sie arbeiten mehrere Monate und bekommen am Ende wenig bis gar kein Geld“, erzählt Birjukowa. Doch die Hoffnung auf eine bessere Bezahlung stellt die Risiken in den Schatten. Kassimowa will zuerst im Prozess gegen ihre Peiniger aussagen, anschließend nach Hause fahren und ihre Tochter sehen. Dann will sie zurück nach Moskau kommen. Um wieder nach Arbeit zu suchen.

Die Sklaven von Moskau Migranten aus Zentralasien werden in Kellern als unbezahlte Arbeiter gehalten

Adil Achmedow aus Usbekistan lebte jahrelang in einer fensterlosen Kammer

J.Smirnova/J.Smirnova

Die Usbekin Bakija Kassimowa gebär in Gefangenschaft einen Sohn

**Load-Date:** January 26, 2013

---

End of Document

**„Die Zeit der harten Hunde ist vorbei“; CDU-Vize Armin Laschet: Hardliner erreichen die Wähler nicht mehr - und fordert einen liberaleren Umgang mit Asylbewerbern**

Die Welt

Montag 12. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 5; Aug. 186

**Length:** 2017 words

**Byline:** Robin Alexander

Karsten Kammholz

## **Body**

---

Die Zeiten, in denen die Union im Wahlkampf Unterschriftenkampagnen gegen Doppelpässe machte und klare Kante gegen Wirtschaftsflüchtlinge forderte, sind vorbei. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Armin Laschet erklärt, was hinter diesem Wandel steht.

Die Welt:

Früher haben Unionspolitiker in Wahlkämpfen gerne den harten Hund markiert. In diesem nicht. Warum?

Armin Laschet:

Die Zeit der harten Hunde ist doch schon lange vorbei. Die Union hat vor Jahren gelernt, dass wir ein Einwanderungsland sind und sogar mehr Zuwanderung brauchen. In diesem Themenbereich gibt es schon lange keinen Streit mehr zwischen den Parteien. Für das Thema innere Sicherheit allerdings stehen wir nach wie vor - vielleicht, ohne so zuzuspitzen wie in früheren Jahren, das stimmt.

So lange ist früher noch nicht her. Horst Seehofer wollte die deutschen Sozialsysteme noch vor zwei Jahren „bis zur letzten Patrone“ gegen Zuwanderung verteidigen.

Er hat das einmal auf einem politischen Aschermittwoch gesagt. Aber es ist ja nicht alle Tage Aschermittwoch. Wahlkampfstrategie der Union ist das schon seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Das Wahlprogramm von CSU und CDU ist in dieser Frage glasklar.

„Die Zeit der harten Hunde ist vorbei" CDU-Vize Armin Laschet: Hardliner erreichen die Wähler nicht mehr - und fordert einen liberaleren Umgang mit Asylbewerber....

Ist die Einsicht der Union nicht doch jünger? Die Niedersachsen-Wahl vor wenigen Monaten ging auch deshalb verloren, weil Rot-Grün gegen einen als Hardliner verschrienen CDU-Innenminister bis tief ins Bürgertum hinein mobilisieren konnte.

Als Gesamtpartei hat die Union, besonders auch in Niedersachsen, schon seit Mitte des letzten Jahrzehnts eine engagierte Integrationspolitik gemacht. Die Bundeskanzlerin hat das Thema ins Kanzleramt geholt. Und außerdem: Der sogenannte Hardliner war gar nicht so ein Hardliner, aber die Wahl hat tatsächlich gezeigt, dass dieses Image auch konservative Wähler nicht mehr erreicht.

Seehofer will jetzt im Wahlkampf sogar das bayerische Asylrecht von seinen abschreckenden Komponenten befreien. Lernprozess oder Opportunismus?

Na, sehen Sie! Wir haben alle gelernt. SPD und Grüne haben lange Zeit Probleme bei der Integration ignoriert und den Migranten per se zum besseren Menschen erklärt - etwa mit dem Spruch: „Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht alleine!" So würden sie heute auch nicht mehr formulieren. Und die Union hat heute einen ganz anderen Blick auf andere Kulturen und Religionen, als das noch vor zehn oder zwanzig Jahren der Fall war - auch weil wir in einer älter werdenden Gesellschaft jeden Menschen brauchen. Demografie lehrt Toleranz - das ist doch schön.

Sie haben als einer der ersten Unionspolitiker im neuen Ton über Integration gesprochen.

Es waren auch andere, etwa Heiner Geißler oder Rita Süßmuth. Als ich 2005 das erste deutsche Ministerium für Integration übernahm, war das nicht nur für die Union etwas Neues. Damals merkte ich bei vielem, dass die Gesellschaft - und gerade auch die Parteibasis der Union - gedanklich schon viel weiter war als die Politik. Bei dem Ziel der selben Aufstiegschancen für jeden unabhängig von der Herkunft gab es keinen Überzeugungsbedarf. Streiten musste ich noch, übrigens gemeinsam mit der Wirtschaft, für qualifizierte Zuwanderung. Heute erklärt auch der CSU-Innenminister Friedrich: Wir müssen um die Besten werben, damit sie nach Deutschland kommen.

Heute wollen Sie sogar das Arbeitsverbot für Asylbewerber - wohlgermerkt: nicht anerkannte Asylbewerber - kippen. Warum?

Asylbewerber durften bei uns früher drei Jahre lang nicht arbeiten. Weil das Menschen demotiviert und dazu verleitet, auf Dauer von Sozialleistungen zu leben, ist das Arbeitsverbot schon auf ein Jahr verkürzt worden. Ich denke, wir sollten es noch weiter verkürzen. Neun Monate, wie es die EU anstrebt, halte ich für eine gute Idee, die wir jetzt umsetzen müssen. Das entlastet auch die Sozialkassen und hilft unserer älter werdenden Gesellschaft.

Nur noch unionsregierte Bundesländer halten an der Regelung fest, dass Asylbewerber ihren Landkreis nicht verlassen dürfen.

Diese sogenannte Residenzpflicht wurde in den 80er-Jahren eingeführt, als bis zu 400.000 Asylbewerber jährlich in Deutschland fair verteilt werden mussten. Heute haben wir 350.000 Asylbewerber in der gesamten Europäischen Union - also viel, viel weniger als damals. Deshalb haben auch unionsgeführte Bundesländer wie Hessen die Residenzpflicht abgeschafft. Andere werden folgen.

Gibt es keine Hardliner mehr in der Union, oder sind die nur leiser geworden?

In der Integrationspolitik gibt es die alten Barrikaden nicht mehr. Wer hier geboren ist und rechtmäßig hier lebt, gehört zu Deutschland. In der Innenpolitik wird es allerdings immer das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit geben. Das erleben wir ja aktuell bei der NSA-Debatte.

Innenminister Friedrich hat in dieser Debatte Sicherheit zum „Supergrundrecht" erhoben.

Ich würde es nicht so formulieren. Das Grundgesetz sieht die Grundrechte, die in einer wunderbaren Weise in den ersten 20 Artikeln verankert sind, als gleichwertig an. Sie konkurrieren miteinander. Wenn ein Grundrecht einen besonderen Status hat, dann ist es Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar."

„Die Zeit der harten Hunde ist vorbei" CDU-Vize Armin Laschet: Hardliner erreichen die Wähler nicht mehr - und fordert einen liberaleren Umgang mit Asylbewerber....

Ist es nicht gefährlich, wenn die Union den Anspruch aufgibt, die Partei der inneren Sicherheit zu sein?

Den geben wir nicht auf. Wir bleiben die Partei der inneren Sicherheit. Aber innere Sicherheit schützt man nicht durch scharfe Sprüche. Der letzte Innenminister, der scharfe Sprüche geklopft hat, hieß Otto Schily von der SPD. Sein CDU-Nachfolger Wolfgang Schäuble hatte schon eine ganz andere Sprache der Offenheit und des Verständnisses auch für gesellschaftspolitische Fragen. Heute wird innere Sicherheit auch mit Sensibilität gewährleistet.

Warum sperrt die Union sich noch gegen den Doppelpass für Migranten?

Wir sagen im Wahlprogramm, doppelte Staatsangehörigkeiten sollen vermieden werden. Allerdings ist die doppelte Staatsangehörigkeit in der Verwaltungspraxis heute schon fast die Regel: Wir nehmen sie bei mehr als der Hälfte aller Einbürgerungen hin. Im Wahlkampf spielt das Thema bisher keine große Rolle, worüber ich mich freue.

Ebenfalls keine große Rolle im Wahlkampf spielt erstaunlicherweise die Energiewende. Wie lange trägt dieser faule Frieden?

Das Erneuerbare Energiegesetz muss das allererste Thema der Koalitionsgespräche sein - und zwar egal, wer diese führt. Wir subventionieren mit Milliardensummen volkswirtschaftlichen Vermögens Energieformen, die einfach nicht wirtschaftlich sind. Umweltminister Peter Altmaier wollte da ran, aber Rot-Grün hat im Bundesrat blockiert. Wer weiter blockiert, treibt die Strompreise in die Höhe.

Sollte die Energiewende nach der Bundestagswahl in einem Ministerium gemanagt werden?

Aus der Sicht des Industrielandes Nordrhein-Westfalen wäre es wünschenswert, dem Umweltminister die Kompetenzen nicht nur für erneuerbare Energien, sondern auch für das Stromdesign, also für das gesamte Energierecht, zu geben, um die Energiewende künftig aus einer Hand zu gestalten.

Helmut Kohl hat den Deutschen einst versprochen, den Soli abzuschaffen. Die FDP ist der Meinung, Frau Merkel muss Kohls Versprechen einlösen ...

Was die FDP fordert, ist heute unrealistisch. Der Soli erbringt 13 Milliarden im Jahr. Wir können angesichts der Schuldenbremse im Grundgesetz heute noch nicht sagen, ob wir ab 2019 auf diese Einnahmequelle verzichten können. Die FDP macht den gleichen Fehler wie vor der letzten Bundestagswahl: Sie verspricht Steuersenkungen, die sie anschließend nicht umsetzen kann.

Was soll ab 2020 mit dem Soli passieren?

Wir brauchen ab 2020 einen Deutschland-Infrastrukturpakt, der durch die Soli-Einnahmen finanziert wird. Wenn man in Leverkusen nicht mehr über den Rhein fahren kann, wenn Brücken und Straßen immer maroder werden, dann wird dies für die Exportnation Deutschland zum Standortnachteil.

Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer droht, er werde keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem nicht die Einführung einer Straßenmaut vereinbart ist.

In einem Koalitionsvertrag wird das stehen, auf was sich CDU und CSU verständigt haben. Die Maut gehört nicht dazu. Der ADAC hat recht: Die Autofahrer sind heute schon die Melkkuh der Nation. Sie zahlen an Mineral- und Kfz-Steuer mehr, als der Staat für Infrastruktur einsetzt. Einer Pkw-Maut in Deutschland würde Maut in Belgien, den Niederlanden und Luxemburg folgen. Das ist gegen die Interessen der Menschen in Nordrhein-Westfalen gerichtet.

Gehört zur Neuordnung des Föderalismus auch ein Umbau der Länderstruktur?

Wir in NRW haben erfahren, dass Regionen wie das Rheinland und Westfalen, die früher nicht unbedingt zusammenpassten, als gemeinsames, starkes Land mehr erreichen. Warum soll nicht, wie dort vorgeschlagen, auch in einem fusionierten Bundesland im Osten eine anhaltinische, eine sächsische oder eine thüringische

„Die Zeit der harten Hunde ist vorbei" CDU-Vize Armin Laschet: Hardliner erreichen die Wähler nicht mehr - und fordert einen liberaleren Umgang mit Asylbewerber....

Identität erhalten bleiben? Berlin und Brandenburg betreiben gemeinsam einen Flughafen und sollen ansonsten nicht zusammenfinden? Man wird parteiübergreifend Kompromisse suchen müssen, um dann gemeinsam die Bevölkerung zu überzeugen.

Sie haben in der Union früh für einen entspannten Umgang mit den Grünen geworben: Wussten Sie damals von der Nähe einiger Grüner zu pädophilen Strömungen?

Nein, davon habe ich erst jetzt erfahren. Ich finde es richtig, dass die Union dieses Thema nicht in den Wahlkampf zieht. Ich finde aber auch, dass der Aufklärungswille der Grünen stärker sein könnte. Es wird vieles mit der Zeit und den damaligen Umständen erklärt. Mit der katholischen Kirche war man nicht so gnädig. Die katholische Kirche hat den Missbrauch auch nie überhöht als besonderes Freiheitsempfinden. Bei den Grünen wurde dies in den Achtzigern unter dem Siegel der gesellschaftlichen Emanzipation gegen staatliche Zwänge diskutiert. Ein schlimmer Zeitgeist.

Was müssen die Grünen tun?

Sie sollten dem Beispiel der Kirche folgen und einen Opferfonds einrichten. Die Partei sollte die Opfer, die sich nicht zeigen wollen, ermutigen, sich anonym zu melden. Die Grünen wollen die Aufarbeitung jetzt auf ein historisches Projekt reduzieren. Aber das geht nicht. Sie müssen auch die Opfer selbst in den Blick nehmen.

Die Bundesregierung unterstützt im syrischen Bürgerkrieg die Rebellen. Ist das nach wie vor richtig?

Ich wünsche mir von Außenminister Westerwelle, dass er zu den syrischen Rebellen eine deutlich kritischere Haltung einnimmt als bisher. Ein Beispiel: Die Rebellen haben seit über 100 Tagen zwei orthodoxe Bischöfe entführt und in ihrer Gewalt. Die USA, die EU-Außenbeauftragte und mehrere Regierungen in der EU haben die Freilassung der Geistlichen gefordert - warum schweigt ausgerechnet unser Auswärtiges Amt dazu?

Die Bundesregierung liefert keine Waffen, aber Kriegsmaterial wie schussichere Westen an die Opposition.

In den sogenannten befreiten Gebieten, die diese Opposition kontrolliert, hallt der arabische Ruf durch die Gassen: „Christen nach Beirut, Alawiten ins Grab." Es ist absurd, dass in Syrien die gleichen Leute unterstützt werden, die wir in Mali bekämpfen. Es sind die aus Katar und Saudi-Arabien finanzierten Terrorgruppen al-Nusra und al-Qaida, die Scharia-Gerichte einführen und die religiöse Vielfalt Syriens bekämpfen.

Sollte die Bundesregierung ihre Unterstützung für die syrischen Rebellen also ganz einstellen?

Die Lieferung von Schutzwesten oder Hilfsgütern muss an die Bedingung geknüpft werden, dass sich die syrische Opposition an die Menschenrechte hält. Und wir müssen lauter, engagierter, fordernder über die Rechte der Christen, der Schiiten, der Alawiten und der anderen Minderheiten reden.

Tut die Bundesregierung genug, um die Christen in der Region zu unterstützen, die etwa in Ägypten schwer bedrängt werden?

Die erste Forderung des deutschen Außenministers nach der zweiten ägyptischen Revolution war die nach der Freilassung des islamistischen Präsidenten Mursi. Dabei haben gerade Minderheiten und Christen unter Mursi besonders gelitten. Der amerikanische Außenminister hat inzwischen betont, dass der Sturz Mursis kein Militärputsch, sondern eine Revolution war. Unsere Außenpolitik muss die „Arabellion" differenzierter wahrnehmen und stärker artikulieren, dass sie auch das Wohl der Christen, der Minderheiten, der Intellektuellen im Blick hat.

„Die Zeit der harten Hunde ist vorbei" CDU-Vize Armin Laschet: Hardliner erreichen die Wähler nicht mehr - und fordert einen liberaleren Umgang mit Asylbewerber....

Amin Akhtar

Armin Laschet war der erste Integrationsminister der Republik. Heute führt er die CDU in NRW in der Opposition

Amin Akhtar

**Load-Date:** August 12, 2013

---

End of Document

**Deutschland Kompakt I; Migration: Immer mehr Einwanderer - auch illegale  
++ Energiewende: Saarlands Wirtschaftsminister attackiert Altmaier ++  
Verbraucherschutz: Ministerin bestätigt Einigung auf neues Gesetzkpaket ++  
Syrien-Hilfe: Universität Rostock unterstützt ihre Studenten ++ Bildung:  
Reine Jungenschulen sind in Deutschland zulässig**

Die Welt

Donnerstag 31. Januar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 26

**Length:** 622 words

## **Body**

---

### **Migration**

Immer mehr Einwanderer - auch illegale

Im Jahr 2010 hat es fast eine Million Zuwanderer nach Deutschland gezogen, 20 Prozent mehr als im Jahr davor. „Deutschland ist heute ein Einwanderungsland. Und das ist gut so. Denn wir brauchen Fachkräfte“, sagte Staatsministerin Maria Böhmer zur Verabschiedung des **Migrationsberichts** 2011. 62 Prozent aller Zuwanderer kamen aus einem anderen EU-Land, das Gros aus Polen, Rumänien und Bulgarien. Gestiegen sind auch die Zuzüge aus den Krisenländern Griechenland (plus 84 Prozent) und Spanien (31 Prozent), viele von ihnen sind laut Böhmer gut ausgebildet. Deutlich zugenommen hat ebenso die Zahl der illegalen Einreiseversuche - um 18,6 Prozent. Rund 21.000 illegal eingereiste Personen wurden registriert und 3400 beim Versuch der illegalen Einreise zurückgewiesen.

Energiewende

Saarlands Wirtschaftsminister attackiert Altmaier

Der saarländische Wirtschafts- und Energieminister Heiko Maas (SPD) hat die Pläne von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes kritisiert. Maas schlug im Gegenzug vor, die Verbraucher durch eine Senkung der Umsatzsteuer auf einen Grundverbrauch an Strom zu entlasten. „Die EEG-Pläne von Altmaier wirken eher wie eine Schnellschussreaktion und nicht wie ein durchdachtes Konzept. Er gefährde am Ende auch Arbeitsplätze in der saarländischen Stahl- und Energiewirtschaft“, sagte Maas der „Welt“. Gefragt sei eine „Energiewende, die sicher, nachhaltig und bezahlbar ist“. Mit einem verminderten Umsatzsteuersatz auf Strom für Privathaushalte könnte eine erste Dämpfung des EEG-Kostenanstiegs viel



## Deutschland Kompakt I Migration: Immer mehr Einwanderer - auch illegale ++ Energiewende: Saarlands Wirtschaftsminister attackiert Altmaier ++ Verbraucherschutz:....

wirksamer erreicht werden. Pro Person und Jahr soll dabei nach den Plänen von Maas eine pauschale Verbrauchsmenge von 500 Kilowattstunden nur noch mit sieben statt mit 19 Prozent besteuert werden. Maas beklagte, die Energieeinsparung sei für Altmaier offenbar kein wichtiges Thema mehr.

### Verbraucherschutz

#### Ministerin bestätigt Einigung auf neues Gesetzkpaket

Verbraucher sollen besser vor unseriösen Geschäftspraktiken im Internet und am Telefon geschützt werden. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) bestätigte, dass sich die Koalition auf ein Regelungspaket geeinigt habe. Es soll wohl am 6. Februar im Kabinett beschlossen und noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Damit solle verhindert werden, dass schon bei geringen Verstößen hohe Abmahnkosten entstünden. Es bleibe aber möglich, gegen verbotenes Herunterladen von Daten vorzugehen.

### Syrien-Hilfe

#### Universität Rostock unterstützt ihre Studenten

Die Universität Rostock will den Erlös ihres diesjährigen Benefizkonzertes am Sonntag den in Rostock lebenden syrischen Studenten zugutekommen lassen. In Rostock lernen derzeit rund 15.000 Studenten. Davon kommen 50 aus dem arabischen Bürgerkriegsland Syrien. Die Syrier benötigten finanzielle Unterstützung unter anderem für die Bezahlung von Miete und Lebensunterhalt.

### Bildung

#### Reine Jungenschulen sind in Deutschland zulässig

Gegen die Errichtung eines reinen Jungengymnasiums als Ersatzschule hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig keine Einwände. Solange sichergestellt ist, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Wert vermittelt wird, sei die Gründung durch die Privatschulfreiheit gedeckt, entschied das Gericht. Damit ist der Weg frei ein Jungengymnasium in Potsdam, das der katholischen Laienorganisation Opus Dei nahesteht. Die Stadt und das Land Brandenburg hatten das Vorhaben abgelehnt. Gleichberechtigung müsse auch gelebt werden. Dem Träger geht es nach eigener Aussage um Vielfalt in der Bildungslandschaft und die benachteiligten Jungen. 60 Prozent der Abiturienten seien weiblich, 80 Prozent der Sitzenbleiber männlich. Auf Jungen werde zu wenig eingegangen.

**Load-Date:** January 31, 2013

## Erfolglose Talentsuche; Deutlich weniger ausländische Fachkräfte als erwartet beantragen die Anerkennung ihrer Qualifikationen in Deutschland

Die Welt

Montag 28. Januar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 23

**Length:** 869 words

**Byline:** Dr. Dorothea Siems-gerstenberger

**Highlight:** Bisher haben die Kammern nur knapp 1800 Bescheide erteilt. Aus dem Ausland ist die Resonanz fast gleich Null

### Body

---

Im Kampf gegen den zunehmenden Fachkräftemangel setzt die Bundesregierung große Hoffnung auf die hier lebenden Migranten. Mit dem seit dem vergangenen April geltenden Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse soll eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt erreicht werden. Doch die bisherige Bilanz dieser Neuregelung ist ernüchternd. So wurden bei den für die Prüfung zuständigen Industrie- und Handelskammern (IHK) bislang nur 592 Bescheide erteilt: In 410 Fällen wurde dabei die volle Gleichwertigkeit des Abschlusses bescheinigt, in 182 Fällen erhielten die Migranten eine Teil-Anerkennung. Auch beim Handwerk blieb der erwartete Ansturm ausländischer Interessenten aus. Nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) gab es hier rund 730 Bescheide über eine vollständige Anerkennung eines Berufsabschlusses und knapp 460 Teil-Anerkennungen.

Knapp drei Millionen Beschäftigte in Deutschland haben ihre Ausbildung im Ausland absolviert. Viele von ihnen arbeiten jedoch in Berufen unter ihrer Qualifikation. Mit dem Anerkennungsgesetz sollte diese Vergeudung von Talenten ein Ende haben. Jeder, der einen Antrag stellt, hat nun einen Rechtsanspruch, dass innerhalb von drei Monaten über die Gleichwertigkeit eines ausländischen Berufsabschlusses entschieden wird. Beim Start des Anerkennungsgesetzes im vergangenen Frühjahr verkündete Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU): „Wir gehen von 300.000 Antragsstellern aus allen Berufsgruppen aus.“ Bislang läuft die Initiative aber nur schleppend an. „Das Bedürfnis nach Beratung ist groß, aber die Zahl der Anträge bisher nicht“, sagt Claudia Moravek vom Bundesinstitut für Berufs- und Bildungsforschung (BIBB). Das Institut betreibt im Auftrag der Bundesforschungsministerin das Online-Portal „Anerkennung-in-Deutschland“.

Die Industrie- und Handelskammern haben eigens ein Kompetenzzentrum, die IHK Fosa (Foreign Skills Approval) in Nürnberg, gegründet. 19 Mitarbeiter, die zusammen 19 Sprachen beherrschen, beraten und prüfen die Anträge für die rund 250 dualen Berufe aus den Bereichen Industrie, Handel, Gastronomie und Dienstleistungen. Die neue Organisation „prüft sachkundig, inwieweit ausländische Qualifikationen als gleichwertig mit entsprechenden

## Erfolgreiche Talentsuche Deutlich weniger ausländische Fachkräfte als erwartet beantragen die Anerkennung ihrer Qualifikationen in Deutschland

deutschen Qualifikationen eingestuft werden können", sagt der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Achim Dercks. Das neue Anerkennungsverfahren für die IHK-Berufe funktioniere. Die meisten Anträge kommen aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Schlusslichter sind die ostdeutschen Länder. Als Herkunftsländer führen Polen, Russland und die Türkei die Liste an.

Bei den Handwerkskammern wurden bis Dezember zwar knapp 7300 Anfragen bearbeitet, am Ende aber nur rund 1300 Anträge gestellt. Dennoch sieht auch der ZDH die Neuregelung als Fortschritt. Das Gesetz sei „ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Fachkräftesicherung im Handwerk“, betont der ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke.

Mit dem Anerkennungsgesetz werden nicht nur bessere Arbeitsmarktchancen für die hier lebenden Migranten angestrebt. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist auch ein Signal ins Ausland, dass Zuwanderer hierzulande willkommen sind und ihre Qualifikationen wertgeschätzt werden. Bei den Handwerkskammern ist allerdings bisher noch kein Antrag aus dem Ausland eingegangen. Die IHK Fosa registrierte 44 Anträge von Personen mit Wohnsitz im Ausland, wobei die Nachbarländer Österreich, Polen und die Schweiz an der Spitze stehen.

Der Schwerpunkt liegt derzeit eindeutig in Deutschland. Aber sukzessive kommen mehr Aufträge aus dem Ausland, sagt die Geschäftsführerin der IHK Fosa, Heike Klembt-Kriegel. Das Anerkennungsgesetz sei neben der Integration ein wichtiges Instrument zur Fachkräftesicherung. "Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in Deutschland sollte das Gesetz ein Selbstläufer sein", sagt Klembt-Kriegel. Sie ist zuversichtlich, dass die Antragszahlen künftig steigen werden, auch aus dem Ausland. Die IHK Fosa wäre für einen Ansturm gewappnet. Auch im Inland sei das Gesetz noch keineswegs überall bekannt. Es müsse sich auch weiter herumsprechen, dass nicht nur der Arbeitnehmer profitiert. Es liege im Interesse der Arbeitgeber, wenn ein Mitarbeiter seiner Qualifikation entsprechend eingesetzt werden könne. "Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass Fachkräfte als Helfer beschäftigt werden", betont die Chefin der IHK Fosa.

Die Experten des BIBB beobachten indes, dass es ein größeres Interesse an den regulierten Berufen wie Lehrer, Ingenieur, Arzt oder Erzieher gibt. In vielen Fällen ist hier nicht der Bund zuständig, sondern die Länder. Doch bislang haben nur fünf der 16 Bundesländer - Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Saarland - entsprechende Anerkennungsgesetze umgesetzt. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt mahnt zur Eile: "Um die Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund besser zu erschließen, müssen auch die Länder zügig Gesetze für die Abschlüsse verabschieden, die auf Länderebene geregelt sind." Da die bisherigen Regelungen der Länder unterschiedlich sind, fällt es den Interessierten oft schwer, sich einen Überblick zu verschaffen.

## Graphic

---

Martin Steinröder

**Load-Date:** January 28, 2013

## Angefeindete Bürgerrechtler

Die Welt

Donnerstag 7. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 8; Ausg. 260

**Length:** 369 words

**Byline:** Heithecker

Marcus

## **Body**

---

Der türkische Journalist Nedim Sener ist 1966 in Gernersheim als Sohn von türkischen Migranten geboren. Als Schulkind zog Sener in die Türkei. Sener arbeitet für die türkische Tageszeitung „Posta“, in der er wöchentlich eine große Kolumne schreibt. Darin kritisiert er regelmäßig gesellschaftliche Missstände, vor allem die Regierung unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Seine Recherchen zum Mord des kurdischen Schriftstellers Rant Dink im Jahr 2007 enthüllte Sener in dem Buch „Der Dink Mord und die Lügen des Geheimdienstes“. Darin erhebt er schwere Vorwürfe gegen die türkische Polizei und den Geheimdienst. Daraufhin drohte ihm eine Haftstrafe von 32 Jahren mit dem Vorwurf, dass er gegen den berühmten Artikel 301 verstoßen habe. Sener habe mit seinen Enthüllungen das Türkentum beleidigt und die staatlichen Institutionen herabgesetzt, lautete die Anklage. Angesichts internationaler Kampagnen für seine Freilassung wurde Sener in diesem Fall freigesprochen. Internationale Menschenrechtsorganisationen treten für den Autor ein. Nun hat ihn die türkische Justiz erneut angeklagt, weil er angeblich zum Medien-Arm der terroristischen Untergrundorganisation Ergenekon gehört.

Die türkischstämmige Anwältin Seyran Ates ist 1963 in Istanbul geboren, lebt aber seit ihrem sechsten Lebensjahr in Berlin. Ihr erstes Buch schrieb Ates bereits mit 18 Jahren, kurz nachdem sie aus ihrem Elternhaus ausgerissen war. Schon als Jurastudentin engagierte sich Ates für die Rechte von Migrantinnen. Nicht nur ihre Arbeit als Anwältin in Berlin brachte sie in Lebensgefahr, sodass sie ihre Tätigkeit als Anwältin deswegen aufgeben musste. Auch als mutige Autorin setzt sich Ates für Frauenrechte ein. Nach der Veröffentlichung ihres Buches „Der Islam braucht eine sexuelle Revolution“ vermehrten sich Drohungen gegen sie und ihre Familie. 2009 zog sie sich zwischenzeitlich aus der Öffentlichkeit zurück. 2012 eröffnete sie ihre Kanzlei jedoch wieder. 2007 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz und 2008 den Verdienstorden des Landes Berlin. Ates äußert sich öffentlich auch immer wieder zur Integrationsdebatte. Sie war Mitglied der Deutschen Islamkonferenz und nahm am Integrationsgipfel der Bundesregierung teil.

## Angefeindete Bürgerrechtler

**Load-Date:** November 8, 2013

---

End of Document

**„Wir heißen sie nicht willkommen“; Manfred Schmidt fordert gegenüber ausländischen Fachkräften mehr Offenheit in den deutschen Behörden. Und neue Gesetze**

Die Welt

Samstag 29. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; S. 10; Ausg. 304

**Length:** 1174 words

## **Body**

---

Die deutsche Wirtschaft braucht in den kommenden Jahren dringend Fachkräfte, auch von außerhalb der Europäischen Union. Doch viele sind noch nicht gekommen, und es ist auch nicht zu erwarten, dass das bald so sein wird. Es mangelt an einer „Willkommenskultur“, stellt der Präsident des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) fest. Und das, obwohl die „Blue Card“, die die Hürden für qualifizierte Einwanderer von außerhalb der EU senkt, im August eingeführt worden ist. Die Karte können Hochschulabsolventen erhalten, wenn sie einen Arbeitsvertrag in Deutschland mit einem Gehalt von mindestens 44.800 Euro im Jahr vorlegen.

Die WELT:

Herr Schmidt, Deutschland hat ein Problem: Wir brauchen dringend internationale Fachkräfte, doch es kommen kaum welche. Woran hapert es?

Manfred Schmidt:

Wir müssen bei uns eine Willkommenskultur schaffen. Das geht nur über einen Mentalitätswechsel. Wir sprechen immer darüber, wie sich die Zuwanderer integrieren können, wir erwarten eine Leistung von ihnen. Wir sprechen aber kaum darüber, wie diese Leistung von unserer Gesellschaft gewürdigt wird.

Brauchen wir dazu andere Gesetze?

Das ist ein nur ein Teil davon. Wir haben jetzt das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Das ist das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass jemand nicht danach beurteilt wird, wo er herkommt, sondern danach, was er kann. Da zeigt sich, dass die gesellschaftliche Diskussion anfängt, sich zu verändern. Unsere eigene Wahrnehmung ist ja immer noch von den letzten 40 Jahren geprägt. Lange sind Zuwanderer nicht so behandelt worden, als wären sie willkommen. Unsere Gesellschaft kann noch nicht so entspannt mit Vielfalt umgehen wie andere Einwanderungsländer, die das schon seit 200 Jahren praktizieren. Dass

„Wir heißen sie nicht willkommen" Manfred Schmidt fordert gegenüber ausländischen Fachkräften mehr Offenheit in den deutschen Behörden. Und neue Gesetze

bisher nicht so viele Fachkräfte nach Deutschland gekommen sind, hat aber auch etwas mit der Sprache zu tun. Deutsch ist keine Weltsprache.

Diese Unentspanntheit scheint sich ja herumzusprechen in der Welt, zu Lasten der deutschen Wirtschaft. Experten zufolge brauchen wir in den kommenden Jahren mindestens 100.000 Fachkräfte im Jahr, die zu uns kommen.

Bis Ende November sind laut unserer Statistik gut 1600 Personen über die Blue Card nach Deutschland gekommen. Es gibt aber Verzögerungen bei der technischen Umsetzung des Gesetzes, die wirkliche Zahl liegt höher, als die Statistik aktuell ausweist. Belastbare Zahlen werden wir Anfang 2013 haben. Ich gehe davon aus, dass ihre Zahl 2013 noch deutlich ansteigt. Eine Prognose ist wegen der großen Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern aber nicht wirklich möglich.

Ist die Blue Card ein Flop?

Es ist zu früh, das zu beurteilen. Die Blue Card stößt mittlerweile bei Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern auf wachsendes Interesse. Ob sie die Wirkung haben wird, die wir uns erhoffen, kann man wenige Monate nach ihrer Einführung noch nicht sagen. Im Verlauf des nächsten Jahres wissen wir mehr. Die Möglichkeiten, die die Blue Card bietet, müssen aber noch viel bekannter werden.

Bremst auch die abwehrende Haltung von Behörden, etwa der Ausländerbehörden, die Zuwanderung der Fachkräfte?

Das spielt durchaus eine wichtige Rolle. Auch die hoch qualifizierten Zuwanderer müssen immer wieder dort hin, um ihre Aufenthaltserlaubnis zu verlängern, und sie haben laut Umfragen oft das Gefühl, dass sie sich dort für ihre Anwesenheit rechtfertigen müssen, sie fühlen sich nicht persönlich willkommen. Und ihre Familien auch nicht. Oft sind die Ehepartner ebenfalls hoch qualifiziert, aber sie bekommen erst einmal keine Arbeitserlaubnis. Wenn etwa eine Architektin mitkommt, wird ihr gesagt: „Wir haben auf dem deutschen Arbeitsmarkt keinen Bedarf für Sie." Das muss sich dringend ändern, Ehepartner müssen ebenfalls eine Arbeitserlaubnis bekommen. Denn das ist entscheidend dafür, ob wir einen Zuzug auf Dauer bekommen. Am Ende entscheiden die Familien, ob die Fachkräfte bleiben.

Was läuft in den Behörden schief?

Wir müssen die Behörden selbst verändern, indem dort mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten. Die Behörden müssen aber auch so organisiert werden, dass sie die Menschen willkommen heißen. Im Moment werden die Zuwanderer von Amt zu Amt geschickt. Besser wäre es, wenn alle Behörden unter einem Dach wären und ein Migrationsberater ihnen den Weg durch den Dschungel zeigt. Es bedarf aber auch eines neuen Leitbildes.

Was meinen Sie damit?

Die meisten Ausländerbehörden verstehen sich noch als Ordnungsbehörden, die lediglich das Aufenthaltsgesetz umsetzen. Eine erwünschte Fachkraft stößt dann auf die typisch deutsche Bürokratie und Verwaltung, die sie nicht willkommen heißt und ihr auch nicht den Zugang zum Arbeitsmarkt organisiert. Das ist von den Kollegen ja gar nicht böse gemeint, sie haben sich eben daran gewöhnt. Wir brauchen aber einen Mentalitätswechsel. Und es gibt Beispiele, wo das bereits sehr gut funktioniert.

Das wird wohl dauern.

Ja, das wird schon ein paar Jahre dauern, aber er ist möglich.

Haben wir das Thema nicht viel zu spät erkannt?

In Deutschland werden Debatten oft lange und intensiv geführt, bevor gehandelt wird. Bevor wir eine Revolution machen, kaufen wir eine Bahnfahrkarte. Aber immerhin haben wir das Aufenthaltsgesetz geändert. Fachkräfte dürfen heute sechs Monate lang kommen, um sich einen Job zu suchen. Vorher mussten sie den Job zuerst haben.

„Wir heißen sie nicht willkommen" Manfred Schmidt fordert gegenüber ausländischen Fachkräften mehr Offenheit in den deutschen Behörden. Und neue Gesetze

Und wer hätte vor zehn Jahren gedacht, dass wir an deutschen Universitäten islamische Religionslehrstühle ausschreiben. Es hat sich viel bewegt.

Waren die Deutschen schlicht zu arrogant, weil sie gedacht haben, wenn wir die Zuwanderungshürden senken, dann stehen die Fachkräfte Schlange?

Wir haben diese Diskussion in der Tat zum Teil auch aus Arroganz verschlafen. Auch vor der Öffnung des Arbeitsmarktes für die Osteuropäer dachten wir, alle wollen zu uns. Da waren sie schon längst in Großbritannien. Was die Debatte aber auch gebremst hat, war die große Anzahl an Jugendlichen, die nach der Schule weder einen Ausbildungs- noch einen Arbeitsplatz gefunden hat. Es wurden Ängste geschürt, dass Zuwanderer es ihnen noch schwerer machen.

Reicht die Blue Card aus?

Nein. Wir brauchen ein flexibleres Visumsrecht: Visa werden meist zunächst für drei Monate ausgestellt, sollten aber für sechs gelten. Drei Monate sind zu knapp, um alles Nötige zu organisieren. Auch bei den Kriterien der Arbeitssuche von Hochschulabsolventen muss es mehr Flexibilität geben. Bisher muss der Job sich exakt auf den Hochschulabschluss beziehen. Das ist zu eng definiert. Wir müssen auch mehr im Ausland werben und informieren und Sprachkurse vor Ort anbieten.

Könnte die Krise in Südeuropa unser Fachkräfteproblem lösen?

Wir sehen einen wachsenden Zustrom aus Südeuropa. Damit Fachkräfte aus Südeuropa eine Chance auf unserem Arbeitsmarkt haben, brauchen sie aber berufsbezogene Deutschkenntnisse. In der Tat haben diese Zuwanderer ein großes Interesse daran, so schnell wie möglich die deutsche Sprache zu lernen - in unseren Integrationskursen sind mittlerweile rund ein Viertel der Teilnehmer aus Südeuropa.

**Load-Date:** January 26, 2013



**Vom Flüchtlingskind zum Herausforderer Seehofers; Der Jurist Mahmoud Al-Khatib tritt bei der Landtagswahl als SPD-Kandidat im neu geschaffenen Stimmkreis des Ministerpräsidenten an**

Die Welt

Mittwoch 6. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 5; Ausg. 31

**Length:** 864 words

**Byline:** Peter Issig

**Highlight:** Acht Jahre lang lebte der Newcomer in einer Gemeinschaftsunterkunft

## Body

---

München

Dass er auf verlorenem Posten kämpft, kann ihn nicht abschrecken. Mahmoud Al-Khatib weiß, was es heißt, sich durchzusetzen. Acht Jahre lebte er als Kind in einer Massenunterkunft für Asylbewerber im bayerischen Neuburg an der Donau. Jetzt, als 38-Jähriger, fordert er CSU-Chef Horst Seehofer heraus. Der Jurist mit Prädikatsexamen ist der SPD-Gegenkandidat des Ministerpräsidenten für die Landtagswahl in Neuburg-Schrobenhausen.

Der Stimmkreis ist Seehofer-Land. Al-Khatib ist dennoch zuversichtlich: „Aussichtslos ist eine Situation nie, es gibt immer Auswege und Lösungen.“ Aber der Wahlneuling ist auch Realist: „Ich weiß, wie schwierig es in einem tiefschwarzen Stimmkreis wird.“ 20 Prozent plus X sei sein Ziel. Das liegt im Rahmen der SPD-Hoffnungen im Freistaat.

Auch für Seehofer ist die Situation neu. Er hat bislang kein Landtagsmandat. Ambitionen auf eine Kandidatur wies er stets zurück, er wollte keinem Parteifreund den Job nehmen. Die Bevölkerungsentwicklung machte jedoch eine Reform notwendig, und um Neuburg und Schrobenhausen entstand auf dem Verwaltungsweg ein ganz neuer Stimmkreis. Seehofer wurde mit 100 Prozent als CSU-Kandidat nominiert, Al-Khatib bei der SPD mit 85 Prozent.

„Er ist ein Glücksfall für die SPD“, sagt Spitzenkandidat Christian Ude, der Al-Khatib im Herbst in sein Beraterteam holte. Denn Al-Khatib verleiht der kleinen bayerischen SPD-Mannschaft einen Hauch großer Weltoffenheit und fachlicher Kompetenz für Sozial-, Asyl- und Integrationspolitik. Und er ist ein Paradebeispiel gelungener Integration.

Al-Khatib erinnert an einen smarten Manager, rhetorisch schnell und geschliffen, elegant gekleidet. Am Revers seines Jacketts steckt das Zeichen des Lions Clubs. Er weiß aber natürlich, dass sein ungewöhnlicher Lebenslauf Neugier weckt. Er kann damit leben. Dabei fühlt er sich nicht als Exot, sondern als bodenständiger Bayer. „Wenn

## Vom Flüchtlingskind zum Herausforderer Seehofers Der Jurist Mahmoud Al-Khatib tritt bei der Landtagswahl als SPD-Kandidat im neu geschaffenen Stimmkreis des Min....

ich von einer Reise zurückkomme und an der Autobahn das Schild Freistaat Bayern mit dem Staatswappen sehe, habe ich immer ein Glücksgefühl. Das ist meine Heimat." Leicht wurde es ihm nicht gemacht, dieses Heimatgefühl zu entwickeln. Als er vier Jahre alt war, kam seine Familie nach Bayern - als Flüchtlinge aus dem damals vom Bürgerkrieg gezeichneten Libanon. Die Familie beantragte Asyl. Acht lange Jahre lang lebte sie in der Gemeinschaftsunterkunft in einer Kaserne der 28.000-Einwohner-Stadt. Zur Untätigkeit verdammt. Der Bub erlebte Gewalt, Enge, Perspektivlosigkeit. Und immer wieder offene oder versteckte Vorbehalte gegen einen, „der so aussieht wie ich“. Die Eltern waren Analphabeten, er wollte aufs Gymnasium. Mithilfe der Familie schaffte er den Sprung bis an die Universität, studierte Jura und legte zwei Prädikatsexamen ab. Die Familie blieb im Freistaat - wie über 80 Prozent der Asylbewerber, obwohl sie in Bayern nachdrücklich zur Rückkehr in ihr Herkunftsland aufgefordert werden. Auch Mahmoud Al-Khatib kehrte zurück - nur umgekehrt: Obwohl er für eine große Anwaltskanzlei im Auslandseinsatz in Dubai war, zog es ihn wieder in die bayerische Kleinstadt. Er wollte für seinen Sohn aus erster Ehe da sein und hatte Heimweh nach der Familie.

Die Bewerbung für den Staatsdienst war erfolgreich. Al-Khatib wurde im Landratsamt Neuburg Abteilungsleiter für „soziale Angelegenheiten“, mit großem Anspruch: „Ich will die Welt im Kleinen verändern, im Rahmen meiner Möglichkeiten.“ So stieß er Projekte an für Pflegeeinrichtungen, Streetworker und natürlich die Integration von Flüchtlingen. Er hofft, dass man ihm das, „als "Kind des Landkreises,, anrechnet. "Die Menschen wissen, mit wem sie es zu tun haben und dass mir viel an ihnen liegt.,, Zur Kandidatur sei er "gekommen wie die Jungfrau zum Kind,,. Für die SPD war es ein Coup. Parteipolitisch war Al-Khatib nicht lange aktiv, er trat allerdings wiederholt als Experte für Integrationspolitik bei der oberbayerischen CSU auf, wo Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner Vorsitzende ist. Der Versuch aber, einen Bewusstseinswandel in der CSU-Politik zu erreichen, scheiterte: "Sie ist an Stammtischparolen ausgerichtet, nicht an den Bedürfnissen der Menschen.,, Diese wolle er nun mit der SPD ändern.

Die notwendige politische Angriffslust bringt Al-Khatib mit. Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) steht in seinem Fokus. "Asylministerin Haderthauer,, so nennt sie Al-Khatib, "vertritt noch immer die Meinung, dass alle in Gemeinschaftsunterkünften gehören. Das ist ein Zeichen von Menschenverachtung, die sich nicht nur gegen die Asylbewerber, sondern auch gegen die bayerische Bevölkerung richtet.,,

Der SPD-Newcomer plädiert für die Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber, für die Abschaffung der Pflichtunterkunft, für Geld- statt Sachleistungen und für Deutschunterricht vom ersten Tag an. Das sei nicht nur menschlicher, sondern auch billiger.

Al-Khatib, immer optimistisch, ist überzeugt, dass das am 15. September die Wähler überzeugt: "Seehofer wird sich - wie der niedersächsische Ministerpräsident McAllister - hinstellen und erklären, dass seine Wahlniederlage auch an einer verfehlten Asylpolitik lag.,,

"Die Menschen wissen, dass mir viel an ihnen liegt" Mahmoud Al-Khatib (SPD), Gegenkandidat von Seehofer

## Graphic

---

pA/dpa/Frank Leonhardt

Der ehemalige Asylbewerber Al-Khatib gilt in der SPD Bayerns als Glücksfall

Frank Leonhardt

**Load-Date:** February 6, 2013

Vom Flüchtlingskind zum Herausforderer Seehofers Der Jurist Mahmoud Al-Khatib tritt bei der Landtagswahl als SPD-Kandidat im neu geschaffenen Stimmkreis des Min....

---

End of Document

**Deutschland Kompakt; Neonazi-Terror: Erster Verfassungsschützer muss  
Posten räumen ++ Rechtsradikalismus: Zehntausend bei Protesten gegen  
Neonazis ++ Piraten: 20 ++ Finanzen: Söder: Reform des Länderausgleichs  
über EU ++ Stasi: Kontroverse Diskussion um Versetzung von Ex-Spitzeln  
++ Migration: Sprachförderung der Kinder bleibt fast ohne Wirkung ++  
Gesundheit: Patienten erhalten mehr Rechte bei Ärzte-Pfusch ++ Linke:  
Partei diskutiert Mitsprache der Basis über neue Spitze**

Die Welt

Montag 16. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 13

**Length:** 994 words

## Body

---

### Neonazi-Terror

#### Erster Verfassungsschützer muss Posten räumen

Die Pannenserie bei der Aufklärung des Rechtsterrorismus hat im Bundesamt für Verfassungsschutz zu ersten personellen Konsequenzen geführt. Zum Jahreswechsel habe Behördenchef Heinz Fromm dem Leiter der Abteilung zwei, Artur Hertwig, die Zuständigkeit für den Rechtsextremismus entzogen, berichtete „Der Spiegel“. Den Posten soll Dinchen Franziska Büddefeld übernehmen. Büddefeld habe Erfahrung bei der Bekämpfung islamistischer Terrorzellen und kenne die Kooperation mit den Ländern im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum. Ein Sprecher der Verfassungsschutzbehörde (BfV) wollte die Personalien weder bestätigen oder dementieren. Er gab jedoch an, dass die 2006 zusammengelegten Abteilungen für Links- und Rechtsextremismus wieder getrennt und gesondert geführt werden. Unterdessen ist sich die Bundesanwaltschaft sicher, dass die mutmaßliche Rechtsextremistin Beate Zschäpe bis zum Schluss in der Zwickauer Terrorzelle aktiv war.

### Rechtsradikalismus

#### Zehntausend bei Protesten gegen Neonazis

Mehr als 10 000 Menschen haben in Magdeburg gegen einen zeitgleich stattfindenden Aufmarsch von 1200 Rechtsextremisten demonstriert. Im Mittelpunkt der Protestaktionen stand eine „Meile der Demokratie“ in der

## Deutschland Kompakt Neonazi-Terror: Erster Verfassungsschützer muss Posten räumen ++ Rechtsradikalismus: Zehntausend bei Protesten gegen Neonazis ++ Piraten: 20....

Innenstadt mit Bühnen und zahlreichen Infoständen. Daran beteiligten sich auch Landes- und Bundespolitiker. Anlass für den „Gedenkmarsch“ der Neonazis war der 67. Jahrestag des alliierten Luftangriffs auf Magdeburg am 16. Januar 1945. Grünen-Chefin Claudia Roth sagte, wichtiger als das nötige NPD-Verbotsverfahren sei es, dass Städte und die Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus aufstehen. SPD-Chef Sigmar Gabriel und Linke-Chefin Gesine Löttsch sprachen sich erneut für ein NPD-Verbot aus.

### Piraten

20

Tausend Mitglieder hat die Piratenpartei inzwischen bundesweit. Anfang Januar sei diese Marke geknackt worden, berichtete die Partei. Allein 2011 seien 8000 neue Mitglieder eingetreten - zwei Drittel mehr als im Vorjahr. Die Mitglieder kämen aus allen Gesellschaftsschichten und ganz unterschiedlichen Bereichen, sagte Generalsekretär Wilm Schumacher. „Wir sind schon längst nicht mehr die sogenannte Internetpartei.“

### Finanzen

#### Söder: Reform des Länderausgleichs über EU

Bayerns Finanzminister Markus Söder fordert Sanktionen für Bundesländer, die die Schuldenbremse nicht einhalten. „Was in Europa gilt, das muss auch in Deutschland gelten“, sagte der CSU-Politiker im „Focus“. Er werde eine Reform des Länderfinanzausgleichs erst noch einmal auf dem Gesprächsweg versuchen. Sollte das nicht funktionieren, „dann werden wir eine europäische Initiative starten und vorschlagen, dass die gleichen Sanktionen, die jetzt für europäische Staaten gelten sollen, auch auf die Regionen angewendet werden“, betonte der Minister. „Das, was die Griechen leisten müssen, können auch Bremen und Berlin schaffen.“ In dem bis 2019 geregelten Länderfinanzausgleich zahlen Bayern, Baden-Württemberg und Hessen den allergrößten Teil des Ausgleichs an Länder mit niedrigeren Steuereinnahmen.

### Stasi

#### Kontroverse Diskussion um Versetzung von Ex-Spitzeln

Der frühere Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, Joachim Gauck, hat erneut die geplante Versetzung von 45 früheren Stasi-Mitarbeitern aus der Aufarbeitungsbehörde kritisiert. An den jetzigen Amtschef Roland Jahn gewandt, sagte Gauck, eine solche Sanktion halte er nach 20 Jahren für nicht verhältnismäßig. Es sei ein Irrtum zu glauben, dass sich mit der Versetzung die Gefühle der oft traumatisierten Opfer ändern würden. Dafür erntete Gauck bei einer Diskussion in der früheren Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg Pfiffe und Buhrufe. Erstmals saß Jahn mit den beiden früheren Amtsinhabern Gauck und Marianne Birthler öffentlich zusammen. Nach der Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes sollen die Beschäftigten, die früher bei der Stasi waren und von Gauck beim Aufbau der Behörde wegen ihrer Kenntnisse übernommen wurden, in andere Bundesbehörden versetzt werden. Jahn sagte, der jetzt eingeschlagene Weg könne allen Seiten gerecht werden. Es werde niemand bestraft. Das Gesetz setze ein deutliches Zeichen für die Opfer.

### Migration

#### Sprachförderung der Kinder bleibt fast ohne Wirkung

Die vielen Initiativen zur Sprachförderung von Migrantenkindern bringen offenbar nicht die erhofften Fortschritte. Trotz einer „Fülle an Programmen“ und „politischem Aktionismus“ seit Veröffentlichung der ersten Pisa-Ergebnisse habe man keinen Aufholeffekt feststellen können, schreiben laut „Spiegel“ Experten des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung in einem Diskussionspapier. Besonders negativ auf den Spracherwerb wirke sich aus, dass die Trennung zwischen deutschen und nichtdeutschen Kindern „in den Kitas größer ist als im Wohnumfeld“, schreiben die Autoren. Während sich Migrantenfamilien, wenn überhaupt, meist eine Kindertageseinrichtung in der Nähe suchten, wichen vor allem gebildete deutsche Eltern auf Kitas „mit ihrer Ansicht nach günstigeren Bedingungen“ aus.

Deutschland Kompakt Neonazi-Terror: Erster Verfassungsschützer muss Posten räumen ++  
Rechtsradikalismus: Zehntausend bei Protesten gegen Neonazis ++ Piraten: 20....

## Gesundheit

### Patienten erhalten mehr Rechte bei Ärzte-Pfusch

Patienten sollen mehr Rechte gegenüber Ärzten, Kliniken und Krankenkassen erhalten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat dazu einen Gesetzentwurf erarbeitet, der am heutigen Montag verschickt werden soll. Bei groben Fehlern müssen Ärzte künftig nachweisen, dass sie medizinisch richtig gehandelt haben. Die Beweislast wird damit umgekehrt. Zudem werden die Kassen verpflichtet, ihre Versicherten beim Einfordern von Schadensersatz gegen Mediziner zu unterstützen.

## Linke

### Partei diskutiert Mitsprache der Basis über neue Spitze

Mehrere Spitzenpolitiker der Linkspartei haben sich offen für eine Mitgliederbefragung zur Besetzung der neuen Spitze gezeigt. Parteivorsitzende Löttsch bezeichnete diese als „gangbaren Weg“. Ähnlich äußerten sich Innenexpertin Pau und der Berliner Landeschef Lederer. Die neue Führung soll auf einem Bundesparteitag am 23. Juni gewählt werden. Der Bundesvorstand hält einen solchen Entscheid zurzeit rechtlich für nicht möglich.

**Load-Date:** January 16, 2012

## Nur Qualifikation zählt; Anonyme Bewerbungen helfen vor allem Frauen und Migranten

Die Welt

Mittwoch 18. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; S. 10; Ausg. 91

**Length:** 985 words

**Byline:** Dorothea Siems

**Highlight:** Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat ihren Bericht zum Pilotprojekt mit acht Arbeitgebern vorgelegt. Der Verzicht auf ein Foto und Angaben zu Geschlecht, Alter und Herkunft soll aber auch künftig freiwillig bleiben.

### **Body**

---

Steffen Müller hatte schon fast resigniert. Seine zahlreichen Bewerbungen endeten stets mit einer Absage: Seit einer schwerwiegenden Erkrankung ist der Verwaltungsfachmann schwerbehindert. Dass der Mittvierziger über gute Qualifikationen verfügt und viel Berufserfahrung mitbringt, nutzte ihm nichts - bis die Stadt Celle auf ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren umstellte. Müller wurde zum Vorstellungsgespräch eingeladen und prompt von der Stadtverwaltung angestellt.

Die Stadtverwaltung Celle ist einer von acht öffentlichen und privaten Arbeitgebern, die an dem Pilotprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes teilgenommen haben. Nach einem Jahr zog die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, Christine Lüders, jetzt ein positives Fazit: „Die anonymisierte Bewerbung führt dazu, dass nur die Qualifikation und nicht Aussehen, Geschlecht, Alter oder Herkunft darüber entscheiden, ob man zum Vorstellungsgespräch eingeladen wird“, sagte sie. Es sei daher ein gutes Instrument, um mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen.

Vor allem die Chancen für Frauen und Migranten, die erste Hürde zur Einstellung zu nehmen, verbesserten sich auf diese Weise nachweislich, wie der Abschlussbericht darlegt. Bewerberinnen profitierten dabei vor allem dann, wenn sie über Berufserfahrungen verfügten. Allerdings sind die Ergebnisse aufgrund der geringen Fallzahlen nicht repräsentativ, wie die Autoren einräumen. Auch wurde nicht untersucht, ob es tatsächlich zu mehr Einstellungen von Frauen oder Migranten kam oder lediglich zu mehr Einladungen zu Vorstellungsgesprächen. Die Wissenschaft geht allerdings davon aus, dass die Diskriminierung in der ersten Bewerbungsphase am häufigsten vorkommt.

Klischees und Vorurteile spielten bei der ersten Sichtung der Bewerbungsunterlagen oft unbewusst eine große Rolle, sagte Lüders. Fotos, so wie sie hierzulande üblich seien, gebe es in anderen Staaten schon seit vielen

## Nur Qualifikation zählt Anonyme Bewerbungen helfen vor allem Frauen und Migranten

Jahren nicht mehr. Auch persönliche Angaben über Alter, Kinder und Herkunft seien außerhalb Deutschlands oft unüblich.

Bei dem anonymisierten Verfahren wird in der ersten Bewerbungsphase auf Namen, Alter, Geschlecht, Herkunft und Familienstand verzichtet. Das Verfahren wurde von Ende 2010 an von den Konzernen Deutsche Post, Telekom, L'Oreal, Procter & Gamble, dem mittelständischen Geschenkdienstleister Mydays sowie dem Bundesfamilienministerium, der Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen und der Stadtverwaltung Celle angewandt. Verschiedene Verfahren wurden dabei getestet, zum Beispiel das Schwärzen sensibler Daten. Am Ende habe sich vor allem die Nutzung standardisierter Formulare als effizient und unbürokratisch erwiesen, heißt es in dem Abschlussbericht. Im Rahmen des Pilotprojekts hatten sich 8550 Männer und Frauen beworben, 246 Stellen wurden besetzt.

Der Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), Klaus F. Zimmermann, verwies darauf, dass Diskriminierung bei der Einstellung milliardenschäden in der Wirtschaft verursacht. Denn viele Unternehmen stellten aufgrund von Vorurteilen nicht die besten Bewerber ein. Die anonymisierte Bewerbung reduziere dieses Risiko. Allerdings sei dieses Instrument kein Allheilmittel. Nötig seien objektive und transparente Auswahlkriterien über den gesamten Bewerbungsprozess hinweg, sagte der Arbeitsmarktforscher. Für Unternehmen zahle es sich aus, auf Vielfalt zu setzen, etwa auf altersgemischte Teams, eine ausgewogene Geschlechterverteilung und ethnische Vielfalt. Zimmermann sieht allerdings auch Grenzen für das anonyme Bewerbungsverfahren. „Viele Unternehmen streben gezielt die Vielfalt an. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen manchmal Migranten, Frauen oder Ältere bei der Einstellung bevorzugt werden - anonym geht das nicht.“

Die Chefin der Antidiskriminierungsstelle Lüders sieht den Erfolg des Pilotprojekts darin, dass man das Interesse der Wirtschaft an dem Thema geweckt habe. Zahlreiche Unternehmen und Verwaltungen hätten in den vergangenen Monaten um Informationen gebeten. Man habe deshalb einen Leitfaden für Arbeitgeber entwickelt. Die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kündigten zudem eigene Pilotprojekte zur anonymen Bewerbung an. Von den acht Teilnehmern des Bundesprojekts haben vier - die drei öffentlichen Arbeitgeber sowie der Mittelständler Mydays - beschlossen, auch künftig weiter auf dieses Bewerbungsverfahren zu setzen. Die drei Konzerne wollten dies zwar nicht tun, sagte Lüders. Doch gebe es bei allen drei Unternehmen ohnehin zahlreiche Maßnahmen, mit denen die Chancengleichheit verbessert werden soll.

Die Stadt Celle will dagegen das Verfahren beibehalten. „Wir schauen bei der Auswahl jetzt stärker auf die Qualifikation, das gilt sowohl für Spitzenpositionen als auch für Ausbildungsplätze“, sagte der Oberbürgermeister der niedersächsischen Stadt, Dirk-Ulrich Mende. „Viele der Personen, die wir im letzten Jahr eingestellt haben, wurden bei früheren Bewerbungen nicht genommen. Bei uns aber haben sie sich alle bewährt“, sagt der Bürgermeister. Das gilt auch für Serpil Klukon. Die Diplom-Ökonomin hatte zuvor bei ihrer Jobsuche etliche Misserfolge zu verkraften. Sie glaubt, dass ihr türkischer Name und die Tatsache, dass sie eine Frau ist, ihre Chancen beeinträchtigten. Dank der anonymen Bewerbung ist die Akademikerin nun Referatsleiterin in der Stadtverwaltung Celle.

Lüders betonte allerdings, dass die Teilnahme an anonymisierten Bewerbungsverfahren freiwillig bleiben soll. Jedes Unternehmen müsse selbst über seine Personalrekrutierung entscheiden. Dem stimmt die Wirtschaft ausdrücklich zu. „Arbeitgeber sind in Zeiten wachsenden Fachkräftemangels auf die Potenziale und Talente aller Mitarbeiter angewiesen“, sagte ein Sprecher der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). „Schon aus demografischen Gründen können es sich Unternehmen nicht leisten, geeignete Bewerber nach unsachlichen Kriterien auszusortieren.“

## Graphic

---



Nur Qualifikation zählt Anonyme Bewerbungen helfen vor allem Frauen und Migranten

Vorurteile spielen bei der Sichtung des Lebenslaufs oft eine Rolle - hier eher nicht

**Load-Date:** April 18, 2012

---

End of Document

**Leserbriefe; Sarrazin recyceln ++ London will nicht ++ Bizarre Richtlinie ++  
Migrationskosten**

Die Welt

Montag 16. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Leserbriefe; S. 2; Ausg. 13

**Length:** 539 words

## **Body**

---

Sarrazin recyceln

Zu: „Kunstaktion zu Sarrazins Deutschland-Buch“ vom 13.1.

Es ist unerträglich, dass in einem freiheitlich demokratischen Land wie der Bundesrepublik Deutschland wieder Bücher „recycelt“ werden. Wir hatten das schon 1933, als Bücher „undeutschen Geistes“ energetisch recycelt, nämlich verbrannt wurden. Ich empfehle Herrn Zet dringend, sich nicht nur mit Herrn Sarrazin, sondern auch mit dem Gesinnungsterror der Nazis zu beschäftigen. Über das Buch von Herrn Sarrazin ist viel diskutiert worden, es gab Sachliches und Unsachliches bis hin zu schlimmer Polemik. Das heißt aber trotzdem nicht, dass die Grundaussage des Buches zu einer solchen Aktion, wie auf der Biennale geplant, berechtigt. Das hat mit Kunst nichts mehr zu tun.

Nikolaus Kreuels, per E-Mail

London will nicht

Zu: „Koalitionskrach über neue Börsensteuer“ vom 11.1.

Wenn Herr Rösler sagt, eine Transaktionssteuer müsse „für alle EU-Länder gelten“, darf man davon ausgehen, dass er sehr wohl weiß, dass Großbritannien sich niemals einer europäischen Lösung unterstellen würde. Schon gar nicht, wenn eine der letzten lukrativen Hochburgen beschnitten werden soll. Die Geldschwemme nach Großbritannien vom sogenannten „arabischen Frühling“ macht London und die Kronkolonien zu noch überzeugteren Antieuropäern. Lieber vermögende Despoten willkommen heißen als sich europäischen Vereinbarungen unterordnen. Frau Merkel und Herr Steinbrück hatten bereits vor drei Jahren versucht, die Briten auf den rechten Weg zu bringen. Herr Rösler und seine Partei erscheinen jedenfalls äußerst unglaublich mit ihrer „Scheinlösung“ - Börsensteuer für alle EU-Staaten!

Udo Rosenkranz, Gütersloh

## Bizarre Richtlinie

Zu: „Die kalte Hand des Staates“ vom 6.1.

Da war doch die Schnullerkettenverordnung noch harmlos! Bei der neuen EU-Richtlinie für Tagesmütter geht es natürlich nicht um die Gesundheit der Kinder, sondern um das Wohl der Staatsvertreter. Erst sollen die Tagesmütter mit ihrer staatsfernen Kindererziehung abgeschafft werden und die Kinder alle in die Krippe. Examierte Eltern gibt es ja schließlich auch nicht. Und so werden die Kinder dann richtig auf die Zukunft vorbereitet. Als Nächstes wird dann diese EU-Bestimmung auf alle Haushalte ausgedehnt, die unter Umständen Besuchern eine Flasche Bier anbieten, die aus einem unkontrollierten Kühlschrank kommt. Da wir sowieso alle Veganer werden sollen, können wir doch die Strafe umgehen und die Kühlschränke verschrotten, wenn wir gleich Volksküchen einrichten. Wir hätten auch gleich der Forderung nach Gleichheit Rechnung getragen, denn wir essen dann auch alle das Gleiche. Hoffen wir, dass dies nie realisiert wird und dass sich das Volk rechtzeitig gegen diese Art von Maßnahmen erhebt.

Wolfgang Leser, Jesteburg

## Migrationskosten

Zu: „Kleine Erfolge bei der Integration“ vom 13.1.

Kleinen Erfolgen bei der Integration stehen gewaltige Kosten gegenüber. Aber die Politik finanziert lieber ein Heer von Betreuern, als Migranten, die sich der Integration verweigern, Sanktionen anzudrohen und diese durchzusetzen. Verhältnisse wie in Berlin oder in manchen Städten des Ruhrgebiets sind schon jetzt eine unerträgliche Bedrohung der deutschen Gesellschaft, ihrer Menschen und ihrer Kultur.

Jürgen Bollinger, Neuwied

**Load-Date:** January 16, 2012

**Bildung schafft Wachstum; Studie: Kleinkindbetreuung muss weiter verbessert werden. Steigende Studentenzahl wirkt sich bereits positiv aus**

Die Welt

Donnerstag 16. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 191

**Length:** 1129 words

**Byline:** Inga Michler

**Highlight:** Sachsen hat das leistungsfähigste Bildungssystem. Berlin gibt Rote Laterne an Schleswig-Holstein ab  
Besonders Kinder von Migranten und Alleinerziehenden profitieren

## Body

---

Jeder Euro, den der Staat für den Ausbau von Kindergärten und Ganztagschulen ausgibt, lohnt sich. Er beflügelt ganz besonders die bisher Benachteiligten des deutschen Bildungssystems: Die Kinder von Migranten und Alleinerziehenden. Und das stärkt letztlich die gesamte Volkswirtschaft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Aus Sicht der Wirtschaft haben die beiden ostdeutschen Bundesländer Sachsen und Thüringen wie bereits im Jahr 2011 auch 2012 das leistungsfähigste Bildungssystem. Auf den Plätzen drei und vier folgen wie gehabt Baden-Württemberg und Bayern. Berlin gibt die rote Laterne an Schleswig-Holstein ab und schafft es auf Platz 15. Gegenüber dem Bildungsmonitor 2011 konnte Hamburg am stärksten zulegen und verbesserte sich von Platz 13 auf Platz 8.

Nach Beobachtungen der Wissenschaftler sind Kinder von Alleinerziehenden stärker von Bildungsarmut bedroht als Kinder von Paarfamilien. Berechnungen des IW zufolge könnte durch einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten der Anteil von Kindern von Alleinerziehenden, der ein Gymnasium besucht, von 36 Prozent auf 62 Prozent gesteigert werden. Hinzu kommt, dass deren Mütter oder Väter bei besserer Betreuung mehr Stunden arbeiten könnten und daher weniger von Armut bedroht wären.

Auch die Bildungsabschlüsse von Migranten ließen sich deutlich verbessern. So steigt bei einem Kind mit Migrationshintergrund die Wahrscheinlichkeit es aufs Gymnasium zu schaffen um 13 Prozent, wenn es vor dem dritten Lebensjahr eine Kita besucht hat. Gelänge es tatsächlich, allorts ausreichend Plätze in Kindergärten und Ganztagschulen anzubieten, rechnen die Ökonomen des IW mit einem wahren Wachstumsschub durch zusätzliche Fachkräfte. Langfristig würde die Wachstumsrate um mehr als 0,33 Prozentpunkte steigen.

## Bildung schafft Wachstum Studie: Kleinkindbetreuung muss weiter verbessert werden. Steigende Studentenzahl wirkt sich bereits positiv aus

„Im Jahr 2050 würde das BIP (Bruttoinlandsprodukt) hierdurch um mehr als 221 Milliarden Euro gegenüber der Situation ohne weiteren Ausbau zunehmen“, heißt es in der Studie. Deshalb seien Ausgaben für die Förderinfrastruktur im „besten Sinne als investive Sozialpolitik“ zu bezeichnen, erklärte Studienleiter Axel Plünnecke. „Bei aktuellen ausgabenorientierten Maßnahmen wie dem Betreuungsgeld sind diese positiven Effekte nicht nachweisbar.“

INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr leitet daraus konkrete Forderungen an die Politik ab: Bereits in den Kindergärten müsse es Bildungspläne und eine individuelle Förderung für Kinder aus Zuwandererfamilien und bildungsfernen Elternhäusern geben. Der Lehrerberuf solle deutlich aufgewertet werden. An die Stelle von starrer Verbeamtung müsse ein „flexibles System mit leistungsorientierter Vergütung“ treten, damit sich die besten und motiviertesten für den Beruf entscheiden. Zudem gelte es die Durchlässigkeit zwischen Berufspraktikern und Hochschulen zu verbessern. Zentrales Ziel der Bildungspolitik müsse es, sein, Bildungsarmut zu vermeiden. „Soziale Marktwirtschaft muss Teilhabechancen für alle garantieren“, sagte Pellengahr, „unser Ziel sind gleiche Startchancen für alle.“

Der Bildungsmonitor untersucht seit 2004 anhand von über 100 Indikatoren die Bildungssysteme der Bundesländer. Gemessen werden sollen Fortschritte auf dem Weg zu mehr Teilhabe an Bildung und damit mehr Fachkräfte, die die Wirtschaft ankurbeln. Pluspunkte gibt es für Plätze an Ganztagschulen, kleine Klassen oder hohe Ergebnisse in den Pisa-Tests. Abzüge bringen Schulabbrecher, Sitzenbleiber oder ungelerntes Personal in den Kindergärten.

Die Studie hat „eine ökonomische Perspektive von Bildung“. Gut ist, was zusätzliche Fachkräfte für die Unternehmen bringt. Gut sind zum Beispiel mehr Akademiker, speziell in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Die Qualität der akademischen Ausbildung misst die Studie jedoch nicht.

Der steigende Anteil von Hochschulabsolventen in Deutschland zahlt sich nach Ansicht der Ökonomen bereits heute in barer Münze aus. Durch die gestiegene Akademiker-Quote gebe es heute im Vergleich zum Jahr 2000 rund 556.000 zusätzliche Hochschulabsolventen, davon 168.000 in den MINT-Fächern. „Allein dieser Zuwachs bedeutet für das Jahr 2010 eine zusätzliche Wertschöpfung von mehr als 9,4 Milliarden Euro für die deutsche Volkswirtschaft.“

Für die Wirtschaft hat die spezielle Förderung von Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten übrigens einen angenehmen Nebeneffekt: Diese studieren, wenn sie es denn an die Hochschulen schaffen, besonders häufig MINT-Fächer, die laut IW „typische Aufstiegsfächer für Nichtakademiker sind“.

Dem Bundesland Berlin attestieren die Forscher Fortschritte bei der beruflichen Bildung, bei der Integration und im Kampf gegen die Bildungsarmut. In allen drei Bereichen gebe es aber noch Verbesserungsbedarf. So sank die Anzahl der ausländischen Schulabbrecher im Land zwar von 1200 im Jahr 2000 auf rund 700 im Jahr 2010. Die Abbrecherquote sei mit über 17 Prozent aber immer noch sehr hoch. Stärken hat das Land dagegen bei der Forschungsorientierung und den Angeboten von frühkindlicher Förderung und Ganztagschulen. Aufsteiger Hamburg hat ebenfalls die Betreuung ausgebaut. Außerdem sank die Zahl der Schulabbrecher und die Zahl der Jungakademiker stieg überproportional.

Nach Ansicht der Wissenschaftler haben sämtliche Bundesländer ihr Bildungssystem in den vergangenen neun Jahren der Studie deutlich verbessert. „Es geht seit dem Pisa-Schock 2001 in wichtigen Handlungsfeldern voran“, sagte Studienleiter Plünnecke. Er erklärte aber auch, was die Studie nicht im Detail messen kann. Was die Qualität der Schulen betrifft, lagen den Wissenschaftlern in diesem Jahr keine neuen Daten vor. Sie verwendeten wie schon im vergangenen Jahr die Ländervergleiche der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2009. In der international viel besser vergleichbaren Pisa-Studie haben die Länder die Veröffentlichung von Vergleichsdaten verhindert. „Das ist extrem schade“, klagte Plünnecke.

Auf den Spitzenplätzen finden sich in der IW-Studie seit Jahren die beiden ostdeutschen Bundesländer Sachsen und Thüringen. Ihr Rezept für ein leistungsfähiges Bildungssystem heißt Kontinuität - bei Inhalten und Finanzen. Nach der Wiedervereinigung blieben die beiden Länder beim zwölfjährigen Abitur. Sie mussten also nach dem

Bildung schafft Wachstum Studie: Kleinkindbetreuung muss weiter verbessert werden. Steigende Studentenzahl wirkt sich bereits positiv aus

Beschluss der Kultusminister im Jahr 2000, die Abiturzeit deutschlandweit um ein Jahr zu verkürzen, nichts ändern. Auch das zweigliedrige Schulsystem ohne Hauptschule, von vielen Wissenschaftlern empfohlen, ist im Osten bereits seit DDR-Zeiten Realität. Die Länder hätten ihre Kraft nicht mit Strukturdiskussionen vergeudet, loben die Wissenschaftler. Erleichternd hinzu kommt: Trotz sinkender Schülerzahlen blieb Geld im System - für Qualitätsverbesserungen.

**Load-Date:** December 14, 2012

---

End of Document

**Deutschland Kompakt; Schuldenabbau: Haushälter der Koalition dämpfen die Erwartungen ++ Islamismus: Roth verlangt Rückzug der Migranten-Plakate ++ NPD-Verbot: Friedrich: Verfahren nur bei guten Erfolgsaussichten ++ Altkanzler: Helmut Kohl wird mit Sonderbriefmarke geehrt ++ Energiewende: EU-Kommissar Oettinger für geringeres Tempo ++ SPD-Chef: Gabriel möchte mehr Vater sein, die CDU begrüßt das ++ Linkspartei: Parteispitze wirbt für Rot-Rot-Grün im Bund**

Die Welt

Freitag 31. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 204

**Length:** 1036 words

## Body

---

### Schuldenabbau

#### Haushälter der Koalition dämpfen die Erwartungen

Die Haushaltspolitiker von Union und FDP haben die von ihnen selbst geschürten Erwartungen an einen schnelleren Schuldenabbau gedämpft. Die Zeiten stets steigender Steuereinnahmen, ständiger Verbesserungen am Arbeitsmarkt und ständig sinkender Zinskosten neigten sich dem Ende, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Norbert Barthle (CDU). Frühere Forderungen, dass der Bund schon 2014 ohne neue Schulden auskommen solle, relativierten Barthle und FDP-Experte Otto Fricke. Das Ziel einer „schwarzen Null“ schon 2014 werde zwar nicht aufgegeben, aber man müsse auch realistisch sein. Fricke verlangte zudem eine Gegenfinanzierung für finanzielle Zusagen des Bundes an die Länder im Zusammenhang mit dem europäischen Fiskalpakt. Die Bundesregierung müsse „bis spätestens Ende Oktober 2012“ einen Vorschlag vorlegen. Die Abmachung zum Fiskalpakt kostet den Bund allein im Jahr 2013 etwa eine Milliarde Euro.

### Islamismus

#### Roth verlangt Rückzug der Migranten-Plakate

Die Grünen fordern einen sofortigen Stopp der Plakataktion des Bundesinnenministeriums gegen eine Radikalisierung junger Migranten. „So stellt der Innenminister alle Muslime unter Generalverdacht. Das ist ausgrenzend, diskriminierend und für die deutsche Politik beschämend“, sagte Grünen-Chefin Claudia Roth.

## Deutschland Kompakt Schuldenabbau: Haushälter der Koalition dämpfen die Erwartungen ++ Islamismus: Roth verlangt Rückzug der Migranten-Plakate ++ NPD-Verbot: Fr....

Hintergrund ist eine Kampagne von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), mit der auf das Abdriften von Migranten in extremistische Szenen aufmerksam gemacht werden soll. Die Plakate zeigen fiktive Vermisstenanzeigen. Darüber hinaus ist die Telefonnummer einer Beratungsstelle vermerkt.

### NPD-Verbot

Friedrich: Verfahren nur bei guten Erfolgsaussichten

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will nur bei guten Erfolgsaussichten ein Verbot der rechtsextremen NPD angehen. Die Chancen auf Durchsetzung eines NPD-Verbots müssten bei „deutlich über 50 Prozent“ liegen, sagte Friedrich dem Radiosender HR-Info. Friedrich warnte zugleich vor falschen Erwartungen und Risiken eines Verbots. So solle man dessen Wirkung nicht überschätzen, weil das Gedankengut weiter existiere. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) forderte indes eine von der Bundesregierung unabhängige Finanzierung von Programmen gegen Rechtsextremismus. In den vergangenen Jahren hätten sich die Bedingungen für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen rechts verschlechtert, schreibt Thierse in einem Gastbeitrag für die evangelische Wochenzeitung „Die Kirche“. Prominentestes Beispiel sei die von der Bundesregierung eingeführte „Extremismusklausel“. Sie nötige Engagierte, die eine öffentliche Finanzierung beantragen, zu einem Treuebekenntnis zum Grundgesetz und erzeuge eine Un-Kultur des Misstrauens. Zugleich sei das Problem des Rechtsextremismus aber nicht kleiner geworden.

### Altkanzler

Helmut Kohl wird mit Sonderbriefmarke geehrt

Altkanzler Helmut Kohl (CDU) soll in Kürze mit einer Sonderbriefmarke geehrt werden. Wie die „Saarbrücker Zeitung“ berichtet, wird die 55-Cent-Marke mit dem Abbild Kohls ab dem 11. Oktober ausgegeben. Noch offen sei, ob Kohls früherer Weggefährte, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), die Briefmarke persönlich präsentieren werde. Schäuble ist von Amts wegen für die Postwertzeichen zuständig, sein Verhältnis zu Kohl ist aber seit der CDU-Spendenaffäre zerrüttet.

Der Chef der Jungen Union, Philipp Mißfelder (CDU), sagte, die Marke sei eine „wunderbare Geste des Respekts“ für Kohls „nimmermüden Einsatz für Frieden und Freiheit“. Die Junge Union hatte schon 2010 auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe einen Beschluss über eine Sonderbriefmarke zu Ehren Kohls herbeigeführt.

### Energiewende

EU-Kommissar Oettinger für geringeres Tempo

EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat sich für eine langsamere Energiewende in Deutschland ausgesprochen. „Wir brauchen eine Geschwindigkeitsbegrenzung beim weiteren Ausbau von Wind- und Solaranlagen“, sagte Oettinger beim Energieforum Schleswig-Holstein. Oettinger begründete dies vor allem mit der notwendigen Versorgungssicherheit für Privathaushalte und Industrie. Die Erzeugung von Strom aus Wind und Sonne hänge vom Wetter ab. Zudem lasse sich dieser Strom noch nicht richtig speichern. „Wenn alle Anlagen zur Stromerzeugung ausfallen würden, dann hätten wir in Deutschland für 24 Minuten Strom aus unseren Speichern.“ Der weitere Bau von Wind- und Solaranlagen solle daher gedrosselt werden, sagte Oettinger weiter. Der Ausstieg aus der Atomenergie stehe in Deutschland außer Frage, aber ein Energiemix mit Gas und Kohle sei im kommenden Jahrzehnt unabdingbar.

### SPD-Chef

Gabriel möchte mehr Vater sein, die CDU begrüßt das

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe hat SPD-Chef Sigmar Gabriel aufgefordert, seine Ankündigung wahr zu machen, im politischen Geschäft kürzerzutreten. „Man darf gespannt sein, wie viel die neueste Ankündigung des Dampfplauderers Gabriel tatsächlich wert ist. Bislang war von seiner groß angekündigten Babypause nicht viel zu



Deutschland Kompakt Schuldenabbau: Haushälter der Koalition dämpfen die Erwartungen ++ Islamismus:  
Roth verlangt Rückzug der Migranten-Plakate ++ NPD-Verbot: Fr....

spüren", sagte Gröhe. „Ich kann ihm nur raten, seinen Worten endlich Taten folgen zu lassen - das wird nicht nur seiner Tochter guttun." Er bezog sich auf Äußerungen Gabriels, wonach er nach seiner Babypause „nicht mehr zwölf bis 16 Stunden am Tag verfügbar und unterwegs" sein werde. Als Vater einer kleinen Tochter könne er nicht mehr jede Veranstaltung mitmachen, „das wird nicht jeder verstehen".

Linkspartei

Parteispitze wirbt für Rot-Rot-Grün im Bund

Die Linkspartei will nach der Bundestagswahl mit SPD und Grünen regieren. Eine entsprechende Initiative der Parteichefs Katja Kipping und Bernd Riexinger wird von Partei- und Fraktionsvize Sahra Wagenknecht unterstützt. „Die Leute sollen wissen, woran sie bei den Linken sind", sagte sie den Titeln der WAZ-Mediengruppe. Der Kurs von Kipping und Riexinger, die in einem Diskussionspapier für eine Koalition mit SPD und Grünen plädieren, „entspricht genau unserem Parteiprogramm". Nach ihrer Ansicht habe sich die SPD allerdings entschieden, „als Juniorpartnerin der Union zu versauern". Als Bedingungen für eine Zusammenarbeit nannte Wagenknecht unter anderem zehn Euro Mindestlohn, 1000 Euro Mindestrente, den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan sowie eine fünfprozentige Millionärssteuer.

**Load-Date:** December 23, 2012

---

End of Document

**Deutschland Kompakt I; Baden-Württemberg: Ministerin Öney übersteht Entlassungsantrag ++ Bundeskanzlerin: Merkel würdigt Mandela als „Inspiration“ ++ Bundeswehr: Wachbataillon plant künftig auch mit „kurzen Kerls“ ++ Studie: Schlechtere Startchancen durch „segregierte Schulen“**

Die Welt

Freitag 19. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 166

**Length:** 736 words

## Body

---

Baden-Württemberg

Ministerin Öney übersteht Entlassungsantrag

Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) hat im Landtag einen Entlassungsantrag der oppositionellen CDU überstanden. Dieser erhielt erwartungsgemäß nicht die nötige Zweidrittelmehrheit. Die CDU warf Öney vor, von ihr als rassistisch bezeichnet worden zu sein. Die Koalitionsfraktionen von Grünen und SPD stimmten geschlossen gegen den Entlassungsantrag - CDU und FDP stimmten dafür. Zuvor hatte auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) Öneys Entlassung abgelehnt. Kretschmann sagte, was die Ministerin im Einzelnen gesagt habe, wisse er nicht - aber der Tenor des entsprechenden Gespräches sei „durchaus kritikwürdig“. Allerdings sei dies kein Grund, die Ministerin zu entlassen. Kretschmann machte klar: „Selbstverständlich ist die CDU keine rassistische Partei. Dieser Vorwurf ist abwegig, wer immer ihn auch erhebt.“ Er schätze an Öney ihre „unverstellte Sprache“. Diese werde ihr ab und zu zum Verhängnis, meinte Kretschmann. Aber ihre Ansage an die Migranten, sich nicht als Opfer zu fühlen, sondern sich aufzurappeln und ihre Rechte wahrzunehmen, sei gut. Öney wird in einem türkischen Internetportal mit Aussagen zitiert, mit denen sie die Christdemokraten in die Nähe von Rassisten stellt. Die Ministerin hatte am Mittwoch in einer schriftlichen Stellungnahme erklärt: „Ich werfe der CDU nicht vor, eine rassistische Partei zu sein. Sollte der Eindruck entstanden sein, bedauere ich das.“

Bundeskanzlerin

Merkel würdigt Mandela als „Inspiration“

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat dem kranken Freiheitskämpfer Nelson Mandela am Donnerstag zu seinem 95. Geburtstag gratuliert. Merkel schrieb in ihrer Glückwunschsbotschaft an Mandela, sie sei „ganz

Deutschland Kompakt I Baden-Württemberg : Ministerin Öney übersteht Entlassungsantrag ++  
Bundeskanzlerin: Merkel würdigt Mandela als „Inspiration“ ++ Bundeswehr....

besonders in Gedanken" bei ihm. Zugleich würdigte die Kanzlerin das Wirken des ehemaligen Staatspräsidenten: „Sie haben Südafrika in eine neue Zeit geführt, indem Sie Freiheit, Frieden und Versöhnung in den Mittelpunkt Ihres politischen Handelns gestellt haben." Merkel betonte, die von Mandela vertretenen Werte und seine politische Haltung seien Maßstab und Inspiration für alle, die in dieser Welt in politischer Verantwortung stehen. Der schwer kranke Friedensnobelpreisträger Mandela wird seit dem 8. Juni wegen einer Lungeninfektion in einer Klinik in der Hauptstadt Pretoria behandelt.

#### Bundeswehr

##### Wachbataillon plant künftig auch mit „kurzen Kerls"

Aus Mangel an Bewerbern sollen beim Wachbataillon der Bundeswehr künftig auch klein gewachsene und kurzsichtige Barträger aufmarschieren dürfen. Das Verteidigungsministerium bestätigte am Donnerstag einen Bericht der „Bild"-Zeitung, wonach die Tauglichkeitskriterien entsprechend überarbeitet werden. Die Mitglieder der Vorzeigetruppe, die bei Staatsbesuchen und Großen Zapfenstreichen zum Einsatz kommt, müssen bislang mindestens 1,78 Meter groß sein und dürfen im Dienst weder eine Brille noch einen Bart tragen. Sinn der jahrzehntealten Vorschriften sei ein „einheitliches Bild" des Wachbataillons. Die Tradition der „langen Kerls" geht auf den preußischen König Friedrich Wilhelm I. zurück. Seit der Bundeswehrreform sind die Bewerber allerdings knapp, weshalb in Zukunft auch kleinere Soldaten sowie randlose Brillen geduldet werden könnten. Eine Ministeriumssprecherin betonte allerdings, noch sei die umfassende Überarbeitung der Dienstvorschriften nicht abgeschlossen.

#### Studie

##### Schlechtere Startchancen durch „segregierte Schulen"

Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund bieten laut einer Studie schlechtere Bildungschancen. In Großstädten besuchen 70 Prozent der Schüler mit ausländischen Wurzeln solche „segregierten Schulen". Das habe negative Folgen für den Lernerfolg der Schüler, so das Ergebnis einer Studie des Sachverständigenrates der deutschen Stiftungen. „In allen Regionen Deutschlands lernen Schüler nicht deutscher Herkunft besonders häufig an segregierten Schulen und haben damit oft die schlechteren Startchancen", erklärte Jan Schneider, Leiter des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat für Integration und Migration. In den Empfehlungen lehnt der Sachverständigenrat allerdings eine Neuverteilung der Schüler „von oben" ab. Die Schulen müssten selbst durch eine „interkulturelle Öffnung" und Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen für Besserung sorgen. Die Gutachter schlagen vor, die Lehrerausbildung zu verändern und die Finanzierung zu verbessern.

**Load-Date:** July 19, 2013

**Deutschland Kompakt II; CDU: Mehr Migranten in die Parteispitze ++  
Vertriebenenverband: Studie: Viele Mitbegründer haben NS-Vergangenheit  
++ Bayern: SPD-Hoffnungsträger rechnet mit eigener Partei ab ++ Hessen:  
Erste Großstadt unter Rettungsschirm ++ Niedersachsen: Piraten  
präsentieren Wahlkampfstrategie**

Die Welt

Dienstag 20. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 272

**Length:** 733 words

## **Body**

---

CDU

Mehr **Migranten** in die Parteispitze

In die CDU-Spitze sollen mehr Mitglieder mit ausländischen Wurzeln aufrücken. „Wir werden deutlich nach vorne gehen bei Menschen mit **Migrationshintergrund**“, sagte Generalsekretär Hermann Gröhe nach Sitzungen der CDU-Führungsgremien in Berlin. Für die Wahl von Präsidium und Bundesvorstand beim Parteitag Anfang Dezember in Hannover gebe es vier entsprechende Kandidaturen aus den Landesverbänden. Bisher haben zwei Mitglieder der beiden Spitzengremien ausländische Wurzeln.

Vertriebenenverband

Studie: Viele Mitbegründer haben NS-Vergangenheit

Die ersten Funktionäre des nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten Bundes der Vertriebenen sind laut einer Studie mehrheitlich frühere aktive Nationalsozialisten gewesen. „Unter den 13 Funktionären müssen volle zwei Drittel durch Mitgliedschaften in der NSDAP oder der SS als belastet eingestuft werden“, teilte das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin mit. Es untersuchte die Biografien der ersten Führungsfiguren des 1957 gegründeten Vertriebenenverbandes. Nur zwei Mitglieder des ersten Präsidiums zeigten demnach „deutliche Reserve“ gegenüber dem NS-Regime. Die überwiegende Mehrheit habe dagegen „eine grundlegende Loyalität und Affinität gegenüber den braunen Machthabern“ gezeigt. Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, begrüßte die vom Verband selbst angeregte Studie, weil sie Klarheit schaffe. Sie betonte, dass vom Nationalsozialismus geprägtes Gedankengut keinen Eingang in die Verbandspolitik gefunden hätte. Die mehrere Hundert Seiten umfassende Studie erscheint Mitte der Woche als Buch.

## Deutschland Kompakt II CDU: Mehr Migranten in die Parteispitze ++ Vertriebenenverband: Studie: Viele Mitbegründer haben NS-Vergangenheit ++ Bayern : SPD-Hoffnung....

### Bayern

#### SPD-Hoffnungsträger rechnet mit eigener Partei ab

Der Regener SPD-Landrat Michael Adam hat sich mit einem unbedachten Wutausbruch gegen die Bayern-Parteizentrale auf Facebook in die Nesseln gesetzt. Grundsätzlich seien „nur Jasager und Speichellecker“ erwünscht, schrieb Adam nach einem Bericht des Bayerischen Rundfunks auf der Seite einer Genossin. Mit Blick auf die Landtagswahl in Bayern im kommenden Herbst hieß es darin: „Christian Ude tut mir leid. Mit diesem Ballast gewinnt er die Wahl nie!“ Insbesondere richtete sich die Kritik Adams im sozialen Netzwerk gegen SPD-Landeschef Florian Pronold. Ihm wirft der Landrat Realitätsverlust und Egoismus vor. Die Parteispitze sei vor allem darauf bedacht, innerparteiliche Konkurrenten kleinzuhalten. So habe Pronold bei der Aufstellung der Bundestagsliste der Niederbayern-SPD seine Kandidatin gegen die Wunschbesetzung Adams durchgesetzt. Pronold reagierte zurückhaltend: Über Inhalt und Form der Kritik sei er überrascht. Adam galt bislang als Hoffnungsträger der Bayern-SPD. 2008 war er mit gerade 23 Jahren in Bodenmais im Bayerischen Wald zum damals jüngsten Bürgermeister Deutschlands gewählt worden. Seitdem ist er in Bayern vielen Wählern bekannt - als junger, evangelischer, offener schwuler Sozialdemokrat im katholisch-ländlichen Freistaat.

### Hessen

#### Erste Großstadt unter Rettungsschirm

Als erste hessische Großstadt schlüpft Kassel unter den kommunalen Rettungsschirm. Der Magistrat beschloss am Montag Sparmaßnahmen, damit das Land städtische Schulden in Höhe von 260,4 Millionen Euro übernimmt, sagte Oberbürgermeister Bertram Hilgen (SPD). Zudem zahlt das Land jährlich etwa zwei Millionen Euro der Kasseler Zinskosten. „Bei der Abwägung ist es richtig, dass wir diese Chance nutzen“, sagte Hilgen. Dafür werden Büchereien geschlossen, Park- und Kita-Gebühren erhöht, Spielautomatensteuern ebenfalls. 2018 will die Stadt einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, dieser ist Voraussetzung für die Teilnahme am Schutzschirm. Die Stadtverordnetenversammlung muss am 10. Dezember noch endgültig grünes Licht geben.

### Niedersachsen

#### Piraten präsentieren Wahlkampfstrategie

Niedersachsens Piraten setzen bei der Landtagswahl am 20. Januar auf die Kernthemen Bildung, Verbraucherschutz und Energiewende. „Wir haben uns mit den Bedürfnissen der Bürger auseinandergesetzt“, sagte Kandidat Torben Friedrich bei der Präsentation des Wahlprogramms in Hannover. Beim Thema Bildung wollen die Piraten die Ganztagschule als Regelschule einführen sowie die Möglichkeit bieten, das Abitur wieder in 13 Schuljahren zu absolvieren. Bei der Energiewende wollen die Piraten obligatorische Bürgerbeteiligungen einführen, beim Verbraucherschutz sollten Hersteller verpflichtet werden, Produktinformationen in eine öffentlich zugängliche Datenbank einzutragen.

**Load-Date:** January 26, 2013

**„Bist du Jude?"; Der Angriff auf einen Rabbiner in Berlin zeigt: Der Antisemitismus unter Muslimen nimmt zu. Besonders bei jungen Migranten**

Die Welt

Freitag 31. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 4; Ausg. 204

**Length:** 768 words

**Byline:** Freia Peters

**Highlight:** Jetzt wird den Juden in Berlin und Brandenburg abgeraten, eine Kippa zu tragen

## Body

---

Kurz nachdem Daniel Alter vor sechs Jahren als einer der ersten Juden in Deutschland nach dem Holocaust zum Rabbiner ernannt worden war, sagte er, dass er lange überlegt habe, wie er seiner Tochter erklären solle, warum Juden in Deutschland nicht alltäglich seien. „Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, wie“, sagte er der „Welt“. Seine Tochter war damals noch ein Baby. Am Dienstagabend war sie dabei, als vier mutmaßlich arabische Jugendliche im Berliner Stadtteil Schöneberg Alter fragten: „Bist du Jude?“, ihn beleidigten und zusammenschlugen, als er bejahte. „Ich bring dich um!“, sagte einer der Täter zu der heute Siebenjährigen. Alter erlitt einen Jochbeinbruch und wurde am Donnerstag operiert.

Der „Welt“ sagte Alter nun, der Vorfall werde ihn nicht daran hindern, sich weiterhin für den interreligiösen Dialog zu engagieren. „In meinen Grundfesten bin ich nicht erschüttert.“ Ein dumpfer Schläger werde ihn nicht von seinem Weg abbringen. „Viele Menschen äußern ihre Anteilnahme, wünschen mir gute Besserung und sagen mir, wie sehr sie diese Tat verurteilen.“ In der Vergangenheit sei er öfter angepöbelt worden. „Wie aggressiv das im Einzelfall wirklich gewesen ist, habe ich gar nicht wahrhaben wollen.“

Das Potsdamer Abraham-Geiger-Kolleg, an dem Alter jüdische Lehre studiert hatte, bekommt mehr Polizeischutz. Den Studierenden rate man davon ab, auf der Straße Kippa zu tragen, sagte Rektor Walter Homolka der „Welt“. „Bislang hatte ich die Illusion, dass es in Berlin und Brandenburg möglich sein müsste, sich jederzeit und überall zu seinem jüdischen Glauben zu bekennen.“ In Deutschland habe es bisher nur vereinzelt Angriffe arabischer Migranten gegen Juden gegeben. Der Vorfall sei „ein echtes Schockerlebnis“. Polizei und Staatsschutz müssten gewaltbereite Muslime in den Griff bekommen. Homolka: „Es wäre fatal, wenn wir auf deutschen Straßen einen Stellvertreterkrieg des Nahen Ostens bekommen würden.“

Die Amadeu-Antonio-Stiftung warnt seit Längerem vor zunehmender Gewalt gegen Juden. „Es gibt in letzter Zeit mehr körperliche Attacken als in den vergangenen Jahren - vor allem in Großstädten“, sagte die Vorsitzende Anetta Kahane. „Leider sind es meist junge Migranten.“ Nach ihrer Ansicht ist die Stimmung des Antisemitismus in

„Bist du Jude?" Der Angriff auf einen Rabbiner in Berlin zeigt: Der Antisemitismus unter Muslimen nimmt zu.  
Besonders bei jungen Migranten

Deutschland derzeit recht aggressiv. Junge Migranten seien bisweilen hasserfüllt auf die Gesellschaft, Deutschland und Juden. „Ihr Weltbild ist sehr antisemitisch geprägt", sagte Kahane. Oft hätten sie den Eindruck, dass ihre Umwelt das gar nicht so anders sehe. „Sie fühlen sich durch das, was die Mehrheitsgesellschaft denkt, nicht gerade entmutigt." Vor allem der Nahost-Konflikt trage zur Ideologisierung bei: „Viele arabische Jugendliche sehen sich als Opfer Israels."

Auch das Deutsch-Arabische Zentrum sieht den Ursprung des Antisemitismus in den arabischen Ländern. „Die Eltern verfolgen tagtäglich den Konflikt in ihrer Heimat, auch wenn sie hier in Deutschland leben", sagte Zentrumsleiter Ali Maarous. Sie seien wütend über das, was in ihrer Heimat geschehe. „Diese Wut und der Hass überträgt sich dann auf die Kinder."

Bundesweit für Schlagzeilen sorgte im Juni 2010 ein Vorfall in Hannover: Eine Gruppe arabischer Kinder hatte auf einem Straßenfest eine israelische Tanzgruppe mit Kieselsteinen attackiert. Woher kommt dieser Hass? Islamwissenschaftler verweisen auf den Ausbau des Satellitenfernsehens, durch das arabische Programme zunehmend oft auch in Europa preiswert zu haben sind. So schauen muslimische Jugendliche in deutschen Wohnzimmern etwa die iranische Serie „Sarabs blaue Augen", die im Gazastreifen spielt und in der Israelis Handel mit Organen von Palästinenserkindern betreiben. „Du Jude" ist auf deutschen Schulhöfen längst ein gängiges Schimpfwort.

Daniel Alter hoffte einst, seine Ordination sei ein Zeichen einer Normalisierung jüdischen Lebens in Deutschland. Doch oft empfand er den Umgang mit ihm als verkrampft. „Bist du Jude?", fragten ihn etwa Tramper. „Das Wort 'Jude' bekommen sie meist nur flüsternd über die Lippen. Da schwingt Unsicherheit mit, ob das jetzt ein Schimpfwort ist", sagte Alter kurz nach seiner Ordination. Schon damals gab es Pöbeleien vor dem Kindergarten seiner älteren Tochter. Einen Teil seiner Ausbildung hatte Alter in Jerusalem absolviert. „Da waren auf einmal alle so wie ich." In Deutschland dagegen werde er manchmal angestarrt, daher trage er über seiner Kippa meist Mütze oder Hut. Offensichtlich hatte Alter sich dies zuletzt abgewöhnt.

Mitarbeit: Regina Köhler, Gudrun Mallwitz und Steffen Pletl

„In meinen Grundfesten bin ich nicht erschüttert" Daniel Alter, Opfer des antisemitischen Angriffs

**Load-Date:** December 23, 2012

**Ausland Kompakt; Europa: Gerichtshof verbessert den Status illegaler Flüchtlinge ++ Italien: Großrazzia gegen Neonazis der „Stormfront“ ++  
Syrien: Putin und Assad erörtern Friedenskonferenz**

Die Welt

Freitag 15. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 267

**Length:** 262 words

## Body

---

### Europa

#### Gerichtshof verbessert den Status illegaler **Flüchtlinge**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat den Status von **Asylbewerbern** grundlegend verbessert, die über EU-Staaten wie Griechenland nach Deutschland eingereist sind und deshalb nicht abgeschoben werden dürfen. Einreisestaaten müssen unter Umständen die **Asylanträge** selbst prüfen, falls sie keinen anderen Staat ermitteln können, der diese Prüfung übernimmt, entschied der EuGH (Az. C-4/11).

### Italien

#### Großrazzia gegen Neonazis der „Stormfront“

Mit einer Großrazzia sind italienische Behörden gegen Neonazis vorgegangen, die im Internet aktiv sind. Landesweit wurden 35 Objekte durchsucht, darunter in Rom und Mailand. Die Aktion steht im Zusammenhang mit der Webseite „Stormfront“. Es sei darum gegangen, neue Mitglieder und Autoren eines Nazi-Forums aufzuspüren, das im Kielwasser von „Stormfront“ aktiv sei. Die Beschuldigten hatten zum Rassenhass aufgestachelt. Unter anderem warfen sie Juden in einem Video vor, schuld an der weltweiten Wirtschaftskrise zu sein.

### Syrien

#### Putin und Assad erörtern Friedenskonferenz

Die Präsidenten von Syrien und Russland haben die Möglichkeiten für eine Friedenskonferenz zur Beendigung des seit bald drei Jahren anhaltenden syrischen Bürgerkriegs erörtert. In einem Telefonat mit Wladimir Putin habe Baschar al-Assad seine Bereitschaft signalisiert, eine Regierungsdelegation zu Friedensverhandlungen nach Genf



Ausland Kompakt Europa: Gerichtshof verbessert den Status illegaler Flüchtlinge ++ Italien: Großrazzia gegen Neonazis der „Stormfront“ ++ Syrien: Putin und Assa....

zu schicken, teilte der Kreml mit. Das syrische Staatsfernsehen berichtete, dass Putin Assad gesagt habe, nur das syrische Volk allein solle über seine eigene Zukunft entscheiden.

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document

**Mahnung aus Berlin: Das viel diskutierte Buch des Neuköllner  
Bezirksbürgermeisters; Integration? Bringschuld!; Neues Buch zeigt  
Fehlentscheidungen, Analyse und Konzept**

Die Welt

Freitag 21. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 4; Ausg. 222

**Length:** 429 words

## **Body**

---

Das Buch ist eine 400 Seiten starke Bestandsaufnahme der Probleme in dem Berliner Stadtteil Neukölln, der von manch einem als Deutschlands Hinterhof bezeichnet wird. 41 Prozent der Bewohner haben einen Migrationshintergrund, sind „nicht deutscher Herkunftssprache“. Je jünger die Bewohner sind, desto mehr verschiebt sich der Anteil zugunsten der Migranten.

66 Prozent aller Grundschüler haben eine Zuwanderungsgeschichte. 39 Prozent aller Einwandererkinder wurden mit gar keinen oder nur sehr fehlerhaften Deutschkenntnissen eingeschult. 55 Prozent ihrer Familien beziehen öffentliche Leistungen wie Hartz IV, Sozialhilfe, Wohngeld. So weit die Fakten, Buschkowsky schmückt sie mit Anekdoten aus seinem Alltag als Bürgermeister aus.

„Wenn die Lehrerin die Kinder anfeuert: ‚Ihr müsst tüchtig lernen, damit ihr einen guten Schulabschluss macht, einen tollen Beruf erlernen könnt und viel Geld verdient, damit ihr eine schöne Frau heiraten und einen schwarzen BMW fahren könnt‘, dann sagen unsere Kinder: ‚Aber Frau Lehrerin, das Geld kommt doch vom Amt.‘ Nicht, weil sie die Lehrerin ärgern wollen, sondern weil sie es nicht anders kennen. Kinder sind immer nur unser Spiegel“, schreibt Buschkowsky im Kapitel „Der Schulalltag hat viele Gesichter“.

Seine Kernthese lautet: „Es sind Bevölkerungsschichten entstanden, die keinerlei Interesse daran haben, sich in diese Gesellschaft zu integrieren. Sie akzeptieren staatliche Repräsentanten und Institutionen in keinsten Form und werden das auch künftig nicht tun.“

Buschkowsky benennt politische Fehlentscheidungen. „Das deutsche Politiksystem hat für Probleme immer eine Hauptantwort parat. Die heißt Geld. Tun wir hier und tun wir dort einen zusätzlichen Geldschein hin, dann regelt sich alles von alleine. Bei der Integrationspolitik halte ich diesen Ansatz nicht nur für schädlich, sondern für tödlich. Geldscheine ersticken Aufbruchsstimmung, Aufstiegswillen und die Besinnung auf die eigenen Stärken.“

Mahnung aus Berlin: Das viel diskutierte Buch des Neuköllner Bezirksbürgermeisters Integration? Bringschuld!  
Neues Buch zeigt Fehlentscheidungen, Analyse und Ko....

Sein Lehrsatz Nummer eins: „Integration und die Bereitschaft dazu sind an erster Stelle eine Bringschuld der Hinzukommenden. Wir sind mit den Regeln, die wir haben, zufrieden. Wer zu uns kommt, muss sie bejahen und sich an der Mehrung des Wohlstands dieser Gesellschaft aktiv beteiligen.“

Das deutsche Bildungssystem müsse sich stärker auf Kinder aus Unterschichten ausrichten; mit Kindergartenpflicht und gebundenen Ganztagschulen. „Dieses Buch will einen Beitrag dazu leisten, dass Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten die gleichen Chancen erhalten, wie ich sie hatte“, schreibt Buschkowsky im Klappentext.  
frep

**Load-Date:** January 16, 2013

---

End of Document

**Deutschland Kompakt I; Sterbehilfe: Bayern will schärferes Gesetz gegen Verein von Kusch ++ Embryonen-Tests: Kritik aus allen Fraktionen an Gesundheitsminister Bahr ++ Asyl: Kirchen fordern Hilfe für syrische Flüchtlinge**

Die Welt

Mittwoch 12. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 214

**Length:** 475 words

## **Body**

---

### Sterbehilfe

Bayern will schärferes Gesetz gegen Verein von Kusch

Das bayerische Justizministerium verlangt eine Verschärfung des geplanten Gesetzes zum Verbot der gewerbsmäßigen Sterbehilfe, damit der vom früheren Hamburger Justizsenator Roger Kusch mit initiierte Verein Sterbehilfe Deutschland nicht weiterarbeiten kann. Anlass ist der „Welt“-Bericht über eine Satzungsänderung des Vereins, der nicht mehr gewerbsmäßig, also kommerziell, arbeiten soll, sondern nur geschäftsmäßig, was laut Gesetzentwurf straflos bleiben soll. Zu diesem Zweck will der Verein die Mitgliedsbeiträge zurückzahlen, wenn dieses durch Suizid-Beihilfe stirbt. Dazu sagte Bayerns Justizminister Beate Merk (CSU): „Die Versuche von Herrn Kusch, durch eine Sterbehilfe mit einer zynischen 'Geld-zurück-Garantie' den Eindruck zu erwecken, seine Organisation sei nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, zeigen, dass das Gesetz in diesem Punkt dringend nachgebessert werden muss.“ Man müsse das Verbot „auf jegliche organisierte Sterbehilfe ausdehnen“. mka

### Embryonen-Tests

Kritik aus allen Fraktionen an Gesundheitsminister Bahr

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) wird von Abgeordneten aller Fraktionen für den Umgang seines Hauses mit der Präimplantationsdiagnostik (PID) kritisiert. Parlamentarier bemängeln in einem Brief, der der „Welt“ vorliegt, Bahrs Verordnung für die Durchführung von Gentests, mit denen Embryonen vor der Einsetzung in den Mutterleib auf schwerwiegende Erbkrankheiten hin untersucht werden. Die Autoren kritisieren unter anderem, dass die im Entwurf vorgesehene Zahl der lizenzierten Zentren, an denen die PID durchgeführt werden darf, sowie der kontrollierenden Ethikkommissionen viel zu groß sei. Stattdessen verlangen die Unterzeichner, dass es nur eine bundesweite Prüfkommision geben soll und dass diese mehr Freiheiten haben soll, um eine PID ablehnen zu

## Deutschland Kompakt I Sterbehilfe: Bayern will schärferes Gesetz gegen Verein von Kusch ++ Embryonen-Tests: Kritik aus allen Fraktionen an Gesundheitsminister B....

können. Moniert wird weiterhin, dass die Ethikkommissionen laut Entwurf zu eng mit den durchführenden Zentren verbunden seien, dass die psychosoziale Beratung der Eltern nicht neutral sei und dass die Krankheiten, für die PID erlaubt wird, nicht genau genug dokumentiert würden. Unterzeichnet haben den Brief die Unionsfraktionsvize Johannes Singhammer (CSU) und Günter Krings (CDU), der FDP-Abgeordnete Pascal Kober, die frühere Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), die beiden Grünen Birgitt Bender und Harald Terpe sowie Kathrin Vogler von der Linken. mka

Asyl

Kirchen fordern Hilfe für syrische Flüchtlinge

Die beiden großen Kirchen haben zur Hilfe für syrische Flüchtlinge aufgerufen. Sie appellierten in einer gemeinsamen Erklärung an die Bundesregierung, die humanitäre Hilfe für die mehr als eine Viertelmillion Syrer fortzusetzen. „Den Nachbarländern Syriens gebührt großer Dank und Respekt für die Aufnahme von Flüchtlingen“, betonte der katholische Bischof Norbert Trelle.

**Load-Date:** January 12, 2013

---

End of Document

**Deutschland Kompakt; Familienpolitik: Sorge um eigenen Wohlstand bremst Kinderwunsch ++ Ägyptenbesuch: Guido Westerwelle schlägt „Runden Tisch“ vor ++ Betreuungsgeld: Debatte über Förderung von Familien neu entfacht ++ Flüchtlinge: Verkehr: Grüne Jugend will 1. Klasse bei der Bahn abschaffen**

Die Welt

Freitag 2. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 178

**Length:** 623 words

## **Body**

---

### Familienpolitik

#### Sorge um eigenen Wohlstand bremst Kinderwunsch

Kinder kosten viel Geld, schränken die eigene Freiheit ein und bedeuten einen Karriereknick: Das sind nach Meinung vieler Deutscher die Gründe für einen fehlenden Kinderwunsch, wie aus einer Studie der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen hervorgeht. Danach nannten 67 Prozent hohe finanzielle Kosten für den Nachwuchs als möglichen Grund für Kinderlosigkeit. 60 Prozent gaben den Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit an, und mehr als die Hälfte sagte, das Karrieredenken stehe dem Kinderwunsch entgegen. Im Vergleich zu 2011 wurden aktuell häufiger finanzielle (plus 9 Punkte) und berufliche Gründe (plus 6) angeführt. Die Sorge um das künftige Wohlergehen der Kinder wurde hingegen deutlich seltener als Grund genannt. (2011: 46 Prozent, 2013: 39 Prozent). Das Urteil des wissenschaftlichen Leiters der BAT-Stiftung, Ulrich Reinhardt: „Die Unsicherheit, ja fast schon Angst vor der Familiengründung hält bei vielen Bundesbürgern an.“

### Ägyptenbesuch

#### Guido Westerwelle schlägt „Runden Tisch“ vor

Bei einem von Gewalteskalation überschatteten Besuch hat Außenminister Guido Westerwelle zwischen den Konfliktparteien in Ägypten zu vermitteln versucht. „Wir können nur Ratschläge geben“, betonte der FDP-Politiker. Westerwelle schlug eine Art „Runden Tisch“ vor, um auf einen demokratischen Kurs zurückzufinden. Einen Monat nach dem Sturz des islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi durch das Militär mahnte er: „Jetzt ist es notwendig, dass Brücken gebaut werden.“ Ein Besuch bei Mursi wurde Westerwelle verwehrt. Ob die

Deutschland Kompakt Familienpolitik: Sorge um eigenen Wohlstand bremst Kinderwunsch ++ Ägyptenbesuch: Guido Westerwelle schlägt „Runden Tisch“ vor ++ Betreuungs....

Bundesregierung das Land auch in Zukunft mit Hilfen in dreistelliger Millionenhöhe unterstützen wird, ließ er offen: Dies müsse „im Lichte der weiteren Entwicklung besprochen werden“.

## Betreuungsgeld

### Debatte über Förderung von Familien neu entfacht

Der Start des Betreuungsgeldes für Kleinkinder, die zu Hause bleiben, hat den Streit über die Schwerpunkte der Familienförderung neu angefacht. SPD und Grüne kritisierten die von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Leistung, die am Donnerstag in Kraft trat, und forderten mehr Geld für Kindertagesstätten und Ganztagschulen. SPD-Bundesvize Manuela Schwesig sieht kaum Interesse am Betreuungsgeld. Die Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern: „Gerade alleinerziehende Mütter, die arbeiten wollen, fragen mich nicht nach 100 Euro Betreuungsgeld, sondern nach Kita-Plätzen.“

## Flüchtlinge

23%

23% der Asylanträge in der EU entfallen auf Deutschland, also rund ein Viertel. Auch im Bezug auf die Einwohnerzahl übernimmt Deutschland mit einer Rate von 945 Asylbewerbern pro einer Million Einwohner eine Hauptlast des Flüchtlingsstroms, erklärte die Bundesregierung auf Anfrage der Linken. Entgegen andauernden Klagen hätten etwa Italien (fünf Prozent) und Griechenland (drei Prozent) keine „unverhältnismäßig hohen Asylbewerberzahlen“. Die höchsten Raten vor Deutschland lägen bei Malta, Schweden, Luxemburg, Belgien, Österreich, Zypern und Dänemark.

## Verkehr

### Grüne Jugend will 1. Klasse bei der Bahn abschaffen

Trotz Drohnen-Debakel und Spähaffäre ist das Sommerloch offensichtlich noch groß genug, um es mit Kuriositäten zu füllen. „Wir fordern Komfort für alle“, erklärt Tilmann Schade von der Grünen Jugend in Schleswig-Holstein. Die 1. Klasse in der Bahn gehöre endlich abgeschafft. „Während die 2. Klasse überfüllt ist, ist die 1. Klasse gähnend leer“, wettet der Jungpolitiker. Viele Bahnpendinger seien verärgert, und wenn es darum gehe, mehr Menschen von der Straße auf die Schiene zu bringen, passe das Zwei-Klassen-System nicht mehr in das Gesamtpaket. Unterstützung erhalten die Jung-Grünen im Norden von ihrer Grünen-Landeschefin Ruth Kastner. Sie hält die Trennung in 1. und 2. Klasse für „anachronistisch“.

**Load-Date:** August 2, 2013

**Deutschland Kompakt II; Arbeitsmarkt: Fachkräfte auch ohne Studium willkommen ++ Syrien-Flüchtlinge: Bundesanwalt klagt gegen mutmaßlichen Assad-Spion ++ DDR-Frauengefängnis: Weg für Gedenkstätte Hoheneck ist frei ++ Asylbewerber: Soldaten werfen Feuerwerkskörper auf Heim**

Die Welt

Dienstag 23. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 169

**Length:** 597 words

## Body

---

### Arbeitsmarkt

#### Fachkräfte auch ohne Studium willkommen

In 14 Berufsfeldern vom Altenpfleger bis zum Lokführer sind ausländische Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten ab sofort auch ohne Studium willkommen. Das Arbeitsministerium veröffentlichte eine Liste von Ausbildungsberufen, in denen besonders großer Arbeitskräftemangel herrscht. Wer eine passende Berufsausbildung in einem dieser Berufe mitbringt, darf in der Bundesrepublik arbeiten. FDP-Arbeitsmarktexperte Johannes Vogel sprach von einer richtigen Weichenstellung. Nächster Schritt müsse nach der Bundestagswahl die Einführung eines Punktesystems nach dem Vorbild Kanadas und Australiens sein, um die Einwanderungserlaubnis über Qualifikation und aufgrund der Arbeitsmarktlage zu steuern, forderte Vogel. Die Liste der Mangelberufe ergänzt die neue Beschäftigungsverordnung, die seit dem 1. Juli in Kraft ist. Auf der sogenannten Positivliste stehen vor allem technische Berufe. Bei den Lokführern etwa kommen auf 49 registrierte Arbeitslose 100 Job-Angebote. In der Altenpflege ist der Mangel noch größer: Auf 100 freie Stellen kommen dort nur 39 Arbeitslose. Weitere Berufsfelder sind Mechatronik, Automatisierungstechnik und auch Berufe in der Klempnerei.

### Syrien-Flüchtlinge

#### Bundesanwalt klagt gegen mutmaßlichen Assad-Spion

Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen einen mutmaßlichen Spion des syrischen Geheimdienstes erhoben. Der 60-Jährige soll Oppositionelle ausgespäht haben, teilte die Behörde in Karlsruhe mit. Es ist bereits der zweite Fall innerhalb weniger Tage. Am vergangenen Freitag hatte die Anwaltschaft einen 37-jährigen Deutsch-Syrer wegen Agententätigkeit für das Regime von Baschar al-Assad angeklagt. In dem neuen Fall soll der Mann, der die deutsche und die libanesische Staatsbürgerschaft besitzt, von September 2011 bis Februar 2012 mehrere



Deutschland Kompakt II Arbeitsmarkt: Fachkräfte auch ohne Studium willkommen ++ Syrien-Flüchtlinge:  
Bundesanwalt klagt gegen mutmaßlichen Assad-Spion ++ DDR-Fra...

Veranstaltungen der syrischen Opposition in Berlin besucht haben. Seine Informationen hat er laut Anklage an einen Verbindungsmann weitergegeben, der bereits Ende 2012 rechtskräftig wegen Spionage verurteilt worden ist. Über diesen Mittelsmann seien die Informationen dann dem syrischen Geheimdienst zugetragen worden.

DDR-Frauengefängnis

Weg für Gedenkstätte Hoheneck ist frei

Der Weg für eine Gedenkstätte im ehemaligen DDR-Frauengefängnis Hoheneck im Erzgebirge ist frei. Die Stadt habe die Anlage für 160.000 Euro von der Chemnitzer Artmis GmbH gekauft, sagte ein Sprecher. Allerdings gebe es für den Fall, dass die erhofften Fördermittel für das Projekt ausblieben, bis Mai 2014 eine Rücktrittsklausel. In dem Gebäudekomplex soll neben der Gedenkstätte die interaktive Lern- und Erlebniswelt „Phänomenia“ untergebracht werden. Das Gefängnis Hoheneck im Erzgebirge gilt als Synonym für DDR-Frauenhaft unter unmenschlichen Bedingungen. Viele Gefangene saßen aus politischen Gründen ein. Das Gefängnis war 2001 geschlossen worden und wurde 2003 an die Artemis GmbH verkauft, die daraus ein Hotel mit mehreren Restaurants machen wollte.

Asylbewerber

Soldaten werfen Feuerwerkskörper auf Heim

Zwei Soldaten der Bundeswehr haben in Arnstadt (Thüringen) Feuerwerkskörper auf ein Asylbewerberheim geworfen. Als ein Bewohner sie aufforderte, damit aufzuhören, hätten sie den Mann beschimpft, den Hitlergruß gezeigt und ausländerfeindliche Parolen gerufen, teilte die Polizei in Gotha am Montag mit. Die am Wohnheim angebrachte Videokamera schlugen die betrunkenen 23 und 25 Jahre alten Männer ab. Die Zeitsoldaten waren in Zivil unterwegs. Sie wurden kurzzeitig von der Polizei in Nähe des Tatortes festgenommen, gegen sie wird wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung ermittelt.

## Graphic

---

obs/ Swr

Swr

**Load-Date:** July 23, 2013

## **Moskaus unliebsamer Gast; Edward Snowden hat offiziell in Russland Asyl beantragt - und wird damit endgültig zum politischen Spielball**

Die Welt

Mittwoch 17. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 4; Ausg. 164

**Length:** 1023 words

**Byline:** Julia Smirnova

### **Body**

---

Moskau

Nach drei Wochen im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo hat der frühere US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden am Dienstag einen Antrag auf vorübergehendes Asyl in Russland gestellt. Das teilte der Moskauer Anwalt Anatoli Kutscherena mit. Der Jurist hat ihn nach eigenen Angaben im Transitbereich besucht und bei der Übergabe von notwendigen Dokumenten begleitet. Kurz darauf bestätigte auch die russische Ausländerbehörde, dass der Antrag eingegangen sei. Nach russischer Gesetzgebung müsste Snowden in den nächsten Tagen eine offizielle Bestätigung bekommen, dass sein Antrag von den Behörden bearbeitet wird. Mit dieser Bescheinigung könnte er den Transitbereich des Flughafens verlassen. Klarheit darüber, ob ihm Asyl gewährt wird, sollte Snowden innerhalb von drei Monaten haben. Das ist der Zeitraum, in dem über einen Asylantrag entschieden werden muss. Vorübergehendes Asyl darf für ein Jahr vergeben werden, kann aber um zwölf Monate verlängert werden.

Seine Absicht, Asyl in Russland zu beantragen, erklärte der ehemalige US-Geheimdienstler bereits am vergangenen Freitag bei einem Treffen mit russischen Menschenrechtlern. Er sagte allerdings, dass er weiter nach Lateinamerika reisen wolle. Doch auch wenn Russland dem Antrag zustimmt, darf er sich nur innerhalb der Landesgrenzen bewegen. „Vorübergehendes Asyl in Russland unterscheidet sich vom Flüchtlingsstatus“, erklärt Elena Rjabinina, die beim russischen Institut für Menschenrechte das Programm „Recht auf Asyl“ leitet. Es entspreche einer Duldung in Deutschland, einem Status, der Flüchtlingsbewerbern vorläufig gewährt wird, die aus humanitären Gründen nicht ausgewiesen werden dürfen. Erst mit einem Flüchtlingsstatus könne man theoretisch ein russisches Reisedokument bekommen. „Doch Snowden ist ein Sonderfall, er ist in Russland zum Objekt politischer Spekulationen geworden“, sagt Rjabinina. „Ich würde mich nicht wundern, wenn in seinem Fall wie im Fall der Staatsbürgerschaft für Gérard Depardieu gegen das formelle Prozedere verstoßen wird.“

Was mit Snowdens Antrag nun passiert, hängt sehr stark von Moskaus politischen Motiven ab. Vor zwei Wochen erklärte der russische Präsident Wladimir Putin zu einem möglichen Verbleib Snowdens in Russland: „Wenn er hier

Moskaus unliebsamer Gast Edward Snowden hat offiziell in Russland Asyl beantragt - und wird damit endgültig zum politischen Spielball

bleiben möchte, gibt es eine Bedingung: Er muss seine Aktivitäten einstellen, die darauf abzielen, unseren amerikanischen Partnern Schaden zuzufügen - egal, wie seltsam das aus meinem Mund klingen mag." Am darauf folgenden Tag gab Putins Sprecher Dmitri Peskow bekannt, der Computerspezialist habe seine Bitte um Asyl zurückgezogen. Am vergangenen Freitag sagte Snowden jedoch, er wolle Unterlagen, die den USA schaden, nicht weiter veröffentlichen. Das klang aber eher rhetorisch und nicht nach einem tatsächlichen Eingeständnis, auf weitere Enthüllungen zu verzichten.

Am Montag sagte Putin erneut, dass Snowden Russland verlassen werde, sobald er eine Möglichkeit dazu bekomme. „Wir haben gewisse Beziehungen zu den USA, wir wollen nicht, dass Sie ihnen mit Ihrer Tätigkeit schaden“, wurde Snowden laut Putin erklärt. „Er hat Nein gesagt. Sie lachen, und ich meine es ernst. Er sagte, er will seine Tätigkeit fortsetzen und für Menschenrechte kämpfen“, fuhr Putin fort. „Wir sagten: Nur ohne uns.“ Gleichzeitig gab er den USA Schuld an der Lage Snowdens. „Sie haben alle anderen Länder so in Angst versetzt, dass ihn niemand möchte. Und auf diese Weise haben sie ihn auf unserem Territorium blockiert.“ Der Fall Snowden belastet die Beziehungen zwischen Moskau und Washington stark. Die USA wollen eine Auslieferung von Snowden, Russland lehnt dies kategorisch ab. Falls sich der Konflikt weiter zuspitzt, könnte der geplante Besuch Obamas in Moskau im September auf dem Spiel stehen. „Die Positionen beider Seiten sind sehr hartnäckig, niemand will nachgeben“, sagt Dmitri Trenin, Leiter des Moskauer Thinktanks Carnegie-Zentrum. „Russland kann Snowden nicht ausliefern, das würde eine Abhängigkeit von den USA demonstrieren. Es kann ihn aber auch nicht auf seinem Territorium lassen.“ Moskaus Plan sei gewesen, ihn nach Lateinamerika reisen zu lassen. Doch jetzt gerate die Situation in eine Sackgasse. Trenin hält Snowden für „das schwächste Glied der Kette“ und schließt nicht aus, dass dieser zumindest vorübergehend zum Schweigen gebracht werden könnte.

Der Anwalt Kutscherena erklärte der russischen Nachrichtenagentur Ria, Snowden werde im Flughafen auf die Entscheidung der Ausländerbehörde warten. Seit dem Treffen im Moskauer Flughafen, an dem der Jurist teilnahm, präsentiert sich Kutscherena in der Öffentlichkeit stolz als Snowdens rechtlicher Berater. Dass er am Freitag dabei war, ist kaum ein Zufall. Kutscherena gehörte während Putins letzter Wahlkampagne zu dessen „Vertrauenspersonen“. Er ist Mitglied der russischen Gesellschaftskammer und weiterer Gremien, deren erklärtes Ziel gesellschaftliche Kontrolle über Staatsorgane ist, die jedoch immer wieder für ihre praktische Nutzlosigkeit kritisiert werden. Der Anwalt mischt sich in der letzten Zeit gern in medienwirksame Fälle ein, in denen man den Westen kritisieren kann.

Dass Kutscherena und auch der Abgeordnete der Regierungspartei Geeintes Russland, Wjatscheslaw Nikonow, zum Treffen mit Menschenrechtlern im Moskauer Flughafen eingeladen wurden, spreche dafür, dass es von russischen Machthabern mitorganisiert wurde, glaubt Sergej Nikitin, Chef des Moskauer Büros von Amnesty International. „Die Einladung von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch musste dem Treffen Objektivität und Glaubwürdigkeit verleihen“, sagt er, unterstreicht aber, dass Russland dann im Einsatz für Menschenrechte konsequent sein müsse, was nicht der Fall sei. Snowden kann der Kreml innenpolitisch gut nutzen, um die USA in den russischen Medien im schlechten Licht darzustellen. Doch je länger er in Moskau bleibt, desto mehr schadet er Russland außenpolitisch. Putin bezeichnete Snowden am Montag deshalb als unwillkommenes Geschenk.

„Snowden ist ein Sonderfall, er ist in Russland zum Objekt politischer Spekulationen geworden“ Elena Rjabinina, Institut für Menschenrechte

**Load-Date:** July 17, 2013

**Deutschland Kompakt I; Bundesverfassungsgericht: Asylbewerber können auf mehr Geld hoffen ++ Bundeswehr: Neuer Übungsmast für „Gorch Fock“-Kadetten ++ Bundespräsident: Große Mehrheit der Bürger mit Gauck zufrieden**

Die Welt

Donnerstag 21. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 143

**Length:** 480 words

**Byline:** Simone Meyer

## **Body**

---

Bundesverfassungsgericht

**Asylbewerber** können auf mehr Geld hoffen

Das Bundesverfassungsgericht hat starke Zweifel daran geäußert, ob die Leistungen für **Asylbewerber** ausreichend sind. Es bestehe eine „ins Auge stechende Differenz“ zwischen den Hartz-IV-Sätzen und den niedrigeren Geldleistungen für **Asylbewerber**, sagte Gerichtsvizepräsident Ferdinand Kirchhof. Die Leistungen für **Asylbewerber** und andere Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht wurden seit 1993 nicht mehr erhöht. Während ein Hartz-IV-Empfänger einen Regelsatz von 364 Euro pro Monat erhalte, seien es bei **Flüchtlings** etwa 220 Euro, sagte Kirchhof. Die Leistungen müssten sich wie die Hartz-IV-Sätze „am Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums messen lassen“. Zum Vertreter der Bundesregierung sagte der Verfassungsrichter: „Das Motto ‚Ein bisschen hungern, dann gehen die schon‘ könne es doch wohl nicht sein.“ Die Regelleistungen betragen seit 1993 für Volljährige etwa 225 Euro pro Monat, Kinder erhalten Leistungen von 133 bis 199 Euro monatlich. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hält die Bezüge für zu niedrig und hat das Gesetz in Karlsruhe zur Prüfung vorgelegt. [welt.de/asyl](http://welt.de/asyl) (<http://welt.de/asyl>)

Bundeswehr

Neuer Übungsmast für „Gorch Fock“-Kadetten

Wegen der „Gorch Fock“-Affäre zieht die Marine die erste sichtbare Konsequenz: An der Marineschule Mürwik bei Flensburg wird an diesem Donnerstag ein Klettermast in Betrieb genommen, auf dem die Offiziersanwärter künftig 30 Stunden üben müssen, ehe sie an Bord des Segelschulschiffes gehen. Der erste Schuljahrgang, der die Anlage nutzen wird, fängt zum 1. Juli in Mürwik an. Der ockergelbe Übungsmast erinnert an die Takelage der „Gorch

Deutschland Kompakt I Bundesverfassungsgericht: Asylbewerber können auf mehr Geld hoffen ++  
Bundeswehr: Neuer Übungsmast für „Gorch Fock“-Kadetten ++ Bundespräs....

Fock", ist aber nur 28 Meter hoch, 17 Meter niedriger als das Original an Bord. Der Bau hat rund 1,4 Millionen Euro gekostet. Gefordert hatte ihn der Wehrbeauftragte des Bundestags, nachdem im Herbst 2010 eine 25-jährige Rekrutin aus der Takelage gestürzt und gestorben war. Seitdem hat die Marine auf der „Gorch Fock“ nicht mehr ausgebildet, was derzeit ohnehin nicht möglich wäre: Die Dreimastbark liegt seit Anfang 2012 in der Elsfleth Werft in Niedersachsen und wird repariert. Nach Informationen der „Welt“ soll die 7,3 Millionen Euro teure Instandsetzung bis Anfang Juli abgeschlossen sein. Der Sprecher der Marineschule sagte: „Wir gehen davon aus, dass die Gorch Fock rechtzeitig aus der Werft kommt und uns ab Februar wieder zur Verfügung steht.“ sim

Bundespräsident

Große Mehrheit der Bürger mit Gauck zufrieden

Bundespräsident Joachim Gauck genießt knapp 100 Tage nach seinem Amtsantritt großen Rückhalt innerhalb der deutschen Bevölkerung. Laut einer „Stern“-Umfrage sind 78 Prozent der Bürger zufrieden mit der Arbeit ihres Staatsoberhauptes. Sein Amtsvorgänger Christian Wulff erhielt zum selben Zeitpunkt seiner Amtszeit nur die Zustimmung von 41 Prozent der Bürger.

**Load-Date:** September 12, 2012

**Alles, was sie sonst noch wissen müssen; Unicef-Report: Deutschlands Jugendliche werden friedlicher ++ Koalitionsgespräche: SPD will schärfere Regeln für Rüstungsexporte ++ Länderfinanzen: Seehofer trotz Klage offen für Verhandlungen ++ Ukraine: Vitali Klitschko tritt bei Präsidentenwahl an ++ Iran: UN kritisieren schwere Menschenrechtsverletzungen ++ Ägypten: Armeechef will offenbar Staatschef werden ++ Bulgarien: Regierung lässt Mauer gegen Flüchtlinge bauen**

Die Welt

Freitag 25. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 8; Ausg. 249

**Length:** 917 words

## Body

---

### Unicef-Report

#### Deutschlands Jugendliche werden friedlicher

U-Bahn-Treter, pöbelnde Teenager, Mädchengangs - in Deutschland herrscht der Eindruck, die Jugend verrohe. Die Zahlen zeichnen ein anderes Bild: Laut dem neuen Unicef-Bericht hat die Kriminalität unter Jugendlichen nämlich abgenommen. Wurden 1998 noch 8,2 Prozent der 14- bis 18-Jährigen polizeilich registriert, so waren es 2011 nur noch 6,7 Prozent. Das Kinderhilfswerk stützt sich auf die Polizeiliche Kriminalstatistik. Auch für eine zunehmende Brutalität lassen sich keine Belege finden. Grund zur Entspannung gibt der aktuelle Kinderreport aber nicht. Zwar ist die Mehrzahl der Mädchen und Jungen in Industrieländern mit ihrer Lebenssituation zufrieden. Allerdings ist nirgendwo sonst der Kontrast zwischen den „objektiven“ Daten und der Gefühlslage der Jugendlichen so groß. Rund 15 Prozent der Mädchen und Jungen blicken negativ in die Zukunft.

### Koalitionsgespräche

#### SPD will schärfere Regeln für Rüstungsexporte

Die SPD will in den Koalitionsverhandlungen mit der Union auf eine stärkere Kontrolle von Rüstungsexporten dringen. „Es muss ein Kontrollgremium des Bundestags geschaffen werden, das frühzeitig in geheimer Sitzung über geplante Rüstungsexporte in Länder wie Saudi-Arabien oder Katar informiert“, sagte der Verteidigungsexperte Rainer Arnold, der zu den sieben SPD-Mitgliedern der Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik gehört. Zudem

Alles, was sie sonst noch wissen müssen Unicef -Report: Deutschlands Jugendliche werden friedlicher ++  
Koalitionsgespräche: SPD will schärfere Regeln für Rüstun....

müsse die Öffentlichkeit über heikle Waffenlieferungen unmittelbar nach Vertragsabschluss informiert werden. Arnold erwartet in den Verhandlungen auch Nachbesserungen bei der Bundeswehrreform.

## Länderfinanzen

Seehofer trotz Klage offen für Verhandlungen

Trotz Verfassungsklage hat sich Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) offen für neue Gespräche über eine Reform des Länderfinanzausgleichs gezeigt. „Aber die Klage können wir nur zurückziehen, wenn die Gespräche erfolgreich sind“, sagte er bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Heidelberg. Die Gespräche der vergangenen zwei Jahre seien erfolglos gewesen - „deshalb bleibt es bei der Klage in Karlsruhe“. Er fügte hinzu: „Wenn jetzt die neue Regierung in der Koalition vereinbaren sollte, dass wir auch Gespräche führen in der Großen Koalition, dann führen wir natürlich die Gespräche.“ Die Geberländer Bayern und Hessen hatten im März eine Klage gegen den Finanzausgleich beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

## Ukraine

Vitali Klitschko tritt bei Präsidentenwahl an

Der Boxweltmeister und ukrainische Oppositionsführer Vitali Klitschko will bei der Präsidentenwahl im März 2015 kandidieren. „Ich bewerbe mich um die Präsidentschaft“, sagte der 42-Jährige auf einer Parlamentssitzung in der Hauptstadt Kiew. Klitschko begründete den Zeitpunkt der Bekanntgabe mit Gerüchten und Versuchen, ihn als möglichen Kandidaten für das höchste Amt zu „erledigen“. Klitschko, wegen seiner Promotion im Fach Sportwissenschaften auch „Dr. Eisenfaust“ genannt, führt die Oppositionspartei Udar (Schlag). Diese war die drittstärkste Partei bei der umstrittenen Parlamentswahl im Oktober 2012. Stärkste Kraft wurde damals die Partei der Regionen von Präsident Viktor Janukowitsch, gefolgt von der Vaterlandspartei der inhaftierten Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko.

## Iran

UN kritisieren schwere Menschenrechtsverletzungen

Die Vereinten Nationen haben dem Iran massive Verstöße gegen die Menschenrechte vorgeworfen. „Systematische und strategische Verletzungen der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“ bestimmten anhaltend die Lage der Menschenrechte in dem Land, heißt es in einem Bericht des UN-Sonderbeauftragten Ahmed Shaheed. Den UN bereiten unter anderem die Unterdrückung von Frauen und Minderheiten sowie die gefährliche Lage für kritische Journalisten Sorgen wie auch die Zustände in den Gefängnissen und die hohe Zahl der Hinrichtungen. Unter dem neuen Präsidenten Hassan Ruhani seien zwar einige „positive Angebote“ gemacht worden, sagte Shaheed. Es bleibe abzuwarten, ob diese ersten Schritte in greifbare und nachhaltige systematische Reformen münden. Die Regierung in Teheran wies das Papier als politisch motiviert zurück.

## Ägypten

Armeechef will offenbar Staatschef werden

Eine Kandidatur des ägyptischen Armeechefs Abdel Fattah al-Sisi bei der geplanten Präsidentenwahl wird immer wahrscheinlicher. Eine Kampagne, die al-Sisi zu diesem Schritt bewegen will, habe innerhalb von 20 Tagen mehr als 1,3 Millionen Unterschriften gesammelt, berichtete die Zeitung „Al-Masry Al-Youm“. Die Aktion solle fortgesetzt werden, zitierte die Zeitung den Gründer der Kampagne. Es gebe unter den Ägyptern große Unterstützung für den Vorschlag, dass al-Sisi der nächste Präsident Ägyptens werde. Der General, der auch Verteidigungsminister ist, genießt unter den Ägyptern große Popularität, nachdem das Militär Anfang Juli den islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi abgesetzt hatte. In einem Zeitungsinterview vor zwei Wochen hatte al-Sisi eine Kandidatur bei der Präsidentenwahl nicht ausgeschlossen.

Alles, was sie sonst noch wissen müssen Unicef -Report: Deutschlands Jugendliche werden friedlicher ++  
Koalitionsgespräche: SPD will schärfere Regeln für Rüstun....

Bulgarien

Regierung lässt Mauer gegen Flüchtlinge bauen

Das EU-Land Bulgarien hat mit der Errichtung einer 30 Kilometer langen Mauer an der Grenze zur Türkei begonnen, um das Eindringen illegaler Migranten aus Syrien zu verhindern. Das sehe ein Beschluss der Regierung vor, teilte das Verteidigungsministerium in Sofia mit. Mit der Schutzmauer auf dem kritischsten Abschnitt der Grenze zur Türkei möchte Bulgarien erreichen, dass Flüchtlinge aus Syrien nicht mehr über die sogenannte grüne Grenze illegal einreisen.

**Load-Date:** October 25, 2013

---

End of Document



**Blue Card lockt Tausende Fachkräfte nach Deutschland; Deutschland wird für qualifizierte Arbeitnehmer außerhalb der EU immer attraktiver. Die Probleme der Wirtschaft löst das noch nicht**

Die Welt

Montag 23. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 299

**Length:** 1102 words

**Byline:** Flora Wisdorff

## **Body**

---

In Deutschland zu arbeiten, wird offensichtlich auch für Spezialisten außerhalb der EU immer attraktiver. Bis Ende Oktober 2013 hat Deutschland insgesamt 12.199 Exemplare der Blue Card ausgegeben, die seit Mitte 2012 hoch qualifizierte Fachkräfte von außerhalb Europas anlocken soll. Das teilte das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) der „Welt“ mit. Mitte 2013 waren erst 10.000 der offiziell „Blaue Karte EU Deutschland“ genannten Dokumente ausgegeben. Das Innenministerium reagierte erfreut. „Mit mittlerweile deutlich über 12.000 Blauen Karten EU werden die Erwartungen weit übertroffen. Die Blaue Karte EU erfreut sich sowohl bei Hochqualifizierten im Ausland als auch ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen großer Beliebtheit“, sagte ein Sprecher der „Welt“.

Bis Mitte 2013 war der Großteil der Karten an hoch qualifizierte Ausländer gegangen, die sich ohnehin bereits im Land aufgehalten hatten. Zwei Drittel der 10.000 Empfänger veränderten durch die Karte lediglich ihren Aufenthaltsstatus. Wer von den 12.199 Empfängern der Blue Card bis Ende Oktober bereits in Deutschland war, hat das Amt noch nicht ausgewertet. Das Innenministerium lobt die Blue Card jedenfalls als einen „voraussetzungsarmen Aufenthaltstitel, der einen gesicherten Aufenthalt mit klarer Integrations- und Verfestigungsperspektive bietet“, so der Sprecher. Die Wirtschaft reagierte etwas vorsichtiger: „Die Zahlen der Blue Card nach etwas mehr als einem Jahr sind ein guter Wert, der aber noch steigerungsfähig ist. Wir müssen die Erleichterungen bei der Zuwanderung noch stärker kommunizieren, ohne dabei die inländischen Potenziale zu vergessen“, sagt Stefan Hardege, Arbeitsmarktexperte beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der „Welt“.

Die Blue Card war am 1. August 2012 eingeführt worden, um hoch qualifizierte Fachkräfte von außerhalb Europas nach Deutschland zu locken. Für die blaue Karte im Kreditkartenformat müssen ausländische Akademiker einen Arbeitsplatz mit einem Jahresgehalt von mehr als 46.400 Euro nachweisen. In Mangelberufen wie Arzt oder Ingenieur reichen auch 36.200 Euro. Zuvor lag die Schwelle bei 66.000 Euro. Die Blue Card entstand mit Blick auf

## Blue Card lockt Tausende Fachkräfte nach Deutschland Deutschland wird für qualifizierte Arbeitnehmer außerhalb der EU immer attraktiver. Die Probleme der Wirtsc....

den akuter werdenden Fachkräftemangel. Auf Grund der demografischen Entwicklung wird laut der Bundesagentur für Arbeit (BA) die Gesamtzahl von Menschen in Deutschland, die theoretisch in der Lage sind, einer Arbeit nachzugehen, bis zum Jahr 2025 um rund 6,5 Millionen Personen sinken.

Kritiker mahnen aber weiterhin, dass das vorgeschriebene Mindestgehalt der Blue Card zu hoch sei. Der durchschnittliche Einstiegsgehalt eines Hochschulabsolventen liegt hierzulande bei nur rund 35.000 Euro brutto. Experten kritisieren auch immer wieder, dass die Gesetze zu wenig bekannt seien. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration etwa fordert ein „modernes Zuwanderungsmarketing“. Das Manko gilt wohl auch für die Bemühungen, aus Drittstaaten Fachkräfte mit einer Berufsausbildung ins Land zu locken. Denn die deutschen Unternehmen suchen nicht nur Akademiker, sondern verzeichnen auch bei den beruflich Qualifizierten immer mehr Engpässe. „Vier von zehn Unternehmen, die Stellenbesetzungsprobleme haben, suchen derzeit ohne Erfolg dual ausgebildete Fachkräfte“, sagt Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK).

Seit Juli erstellt die Bundesagentur für Arbeit eine Positivliste, auf der manche Berufe offiziell als solche mit erhöhtem Fachkräftemangel anerkannt werden. Sie soll ermöglichen, dass auch Fachkräfte ohne akademischen Abschluss schnell ins Land kommen können. Bewerber, die für Berufe dieser Liste qualifiziert sind, brauchen keine gesonderte Bedarfsprüfung mehr, wie sie laut Gesetz bislang vorgesehen war. Sie entfällt. Auf der Liste stehen aktuell etwa Klempner, Mechatroniker, Krankenpfleger und Lokführer. „Die Positivliste erleichtert es den Betrieben, ihren Bedarf schnell und sicher zu decken“, lobte die damalige Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) im Juli. Doch nach einer Schätzung der BA wurde bisher lediglich 50 Bewerbern bestätigt, dass sie sich für einen der Berufe auf der Liste qualifizieren.

Der DIHK ist dennoch optimistisch. „Die genannte Zahl von bewilligten Anträgen scheint auf den ersten Blick eher gering. Jedoch muss man berücksichtigen, dass die Positivliste und die neuen Möglichkeiten zur Zuwanderung erst seit wenigen Monaten gültig und bei den potenziellen Fachkräften in den Drittstaaten bislang kaum bekannt sind“, sagt DIHK-Experte Hardege. Die Politik müsse mit Unterstützung der Wirtschaft noch offensiver im Ausland für den Arbeitsort Deutschland werben, um diese Zuwanderungsmöglichkeit und die Chancen hierzulande bekannter zu machen, so Hardege. „Und auch wir müssen die Unternehmen über diese Möglichkeit noch weiter informieren.“ Grundsätzlich sei die Zuwanderung von beruflich qualifizierten Fachkräften wichtig, da viele Unternehmen in diesem Bereich bereits heute Fachkräfteengpässe hätten. Die Beschäftigungsverordnung und die Positivliste seien daher richtige Schritte.

Zusätzlich setzt die Regierung im Kampf gegen den Fachkräftemangel zusammen mit der BA auch auf Zuwanderer aus der EU. Aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit ist das längst nicht so kompliziert. Insbesondere die Wirtschaftskrise in vielen europäischen Staaten macht Deutschland mit seiner weiterhin wachsenden Wirtschaft attraktiv. Aber die Sprache ist oftmals ein großes Hindernis. Eine Erfolgsmeldung kann die Bundesagentur für Arbeit nun vermelden: Sie hat über das Förderprogramm „MobiProEU“ 1400 jungen Leuten aus Europa den Start in eine Ausbildung in Deutschland ermöglicht. Das zeigt eine erste Bilanz nach elf Monaten, die der „Welt“ vorliegt. Im Rahmen dieses Programms haben bis November 2013 nach BA-Angaben fast 3800 junge Leute aus Europa knapp 15.600 Anträge auf verschiedene Förderleistungen gestellt.

Etwa zwei Drittel dieser jungen Leute wollten für eine Ausbildung nach Deutschland kommen, ein Drittel seien junge Fachkräfte, die hier Arbeit suchten, hieß es bei der BA. Rund 1400 junge Leute hätten bis jetzt über dieses Programm eine Ausbildung in Deutschland beginnen können. „Das ist ein gutes Ergebnis, mit dem Anfang des Jahres nicht unbedingt zu rechnen war“, sagt BA-Vorstand Raimund Becker der „Welt“. „Denn wir dürfen nicht vergessen, dass es für sehr junge Menschen eine besonders mutige Lebensentscheidung ist, das Heimatland, die Familie und Freunde zu verlassen.“

„Wir müssen die Erleichterungen bei der Zuwanderung noch stärker kommunizieren“ Stefan Hardege, DIHK

Blue Card lockt Tausende Fachkräfte nach Deutschland Deutschland wird für qualifizierte Arbeitnehmer außerhalb der EU immer attraktiver. Die Probleme der Wirtsc....

## Graphic

---

Getty Images

Um den Mangel an Akademikern und Fachkräften auszugleichen, wirbt die Bundesregierung weltweit mit der Blue Card

Getty Images

**Load-Date:** December 23, 2013

---

End of Document

**Türkische Migranten hoffen auf muslimische Mehrheit; Studie: Gerade die jüngeren sind religiöser und zeigen mehr Vorurteile. Große Zustimmung zur Koran-Verteilung**

Die Welt

Samstag 18. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 4; Ausg. 193

**Length:** 836 words

**Byline:** Freia Peters

**Highlight:** Der Anteil derjenigen Befragten, die in die Türkei zurückkehren wollen, steigt

## Body

---

Arda Sürel, Unternehmensberater aus Mülheim an der Ruhr, träumte eigentlich schon seit frühester Kindheit davon, in das Land seiner Eltern zurückzukehren. Wenn die Ferien in der Türkei zu Ende gingen, übermannten ihn die Gefühle. „Seit dem dritten, vierten Lebensjahr beim Einstieg ins Flugzeug habe ich angefangen zu weinen“, sagt Sürel. Mit Mitte 30, im März 2003 kündigte der promovierte Volkswirt seinen Job bei der Bank und machte sich in Istanbul mit einem Beratungsunternehmen selbstständig. „Heute bin ich doch froh über meine deutschen Eigenschaften“, sagt Sürel. „Ich bin verbindlich, akkurat und pünktlich. Das ist hier fast schon ein Alleinstellungsmerkmal.“

45 Prozent der Türken in Deutschland wollen in den nächsten Jahren in die Türkei ziehen - auch wenn sie in Deutschland geboren wurden und nie länger in der Türkei gelebt haben. Das ist nur eine erstaunliche Zahl der 300 Seiten langen repräsentativen Umfrage Deutsch-Türkische Lebens- und Wertewelten 2012, die das Meinungsforschungsinstitut Info jetzt vorstellte. 1011 aus der Türkei stammende Migranten wurden telefonisch befragt.

62 Prozent sagen, dass sie am liebsten mit Türken zusammen sind. Traditionelle und religiöse Werte spielen für Türkischstämmige eine zunehmend wichtige Rolle. 55 Prozent wünschen sich den Bau von mehr Moscheen, sechs Prozentpunkte mehr als bei der entsprechenden Umfrage vor zwei Jahren. Leicht zugenommen (plus drei Punkte) hat auch die Anzahl derer, die den Islam als „einzig wahre Religion“ bezeichnen: 72 Prozent der Befragten stimmten dem zu. Nahezu die Hälfte (46 Prozent) wünscht sich inzwischen, dass in Deutschland irgendwann mehr Muslime als Christen wohnen. Vor zwei Jahren artikulierten nur ein Drittel diesen Wunsch.

Viele junge Deutsch-Türken seien auf der Suche nach einer Identität und kehrten zu traditionellen und religiösen Werten zurück, erklärte der Geschäftsführer des Info-Instituts, Holger Liljeberg, die Entwicklung und fügte hinzu: „Die Ergebnisse sprechen für eine zunehmende Rolle der islamischen Religion im Wertegefüge der Türken in

Türkische Migranten hoffen auf muslimische Mehrheit Studie: Gerade die jüngeren sind religiöser und zeigen mehr Vorurteile. Große Zustimmung zur Koran-Verteilun....

Deutschland." Eine weitere Schlussfolgerung Liljebergs: „Die Identitätsfindung über Deutschland hat nicht funktioniert, jetzt finden sie ihre Identität über den Islam."

So sind 37 Prozent der Befragten streng religiös, Tendenz steigend (2010: 33); und nur neun Prozent bezeichnen sich als „nicht religiös". 44 Prozent beten mindestens einmal täglich, 34 Prozent üben sogar alle vorgeschriebenen fünf Gebete pro Tag aus. Der höchste Anteil von zumindest eher Religiösen findet sich in der jüngsten Altersgruppe. „Die jüngste Generation zeigt gerade bei religiösen Aspekten etwas radikalere Ansichten als die Älteren", sagt Liljeberg. Die älteren Türken seien überwiegend selbst eingewandert und daher politisch von Laizismus und Kemalismus in der Türkei geprägt. Gerade junge Menschen mit türkischem Migrationshintergrund befürworten die kostenfreie Koranverteilung in deutscher Sprache, eine Aktion radikal-islamischer Salafisten in deutschen Fußgängerzonen. 63 Prozent der 15 bis 29-Jährigen finden die Aktion „Lies!" sehr gut bzw. eher gut. 69 Prozent der älteren Türken sprachen sich dagegen aus.

Als bedenklich empfindet Studienleiter die Zunahme religiöser Vorurteile. 25 Prozent sind der Meinung, Atheisten seien „minderwertige Menschen". 18 Prozent empfinden Juden als minderwertig. Das Image der Christen hat sich hingegen leicht verbessert. „Christen empfinde ich als minderwertige Menschen" - dieser Aussagen stimmten acht Prozent der Befragten zu (2010: zehn Prozent). Die Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der Mordserie der rechtsextremen Terrororganisation Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) und ehemalige Berliner Ausländerbeauftragte, Barbara John, warnte jedoch davor, das Bekenntnis zur Religion als Zeichen einer Radikalisierung zu werten. Viel mehr näherten sich die Lebensstile von Deutschen und Deutschtürken an: „Je ähnlicher sich die Menschen werden, desto mehr brauchen sie ein Abgrenzungsmerkmal." Als solches könne gerade für die jüngere Generation die Religion dienen.

Derweil wird im direkten Vergleich Deutschland hinsichtlich der sozialen Absicherung, bei Lebensstandard, Bildung, Gesetzgebung besser eingeschätzt als die Türkei, während dieser insgesamt als lebenswerter, attraktiver, toleranter freizügiger und sympathischer empfunden wird. „Deutsch-Türken haben ein ziemlich verklärtes Türkei bild", resümierte Liljeberg. „Die sozialen Sicherungssysteme verhindern eine verstärkte Abwanderungswelle. Dies könnte sich mit einem weiteren wirtschaftlichen Aufschwung der Türkei ändern."

Auffallend zugenommen hat der unbedingte Wunsch, ohne Abstriche zur deutschen Gesellschaft dazuzugehören (78 Prozent und damit acht mehr als vor zwei Jahren bejahten die Aussage). 84 Prozent sind der Meinung, dass man „gleichzeitig ein guter Muslim und ein guter Deutscher" sein kann. Zugleich meinen 87 Prozent, die deutsche Gesellschaft solle stärker auf die Gewohnheiten und Besonderheiten der türkischen Einwanderer Rücksicht nehmen.

**Load-Date:** December 14, 2012

**Deutschland Kompakt I; Parteien: Union in Umfrage auf bestem Wert seit sieben Jahren ++ Extremismus: Islamistischer Terror bleibt größte Bedrohung ++ Familienpolitik: Niedersachsen-SPD will Betreuungsgeld kippen ++ Kommunizieren: Altmaier will auf Twitter Fußballer abhängen ++ Nahost-Konflikt: Niebel kritisiert arabische Flüchtlingspolitik ++ Strompreise: CSU will rasche Änderungen bei erneuerbaren Energien ++ Zukunft: Die Deutschen blicken optimistisch ins neue Jahr**

Die Welt

Donnerstag 27. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 302

**Length:** 1140 words

## Body

---

### Parteien

#### Union in Umfrage auf bestem Wert seit sieben Jahren

Die Union startet mit der größten Wählerzustimmung seit sieben Jahren in das Bundestagswahljahr 2013. Dem am Mittwoch veröffentlichten Stern-RTL-Wahlrend zufolge springt sie im Vergleich zur Vorwoche um drei Punkte auf 41 Prozent. Das ist der höchste Wert für CDU und CSU seit Anfang März 2006. Allerdings fällt die FDP um einen Punkt auf vier Prozent zurück. Damit würde sie den erneuten Einzug in den Bundestag verpassen. Die SPD schließt das Jahr mit unverändert 27 Prozent ab. Die Grünen fallen um einen Punkt auf 13 Prozent. Wie in der Vorwoche wollen aktuell acht Prozent für die Linke und drei Prozent für die Piraten stimmen.

### Extremismus

#### Islamistischer Terror bleibt größte Bedrohung

Der islamistische Terror bleibt nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes für die Sicherheit Deutschlands die größte Gefahr und wird auch 2013 die vorrangige Herausforderung für die Sicherheitsbehörden sein. Einzeltäter, die sich im Internet selbst radikalisieren, sowie individuell agierende kleinere Gruppen stellten die Sicherheitsbehörden vor besondere Aufgaben, sagte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen. Sorgen bereite auch „die gestiegene Anzahl der Ausreisen von Personen aus dem islamistischen und islamistisch-terroristischen Spektrum im abgelaufenen Jahr“. Besonders Ägypten, wohin 2012

## Deutschland Kompakt I Parteien: Union in Umfrage auf bestem Wert seit sieben Jahren ++ Extremismus: Islamistischer Terror bleibt größte Bedrohung ++ Familienpol....

mehr als 50 Personen ausreisen, sei als Transit- oder Zielland zu einer Art Drehscheibe für Freiwillige des sogenannten Heiligen Krieges (Dschihad) geworden, sagte Maaßen. Aber auch Somalia habe hier an Bedeutung gewonnen. „Die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten werden für die Sicherheitslage in Deutschland immer bedeutsamer.“

### Familienpolitik

#### Niedersachsen-SPD will Betreuungsgeld kippen

Der niedersächsische SPD-Chef Stephan Weil will im Falle eines Siegs bei der Landtagswahl mit einer rot-grünen Mehrheit im Bundesrat gegen das Betreuungsgeld vorgehen. „Mit dem Thema wollen wir bundespolitisch schnell antreten und werden gerne federführend an der Spitze dabei sein“, sagte Weil. Sollten SPD und Grüne die Niedersachsen-Wahl am 20. Januar gewinnen, hätte Rot-Grün im Bundesrat eine gestalterische Mehrheit. Die Länderkammer könnte in diesem Fall ein Gesetz zur Abschaffung des Betreuungsgeldes beschließen, sodass sich der Bundestag wieder mit dem Thema beschäftigen müsste. „Der Bundestag würde dann wohl mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass die Länder dafür keine Gesetzgebungskompetenz hätten. Aber darüber wäre dann eben zu streiten“, sagte Weil, der im Januar den CDU-Politiker David McAllister als Regierungschef ablösen will. „Gerade in Niedersachsen, einem Land mit Bevölkerungsrückgang, hätte das Betreuungsgeld verheerende Auswirkungen“, sagte Weil. „Meine Sorge ist, dass Kinder von Migranten oder bildungsfernen Eltern schlagartig vom Kindergarten abgemeldet würden.“

### Kommunizieren

#### Altmaier will auf Twitter Fußballer abhängen

Bundesumweltminister Peter Altmaier hat sich bei seinen elektronisch-kommunikativen Tätigkeiten über die Weihnachtsfeiertage hohe Ziele gesteckt. „Noch hat zum Beispiel der Fußballer Kaká ein paar Follower mehr als ich, aber das können Sie im neuen Jahr ja ändern“, sagte der auf Twitter aktive CDU-Politiker in seinem an Heiligabend ins Netz gestellten Video. Derzeit hat der brasilianische Fußballspieler Kaká, der für Real Madrid spielt, mehr als 13 Millionen Follower, während Altmaier nur auf gut 30.000 kommt. Dass Altmaier seine Aufholjagd über Weihnachten fortsetzte, ist nach Ansicht des Ministers theologisch zulässig. „Darf man am Heiligen Abend eigentlich twittern?“, fragte er zu Beginn seiner Weihnachtsgrüße und erklärte: „Ja, man darf.“

### Nahost-Konflikt

#### Niebel kritisiert arabische Flüchtlingspolitik

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) hat den Umgang arabischer Staaten mit palästinensischen Flüchtlingen kritisiert. Die Lage der Flüchtlinge in den zum Teil seit 1948 existierenden Flüchtlingslagern sei nicht allein auf den israelisch-palästinensischen Konflikt zurückzuführen, sagte Niebel unter dem Eindruck eines Besuchs in der libanesischen Hauptstadt Beirut, wo in einem Lager mehr als 16.000 Menschen unter äußerst prekären Bedingungen leben. Die Situation in den Flüchtlingslagern sei „schon seit vielen Jahrzehnten ganz kritisch“, sagte Niebel, „und das stellt auch Fragen an die aufnehmenden arabischen Staaten, wie sie es mit ihren Brüdern und Schwestern aus Palästina insgesamt in der Zukunft handhaben wollen.“ Mit Blick auf das Elend der mehr als eine Million Flüchtlinge aus Syrien, die jeweils zur Hälfte im eigenen Land und in den Nachbarstaaten Zuflucht vor dem dortigen Bürgerkrieg gesucht haben, äußerte sich Niebel zuversichtlich, dass die helfenden UN-Organisationen in der Region weitere internationale Unterstützung erhalten.

### Strompreise

#### CSU will rasche Änderungen bei erneuerbaren Energien

Die Mittelstandspolitiker in der CSU dringen auf eine rasche Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). „Wir sehen mit großer Sorge, dass das EEG total aus dem Ruder läuft“, sagte der Vorsitzende der CSU-Mittelstandunion, Hans Michelbach, am Mittwoch in München. „Die Energiepreise drohen zum größten

Deutschland Kompakt I Parteien: Union in Umfrage auf bestem Wert seit sieben Jahren ++ Extremismus: Islamistischer Terror bleibt größte Bedrohung ++ Familienpol....

Konjunkturrisiko zu werden." Michelbach verlangte eine Gesetzesreform noch in dieser Legislaturperiode: „Sonst schießen uns die Energiepreise auf Dauer durch die Decke." Die Wirtschaft brauche zügig klare Perspektiven. Ähnlich wie beim Spitzenausgleich zur Ökosteuer müsse es bei der EEG-Umlage auch eine Deckelung der Belastungen für den produzierenden Mittelstand geben, forderte der Sprecher des Wirtschaftsflügels. Vielen Betrieben drohe sonst der Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit - mit weitreichenden Folgen für Arbeitsplätze und Wachstum. Michelbach trat außerdem dafür ein, die EEG-Umlage an den bislang vernachlässigten Ausbau von Stromspeichern zu koppeln. Auch dürfe der weitere Ausbau von erneuerbaren Energien nur in enger Abstimmung mit dem Netzausbau und den konventionellen Energien erfolgen. Notfalls müsse auch eine „Entschleunigung des Umstiegs" in Kauf genommen werden.

Zukunft

Die Deutschen blicken optimistisch ins neue Jahr

Die Mehrheit der Deutschen blickt laut einer Umfrage der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen positiv auf das kommende Jahr. So schauen drei von fünf Befragten voller Zuversicht auf 2013. Besonders optimistisch sind laut der Umfrage die Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren. Von ihnen bewerten 79 Prozent die Aussichten für das kommende Jahr als positiv. Anders sieht es bei Ruheständlern aus: Dort schauen nur 47 Prozent zuversichtlich auf 2013. Auch bei den Geschlechtern gibt es Differenzen. So haben die männlichen Befragten die Zukunft positiver eingeschätzt als die weiblichen. Auch die Herkunft spielt eine Rolle. Die Westdeutschen stehen dem Jahr 2013 optimistischer gegenüber als Ostdeutsche.

**Load-Date:** January 26, 2013

---

End of Document



**Schulen sind besser als ihr Ruf; Wieder beklagt eine Studie den Einfluss der Herkunft auf den Bildungserfolg. Dabei belegt ihre Datenbasis, dass die Abhängigkeit schwindet**

Die Welt

Dienstag 13. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 4; Ausg. 62

**Length:** 810 words

**Byline:** Thomas Vitzthum

**Highlight:** Die jüngste Pisa-Untersuchung hat bereits gezeigt: Vor allem Kinder von **Migranten** und sozial Schwachen heben das Gesamtniveau an

## **Body**

---

Sie waren wohl etwas zu zurückhaltend, die Macher und Auftraggeber der neuesten Studie zur Lage an Deutschlands Schulen. Aus ihrem "Chancenspiegel", der die Gerechtigkeit der deutschen Schulsysteme untersuchte, wollte die Bertelsmann-Stiftung keine konkreten Handlungsanweisungen ableiten. Außer natürlich die, dass man für mehr Gerechtigkeit sorgen müsse. Man könne nun nicht mehr wegsehen.

So suchen sich Politiker nun aus der Studie heraus, was ihnen am besten passt. Die Kultusminister loben sich, denn kein Land schneidet in allen vier Kriterien "Durchlässigkeit, Integrationskraft, Kompetenzförderung und Zertifikatsvergabe" maßlos schlecht ab. Da ist für jeden etwas dabei. Bayerns Ressortchef Ludwig Spaenle (CSU) rühmt, dass im Süden mit die niedrigste Zahl an Schülern die Schule ohne Abschluss verlässt. Brandenburgs Bildungsministerin Martina Münch (SPD) preist die Tatsache, dass in dem Bundesland Nichtakademikerkinder relativ leicht aufs Gymnasium gehen können: "Diesen Weg werden wir weitergehen."

Die Schulministerin Nordrhein-Westfalens, Sylvia Löhrmann (Grüne), hat sich den Bereich Vergabe von Hochschulzugangsberechtigungen herausgepickt. In NRW werden prozentual mit die meisten in Deutschland vergeben. Dies sei, so die Ministerin, gerade ein Erfolg der Gesamtschulen, wo im Übrigen auf längeres gemeinsames Lernen gesetzt werde. Für die Ministerin ein Grund, sich noch stärker dafür einzusetzen. Die SPD in Schleswig-Holstein nimmt schließlich die teilweise schlechten Ergebnisse zum Anlass, auf die schwarz-gelbe Regierung einzudreschen. Dass es sich bei den Daten aber um solche aus dem Schuljahr 2009 handelt, als sie selbst noch das Ministerium leitete, übersieht die SPD notwendigerweise.

Ob der "Chancenspiegel" sein Ziel erreicht, einen Beitrag zur Versachlichung der Bildungsdebatte zu leisten, ist noch nicht absehbar. Sein Befund aber, dass in allen Bundesländern die Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und Herkunft hoch ist, kann kaum bestritten werden: die Tatsache, dass ein Akademikerkind eher aufs Gymnasium

Schulen sind besser als ihr Ruf. Wieder beklagt eine Studie den Einfluss der Herkunft auf den Bildungserfolg. Dabei belegt ihre Datenbasis, dass die Abhängigkeit....

kommt als ein Arbeiterkind. Sie ist allerdings seit zehn Jahren als Kernproblem des Bildungssystems erkannt. Die Pisa-Studie 2000 hat eben dies bewirkt. Nun belegen die Autoren des 'Chancenspiegels' ihr hartes Urteil mit der Pisa-Studie von 2009. Dabei zeigt gerade diese Schuluntersuchung, dass sich die Lage verbessert. Langsam zwar, aber die Natur des Bildungswesens macht eben keine Sprünge. 'Wir sind insgesamt auf einem guten Weg. Zwischen Pisa 2000 und Pisa 2009 hat sich der Zusammenhang zwischen Kompetenzerwerb und Herkunft abgeschwächt', sagt der Bildungsforscher Kai Maaz von der Universität Potsdam, dessen Schwerpunkt im Bereich der sozialen Ungleichheit im Bildungswesen liegt.

Pisa 2009 hatte gezeigt, dass 15-Jährige besser lesen können als zehn Jahre zuvor. Und außerdem: Der Aufstieg Deutschlands im Länderranking wurde vor allem von jenen Schülern bewirkt, die aus sozial schwachen Familien stammen oder Nachfahren von Migranten sind. Hier gab es die größten Kompetenzzuwächse. Der Anteil der Migrantenkinder an der Schülerzahl war innerhalb von zehn Jahren um vier Punkte auf fast 26 Prozent gestiegen. Der Leistungsabstand zu deutschen Schülern hatte sich gleichzeitig halbiert.

Um das Kriterium Herkunft noch unwichtiger zu machen, empfiehlt Maaz den weiteren Ausbau der Ganztagschule: 'Das ist ein wichtiger Baustein, insbesondere wenn es darum geht, Benachteiligungen für Schülerinnen und Schüler aus sozial weniger begünstigten Familien zu reduzieren.' Schließlich müssten die Leistungsunterschiede früher egalisiert werden. 'Möglichst schon vor dem Übergang an die weiterführenden Schulen.' Zweifellos haben Politik und Forschung seit Pisa 2000 den Blick verstärkt auf die frühkindliche Bildung, auf Kindergarten und Vorschule gerichtet. In der Bertelsmann-Studie ist dieser Bereich aber ausgespart.

Scharfe Kritik üben denn auch Lehrerverbände an der Studie. Nicht nur, dass sie auf 'alten' Daten beruht, stößt ihnen auf, sondern auch die Kriterien selbst stellen sie infrage. Um das Verhältnis von Auf- zu Absteigern darzustellen, zählen die Autoren jene, die vom Gymnasium auf die Realschule wechseln und von dort auf die Hauptschule oder umgekehrt. In manchen Ländern ergibt sich so ein Verhältnis von einem Aufsteiger zu mehr als elf Absteigern. Wohin die Schüler danach gelangen, ob sie der zweite Bildungsweg doch noch zum Ziel führt, bleibt unberücksichtigt. Heinz-Peter Meidinger, Chef des Deutschen Philologenverbands, findet diese Methode absurd: 'Viele Schüler, die vom Gymnasium auf die Realschule wechseln, tun dies, um über diesen Umweg und die Fachhochschule überhaupt das Abitur zu schaffen.' Die eigentliche Frage sei, wie viele am Ende eine Hochschulzugangsberechtigung erhalten: 'Wird dies bewertet, gibt es im deutschen Bildungssystem mehr Aufsteiger als Absteiger.'

**Load-Date:** March 13, 2012

**„Italiener haben einen Sinn für Menschlichkeit“; Erneut Hunderte Flüchtlinge auf Sizilien gelandet. Staatspräsident Napolitano lobt spontane Rettungsaktion von Badegästen am Strand**

Die Welt

Dienstag 20. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 7; Ausg. 193

**Length:** 937 words

**Byline:** Constanze Reuscher

## **Body**

---

Rom

Sie kommen aus dem Osten, und es ist ein Strom, der nicht mehr abreißen will: Im Morgengrauen landeten am Montag erneut **Flüchtlingsboote** mit mehreren Hundert **Flüchtlingen** an mehreren sizilianischen Stränden sowie auf der Insel Lampedusa. Ein alter Fischerkahn wurde von der Küstenwache im Golf von Aci Castello bei Catania an der Ostküste Siziliens aufgegriffen. An Bord waren mehr als 100 Menschen, vermutlich Syrer, eingepfercht. Alle wurden in den Hafen der Stadt gebracht. Wenig später landete ein zweites Schiff in der Nähe der Stadt Pachino am Südostzipfel der Insel. 160 **Flüchtlinge** gingen dort am Strand des Feriendorfes San Lorenzo an Land, noch bevor die Touristen dort eintrafen. Mindestens 90 von ihnen flohen ins Hinterland - aus Angst, in Auffanglager gebracht zu werden. Alle anderen gaben an, aus Syrien zu kommen. Mehr als eine Woche hatte ihre Flucht über das Mittelmeer gedauert, alle waren sichtlich geschwächt.

Ähnlich war die Reise von 160 syrischen Flüchtlingen verlaufen, die am Donnerstag an einem Strand derselben Gegend gelandet waren. Sie hatten es nicht geschafft, den morschen Holzkahn, auf dem sie ihre Reise von der türkischen Küste nach Italien bewältigt hatten, bis ans rettende Ufer zu navigieren. Das Meer war von dem für die Saison ungewöhnlich schlechten Wetter aufgewühlt, das Schiff schlingerte in den Wellen und drohte zu kentern. Badegäste, die diese Szene der dramatischen Landung vom Strand aus beobachtet hatten, zögerten keinen Augenblick. Sie sprangen - noch bevor die Küstenwache eintraf - ins Meer, bildeten eine Menschenkette und brachten die Flüchtlinge, darunter viele schwangere Frauen und 50 zum Teil kleine Kinder, ans sichere Ufer. Flüchtlinge aus Afrika und den arabischen Ländern können häufig nicht schwimmen. Erst vor zehn Tagen waren sechs junge Männer tot an den Strand der Stadt Catania gespült worden. Sie waren nur 15 Meter vom Ufer entfernt von ihrem Boot gesprungen, aber in dem dort unerwartet tiefen Wasser ertrunken.

Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano lobte den Mut der Helfer von Pachino als eine „Ehre, die sie unserem Land erwiesen haben, indem sie die Flüchtlinge ohne zu zögern gerettet haben“. Sie hätten mit ihrer spontanen

„Italiener haben einen Sinn für Menschlichkeit" Erneut Hunderte Flüchtlinge auf Sizilien gelandet.  
Staatspräsident Napolitano lobt spontane Rettungsaktion von B....

Geste gezeigt, dass „die Italiener einen Sinn für Solidarität und Menschlichkeit haben, mehr als für Angst und Vorurteile". Nicht alle italienischen Politiker fanden die Rettungsaktion so lobenswert wie Napolitano. Roberto Calderoli, ein ehemaliger Minister der Berlusconi-Regierung und heute Vorstandsmitglied der norditalienischen Rechtspartei Lega Nord, reagierte am Wochenende mit lautstarken Beschimpfungen auf einen Vorschlag von Immigrationsministerin Cecilia Kyenge. Sie hatte erklärt, man müsse das Einwanderungsgesetz dringend reformieren und die Einrichtungen zur Aufnahme der Flüchtlinge stark erweitern. „Italien hat den Immigranten nichts zu bieten, nur den Abstieg in die Kriminalität", sagte Calderoli, „das Bossi-Fini-Gesetz ist das einzige Mittel, mit dem wir die derzeitige Invasion aufhalten können."

Kyenge hatte am Sonntag vor einem jetzt unausweichlichen und stark anwachsenden Flüchtlingsstrom aus Syrien und Ägypten gewarnt. Im vergangenen Jahr seien 24.000 Flüchtlinge nach Italien gekommen. Allein ein Drittel von ihnen ist in den vergangenen sechs Wochen an sizilianischen Küsten gelandet. Das Neue an dem Flüchtlingsansturm ist, dass die Boote nicht nur aus Libyen kommen wie in den vergangenen Jahren, sondern aus dem östlichen Mittelmeer. Die Insassen sind meistens Ägypter oder Syrer, nicht Zentralafrikaner. „Die Regierung arbeitet bereits am Ausbau der Einrichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen", hatte die Ministerin gesagt. Daraufhin ging der Vizechef der Lega, Matteo Salvini, noch härter mit ihr um: „Kyenge warnt davor, dass die Krise in Ägypten eine Invasion der Immigranten zur Folge haben wird? Das ist ja wie eine Einladung! Warum bewirbt Frau Kyenge sich nicht in Ägypten als Ministerin?", spottete er per Facebook-Seite.

Das Bossi-Fini-Gesetz, benannt nach dem früheren Lega-Chef Umberto Bossi und dem rechtsnationalen Vizepremier Gianfranco Fini, war von der Regierung Berlusconi 2008 durchgesetzt worden. Es sieht die Internierung und darauffolgende Abschiebung der anlandenden Immigranten vor, wobei die Berücksichtigung in Fällen von politischem Asyl so schlecht geregelt ist, dass Italien sich eine Rüge vonseiten der Europäischen Union einhandelte. Tatsächlich waren die bis dahin total überfüllten Aufnahmelager in Süditalien nach der Verabschiedung des Gesetzes wie leer gefegt. Für politische Asylbewerber wurden sie stattdessen häufig zu dauerhaften Gefängnissen.

Kyenge, die als Studentin aus Afrika nach Italien kam, ist immer wieder rassistischen Attacken und Polemiken ausgesetzt, häufig vonseiten der Lega. Von rechtsnationalen Gruppen erhielt sie sogar Morddrohungen. Die Ministerin kämpft unter anderem für die Einführung des Territorialprinzips, nach dem jeder, der auf italienischem Boden geboren ist, ein Anrecht auf die Staatsbürgerschaft hat. Ausnahmsweise meldete sich am Sonntag eine sizilianische Politikerin zu Wort. Die ehemalige Umweltministerin der Berlusconi-Partei PDL, Stefania Prestigiacomo, kritisierte Kyenge und lobte das Bossi-Fini-Gesetz als „ausgeglichen". Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass die Politikerin aus ganz persönlichem Interesse sprach: Sie lebt in Syrakus an der Ostküste Italiens, wo in diesen Wochen täglich Hunderte Flüchtlinge landen.

„Warum bewirbt Frau Kyenge sich nicht in Ägypten als Ministerin?" Matteo Salvini, Vizechef der rechtspopulistischen Lega Nord, über Italiens farbige Immigrationsministerin

## Graphic

---

dpa/Valentino Cilmi

Badegäste nahe Pachino auf Sizilien tragen erschöpfte Frauen und Kinder an Land

Valentino Cilmi

**Load-Date:** August 20, 2013

„Italiener haben einen Sinn für Menschlichkeit" Erneut Hunderte Flüchtlinge auf Sizilien gelandet.  
Staatspräsident Napolitano lobt spontane Rettungsaktion von B....

---

End of Document

## **So nicht, Italien!; Rom scheitert mit seinem Versuch, Flüchtlinge nach Deutschland abzuschieben**

Die Welt

Freitag 31. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 124

**Length:** 325 words

**Byline:** Silke Mülherr

### **Body**

---

Sie kamen in Nussschalen in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Als die Libyer Italien erreichten, wähten sie sich im gelobten Land. Erst allmählich mussten sie zur Kenntnis nehmen, dass der europäische Boden für sie und alle anderen nordafrikanischen **Flüchtlinge** nicht das Ende ihrer Odyssee bedeutete. Die italienischen Behörden beschlossen, das Problem einfach gen Norden zu exportieren. Sollen sich doch die Reichen kümmern! Rom stellte kurzerhand Fremdpässe und Visa für den Schengenraum aus. Zusätzlich soll es 500 Euro bar auf die Hand gegeben haben für das Versprechen, nach Deutschland zu gehen.

So einfach ist das und so unmöglich. Unter dem Druck des Bundesinnenministeriums erklärt sich Italien nun zähneknirschend bereit, die armen Teufel wieder aufzunehmen. Der herzlose Versuch, sich durch die Hintertür eines lästigen Problems zu entledigen, ist unredlich. Italien spielt mit dem Schicksal traumatisierter Menschen, wenn es die Asylsuchenden mit Geld in eine neue Ungewissheit entlässt. Mindestens 300 Libyer sitzen derzeit auf Hamburgs Straßen, ohne ein Anrecht auf Unterkunft und Sozialleistungen.

Unsäglich ist daran auch die Art und Weise, wie Rom mit seinen europäischen Partnern umgeht. Ohne Absprachen wurden Flüchtlinge ohne offiziellen Status auf Wanderschaft über Grenzen hinweg geschickt. Weil diese im Schengenraum offen sind, müssen die Europäer einander vertrauen können. Dieses Vertrauen hat Italien ausgenutzt. Es ist daher nur folgerichtig, dass die EU-Staaten die Kontrolle über ihre Binnengrenzen zurückverlangen. Ein neuer Gesetzesvorschlag der EU sieht das vor. Dabei muss es als traurige Entwicklung gelten, wenn die Regierungen zu einer Wagenburgmentalität zurückkehren.

Bei aller berechtigten Empörung über das italienische Vorgehen darf man allerdings eines nicht übersehen: Der Rest Europas hat Rom mit den Flüchtlingsmassen alleingelassen. Italiens Versagen ist ein Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik.

**Load-Date:** May 31, 2013

So nicht, Italien! Rom scheitert mit seinem Versuch, Flüchtlinge nach Deutschland abzuschieben

---

End of Document

**Deutschland Kompakt; Niedersachsen: Erster Landeshaushalt ohne Neuschulden für 2017 geplant ++ Hochschulen: 7 ++ Asylbewerber: Arbeitsverbot für Flüchtlinge soll gelockert werden ++ Rechtsextremismus: NPD-Politiker Pastörs muss erneut vor Gericht ++ Sinti und Roma: Kampf um Rente für Witwe eines KZ-Überlebenden**

Die Welt

Mittwoch 25. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 172

**Length:** 899 words

## **Body**

---

Niedersachsen

Erster Landeshaushalt ohne Neuschulden für 2017 geplant

Niedersachsen will 2017 erstmals in seiner Geschichte einen Landeshaushalt ohne neue Schulden vorlegen. „Wir schaffen das damit drei Jahre früher, als das Grundgesetz es vorschreibt“, sagte Ministerpräsident David McAllister (CDU). Die schwarz-gelbe Landesregierung plant demzufolge in den kommenden drei Jahren eine stufenweise Absenkung der Kreditaufnahme von 720 Millionen Euro (2015) auf 470 Millionen Euro (2016) und 220 Millionen Euro (2017). Derzeit steht das Land mit rund 56 Milliarden Euro bei den Banken in der Kreide. Nach Angaben von McAllister wäre es der erste Etat mit einer schwarzen Null seit dem Doppelhaushalt der britischen Besatzungszone für die Jahre 1946/1947. „Das war damals der britische Zivilgouverneur Sir Gordon Neville MacReady, der das zu verantworten hatte. MacReady war kein Engländer, er war kein Waliser, er war kein Ire, er war Schotte“, sagte der Regierungschef, dessen Familie ebenfalls schottische Wurzeln hat. Obwohl das Grundgesetz den Ländern ab 2020 Etats ohne neue Kredite vorschreibt, pochen CDU und FDP weiter auf die Verankerung einer zusätzlichen Schuldenbremse in der Landesverfassung ab 2017.

Hochschulen

7

Milliarden Euro zusätzlich wird der Studentenboom Bund und Länder nach Schätzung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) bis 2017/18 kosten. „Da haben sich die Kultusminister klar verrechnet - der Zustrom an die Hochschulen ist fast doppelt so stark gestiegen, wie sie noch 2011 dachten“, sagte HRK-Präsident Horst Hippler dem „Handelsblatt“. „Wir hatten 420.000 Anfänger erst für das Jahr 2013 erwartet. Stattdessen waren



## Deutschland Kompakt Niedersachsen : Erster Landeshaushalt ohne Neuschulden für 2017 geplant ++ Hochschulen: 7 ++ Asylbewerber: Arbeitsverbot für Flüchtlinge sol....

es schon im vergangenen Jahr 520.000." Bis 2015 fehlten nun 300.000 Studienplätze. Um diese zu schaffen und bis zum Ende zu finanzieren, seien bis 2017/2018 bis zu sieben Milliarden Euro nötig.

### Asylbewerber

Arbeitsverbot für Flüchtlinge soll gelockert werden

Asylbewerber sollen in Deutschland künftig nach neun Monaten statt wie bisher nach einem Jahr Aufenthalt arbeiten dürfen. Dies sieht eine politische Einigung auf EU-Ebene vor, die im Herbst von den zuständigen Ministern beschlossen werden soll, wie ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zeigte sich zufrieden mit dem Kompromiss: Es sei Zeit, Flüchtlingen bessere Chancen in Deutschland zu bieten. Bislang dürfen Asylbewerber in der Bundesrepublik erst nach einem Jahr Aufenthalt eine Beschäftigung aufnehmen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung wollte diese Frist eigentlich beibehalten. Die EU-Kommission hatte hingegen eine Fristverkürzung auf sechs Monate vorgeschlagen. Hintergrund der EU-weiten Regelung ist die angestrebte Harmonisierung der europäischen Asylpolitik, die unter anderem zu einer gerechteren Lastenverteilung innerhalb der EU führen soll. Der Sprecher des Innenministeriums betonte, dass es sich um eine Einigung unterhalb der Ministerebene handele und der förmliche Beschluss des Ministerrats der EU noch ausstehe. Dieser solle nach der Sommerpause gefällt werden. Auch das Europaparlament muss der Regelung noch zustimmen.

### Rechtsextremismus

NPD-Politiker Pastörs muss erneut vor Gericht

Der Fraktionschef der rechtsextremen NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, muss sich erneut vor Gericht verantworten. Gegen den 59-Jährigen beginne am 2. August ein Prozess wegen Verunglimpfung des Andenkens von Verstorbenen und Verleumdung, teilte das Schweriner Amtsgericht mit. Anlass für die Anklage der Staatsanwaltschaft ist eine Landtagsrede von Pastörs. Er soll in einer Sitzung am 28. Januar 2010 eine tags zuvor stattgefundene Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag als „Schuldskult“ und „Betroffenheitstheater“ bezeichnet haben. Ferner habe er den Initiatoren unterstellt, sie würden auf „den Sieg der Lüge über die Wahrheit“ hoffen. Damit soll er laut Anklage bewusst wahrheitswidrig behauptet haben, der Holocaust sei erfunden. Die Linke-Fraktion hatte Strafanzeige gestellt. Wegen Volksverhetzung war Pastörs bereits 2010 in einem anderen Verfahren verurteilt worden.

### Sinti und Roma

Kampf um Rente für Witwe eines KZ-Überlebenden

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma protestiert in einem offenen Brief gegen die Weigerung der Bezirksregierung Düsseldorf, der Witwe eines KZ-Überlebenden eine Witwenrente zu zahlen. Der „skandalöse Umgang“ der Behörde mit Holocaust-Opfern der Sinti und Roma dürfe nicht länger zugelassen werden, appelliert der Zentralrat in einem Schreiben an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Am 7. August will demnach die Bezirksregierung vor dem Landgericht Düsseldorf posthum die verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden des 2009 verstorbenen Mannes aberkennen lassen. Die Witwe lebt in der Nähe von Straubing. „Das ist 67 Jahre nach dem Holocaust ein unglaublicher und nicht hinnehmbarer Vorgang“, schreibt der Zentralratsvorsitzende Romani Rose. Es geht um den Fall des 1924 in Herne geborenen Sinto Anton B. Dieser sei als Gefangener in NS-Konzentrationslagern im Stollenbergbau eingesetzt worden, später in der Produktion der V2-Raketen. Zwölf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs habe die Bundesrepublik anerkannt, dass die Zeit in den Konzentrationslagern seine Gesundheit ruiniert hatte. B. habe dann eine Opferrente bezogen. Nach seinem Tod im Februar 2009 habe seine Witwe die Rente beantragt. Doch die Bezirksregierung habe den Antrag abgelehnt.

Deutschland Kompakt Niedersachsen : Erster Landeshaushalt ohne Neuschulden für 2017 geplant ++  
Hochschulen: 7 ++ Asylbewerber: Arbeitsverbot für Flüchtlinge sol....

---

End of Document

**Deutsch ist eine Einwanderungssprache; Germanen? Ja. Aber auch Juden, Slawen und Migranten haben die Geschichte der deutschen Sprache mitgeprägt**

Die Welt

Dienstag 25. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** KULTUR; S. 25; Ausg. 225

**Length:** 1235 words

**Byline:** Karl-heinz Göttert

## Body

---

Die Geschichte der deutschen Sprache war in der Vergangenheit etwas für die zuständige Fachwissenschaft. Die Handbücher nahmen zu, das Interesse in der Öffentlichkeit ab. Utz Maas hat die Szene nun gehörig aufgemischt. Der emeritierte Osnabrücker Linguist und Leiter des Instituts für **Migrationsforschung** und Interkulturelle Studien bescheinigt der Zunft nicht weniger als Verfehlung ihres Gegenstands. Man habe sich zu lange und zu intensiv an der Herkunft, gar aus germanischen Zeiten, orientiert und dabei das Entscheidende übersehen: dass die deutsche Sprache ein Projekt ist, an dem viele mitgearbeitet haben.

Das Deutsche ist eben kein aus germanischen Zeiten überlieferter „Schatz“, den es möglichst rein zu bewahren gilt, sondern es war immer schon eine Einwanderungssprache: geprägt von eingewanderten Wörtern und von eingewanderten Menschen, die ihre Sprache mitgebracht haben. Es beginnt schon mit dem lateinisch-germanischen Sprach Austausch, dem wir scheinbar urdeutsche Wörter wie Fenster oder Keller verdanken. Ebenfalls schon seit vorschriftlicher Zeit wurden Wörter von den Slawen übernommen, die mit Deutschen Kontakt hatten oder dem deutschen Gebiet einverleibt wurden. Wer weiß schon, dass Grenze von granica stammt?

Es geht im Mittelalter weiter mit einer ersten Welle französischer Wörter, die aus dem damals führenden Kulturkreis eingebürgert wurden. Dem folgen weitere Einwanderungswellen von Wörtern: italienische und noch einmal französische im 17. und 18. Jahrhundert, englische schon im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Und jede Migrationsbewegung, die leibhaftige Menschen nach Deutschland führte, hatte natürlich Einfluss auf die Sprache des Einwanderungslandes: Von den Hugenotten in Brandenburg bis zu den Gastarbeitern der Sechzigerjahre.

Die deutsche Sprache, so Maas in seinem Buch „Was ist deutsch? Die Entwicklung der sprachlichen Verhältnisse in Deutschland“ (Fink, 98 Euro), ist also kein „Erbe“, das gegen Fremde und Fremdes zu bewahren sei. Entsprechend komme es darauf an, Erinnerungsarbeit zu leisten, Vergessenes und Verdrängtes hervorzuheben. Dazu gehört der unendlich mühevollen Weg zu einer gemeinsamen Schriftsprache. Und der Hinweis auf diejenigen, die ins Abseits gedrängt wurden, obwohl sie zur Bereicherung beitrugen - die jüdischen Mitbürger mit ihrem

Deutsch ist eine Einwanderungssprache Germanen? Ja. Aber auch Juden, Slawen und Migranten haben die Geschichte der deutschen Sprache mitgeprägt

Judendeutsch, dem Jiddischen vor allem. Wer studiert heute noch ihre Unterhaltungsliteratur aus dem Spätmittelalter, den Dukus Horant zum Beispiel, ein Heldenepos wie die „deutschen“ auch? Und wer weiß schon, dass im Jiddischen mittelhochdeutsche Wörter überleben, die im Hochdeutsch längst ausgestorben sind.

Maas nimmt die Erinnerungsarbeit gewissermaßen wörtlich: erzählt die Geschichte des Deutschen tatsächlich rückwärts, beginnend mit der „Gegenwart - 1945“, fortgesetzt in acht weiteren „Blöcken“, in die er sich und seine Leser rückversetzt: über den „Nationalstaat“ oder die „mittelalterliche Stadt“ bis in die Zeit „vor 750“. Ist das nun die richtige Alternative? Führt das frühere Erzählen von Anfang an wirklich in die „sprachgeschichtliche Falle“, die das Deutsche zum „Organismus“ machte und damit die „moralischen Paniken“ auslöste, die sich in den gegenwärtig grassierenden „Bedrohungsszenarien“ zeigen?

Es ist etwas dran, und man kann Maas bescheinigen, dass er die „Arbeit“ am Deutschen mit Blick auf die Tatsache modelliert hat, dass diese Sprache nicht „aus sich selbst heraus“ zu dem geworden ist, was sie ist. Sondern sie wurde es in der Auseinandersetzung ihrer Akteure mit der sozialen Umgebung, für deren Bewältigung sie geschaffen. Es ist keine überflüssige Vokabel, wenn Maas immer wieder vom „Projekt“ der Sprache spricht, vom Unvollendeten und Unvollendbaren, und nicht zuletzt von der „Mitarbeit“ an diesem Projekt, zu dem alle gehörten, aber kaum je alle eingeladen waren.

Am interessantesten wird es da, wo Maas dem Leser die Gründe von Entwicklungen klarmacht. Warum wurde die deutsche Sprache im 19. Jahrhundert in Schrift und Aussprache normiert? Weil die damalige Modernisierung verschärfte Anforderungen an die Zusammenarbeit von Menschen in den entstehenden Industriestädten stellte. Warum wurde die klassische Sprache eines Goethe und Schiller zur Höhenkammsprache, die in der Schrift die Dialekte ausgrenzte? Weil sich das Bürgertum hinter dieser Welt des schönen Scheins wirkungsvoll gegen die aufstrebende Klasse verschanzte. Warum orientierten sich die Grammatiker des Barocks an der lateinischen Syntax? Weil sich mit dem „Sparringspartner“ Latein die schriftsprachlichen Potenziale eröffnen ließen, die man zur Bewältigung der immer komplexer werdenden sozialen Verhältnisse benötigte.

Die vielen Kapitel sind mit konkreten und überraschenden Beispielen (vorwiegend aus dem Osnabrücker Raum) gespickt. So etwa mit dem Brief des Dorfschmieds Hintze, der in napoleonischen Zeiten als Ortsvorsteher eine Einberufung bekannt gibt und damit zeigt, auf welchem Niveau sich der schriftsprachliche Ausbau im „Volk“ gerade befand. Oder mit dem Antwortschreiben der Witwe Iffland, die bedauert, nicht zu wissen, wo sich ihr „heimlich weggegangener“ und vermutlich in der Fremde verstorbener Sohn befinde.

Zwischendurch bietet Maas ausführliche Rekonstruktionen des jeweiligen Lautstands des Deutschen mit sämtlichen Einzelheiten des Konsonantismus und Vokalismus. Und dies nicht nur fürs Deutsche, sondern ebenfalls für die Sprachen, die einmal am Deutschen mitgewirkt haben: fürs Jiddische (in hebräischer Schrift) und Sorbische insbesondere. Nach „Fehlern“ muss man übrigens lange suchen und findet sie höchstens in Nebensächlichem wie einer komplett danebengegangenen Angabe zur mittelalterlichen Notenschrift, den Neumen.

Dafür liefert Maas eine perfekte Beschreibung des Hochdeutschen als „Ausbauprodukt“ mit seinen wichtigsten grammatischen Grundlagen. So lernt man, dass Hochdeutsch die Sprache der Mitte und des Südens Deutschlands in der Aussprache des Nordens ist. Oder dass das Hochdeutsche die neueren englischen Entlehnungen voll integriert hat. Und nicht zuletzt: dass zum Hochdeutschen auch die Migranten Kreatives beitrugen, wenn sie sich mit ihrem Codeswitchen zwischen den verschiedenen sprachlichen Welten bewegen.

Aber der entscheidende Punkt wird wohl doch erst in den abschließenden Ausführungen zum „Nutzen der Sprachgeschichte“ deutlich. Es überzeugt, dass Maas bei der Schriftlichkeit ansetzt. Denn die Schriftsprache war die Form, in der das Deutsche seine heutige Gestalt gewonnen hat und die für die Partizipation am gesellschaftlichen Handeln unabdingbar ist.

Und recht hat Maas weiter damit, dass das Deutsche wohl wirklich bislang zu undifferenziert als ein „Schatz“ betrachtet wurde, als eine irgendwie feste oder metaphysische Größe, die sich dann nach einer Art eigenem Gesetz entfaltet hätte. Aus dieser Sicht ergibt sich ja erst, dass jede neue Entwicklung wie heute der Einfluss des Englischen in Form der Anglizismen als Kollision, wenn nicht Katastrophe erlebt wird. Und daraus ergibt sich auch

Deutsch ist eine Einwanderungssprache Germanen? Ja. Aber auch Juden, Slawen und Migranten haben die Geschichte der deutschen Sprache mitgeprägt

erst jene verfehlte Politik einer Integration, die dem Gast mit dem Unterricht in seiner eigenen statt in der neuen Sprache letztlich den Zugang zum „republikanischen Projekt der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens“ bestreitet oder jedenfalls erschwert.

Deutsch ist ein Projekt - kein überlieferter Schatz

Der Kölner Germanist und Sprachforscher Karl-Heinz Göttert, geboren 1943 veröffentlichte u.a. „Deutsch. Biografie einer Sprache“ (2010)

## Graphic

---

/picture alliance / akg images

Neuankömmlinge, die eigene Wörter mitbrachten: die Hugenotten und ihr Empfang beim Großen Kurfürsten, gezeichnet von Chodowiecki

**Load-Date:** January 16, 2013

---

End of Document

*Jenseits des Mittelmeers; Europa kann einiges tun, um das Los der Flüchtlinge zu verbessern. Die Ursachen der Flucht aber können wir kaum beeinflussen: Es sind die unsäglichen Zustände in den meisten Staaten Afrikas*

Die Welt

Mittwoch 16. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 241

**Length:** 1059 words

**Byline:** Thomas Schmid

## **Body**

---

Vergogna, vergüenza, hanba, honte, skamligt, Schande: In vielen Sprachen Europas erklingt das Wort, seit vor fast zwei Wochen mindestens 364 **Flüchtlinge** vor Lampedusa ertrunken sind. Aufsehen erregte dieses Ereignis wohl nur deswegen, weil die Zahl der Toten dieses Mal so hoch ist. Die vielen anderen Fälle, bei denen ein winziges, altes Schiff kentert und einige **Flüchtlinge** ums Leben kommen, bleiben unbetrachtet, nur ein paar humanitäre Organisationen schlagen Alarm. Ja, es ist eine Schande, dass am südlichen Rand des Kontinents, der sich durch lange Qualen hindurch auf die unbedingte Gültigkeit der allgemeinen Menschenrechte verständigt hat, immer wieder Menschen kurz vor der rettenden Grenze ihr Leben verlieren. Auch wenn es pathetisch klingt, was der italienische Ministerpräsident Enrico Letta gesagt hat - es stimmt doch: Dieses Meer ist ein Meer des Todes, ein großes Grab. Das zu beklagen und für einen Skandal zu halten hat nichts mit Gutmenschentum zu tun. Und es ist hohe Zeit, die Überwachungssysteme aus der Luft so auszubauen, dass Katastrophen wie die in Lampedusa schon dann erkannt werden, wenn sie nur drohen.

Doch es gilt auch hier: Was gut gemeint ist, muss nicht gut sein. Unsere Scham mag uns wichtig sein, sie hilft aber an sich noch keinem Flüchtling. Wie es auch nicht hilfreich ist, nun nach offeneren Grenzen zu rufen, wie es Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments, getan hat. Er hat recht, wenn er fordert, Europa müsse anerkennen, dass es ein Einwanderungskontinent ist. Wie auch EU-Kommissar Günther Oettinger nicht falsch liegt, wenn er meint, der alternde Kontinent sei durchaus in der Lage, eine höhere Zahl von Einwanderern zu verkraften und ihnen - nicht zuletzt durch die Möglichkeit, zu arbeiten - die Integration zu ermöglichen. Europa war noch nie ein ethnisch „reiner“ Kontinent, und er wird es in Zukunft noch viel weniger sein. Die Gesellschaften Europas, auch die im Osten, müssen es lernen, mit Einwanderern nicht mehr so umzugehen, als seien sie die Ausnahme von der Regel. Wie das Beispiel Deutschlands oder Frankreichs zeigt, ergibt sich dieses Lernen nicht einfach so. Integration ist - auf beiden Seiten - Mühe, Arbeit, Anstrengung, sie kostet Zeit und Geld, muss aber sein. Die Politik darf das nicht verschweigen.

Jenseits des Mittelmeers Europa kann einiges tun, um das Los der Flüchtlinge zu verbessern. Die Ursachen der Flucht aber können wir kaum beeinflussen: Es sind d....

Es wäre jedoch eine groteske Verkennung der Tatsachen zu glauben, mit mehr Einwanderung könne das Flüchtlingsproblem - und sei es auch „nur“ das der afrikanischen Staaten oder eben failed states - gelöst werden. Eher im Gegenteil: Je offener Europas Grenzen sind, je leichter es für Flüchtlinge ist, den Kontinent zu erreichen, desto attraktiver wird es für immer mehr Menschen in Afrika, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Da sie das alleine nicht schaffen, sondern auf Schleuser angewiesen sind, trägt die Öffnung der Grenzen wesentlich dazu bei, das kriminelle Geschäft von Schleuserbanden florieren zu lassen. Es klingt hartherzig, ist aber die Wahrheit, der man nicht ausweichen sollte: Die Ursache der Fluchtbewegung sind die unsäglichen Zustände in den meisten afrikanischen Staaten. Solange diese anhalten, wird es den Migrationsdruck aus dem Süden geben. Keine Einwanderungspolitik kann daran etwas ändern. Auch deswegen ist es richtig, wenn Europa bemüht ist, seine Grenzen besser zu sichern. Dass die dafür zuständige EU-Organisation Frontex ihren Sitz ausgerechnet in Warschau hat, lässt an der Ernsthaftigkeit dieses Bemühens allerdings zweifeln.

Zudem, sagen die Gutwilligen, muss Europa stärker als bisher helfen, das Problem an Ort und Stelle zu lösen - in Afrika selbst. Mehr Entwicklungshilfe lautet das Stichwort. Doch auch dieser Weg hat seine Tücken. Denn anders als gewünscht, haben die Gelder in aller Regel nicht zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Ländern geführt, in die die Zahlungen geflossen sind. Geld allein schafft keine Stabilität, keinen Rechtsstaat, keine Gewaltenteilung - schafft also nicht die Voraussetzungen, die allein Wachstum und allmählichen Wohlstand bewirken können. In Ländern, die seit Jahrzehnten von Cliquen beherrscht werden und in denen es allenfalls noch einen Schatten von berechenbarer Staatlichkeit gibt, landet die Entwicklungshilfe zumeist in den Händen eben derer, die das Land ruiniert haben. Solche Entwicklungshilfe hilft nicht, sie ist eine Art Ablasshandel, mit dem sich die Geberländer ein wenig gutes Gewissen verschaffen. Unsere Möglichkeiten, die Ursachen der Fluchtbewegung in Afrika zu bekämpfen, sind verzweifelt gering. Letztlich müssen sich die Afrikaner selbst helfen. Nach allem, was man von dem Kontinent weiß, kann das nur ein sehr langer Weg werden. Das Mitgefühl der Europäer ist ehrenwert, es verkürzt diesen Weg aber nicht.

In Zeiten des Römischen Reiches hieß das Mittelmeer mare nostrum: unser gemeinsames Meer. Es war keine Fläche der Leere, sondern das Medium, das Europa mit Afrika verband. Die um das Meer herum gelagerten Völker trennte Etwas, es verband sie aber auch viel. Und es war diese Region, aus der Europas Kultur und seine Werte hervorgegangen sind. Die lebhafte Erinnerung daran prägte noch das - 1806 untergegangene - Heilige Römische Reich deutscher Nation, das schon im Namen die Verbindung von Norden und Süden beschwor. Wir im Norden haben, aller Urlaubssehnsucht zum Trotz, den Süden im Grunde vergessen, aufgegeben.

Dass Europa auch um den Süden kreist, dass es dort einen Schwerpunkt haben sollte - auch dieser Gedanke stand hinter dem vage gebliebenen und heute längst auf dem kleinen Dienstweg versenkten Projekt der Mittelmeerunion. Die alte Brückenstadt Marseille ist in diesem Jahr eine der beiden Kulturhauptstädte Europas. Vor Monaten hat dort zu diesem Zweck ein neues Museum die Tore geöffnet: das MuCEM, in dem auf triumphale Weise der Mittelmeerraum beschrieben, dokumentiert und gepriesen wird - als Drehscheibe, als Brückenraum, als eine Stätte, die dem Handel auf die Beine half und Kulturen sprießen ließ. In seiner Blütezeit gehörte zu diesem Mittelmeerraum ganz selbstverständlich auch der Norden Afrikas und die Länder der Sahara. Dass das Mittelmeer an der Südspitze Italiens heute zu einer Grabstätte geworden ist, die man weiter nördlich nur eben so zur Kenntnis nimmt: Das ist auch ein Verrat Europas an seiner eigenen Geschichte.

Der alternde Kontinent Europa ist durchaus in der Lage, eine höhere Zahl von Einwanderern zu verkraften

**Load-Date:** October 16, 2013

**Politik Kompakt; Atommüll: Lammert droht mit Nein beim Endlager-Kompromiss ++ Menschenrechte: Amnesty attackiert deutsche Asylpolitik ++ Ostdeutschland: Niedersachsen: Hannovers Juso-Chef verunglimpft die FDP**

Die Welt

Dienstag 21. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 115

**Length:** 642 words

**Byline:** Sturm

Dr. Daniel

## Body

---

### Atommüll

#### Lammert droht mit Nein beim Endlager-Kompromiss

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat mit einer Ablehnung des Kompromisses zur Endlagersuche gedroht. „So würde ich dem Gesetz nicht zustimmen“, sagte Lammert der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) forderte derweil schnelle Entscheidungen. Der Gesetzentwurf zur Endlagersuche, den die Fraktionen von Union, SPD, FDP und Grünen eingebracht hatten, war am Freitag in erster Lesung im Bundestag beraten worden. Lammert bemängelte, dass laut Gesetz die Expertenkommission für die Endlagersuche beim Bundestag angesiedelt werden soll. Dagegen habe er einen „prinzipiellen Vorbehalt“. Er werde sich für eine Änderung des Gesetzentwurfs an dieser Stelle einsetzen. Es sei der „scheinbar“ neutrale Bundestag ausgewählt worden, um die Kommission nicht einem Bundesminister zuzuordnen, der zwangsläufig einer Partei angehört. Es gebe jedoch eine klare „Ressortzuständigkeit“, sagte Lammert mit Blick auf das Umweltministerium.

### Menschenrechte

#### Amnesty attackiert deutsche Asylpolitik

Die deutsche Sektion von Amnesty International hat auf ihrer Jahreshauptversammlung in Bochum die deutsche Asylpolitik kritisiert. „Asylpolitik darf nicht darauf ausgerichtet sein, Asylsuchende abzuschrecken“, heißt es in einer



Politik Kompakt Atommüll: Lammert droht mit Nein beim Endlager-Kompromiss ++ Menschenrechte: Amnesty attackiert deutsche Asylpolitik ++ Ostdeutschland: Niedersac....

Erklärung der 430 Delegierten. Auch dürfe bei sozialen und wirtschaftlichen Fluchtursachen nicht pauschal Asylmissbrauch unterstellt werden. Zudem entspreche das Asylverfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Praxis nicht den Anforderungen der UN-Kinderrechtskonvention. An die Bundesregierung appellierte die Menschenrechtsorganisation, Asylbewerber anderen Leistungsempfängern gleichzustellen. Zum neuen Vorstandssprecher der deutschen Sektion wurde Oliver Hendrich gewählt. Als Arbeitsschwerpunkt für dieses Jahr kündigte die deutsche Amnesty-Sektion eine Kampagne gegen Gewalt an Frauen in Ägypten an.

Ostdeutschland

80 %

der Bürgerin Ostdeutschland bezweifeln, dass die wirtschaftliche Angleichung des Ostens an den Westen bis 2020 erreicht sein könnte. Nur 18 Prozent halten das für möglich, ergab eine Umfrage der „Leipziger Volkszeitung“. Das Leipziger Institut für Marktforschung hatte dafür 1001 Bürger in den fünf Ost-Bundesländern befragt. Der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Christoph Bergner (CDU), sieht das Lebensniveau im Osten in Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Umweltschutz oder öffentliche Dienstleistungen hingegen praktisch schon angeglichen. Was aber „die unmittelbare Wirtschaftskraft betrifft, da haben wir nach einer rasanten Aufholphase jetzt eine Stagnation“. In dieser Hinsicht liege der Osten etwa bei 72 Prozent des Westniveaus.

Niedersachsen

Hannovers Juso-Chef verunglimpft die FDP

Der Chef der Jungsozialisten in Hannover, Philip Le Butt, sieht sich nach einer verbalen Entgleisung öffentlicher Kritik ausgesetzt. Le Butt gab zu, beim Christopher Street Day in Hannover die Parole „Wir füllen unser Schwimmbad mit dem Blut der FDP“ skandiert zu haben. Bei der Veranstaltung waren fünf Menschen zum Teil schwer verletzt worden. „Am Samstag, den 18. Mai 2013, habe ich ein Schmählid mit der Textzeile ‚Wir füllen unser Schwimmbad mit dem Blut der FDP‘ gesungen“, schrieb er in einer Mitteilung. Ihm sei der Unfall nicht bewusst gewesen. „Ich wollte zu keinem Zeitpunkt über das sonst übliche Maß des Schmähens des politischen Gegners hinausgehen, insbesondere wollte ich nicht zu Gewalt gegen die FDP und ihren Mitgliedern aufrufen.“ Sein Versuch auf Twitter „mit Ironie, die Äußerung, die nicht ernst gemeint war, zu retten, tut mir außerordentlich leid“. Er entschuldigte sich „hiermit bei allen Beteiligten und den Menschen, die sich verletzt sehen“. Zwischenzeitlich hatte Le Butt auf Twitter geschrieben: „Ich habe ja nie gesagt, dass das Blut nicht freiwillig abgegeben werden kann.“

**Load-Date:** May 21, 2013

## *Aus der Wüste nach Kreuzberg; Malier flüchteten vor Islamisten, zum Teil zu Fuß und per Schlauchboot. Nicht alle kamen an*

Die Welt

Freitag 13. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 8; Ausg. 214

**Length:** 1492 words

**Byline:** Til Biermann

## Body

---

Es war Mai 2012, als die ersten Islamisten in Fousseyns Städtchen Douentza in Mali kamen. Und sie kamen, um zu töten und zu foltern. Fousseyn trägt davon eine Narbe auf der Stirn. „Ich hatte mich nur mit meiner Freundin auf der Straße unterhalten, das war verboten. Sie fesselten und schlugen mich. Was aus ihr geworden ist, weiß ich nicht“, erzählt er. Der 20-Jährige sitzt mit zehn weiteren Maliern in einem Klassenzimmer der vor vier Jahren geschlossenen Gerhart-Hauptmann-Schule im Berliner Stadtteil Kreuzberg. Matratzen liegen auf dem Boden, wenn es Nacht wird, schlafen hier rund 40 Leute, ein paar auch auf dem Flur davor.

Im kalten Dezember 2012 hatten ein paar Linksalternative mit Afrikanern vom Flüchtlingszeltlager an der Oranienstraße die Türen aufgebrochen. Jetzt sind alle 30 Klassenzimmer der Schule von Flüchtlingen aus der ganzen Welt besetzt, es müssen Hunderte sein aus dem Sudan, Syrien, Libyen, Mali. Auch eine Roma-Familie lebt in der ehemaligen Schule. Viele Scheiben sind zerbrochen, die Wände zerkratzt und beschmiert. Es sieht nach Endzeitstimmung aus wie in einem „Mad Max“-Film. Selbst die Aula ist mittlerweile belegt.

Fousseyn sitzt auf einer schmutzigen Matratze und erzählt eine Geschichte, wie sie fast alle seine Landsleute erlebt haben, die vor den Islamisten nach Europa geflohen sind. Jenen Islamisten, die mit dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes in Libyen nach Mali herüberkamen mit Waffen im Gepäck, um den moderat muslimischen dunkelhäutigen Bauern dort die Scharia einzupeitschen. „Ich lief drei Tage und drei Nächte durch die Wüste, bis ich einen Bus fand, der mich in den Niger brachte“, erzählt Fousseyn den Anfang seiner Odyssee. Um ihn herum sitzen die anderen Malier - allesamt ebenfalls junge Männer - und schlürfen ihr Grundnahrungsmittel aus Tassen: in Wasser und etwas Milch aufgeweichte Weizenkörner mit Zucker. Manchmal gibt es auch nur Mehlsuppe.

Vom Niger ging es per Bus und zu Fuß nach Algerien, das Wasser ging aus. „Fünf von 20 starben in der Wüste“, sagt Fousseyn. Ein großes Hindernis war dann die streng bewachte, geschlossene Grenze zwischen Algerien und Marokko bei Maghnia. Bei mondloser Nacht, in völliger Finsternis mussten die Flüchtlinge diese Grenze nach Oujda durchbrechen. Denn das marokkanische Militär erschießt jeden, der erwischt wird, sagt Fousseyn. Zwei von zehn sollen es nicht geschafft haben. Der wach blickende Fousseyn spricht in seiner Stammsprache Bamana und ein

Aus der Wüste nach Kreuzberg Malier flüchteten vor Islamisten, zum Teil zu Fuß und per Schlauchboot. Nicht alle kamen an

paar Fetzen Französisch, ein in England ausgebildeter Malier übersetzt. Ein paar andere Malier im Klassenraum der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule lauschen seiner Geschichte und nicken, sie kennen die Etappen aus eigener Erfahrung. Die meisten aus der Gruppe sind gerade auf den Straßen der deutschen Hauptstadt unterwegs, Pfandflaschen sammeln, Cents machen. Manche aus der Schule dealen wohl auch mit Marihuana im nahen Görlitzer Park. Legal arbeiten dürfen sie als Flüchtlinge nicht.

In Marokko verdingten sich die Schwarzafrikaner auf Bauernhöfen, um etwas Geld für die weitere Flucht zu verdienen. Um Nahrungsmittel zu finden, mussten sie jedoch oft den Müll aus Spanien durchkämmen, den Marokko gegen Geldzahlungen aufnimmt - denn viele örtliche Händler in Marokko verkaufen nichts an Schwarzafrikaner. „Wir versteckten uns in den Bergen, in kleinen Wäldern. Und bewegten uns langsam in Richtung der Hauptstadt Rabat“, erzählt Fousseyn und zeigt Fotos auf seinem alten, zerkratzten Nokia-Handy, das ihn auf seiner Flucht begleitet hat. Ein Lager ist zu sehen, ein Zelt, schwarze Menschen, ein paar Bäume. Ein billiges Schlauchboot.

Dabei machten nicht nur das Militär, sondern auch einheimische Banditen den Flüchtlingen zu schaffen, die versuchten, ihnen das letzte Geld zu rauben. Deshalb versteckten Fousseyn und seine Kumpanen sich tagsüber zwischen Hügeln und Sträuchern und wanderten ausschließlich nachts. Schließlich erwischte seine Gruppe von Rabat aus einen Bus nach Tanger bei der Meerenge von Gibraltar, nahe des gelobten Landes, Europa. „Vor der Stadt, etwa einen Nachtmarsch entfernt, musste der Fahrer uns aber rauslassen. Denn in Marokko ist es illegal, Flüchtlinge zu transportieren“, sagt Fousseyn.

Seine Flüchtlingsgruppe wuchs und schrumpfte mit der Zeit. Manche blieben, um zu arbeiten, andere kamen hinzu. Mit etwa 25 Maliern schaffte Fousseyn es, in die Nähe eines Strandes zu gelangen, der günstig für eine Überfahrt nach Spanien liegt und nicht so stark bewacht ist wie Tanger. Trotzdem dauerte es einen Monat, bis sie den Strand erreichen konnten, sagt Fousseyn. „Wir versteckten uns tagsüber und versuchten jede Nacht, ans Wasser zu kommen. Immer wieder mussten wir zu unserem Lager umkehren, Banditen lauerten, das Militär patrouillierte.“

Als die Flüchtlinge eines Nachts doch das Mittelmeer erreichten, packten sie die billigen Schlauchbote aus, die sie in Rabat gekauft hatten, und pumpten sie mit mechanischen Pumpen auf. Mit Plastikpaddeln als Antrieb ging es los ins schwarze Wasser. Ein Todestrip. Denn die meisten Malier können nicht schwimmen, in der malischen Wüste gibt es kaum Gewässer, wo sie es lernen könnten. Als Paddel brachen, benutzen sie ihre Hände. Von den fünf Bötchen, die diese Nacht über das Mittelmeer paddelten, schafften es nur zwei. Eines wurde schon nahe der marokkanischen Küste von einer Welle umgeworfen. Fousseyns Plastikgefährt hatte ein kleines Loch von der steinigen Küste und verlor langsam Luft. Aber die fünf Insassen wurden von einem spanischen Polizeiboot gerettet und in ein Rot-Kreuz-Camp gebracht. Insgesamt überlebten zehn der Schwarzafrikaner, 15 ertranken im Mittelmeer.

Nach einer Odyssee von etwa 6000 Kilometern erreichte Fousseyn Südspanien. Aber eine Zukunft sah er dort nicht für sich. Als er sich im Camp von den Strapazen der Überfahrt erholt hatte, schickten die Behörden ihn auf die Straße mit einem Formular in der Hand, auf dem stand, dass er Flüchtling sei. Asyl beantragen konnte er in Spanien nicht. „Ich wechselte das Geld, das ich in Marokko verdient hatte, in Euro und nahm einen Bus nach Deutschland“, erzählt Fousseyn. In Hamburg wurde sein Asylantrag bewilligt, und die deutsche Bürokratie nahm ihren Lauf. Er wurde schließlich in ein kleines Dorf in Sachsen gebracht, das er eigentlich nicht verlassen darf. „Wir dürfen von dort nicht mal ins nahe Leipzig“, sagt er. Von den etwa 300 Euro Asylgeld, die er im Gegensatz zu vielen anderen Flüchtlingen jeden Monat bekommt, fährt er deshalb heimlich so oft er kann nach Berlin, um mit seinen Landsleuten zusammen zu sein.

Die besetzte ehemalige Schule, in der er jetzt oft übernachtet, wird von der Berliner Tafel, die übrig gebliebene Waren von Supermärkten erhält, mit Nahrungsmitteln versorgt. Der Bezirk kommt für Strom und Wasser auf, das ist schon eine große Hilfe. Eine solche Schule ist aber nicht als Wohnung für Hunderte von Flüchtlingen aus verschiedensten Kulturen geeignet. Viele verarmte, frustrierte junge Männer auf einem Haufen - das führt immer wieder zu blutigen Revierkämpfen. Meist wird keine Polizei gerufen, nur manchmal kommen die Beamten, wie im Mai, als Schreie bis auf die Straße drangen. Die Malier müssen ihr Klassenzimmer stets bewachen, alle Türen sind aufgebrochen. Die Zustände auf den Toiletten sind katastrophal, beißender Uringestank steigt in die Nase.

Aus der Wüste nach Kreuzberg Malier flüchteten vor Islamisten, zum Teil zu Fuß und per Schlauchboot. Nicht alle kamen an

Ein bisschen Ablenkung bieten DVDs mit malischen Seifenopern, die auf einem alten Fernseher laufen, eine Spende. Ein Malier, der auch Französisch spricht, lernt etwas Deutsch aus einem Heft. Kühler Herbstwind kommt durch die zerbrochenen Fenster, im Winter wird es hier bitterkalt werden. Aber was geschehen soll, ist unklar. Keiner weiß so recht, wohin mit den Flüchtlingen. Hans Panhoff, der Grüne Baustadtrat von Friedrichshain-Kreuzberg, sieht Berlin in der Pflicht: „Das Land muss den Flüchtlingen Papiere geben, die ihren Aufenthalt hier legal machen, dann können wir ihnen Wohnungen vermitteln. Papiere geben können wir ihnen als Bezirk nicht. Denn die meisten sind 'Lampedusa-Flüchtlinge', die aus Italien nach Nordeuropa geschickt wurden, und Flüchtlinge aus anderen Bundesländern, welche die Lagerbedingungen nicht mehr ausgehalten haben.“

Aus der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule soll ein „Projekthaus“ werden, für Bildungs-, Gesundheits- und soziale Projekte, erzählt Panhoff. Und das ist immer noch das erklärte Ziel des Grünen. Aber ob die Flüchtlinge ihr verwahrlostes Domizil dafür freiwillig verlassen werden, ist fraglich. „Irgendwo müssen die hin, die hängen hier fest“, gibt Panhoff zu. Gleichzeitig ist er in Sorge, dass neue Flüchtlinge nachrücken, wenn die jetzigen Bewohner Platz machten. Für den Bauern Fousseyn ist eines klar: Zurück will er nicht, auch wenn Frankreichs Militär mittlerweile die Islamisten von Mali in die Wüste zurückgetrieben hat. „Ich will Deutsch lernen und hier arbeiten, vielleicht in einer Fabrik“, sagt Fousseyn. „Ich will nicht nach Mali zurück, ich habe immer noch Albträume. Diese Islamisten waren wie Tiere.“

## Graphic

---

Til Biermann (4)

Stationen einer Flucht: Ein Camp in den Bergen Marokkos, mit einem Billig-Schlauchboot über das Meer, der 20-jährige Fousseyn in Berlin, überfüllte Schlafstatt in einer ehemaligen Schule in Berlin-Kreuzberg (v. l. u.). Allein bis nach Südspanien legten Fousseyn und seine Gruppe etwa 6000 Kilometer zurück, innerhalb Europas noch einmal 3000 Kilometer (siehe Karte)

Stationen einer Flucht: Ein Camp in den Bergen Marokkos, mit einem Billig-Schlauchboot über das Meer, der 20-jährige Fousseyn in Berlin, überfüllte Schlafstatt in einer ehemaligen Schule in Berlin-Kreuzberg (v. l. u.). Allein bis nach Südspanien legten Fousseyn und seine Gruppe etwa 6000 Kilometer zurück, innerhalb Europas noch einmal 3000 Kilometer (siehe Karte)

Stationen einer Flucht: Ein Camp in den Bergen Marokkos, mit einem Billig-Schlauchboot über das Meer, der 20-jährige Fousseyn in Berlin, überfüllte Schlafstatt in einer ehemaligen Schule in Berlin-Kreuzberg (v. l. u.). Allein bis nach Südspanien legten Fousseyn und seine Gruppe etwa 6000 Kilometer zurück, innerhalb Europas noch einmal 3000 Kilometer (siehe Karte)

Stationen einer Flucht: Ein Camp in den Bergen Marokkos, mit einem Billig-Schlauchboot über das Meer, der 20-jährige Fousseyn in Berlin, überfüllte Schlafstatt in einer ehemaligen Schule in Berlin-Kreuzberg (v. l. u.). Allein bis nach Südspanien legten Fousseyn und seine Gruppe etwa 6000 Kilometer zurück, innerhalb Europas noch einmal 3000 Kilometer (siehe Karte)

Til Biermann

Til Biermann

Til Biermann

Til Biermann

Aus der Wüste nach Kreuzberg Malier flüchteten vor Islamisten, zum Teil zu Fuß und per Schlauchboot. Nicht alle kamen an

**Load-Date:** September 13, 2013

---

End of Document

**Grenzen müssen sein; Die EU handelt nicht unmenschlich, wenn sie den Flüchtlingsstrom stoppt**

Die Welt

Dienstag 8. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 234

**Length:** 331 words

**Byline:** Andrea Seibel

## Body

---

Nein, die Politik der EU ist nicht menschenverachtend. Mit diesem Verdikt oder Dachzeilen wie „Europas Schande“ macht man es sich, so moralisch unterfüttert der Impuls auch sein mag, zu leicht. Natürlich sind die Bilder der ertrunkenen afrikanischen **Flüchtlinge** vor der italienischen Küste erschütternd. Doch die Schuld einzig den Europäern anzulasten, die sich „abschotten“, ist absurd. Es braucht Grenzen, wie es auch des Rechtes jedes Staates bedarf, Einwanderung und **Asyl** selbst zu bestimmen. Wer glaubt, dies sei zu wenig und zu herzlos, muss offene Außengrenzen einführen und braucht sich nicht zu wundern, wenn Europa dann erst recht jenen Ansturm erlebt, vor dem sich viele fürchten. Flucht immer nur aus Perspektive des Armutsflüchtlings und Suchenden zu sehen, greift zu kurz, denn auch die, die Einwanderer oder **Flüchtlinge** aufnehmen, müssen dazu bereit sein. Es muss Regeln geben, die verträglich sind.

Das Dilemma, in dem die Staaten Europas und die Brüsseler Politik schon länger stecken, ist ein dreifaches: In diesem großen Länderverbund erst einmal Freizügigkeit im Binnenbereich herzustellen, ohne dass es zu größeren Friktionen kommt, ist schon Sisyphusarbeit genug und ein historisch einmaliges Unterfangen, was die Bandbreite der Kulturen und Entwicklungsstände der jeweiligen Länder anbelangt. Die Armutsmigration allein im Inneren, besonders jene von Süd nach Nord, ist nach wie vor eine der großen Herausforderungen. Aber man hat sich ihr gestellt, als man Schengen aussetzte, der Freiheit des Einzelnen zuliebe. Das ist ein Fortschritt! Doch nun kommt der Druck an den Außengrenzen, aus Afrika und den Mittelmeerrändern hinzu, allesamt Armuts- oder Kriegsflüchtlinge. Aber sie allein können nicht das Fundament einer über die Jahre geläuterten Einwanderungspolitik der demografisch geschwächten, aber noch starken Staaten Europas sein. Staaten müssen humanitär sein, ohne ihre Eigeninteressen zu verleugnen und weiter auf qualifizierter Zuwanderung zu bestehen.

**Load-Date:** October 8, 2013

## Juristische Feinheiten

Die Welt

Montag 4. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 6; Ausg. 257

**Length:** 223 words

## Body

---

Wenn der Bundestag zu der Spähaffäre einen Untersuchungsausschuss einsetzt, könnten die Parlamentarier auch Edward Snowden als Zeugen laden. Die Bundesregierung müsste ihm dazu einen Aufenthaltstitel nach Paragraf 22 des Aufenthaltsgesetzes ausstellen. Dieser besagt: „Einem Ausländer kann für die Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Eine Aufenthaltserlaubnis ist zu erteilen, wenn das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland die Aufnahme erklärt hat.“ Bei einer Ladung durch einen Untersuchungsausschuss könnte sich die Regierung nach Expertenmeinung nicht davor verschließen, eine solche Aufenthaltserlaubnis zu gewähren. Rein formal geht es dabei nicht um Asyl nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Deutschland hat eine Auslieferungsvereinbarung mit den USA. Die Amerikaner verlangen Snowdens Festnahme - und danach ganz sicher seine Auslieferung - , falls er in Deutschland auftauchen sollte. Es gibt aber Möglichkeiten, ein solches Ersuchen auszuschlagen, etwa wenn dem Betroffenen in der Heimat die Todesstrafe droht oder er - aus deutscher Sicht - wegen einer „Straftat mit politischem Charakter“ verfolgt wird. Letzteres könnte bei Snowden der Fall sein.

**Load-Date:** November 4, 2013

**Grundschüler lesen gern und rechnen gut; Studie: Deutsche liegen im oberen Drittel**

Die Welt

Mittwoch 12. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; S. 1; Ausg. 291

**Length:** 221 words

## **Body**

---

Berlin - Deutschlands Grundschüler erreichen im weltweiten Vergleich überdurchschnittliche Leistungen. Beim Lesen, in der Mathematik und den Naturwissenschaften liegen die Viertklässler im oberen Drittel. Kinder mit **Migrationshintergrund** holen deutlich auf, wie aus der Iglu-Lesestudie und der TIMSS-Mathematikstudie hervorgeht. Doch bis zu jedes fünfte Kind gilt als Risikoschüler und hinkt mit seinen Leistungen hinterher.

Der wissenschaftliche Leiter der Studien, Wilfried Bos, sagte: „Wir haben unsere hohe Position halten können.“ Allerdings gebe es auch deutliche Anteile von Kindern, die in den drei Bereichen so schlecht seien, dass sie in der Sekundarstufe Probleme bekommen dürften. Und es gebe im internationalen Vergleich teilweise weniger Kinder in der obersten Kompetenzstufe. „Das veranlasst einen zur Sorge. Wir vergeuden unsere Talente“, sagte Bos. „Das gilt für Lesen, für Mathematik und für die Naturwissenschaften.“

Beim Lesen räumten die Wissenschaftler mit Vorurteilen auf. Denn immer mehr Kinder lesen gerne und oft - ungeachtet aller Warnungen vor einer verkümmerten Lesekultur. Nie außerhalb der Schule lesen nur noch elf Prozent. „Unsere Kinder lesen viel, und sie lesen gerne“, sagte Bos. „Das ist eine große Leistung unserer Grundschulen und auch unserer Elternhäuser.“

Kommentar Seite 3 und Seite 6

**Load-Date:** January 26, 2013



**Ausland Kompakt; Wikileaks: London will mit Ecuador über Assange verhandeln ++ Ägypten: Washington will Kairo eine Milliarde Schulden erlassen ++ Syrien: Westerwelle: Deutschland für Flüchtlinge bereit**

Die Welt

Mittwoch 5. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 208

**Length:** 346 words

## Body

---

### Wikileaks

#### London will mit Ecuador über Assange verhandeln

Die britische Regierung hat Ecuador aufgefordert, die Verhandlungen über das Schicksal von Wikileaks-Gründer Julian Assange (41) rasch wieder aufzunehmen. Ecuador solle die Gespräche „so früh wie möglich“ fortsetzen, sagte Außenminister William Hague in London. „Unsere beiden Länder sollten in der Lage sein, eine diplomatische Lösung zu finden“, hieß es in einer Erklärung des Ministers. Assange soll zu Vergewaltigungsvorwürfen in Schweden befragt werden und hat sich durch seine Flucht in die ecuadorianische Botschaft in London am 19. Juni der Auslieferung entzogen. Die Südamerikaner haben dem Wikileaks-Chef politisches Asyl gewährt. Großbritannien hat aber angekündigt, den Australier festzunehmen, sobald er die Botschaft verlässt.

### Ägypten

#### Washington will Kairo eine Milliarde Schulden erlassen

Die USA sind nach Angaben eines hochrangigen US-Regierungsvertreters kurz davor, Ägypten eine Milliarde Dollar Schulden zu erlassen. Amerikanische Diplomaten und Unterhändler des neuen, islamistischen Präsidenten Ägyptens, Mohammed Mursi, arbeiteten an den letzten Feinheiten eines entsprechenden Abkommens, sagte der Regierungsvertreter. Noch aber stehe die Einigung nicht, die dem nordafrikanischen Land helfen solle, seine Wirtschaft nach der Revolution voranzubringen.

### Syrien

#### Westerwelle: Deutschland für Flüchtlinge bereit

Ausland Kompakt Wikileaks: London will mit Ecuador über Assange verhandeln ++ Ägypten: Washington will Kairo eine Milliarde Schulden erlassen ++ Syrien: Westerw....

Deutschland ist nach den Worten von Außenminister Guido Westerwelle grundsätzlich zur Aufnahme von Bürgerkriegs-Flüchtlingen aus Syrien bereit. „Ich schließe das nicht aus, Schwerpunkt der deutschen Hilfe bleibt jedoch die Versorgung vor Ort“, sagte der FDP-Politiker bei Beratungen der internationalen Syrien-„Freundesgruppe“ in Berlin. Der Flüchtlingsstrom aus Syrien hat im August mit 103.000 Menschen einen traurigen Rekord erreicht. Nie zuvor seien so viele Menschen innerhalb eines Monats aus dem Bürgerkriegsland geflohen, teilten die UN in Genf mit. Insgesamt hätten sich seit Ausbruch der Kämpfe vor 17 Monaten knapp 235.000 Syrer beim UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) registrieren lassen.

**Load-Date:** December 31, 2012

---

End of Document

**Der Humor, ein dunkler Kontinent; Bühne ohne Migrationshintergrund:  
Afrodeutsche empören sich über Dieter Hallervordens Berliner Schlosspark-  
Theater**

Die Welt

Mittwoch 11. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR; S. 22; Ausg. 9

**Length:** 991 words

**Byline:** Matthias Heine

## **Body**

---

Das Leben ist ein endloser Lernprozess. Manchmal ein ziemlich schmerzhafter. Der Schauspieler Dieter Hallervorden hat im fortgeschrittenen Alter nun noch ein paar englische Begriffe lernen müssen, die ihm vermutlich nie zuvor in seinen 76 Jahren begegnet sind. Ein „Shitstorm“ - eine Welle der Internet-Empörung - ist über ihn und sein Berliner Schlosspark-Theater losgebrochen, weil in dem Stück „Ich bin nicht Rappaport“ angeblich die rassistischen Theatertraditionen des „Blackface“ und „Ministrel“ zitiert werden.

In dem Stück des amerikanischen Autors Herb Gardner spielt der weiße Schauspieler Joachim Bliese einen afroamerikanischen New Yorker Hausmeister. Sein Gesicht ist dabei tiefschwarz geschminkt. Afrodeutsche und antirassistische Initiativen fühlen sich dadurch an jene Zeiten erinnert, als - vor allem in den Vereinigten Staaten - schwarz geschminkte Weiße für ein weißes Publikum den Clown gaben. Die Fernsehserie „Mad Men“, die Anfang der Sechzigerjahre spielt, zitiert diese dämliche Gag-Tradition: In einer Episode singt Werbeagenturchef Roger während einer Party das Lied „Old Kentucky Home“, in dem von „Darkies“ die Rede ist - und dafür hat er sich braun angemalt.

Das für die umstrittene Aufführung werbende Plakat hängt überall in der Hauptstadt. Es sieht in der Tat bescheuert aus. Aber ist es deshalb auch rassistisch? Das finden zumindest viele Menschen, die sich auf der Facebook-Seite des Schlosspark-Theaters empören. Eine Userin fasst zusammen: „Es geht ... nicht darum, wofür in dem Kopf von Herrn Hallervorden Platz ist und wofür nicht, sondern darum, was er an rassistischer Materialität zu verantworten hat. Die Plakatierung Berlins mit rassistischen Blackfaceplakaten und ein Stück, indem ein Weißer sich bemalt und einen Schwarzen spielt ... ist ... menschenverachtend und wird nicht geduldet.“

Hallervordens persönliche Stellungnahme hat wenig dazu beigetragen, die Wogen zu glätten. Zwar beteuert er: „In meiner Gedankenwelt ist absolut kein Platz für Rassismus. Große Sympathien liegen bei dem schwarzen Midge, der vom weißen Joachim Bliese als äußerst liebenswerte Person dargestellt wird. An keiner Stelle, zu keinem Zeitpunkt machen sich weder der Autor, noch der Regisseur und schon gar nicht Joachim Bliese über schwarze

## Der Humor, ein dunkler Kontinent Bühne ohne Migrationshintergrund: Afrodeutsche empören sich über Dieter Hallervordens Berliner Schlosspark-Theater

Mitbürger lustig." Und er nimmt immerhin „schweren Herzens zur Kenntnis, dass sich, ohne dass dies je unsere Absicht gewesen ist, Menschen verletzt fühlen". Aber ein Facebook-Kommentator erinnert daran, dass Hallervorden als Komiker Didi 2005 in der Sat1-Show „Die Comedy-Falle" folgenden Gag vorgetragen habe: „Wie geht ein Neger über einen Zebrastrreifen?" Daraufhin hüpfte er: „Man sieht mich - man sieht mich nicht ..."

Der kulturelle Graben, der sich in der Diskussion auftut, ist scheinbar unüberwindbar tief. Auf der einen Seite stehen ältere weiße Männer, die in aller Unschuld nicht wahrhaben wollen, dass etwas, das sie nicht rassistisch gemeint haben, vielleicht trotzdem rassistisch sein könnte. Auf der anderen Seite junge Menschen, meist mit Migrationshintergrund, die sich nicht von verständnislosen Weißen vorschreiben lassen möchten, wann ihre Gefühle verletzt zu sein haben und wann nicht.

Hallervorden und der Regisseur Thomas Schendel wollten sich mit ihrer Maskerade vielleicht nur vor der Tradition des Schlosspark-Theaters verneigen. Dort wurde das Stück 1987 erstmals auf Deutsch gespielt - auch schon mit Bliese in der Rolle des Hausmeisters Midge aus Harlem, der sich auf einer Bank im Central Park mit dem jüdischen Kommunisten Nat trifft. Damals hat sich niemand über die Maskerade aufgeregt. Noch 1976 bei Peter Zadek und 1992 bei George Tabori bejubelten die Kritiker den Einfall, dass die Schminke der weißen Othello-Darsteller Ulrich Wildgruber und Peter Zadek auf alle anderen Mitspieler abfärbte - und sie im Laufe der Aufführung alle ein bisschen schwarz wurden.

Doch Deutschland hat sich seitdem verändert. In heutigen „Pippi Langstrumpf"-Ausgaben ist Pippis Vater zwar immer noch „Negerkönig" auf Taka-Tuka-Land, aber besorgte Eltern werden per Fußnote darauf hingewiesen, dass dieses Wort 1945 bis 1948, als Astrid Lindgren die Bücher schrieb, ganz neutral gewesen sei, nun aber als anstößig empfunden werde. Und Othello wird mittlerweile immer häufiger einfach von einem ungeschminkten Weißen gespielt - so wie 2009 in Luk Percevals Münchner Inszenierung.

Das spezielle Problem der Theater rührt auch daher, dass ihre Ensembles meist noch weit davon entfernt sind, die ethnische Vielfalt Deutschlands im Jahre 2012 abzubilden. Verglichen mit der Fußballnationalmannschaft sind sie oft Reservate migrationshintergrundloser Deutscher. Die müssen dann nicht nur Schwarze spielen, sondern auch Chinesen - wie die Shen Te aus Brechts „Der gute Mensch von Sezuan" oder Indianer wie bei den Karl-May-Festspielen in Bad Segeberg. Das wird nicht immer hingenommen: Ende 2011 hat der amerikanische Dramatiker Bruce Norris dem Deutschen Theater in Berlin die Aufführung seines Stückes „Clybourne Park" untersagt. Der Grund: Das Haus wollte die Rolle einer jungen Schwarzen mit dem weißen Ensemblemitglied Anita Vulesica besetzen.

Mag sein, dass davon die Gefühle mancher Afrodeutscher verletzt worden wären. Doch bislang rechtfertigte man dieses Risiko mit der Heiligkeit der Kunstfreiheit. Denn die Grundlage des Theaters ist, dass dort Menschen so tun, als wären sie jemand anderes, und dass sie dann manchmal Dinge zeigen, die nicht allen gefallen. Damit wird beispielsweise immer argumentiert, wenn Christen sich empören, weil Jesus auf der Bühne als schwul dargestellt (wie in „Corpus Christi" von Terrence McNally) oder mit Kot beworfen wird (wie im jüngsten Stück von Romeo Castellucci). Die Freiheit der Kunst besteht auch darin, wortwörtlich Scheiße zu verzapfen. Wer diese Verabredung als Linker in Frage stellt, öffnet auch den Interventionen anderer politischer Lager die Schleusen.

Othello wird immer häufiger von einem ungeschminkten Weißen gespielt

## Graphic

---

Derdehmel

Das Plakat zu „Ich bin nicht Rappaport" löst im Internet Entrüstung aus

Der Humor, ein dunkler Kontinent Bühne ohne Migrationshintergrund: Afrodeutsche empören sich über Dieter  
Hallervordens Berliner Schlosspark-Theater

**Load-Date:** January 11, 2012

---

End of Document

## Asylbewerber-Ansturm überfordert viele Kommunen; Angesichts einer Verdoppelung der Anträge schlagen Koalitionspolitiker Alarm. Große Probleme bei Unterbringung

Die Welt

Donnerstag 15. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; S. 4; Ausg. 189

**Length:** 675 words

**Byline:** Laura Réthy

### **Body**

---

Die Zahl der Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen, steigt weiter rasant. Stellten im Juli des vergangenen Jahres 4498 Menschen einen Erstantrag auf Asyl, waren es zum gleichen Zeitpunkt in diesem Jahr 9516 Anträge. Das ist ein Anstieg um knapp 112 Prozent. Im gesamten Jahr 2012 lag die Zahl der Erstantragsteller bei 64.539. In diesem Jahr beantragten allein bis Juli 52.754 Menschen erstmals in Deutschland Asyl.

Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), fordert vom Bund, die Kommunen mit der großen Zahl der Asylbewerber nicht allein zu lassen. „Einige Kommunen haben die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Und es heißt schon einiges, wenn sogar Kommunalpolitiker der SPD das sagen. Äußern sich CDU-Politiker in dieser Richtung, ist es Rassismus“, sagte er der „Welt“. Auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nannte die Zahlen in der „Augsburger Allgemeinen“ „alarmierend“ und sicherte eine schnellere Bearbeitung der Anträge zu. Die Spitzenkandidatin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, reagierte empört auf die Aussage Friedrichs. „Wir müssen uns mit den Ursachen von Flucht - etwa in Syrien oder Afghanistan - auseinandersetzen, anstatt mit Hardliner-Rhetorik die realen Ursachen zu verleugnen.“

Seit 1992 ging die Zahl der Asylbewerber immer weiter zurück, sodass auch die Zahl der Unterkünfte verringert wurde. Das stellt die Länder jetzt vor große Probleme bei der Unterbringung. Wolfgang Bosbach mahnte deswegen, alles zu vermeiden, was Fluchtanreize schaffen könnte, und spielt damit unter anderem auf die immer wieder laut werdende Forderung nach einer Abschaffung des Arbeitsverbots für Asylbewerber an.

„Es ist egal, ob das Arbeitsverbot neun Monate oder ein Jahr dauert. Aber würde man das Arbeitsverbot ganz aufheben, würde sich diese Nachricht in Windeseile verbreiten und die Menschen würden nach Deutschland strömen. Damit würden wir letztlich auch die Schlepper unterstützen“, sagte Bosbach der „Welt“.

Die Schlepper sind es wohl auch, die die hohen Zahlen der Erstanträge aus der Russischen Föderation begünstigen, nämlich allein im Juli 1588 und damit so viele wie aus keinem anderen Land. 90 Prozent der

## Asylbewerber-Ansturm überfordert viele Kommunen Angesichts einer Verdoppelung der Anträge schlagen Koalitionspolitiker Alarm. Große Probleme bei Unterbringung

Antragsteller sind tschetschenischer Herkunft. Die große Masse an Bewerbern aus der Russischen Föderation erklärt sich vermutlich durch Gerüchte, die sich in der Region verbreiten. Man erzählt sich, Deutschland sei bereit, 40.000 Tschetschenen aufzunehmen. „In einigen Dörfern verkaufen ganze Straßen ihr gesamtes Vermögen, um die Schlepper zu bezahlen“, sagt Svetlana Gannuschkina, Leiterin der Nichtregierungsorganisation Bürgerlicher Beistand. Sie vermutet Schlepper als Quelle der Gerüchte. Dass die Menschen den Lügen glauben, hänge vor allem mit der Aussichtslosigkeit der Situation zusammen.

Doch die hohe Zahl tschetschenischer Asylbewerber macht den Behörden Sorgen. Denn nach Erkenntnissen des Inlandsgeheimdienstes leben in Deutschland rund 200 Anhänger des tschetschenischen Terroristen und Kopfs der Terrorgruppe Kaukasisches Emirat, Doku Umarov. „Die führenden Köpfe des Kaukasischen Emirats in Deutschland sind beinahe allesamt vor nicht allzu langer Zeit als Asylbewerber ins Land gekommen“, sagte ein Verfassungsschützer Anfang August der „Welt“.

Nach der Russischen Föderation kommen die meisten Antragsteller aus Syrien. Im Juli waren es laut Bundesinnenministerium 999 Personen. Im März hatte Innenminister Friedrich angekündigt, Deutschland werde ein Kontingent von 5000 Syrern aufnehmen. Die ersten von ihnen sind bereits da, die Mehrheit wird in den nächsten Wochen erwartet.

Doch der starke Anstieg der Asylanträge hat mit den Kontingentflüchtlingen wenig zu tun. Denn sie bekommen in Deutschland direkt nach ihrer Ankunft einen Aufenthaltsstatus, müssen also keinen Antrag auf Asyl in Deutschland stellen. Auch die Flüchtlinge aus dem sogenannten Resettlement-Programm, die Deutschland aus Drittstaaten aufnimmt, werden nicht in die Zahl der Asylerstantragsteller hineingerechnet. So kamen zuletzt Mitte Juli knapp 100 Iraker am Flughafen in Hannover an.

## Graphic

---

M. Lengemann

Wolfgang Bosbach (CDU) fordert Unterstützung für die Kommunen

M. Lengemann

**Load-Date:** August 15, 2013

**„Wie aus der Erde gerissene Blumen“; Syrische Flüchtlinge erholen sich in Deutschland vom Krieg. Ein Besuch im Aufnahmelager Friedland**

Die Welt

Mittwoch 25. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; S. 7; Ausg. 224

**Length:** 1768 words

**Byline:** Marcel Leubecher

## Body

---

### Friedland

Die Mutter küsst die Hände der Militärpolizisten, die ihren Sohn aus dem Auto ziehen. Statt ihres Sohnes bekommt sie Schläge, weinend fährt sie weiter, nach Hause, in die zerstörte Stadt Homs. Ohne Khaled. Den 27-jährigen Assad-Gegner. Zwei Wochen später bekommt sie einen Anruf von der Polizeistation. Sie solle den Sohn abholen, man könne ihn nicht vorbeibringen, weil man nicht wisse, welche Leiche diejenige Khaleds sei. Khaleds Familie holt den von Folter gezeichneten Leichnam ab - und lebt weiter.

Der diese leidvolle Geschichte erzählt, sitzt im südlichsten Zipfel Niedersachsens, auf einer Parkbank im „Erstaufnahmelager“ Friedland, das seit 60 Jahren Vertriebenen, Heimatlosen und **Flüchtlingen** als erster Schutzraum in der Bundesrepublik dient, als eine Art Vorstufe der deutschen Gesellschaft. Faisal ist 26 Jahre alt, hager und von kleiner Statur. Er wirkt etwas verloren, wie er da auf der Bank sitzt. Aber er ist glücklich, weil er weiß, dass er nach zwei Jahren unter Kriegsbedingungen endlich in Sicherheit ist. „Essen, Frieden, Ruhe, es ist alles da.“

Faisal kam vor zwei Wochen als einer der ersten 107 von der Bundesregierung eingeflogenen Syrer ins Land. Aus dem Libanon. Dort hatte er wie fast 750.000 seiner Landsleute Zuflucht gesucht. Vor den unberechenbaren Kampfhandlungen in der Heimat, die er vergessen will. „Syrien gibt es nicht mehr“, sagt er traurig.

5000 dieser sogenannten Kontingentflüchtlinge werden nach Deutschland kommen. In Friedland haben sie zwei Wochen Zeit, sich auf ihr neues Leben in Deutschland vorzubereiten. Sie gelten als Flüchtlinge erster Klasse, bekommen im Gegensatz zu „normalen“ Asylbewerbern sofort eine Arbeitserlaubnis, Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen und meist eingerichtete Wohnungen statt Zimmer in Asylbewerberheimen, wenn sie heute das Lager Friedland bei Göttingen verlassen. Bereits im Land leben etwa 18.000 Syrer, die seit Kriegsbeginn im März 2011 in Deutschland Asyl beantragten, eingereist meist mithilfe von Schlepperbanden, die sich ihre Dienste meist um die 8000 Euro kosten lassen. Diese Zahl nennen zumindest viele Betroffene.



„Wie aus der Erde gerissene Blumen" Syrische Flüchtlinge erholen sich in Deutschland vom Krieg. Ein Besuch im Aufnahmelager Friedland

Eine gelöste Stimmung schwebt über dem Lager. Kinder spielen Fußball und schaukeln, lachende Frauen in farbenfrohen Schleiern drücken ihre Dankbarkeit gegenüber Deutschland aus. Im Wissen um die Schwierigkeit, dem Krieg zu entfliehen, und in Gedanken bei den vielen Zurückgebliebenen, fühlt sich nicht nur Faisal, als hätte er das große Los gezogen. „Alles ganz normal", sagt Lagerleiter Heinrich Hörnschemeyer. Die Freude über die neu gewonnene Sicherheit überwiegt meist die schweren Belastungen. „Psychische Schwierigkeiten sind hier nie das Problem gewesen", sagt der Beamte, die Schrecken des Krieges kämen erst später am Wohnort hervor.

Bei Faisal passierte das schneller. Drei Tage, nachdem er mit den anderen 106 Kontingentflüchtlingen von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Flughafen in Hannover willkommen geheißen wurde, kam der Krieg zum ihm nach Friedland: Faisal hatte bei den Eltern seines Freundes in Homs angerufen. Statt der Stimme Khaleds bekam er das Weinen einer Mutter um ihren Sohn. „Üblicherweise bringt die Militärpolizei die Leichen der in Haft getöteten Oppositionellen zu den Familien und legt sie vor die Haustür, aber es sind mittlerweile so viele, dass sie den Überblick verlieren und Khaleds Familie in den Leichenraum zur Identifikation kommen musste", sagt Faisal, der selbst fast sein Leben verloren hätte, so wie 100.000 Syrer vor ihm.

Als er in der Anfangsphase des Krieges durch seine Heimatstadt Homs fuhr, geriet er in eine Operation der Armee Assads gegen die Freie Syrische Armee (FSA). Eine Kugel zischte erst durch die Fahrertür, dann durch seinen rechten Unterschenkel. Ein besonders harter Schlag für den jungen Mann, weil er nur noch dieses rechte Bein hat. Das linke verlor er schon als Kind bei einem Unfall, über den er nicht reden will. Darauf angesprochen, lenkt er ab: In Deutschland wolle er viel schwimmen. Er habe gehört, dass es hier viele Schwimmbäder gebe, in Damaskus habe er 2006 einen landesweiten Schwimmwettbewerb gewonnen.

Wie alles, was Faisal sagt, ist auch dies nicht zu überprüfen. Flüchtlinge neigen aus verständlichen Gründen zur Dramatisierung der eigenen Lebensgeschichte. Faisal weiß das, aber er kann für den einen Teil seiner Geschichte zwei Fakten zeigen: das Eintritts- und das Austrittsloch der Kugel an seinem Bein. Wenn er nun zwischen den flickenteppichhaft in das Dorf Friedland hineingebauten Pavillons des Flüchtlingslagers hin- und herläuft, sieht man ihm die Anstrengung beim Laufen mit der scheppernden Prothese links und dem durchschossenen Unterschenkel rechts an.

Gemeinsam mit den anderen Syrern belegt Faisal morgens Deutsch- und nach dem Mittagessen Wegweiskurse, die über das Bildungs- und Sozialsystem in Deutschland informieren. Nach zwei Wochen Friedland können die Flüchtlinge wenigstens sagen, wie sie heißen, wann und wo sie geboren sind. Als Deutschlehrerin Helene Lier die Schüler der Reihe nach fragt: „Wann bist du geboren?", antworten gleich mehrere: „Ich bin am ersten Januar geboren." Nachdem Frau Lier die Hausaufgabe an die Tafel schreibt („Geburtsdatum gut lernen"), ruft sie: „Guten Appetit." „Guten Appetit, du", rufen zwei besonders eifrige junge Frauen zurück und laufen kichernd zum Mittagstisch.

Um 14.45 Uhr geht es mit dem Wegweiskurs weiter. Von den ursprünglich eingeplanten 20 Teilnehmern sind nur fünf erschienen. Nachdem Lagerpastor Martin Steinberg mithilfe seines Dolmetschers um 15 Uhr beginnt, Grundsätzliches zum Zufahren in Deutschland zu vermitteln, trudeln nach und nach vier weitere Schüler ein, etwa der 60-jährige Herr Djabar aus Damaskus. Der rechte Sweatshirt-Ärmel baumelt leer am Ellenbogen. Seine Aufgabe, für Assads Armee Minen zu vergraben, kostete ihn den Unterarm und zwei Finger der linken Hand. Lethargisch und mit leidenden Augen hört der alte Kämpfer den übersetzten Ratschlägen des Pastors zu: „Nicht über die Gleise laufen", „nur mit einer gültigen Fahrkarte fahren", „bei weiteren Fahrten rechtzeitig buchen, um Geld zu sparen".

Die erste große Fahrt erwartet die Syrer schon am heutigen Mittwoch, wenn die Flüchtlinge auf die Bundesländer verteilt werden. Faisal wird am Abend in München ankommen, wo er niemanden kennt, aber auch keinen Kontakt zu Syrern suchen möchte: „Ich will unbedingt Deutsch lernen, um meinen Traum vom eigenen Kleidergeschäft verwirklichen zu können", sagt der 26-Jährige, der auch schon in Homs einen Laden betrieb, in dem er Sachen färbte, verzierte und verkaufte, bis die Kugel durch sein verbliebenes Bein schoss und er in der Hauptstadt Damaskus ins Krankenhaus musste.

„Wie aus der Erde gerissene Blumen" Syrische Flüchtlinge erholen sich in Deutschland vom Krieg. Ein Besuch im Aufnahmелager Friedland

Dort angekommen, rieten die Ärzte Faisal, in den Libanon zu gehen. Er sei in Gefahr, weil Assad-treue Ärzte ihm unterstellen könnten, die Kugel im Kampf gegen die Armee und damit zu Recht abbekommen zu haben. Der aus einer wohlhabenden Familie stammende Syrer, sein Vater war Beamter im Justizministerium, zog unter Schmerzen weiter in eine Klinik im nordlibanesischen Tripoli, in der ein mit seiner Cousine verheirateter Arzt praktiziert und ließ sich dort auf Rechnung des oppositionellen syrischen Nationalrats behandeln.

Der Arzt gab ihm auch den Hinweis, dass die UN in Beirut Flüchtlinge registriere und dass er mit der Verletzung gute Chancen habe, einen Aufnahmestaat zu finden. Faisal sagt, leider wüssten die wirklich armen Flüchtlinge nicht, wie man sich registriere, oder sie hätten keine Papiere. Aber auch von den Registrierten kommen die wenigsten dann auch in westliche Länder. Die Staaten müssen sich erst bereit erklären, ein Kontingent aufzunehmen, und dann ihre Flüchtlinge unter den Registrierten auswählen.

Bei Faisal vergingen anderthalb Jahre, bis er vor acht Wochen den Anruf bekam, dass Deutschland ihn aufnehme. „Ich konnte eine Woche nicht schlafen vor Freude", strahlt er. „Oh, Almaniya, das Land hat einen so schönen Namen, ich habe viele Bücher über Deutschland gelesen und liebe Mercedes und Bayern München!" Gleich danach habe er seine Eltern angerufen und gesagt, dass sie sich vielleicht nie wiedersehen werden. Unter Assad könne er sicher nicht nach Syrien einreisen - eine UN-Registrierung und die Flucht werde als schwerer Verrat gewertet. „Die würden mich umbringen." Trotz seiner Freude über die Aufnahme in Deutschland spürt er deutlich: „Ich bin hier Fremder, genauso wie ich im Libanon Fremder war."

Der Libanon, der westliche Nachbar Syriens, trägt die größte Aufnahmелast, aber auch in der Türkei, Jordanien und Ägypten suchen Hunderttausende Schutz. 97 Prozent der mehr als zwei Millionen über die Grenze geflohenen Syrer leben in den Nachbarländern. Deutschland nimmt zwar gemeinsam mit Schweden mehr Syrer auf als alle übrigen europäischen Länder gemeinsam, und auch die Bundesländer haben schon erklärt, dass hier lebende Syrer ihre Verwandten nachholen dürfen. Dennoch mehren sich die Stimmen, die mehr verlangen.

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) etwa sagte nach einem Besuch in Friedland, in der „größten humanitären Katastrophe des 21. Jahrhunderts müsse Deutschland in ganz anderen Größenordnungen helfen. Gemessen an dem Ausmaß der Fluchtbewegung sei "jede Zahl unter einer Million niedrig,. Gegenüber der "Welt,, erklärte Pistorius, damit habe er ausdrücken wollen, dass Deutschland mehr tun kann als das, was momentan beschlossen ist. Natürlich sei nicht gemeint, dass Deutschland tatsächlich eine Million Syrer aufnehmen solle.

Auch Faisal hat gehört, dass viele Menschen in seinem Gastland fordern, mehr Syrern zu helfen. "Warum macht ihr das?,,, wundert er sich. "Die Deutschen haben mehr Verständnis für uns als wir selbst. Das Problem ist aber der Krieg. Amerikaner, Russen und Briten müssen die Assad-Bande wegputzen, wir können das nicht alleine.,, Zwar kenne er nur einen Flüchtling, der enttäuscht von den ersten Tagen in Deutschland sei, aber er ist sich sicher: "Auch wenn wir hier besser versorgt werden als je zuvor - wenn der Krieg vorüber wäre, würde jeder hier sofort in die Heimat gehen. Wir Syrer sind hier wie Blumen, die man aus der Erde reißt.,,

Jetzt aber erst einmal München. Faisal druckst herum und blickt mit seinen braunen Augen auf den Boden: "Sagt mal, ist es in Deutschland eigentlich leicht, berühmt zu werden mit Kleiderdesign? Und in München: Würden die Leute dort böse, wenn ein Ausländer kommt und auf einmal sehr erfolgreich ist?" Der Dolmetscher, ein syrischer Student, der seit vier Jahren in Deutschland lebt und selbst mittlerweile Asyl beantragt hat, weil seine durch den Krieg verarmten Eltern kein Geld mehr senden können, lächelt.

## Graphic

---

Marcel Leubecher; Augmentierung: Marcel Leubecher

Faisal wurde in Homs angeschossen, nun träumt er von einer Karriere in München

„Wie aus der Erde gerissene Blumen" Syrische Flüchtlinge erholen sich in Deutschland vom Krieg. Ein Besuch  
im Aufnahmelager Friedland

Marcel Leubecher

**Load-Date:** September 25, 2013

---

End of Document

## Olympia; Sotschi: Mann näht sich Mund zu

Die Welt

Samstag 19. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** SPORT; Kompakt; S. 23; Ausg. 244

**Length:** 228 words

### Body

---

Aus Protest gegen die Ausbeutung von Tagelöhnern auf den Baustellen für die olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi (7. bis 23. Februar) hat sich ein russischer Arbeiter den Mund zugenäht. Der Mann habe sich mit einem Plakat, auf dem er seinen seit Monaten ausstehenden Lohn einforderte, direkt vor dem Olympiapark der Schwarzmeerstadt postiert, berichteten Russlands Medien. Die Polizei nahm den Mann nach kurzer Zeit fest. Menschenrechtler nannten den Protest „grausam, aber notwendig“. „Mit dieser Verzweiflungstat ist es ihm gelungen, einmal mehr auf die massiven Probleme in Sotschi aufmerksam zu machen“, sagte Semjon Simonow von der Organisation Memorial der Deutschen Presse-Agentur. Knapp vier Monate vor Beginn der Winterspiele am 7. Februar nahmen die Beschwerden der Arbeiter, aber auch die Repressionen der Behörden gegen die Tagelöhner, massiv zu. „Der Mann, der sich den Mund zugenäht hat, ist Russe und damit trotz seiner Not in einer besseren Lage als Arbeitsmigranten“, sagte Simonow. Die Bedingungen für die rund 50.000 Gastarbeiter in der Stadt an der Schwarzmeerküste werden seit Monaten von Menschenrechtsorganisationen angeprangert. Die Männer arbeiteten auf den olympischen Baustellen unter unwürdigen Bedingungen, werden schlecht oder gar nicht bezahlt. In jüngster Zeit gehen die Behörden zudem gezielt gegen Migranten vor, um diese abzuschieben.

**Load-Date:** October 19, 2013

**Deutschland Kompakt; Spionage: US-Geheimdienste sollen Merkel überwacht haben ++ NSU-Prozess: Gericht will keine Akten über Ex-Verfassungsschützer ++ Migranten: 35 % ++ Innere Sicherheit: Hessen startet Offensive gegen Wohnungseinbrüche ++ Home-Ehe: Urteil: Auch beim Kindergeld gleichgestellt**

Die Welt

Donnerstag 24. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 248

**Length:** 597 words

## **Body**

---

### Spionage

US-Geheimdienste sollen Merkel überwacht haben

Bundeskanzlerin Angela Merkel war möglicherweise über mehrere Jahre hinweg Ziel US-amerikanischer Geheimdienste. Das berichtet „Spiegel Online“. Demnach hätten „ernstzunehmende Hinweise“ Merkel dazu veranlasst, sich bei US-Präsident Barack Obama persönlich zu beschweren. Konkret sei das private Handy der Kanzlerin zum Zielobjekt erklärt worden. In einem Telefongespräch mit Obama forderte Merkel eine umfassende Aufklärung der Vorwürfe. Merkel habe deutlich gemacht, „dass sie solche Praktiken, wenn sich die Hinweise bewahrheiten sollten, unmissverständlich missbilligt und als völlig inakzeptabel ansieht“.

### NSU-Prozess

Gericht will keine Akten über Ex-Verfassungsschützer

Im NSU-Prozess hat das Gericht einen Antrag mehrerer Nebenklagevertreter auf Beiziehung der Ermittlungsakten gegen den ehemaligen Verfassungsschützer Andreas T. abgelehnt. Es seien keine Erkenntnisse zu erwarten, die für die Feststellung der Schuld der Angeklagten von Bedeutung sein könnten, sagte der Vorsitzende Richter Manfred Götzl zur Begründung. „Die Aufklärungspflicht des Gerichts erfordert es nicht, die 35 Ordner beizuziehen.“ Der Mitarbeiter des hessischen Landesamts für Verfassungsschutz war unter Verdacht geraten, weil er in dem Internet-Café in Kassel saß, in dem die NSU-Terroristen am 6. April 2006 den 21-jährigen Halit Yozgat ermordeten. Er hatte sich nicht als Zeuge gemeldet, obwohl er höchstwahrscheinlich noch zur Tatzeit in dem Café war. Ermittlungen gegen ihn blieben jedoch ohne Ergebnis. Anwälte der Nebenklage hatten erst am Dienstag in einem

Deutschland Kompakt Spionage: US -Geheimdienste sollen Merkel überwacht haben ++ NSU-Prozess: Gericht will keine Akten über Ex-Verfassungsschützer ++ Migranten:....

neuen Antrag weitere Ermittlungen über eine mögliche Beteiligung des Verfassungsschützers an der Ausspähung potenzieller Tatorte in Kassel beantragt. Hierüber ist noch nicht entschieden.

Migranten

35 %

der Kinder mit ausländischen Wurzeln sprechen auch in der eigenen Familie überwiegend deutsch. Das ergab eine Erhebung des Statistikamts Nord in Hamburger Kindertagesstätten. In Bezirken mit hohem Ausländeranteil ist Deutsch allerdings seltener verbreitet als in anderen.

Innere Sicherheit

Hessen startet Offensive gegen Wohnungseinbrüche

Hessens Innenminister Boris Rhein (CDU) will Wohnungseinbrüche stärker bekämpfen. „Über das gesamte Winterhalbjahr laufen gezielte Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen der Polizei mit dem Ziel, den Einbrechern in Hessen einen Riegel vorzuschieben“, sagte Rhein. Die Landespolizei überwache verstärkt Anreise- und Abreiserouten der oft überregional agierenden Tätergruppen. Zusätzlich sollen für Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen auch 100 Bereitschaftspolizisten aus dem Programm Regionale Sicherheit eingesetzt werden. Außerdem können die Polizeipräsidien erstmals über eine neu gebildete bis zu 25-köpfige besondere Eingreiftruppe der Bereitschaftspolizei verfügen, die kurzfristig an Brennpunkten zum Einsatz kommen soll.

Home-Ehe

Urteil: Auch beim Kindergeld gleichgestellt

Auch beim Kindergeld sind eingetragene Lebenspartnerschaften jetzt den klassischen Ehen gleichgestellt. Dies entschied der Bundesfinanzhof in München. Geklagt hatten zwei Frauen, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben und je zwei Kinder in die Partnerschaft mitbrachten. Sie erreichten mit der Entscheidung, dass einer der Frauen ein Kindergeldanspruch auch für die in den gemeinsamen Haushalt aufgenommenen Kinder ihrer eingetragenen Lebenspartnerin zusteht. Der Bundesfinanzhof wandte damit die für Ehegatten geltende Regelung auf Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft an, wonach im Haushalt lebende gemeinsame Kinder der Ehegatten zusammengezählt werden.

**Load-Date:** October 24, 2013